

ED 718-3-1

Band 3 : Verband der Kriegsdienstverweigerer:  
Mitteilungen, Rundschreiben und Pro-  
tokolle (1959 - 1969)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7802190	Best. ED 718
Rep. Braun	Kat.

Der Ersatzdienst-Ausschuß des VK ist in seiner Sitzung am 3./4. 12. zu der Auffassung gekommen, daß die zögernde Behandlung der Ersatzdienstfrage durch die Bundesregierung <sup>den Kriegsdienstverweigerern</sup> die Chance <sup>und damit die</sup> Pflicht gibt, die Gestaltung des Ersatzdienstes (Ed) durch konkrete Vorschläge unverzüglich selbst in die Hand zu nehmen.

Ein Dienst, der Kriegsdienstverweigerern sussumten ist, kann in Rahmen des Ed-Zwanges nur unter folgenden Voraussetzungen befürwärtet werden:

- 1) <sup>im Dienste</sup> ~~Männlichkeit~~ Er muß ein Arbeitsersatz/des Friedens sein, der nicht den Kalten oder gar den Heißen Krieg unterstützt, der keinen streikbrecherischen Charakter hat und der für Arbeitnehmer keine Konkurrenz bedeuten darf.
- 2) Er muß eine allgemeine und spezielle praktische Grundausbildung bieten, durch die vor allem garantiert ist, daß es sich nicht um eine Scheinbeschäftigung oder "Arbeitstherapie für Wehrunwillige", sondern um reelle und produktive Arbeit handelt.
- 3) Er muß durch eine Grundausbildung den KEVer in den Stand setzen, nicht nur im Kalten Krieg unabhängig zu bleiben, sondern darüber hinaus in allen Lebensbereichen zur Schaffung ~~des~~ <sup>friedlichen</sup> dauerhaften ~~Frie-~~ <sup>Zusammenlebens</sup> ~~dens~~ beizutragen und die Verwirklichung unserer demokratischen Grundrechte mit gewaltlosen Mitteln durchzusetzen.
- 4) Er muß einen Erlebniswert vermitteln, der treffend mit "Abenteuer des Friedens" bezeichnet wird.

Voraussetzungen  
Diese Bedingungen lassen sich unter den heutigen Umständen etwa so erfüllen:

- 11) ~~Es muß~~ Die Grundausbildung kann auf drei Monate beschränkt werden. Sie soll in Deutschland stattfinden.

ED 718-3-3

Die Produktivität während dieser Kursausbildungszeit zu gewährleisten, empfiehlt

noch 11) Durch Mitarbeit an langfristigen Projekten eines Weltfriedensdienstes ist ganz die Produktivität der Arbeit auch während

dieser Ausbildungszeit gewährleistet. <sup>Ein solches</sup> ~~solches~~ Projekt kann bestehen in:

Dem Bau eines Ausbildungszentrums zur Heranbildung von Führungskräften aus den Entwicklungsländern, das sich zu-

- sammensetzt aus
  - Lehrwerkstätten
  - Laboratorien
  - Krankenstationen
  - Versuchsanstalten
  - und ähnlichen Einrichtungen sowie
  - Hütten und Wohnheimen

*JBenny auf Bew. Gelände  
ad. ul. pk*

Als Modellfall ist die Errichtung einer Lehrwerkstatt geeignet.

Projekte dieses Ausmaßes erfordern die Zusammenfassung vieler KDVern in Gemeinschaftsunterkünften während ihrer Grundausbildung, wodurch auch gleichzeitig Personal- <sup>in beträchtlicher Höhe</sup> ~~in beträchtlicher Höhe~~ kosten für leitende und Ausbildungskräfte ~~am beträchtlichsten~~ eingespart werden.

Die Neben der speziellen ~~unfallmedizinischen~~ einhergehende Grundausbildung sollte von der Ersten Hilfe und ~~der~~ Grundhygiene über Schwimmen, Erwerb des Führerscheins bis zur Ausbildung für Katastropheneinsätze reichen. ~~Entsprechend~~ ~~den~~ ~~entsprechenden~~ ~~Zeit~~ ~~für~~ ~~Einsätze~~ ~~bei~~ ~~Naturkatastrophen~~

~~dadurch können~~ ~~erhalten~~ ~~KDVer~~ die den Wehrübungen entsprechende Zeit in Einsätzen bei Naturkatastrophen ableisten, ~~was~~ durch die andauernde Einsatzbereitschaft ein zusätzliches Opfer für die Gemeinschaft bedeutet.

12) Die Art und Qualität der Grundausbildung wird die Mehrheit der Dienstpflichtigen zu dem Entschluß bringen, auch mindestens die direkt an die Grundausbildung sich anschließenden ~~ersten~~ neun Monate ihrer Dienstzeit ebenfalls dem Weltfriedensdienst zur Verfügung zu stellen, und zwar <sup>in der Regel</sup> zu einem Einsatz in den Entwicklungsländern. Keinesfalls ist ausgeschlossen, daß viele von dabei in der Entwicklungshilfe ihre Lebensaufgabe finden.

ED 718-3-4

13) In den Entwicklungsländern können Lehrwerkstätten (wie z. B. der DGB eine in Peru einrichtete) gebaut werden, können karitative Einrichtungen geschaffen werden (z. B. ~~Waisenhaus der Nirene für algerische Flüchtlingskinder in Tunesien~~ Waisenhaus der Nirene für algerische Flüchtlingskinder in Tunesien), Straßen- und Häuserbau (IsD in Indien).

(Walter Reuther, USA)

(Kennedy, Lübke, Gottlieb Duttweiler, Eugen Kogon)

Freundschaftsheim Bückeburg

Vorschlag Vilmar:

\*Der Ausschuss ist ~~mit dem~~ <sup>mit dem</sup> christlichen Soziologen Eugen Rosenstock-Huessy der Meinung, und bejaht dessen Idee, daß die junge Generation der Industrienationen sich bereiterklären sollte, einen 'Weltfriedensdienst', das heißt, einen zweijährigen Aufbaudienst in den Entwicklungsländern zu leisten (Hinweis auf Frankfurter Hefte 12. 58 Fritz Vilmar 'Ein Weltfriedensdienst'). -

Zur Grundausbildung: In Übereinstimmung mit Rosenstock betonen wir die Notwendigkeit, daß die Friedensdienstwilligen mit gründlichen technischen, sprachlichen und ähnlichen Grundkenntnissen ausgestattet werden, bevor sie zum Aufbaudienst in die Entwicklungsländer entsandt werden."

Protokoll V 5 /1963

14.5.63

Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 12. Mai 1963

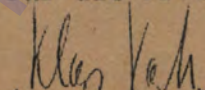
Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack, Hans-Joachim Arlt,  
Hans Hammer, Heinrich Hannover, Günter Lübke, Horst Maurer, Hans  
H. Ploen, Alfred Riedel, Günter Schlatter

1. Der Bundesvorstand wählt einstimmig folgenden Geschäftsführenden Vorstand:  
Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack, Hans H. Ploen, Alfred Riedel.
2. Die nächste BV-Sitzung findet am 6. /7. Juli 1963 in Bremen statt. Für  
Unterkunft und Tagungsraum trägt Heinrich Hannover Sorge. Der GV sollte  
möglichst vor dieser BV-Sitzung bereits zu einer Sitzung zusammenkommen.
3. Herbert Stubenrauch bittet auch alle Vorstandsmitglieder, die nicht durch  
einen besonderen Auftrag an ZIVIL mitarbeiten, der Redaktion von Zeit zu  
Zeit Artikel, Stellungnahmen oder Material zur Verfügung zu stellen.
4. Nach dem Resort-Verteilungsplan des VK nimmt der Vorstand folgende Arbeits-  
verteilung vor:
  1. Vorsitzender (gewählt durch den Kongreß) Herbert Stubenrauch
  2. Stellvertreter (gewählt durch den Kongreß) Werner Böwing
  3. Schatzmeister (gewählt durch den Kongreß) Klaus Vack
  4. Schriftführer, Klaus Vack
  5. Referent für gesetzliche und freiwillige Dienste, Hans H. Ploen
  6. Rechtsreferent, Heinrich Hannover
  7. Referent für zentrale Aktionen, Alfred Riedel
  8. Referent für Schulung und Bildung, Günter Lübke  
Aus diesem Referat wird das Tätigkeitsgebiet "Koordinierung der VK-Be-  
strebungen zur Gewaltlosigkeit" herausgenommen. Mit dieser Frage wird  
Hans Hammer betraut.
  9. Referent für Gruppenbetreuung für Süddeutschland, Hans-Joachim Arlt;  
für Nordrhein-Westfalen und Norddeutschland Günter Schlatter.
  10. Redaktion der Verbandszeitschrift "ZIVIL", Herbert Stubenrauch, Werner  
Böwing, Klaus Vack
  11. Werberefereent, Werner Böwing
  12. Auslandsreferent: Horst Maurer

Alle Vorstandsmitglieder werden beauftragt, bis zur BV-Sitzung konkrete  
Vorstellungen zu entwickeln, wie sie in diesem Jahr zur Bewältigung der in  
ihr Gebiet fallenden Aufgaben tätig werden wollen. Sie sollen auch Gedanken  
entwickeln, wie Beschlüsse des Bundeskongresses, die in ihr Aufgabengebiet  
fallen, erledigt werden können.

5. Günter Lübke weist darauf hin, daß die neu herausgebrachte Zeitschrift  
"Konsequent" nicht im Auftrag des Lehrgangskreises, der in Bückeberg zu  
Fragen der Gewaltlosigkeit zusammengekommen ist, erscheint, sondern eine  
Sache der gewaltfreien Zivilarmee ist.
6. Da zur Zeit einige Unklarheiten über die VK-Stellung zum Freundschaftsheim  
bestehen, beauftragt der BV Günter Lübke, vor der nächsten Sitzung keine  
VK-Lehrgänge mehr im Freundschaftsheim durchzuführen. Der BV wird sich auf  
seiner nächsten Sitzung mit dem Freundschaftsheim beschäftigen.

Offenbach, 13. Mai 1963  
Für die Protokollführung:

  
(Klaus Vack)

In der Februar-Nummer unserer Verbandszeitschrift ZIVIL wurde eine Leserumfrage gestartet. Es beteiligten sich ca. 400 Leser, die ihren Fragebogen ganz oder teilweise ausgefüllt an die Verbandsgeschäftsstelle gaben. Leider war es wegen der Vorbereitungen zum VK-Bundeskongress noch nicht möglich, eine umfassende alles berücksichtigende Auswertung vorzunehmen. So wurden viele Randbemerkungen gemacht, die in die folgende Auswertung nicht aufgenommen werden konnten. Diese Teilauswertung dürfte jedoch für die Beratungen im Bundesausschuss ausreichen, währenddem eine Gesamtauswertung von den für ZIVIL und für die Beilagen Verantwortlichen vorgenommen werden sollte.

So beurteile ich ZIVIL:

Gesamturteil - sehr gut	50 Stimmen
gerade richtig	169 Stimmen
gelegentlich lesbar	76 Stimmen
schlecht	10 Stimmen
Politischer Leitartikel - aktuell	89 Stimmen
treffend	134 Stimmen
einseitig	52 Stimmen
zu lang	33 Stimmen
lese ich nicht	4 Stimmen
schlecht	14 Stimmen
keine Meinung	12 Stimmen
Friedensdienst - gut	116 Stimmen
interessant	145 Stimmen
zu umfangreich	52 Stimmen
langweilig	5 Stimmen
lese ich nicht	3 Stimmen
keine Meinung	10 Stimmen
Rechtliche Seite - unbedingt notwendig	196 Stimmen
wichtig	94 Stimmen
übersichtlich	42 Stimmen
unnötig	6 Stimmen
lese ich nicht	9 Stimmen
keine Meinung	3 Stimmen
Bibliographischer Wegweiser - aufschlußreich	86 Stimmen
gut	85 Stimmen
notwendig	115 Stimmen
benutze ich nicht	65 Stimmen
unnötig	12 Stimmen
keine Meinung	4 Stimmen
Neues aus den Gruppen - interessant	80 Stimmen
gut	102 Stimmen
zu wenig Berichte	77 Stimmen
zu ausführlich	42 Stimmen
unaktuell	18 Stimmen
uninteressant	18 Stimmen
Aufmachung, graphische Gestaltung - sehr gut	110 Stimmen
es geht	169 Stimmen
schlecht	21 Stimmen

So soll ZIVIL werden:

	mehr	wie bisher	weniger	un- wichtig
Fotos	137	134	7	22
Karikaturen	128	133	22	18
Politische Stellungnahmen	161	113	24	1
Ziviler Ersatzdienst	80	176	47	1
Intern. Friedensdienst	96	162	35	4
Rechtliche Seite	61	213	27	4
Neues aus den Gruppen	92	131	57	19
Ber. üb. Vorst. u. Bund.Gst.	50	172	62	20
Bibliographischer Wegweiser	15	182	85	20
Aus der Arbeit and. F-Verb.	118	148	31	5
Aus der inter. F-Arbeit	149	133	19	5
Nachrichten über den Osterm.	77	170	38	15
Nachrichten, die nicht in FAZ und WELT stehen	200	78	3	5
Sachliches Material (Doku- mentation) zu politischen, ge- sellschaftlichen, wirtschaft- lichen und militäri. Fragen	241	53	4	5
Satire	113	119	33	32
Witze	49	121	43	79
Kurzgeschichten	78	109	54	61
Gedichte	52	114	60	71
Leserdiskussionen	154	95	28	20
Ausführliche Besprechung von Büchern	60	139	54	44

Auswertung: Amann, Don, Vack

Offenbach(Main), den 10.Mai 1963

14.5.63

# Leserbefragung

ED 718-3-7

## Lieber Zivil-Leser!

Wir beabsichtigen ab 1. April 1963 unsere Monatszeitschrift Zivil in dem bescheidenen Rahmen, der uns möglich ist, umzugestalten. Aus diesem Grunde wollen wir Sie, als Zivil-Leser, um Ihre Kritik, Ihren Rat, Ihre Vorschläge und Vorstellungen für unsere Verbandszeitschrift bitten. Wir sind bemüht, unsere Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer so zu gestalten, daß sie den Wünschen möglichst aller Leser entgegenkommt. Deshalb dürfen wir Sie bitten, die unten angeführten Fragen möglichst genau und lückenlos zu beantworten und den Fragebogen bis zum 1. März 1963 an unsere Verbandsgeschäftsstelle, Offenbach (Main), Postfach 648 zu schicken.

## So beurteile ich Zivil:

<b>Gesamturteil</b>		langweilig	<input type="radio"/>	<b>Neues aus den Gruppen</b>	
sehr gut	<input type="radio"/>	lese ich nicht	<input type="radio"/>	interessant	<input checked="" type="radio"/>
gerade richtig	<input checked="" type="radio"/>	keine Meinung	<input type="radio"/>	gut	<input type="radio"/>
gelegentlich lesbar	<input checked="" type="radio"/>	<b>Rechtliche Seite</b>		zu wenig Berichte	<input checked="" type="radio"/>
schlecht	<input type="radio"/>	unbedingt notwendig	<input type="radio"/>	zu ausführlich	<input type="radio"/>
<b>Politischer Leitartikel</b>		wichtig	<input checked="" type="radio"/>	unaktuell <i>-leider oft!-</i>	<input checked="" type="radio"/>
aktuell	<input checked="" type="radio"/>	übersichtlich	<input checked="" type="radio"/>	uninteressant	<input type="radio"/>
treffend	<input type="radio"/>	unnötig	<input type="radio"/>	<b>Aufmachung / Graph. Gestaltung</b>	
einseitig	<input type="radio"/>	lese ich nicht	<input type="radio"/>	sehr gut	<input type="radio"/>
zu lang	<input type="radio"/>	keine Meinung	<input type="radio"/>	es geht	<input checked="" type="radio"/>
lese ich nicht	<input type="radio"/>	<b>Bibliographischer Wegweiser</b>		schlecht	<input type="radio"/>
schlecht	<input type="radio"/>	aufschlußreich	<input type="radio"/>	<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
keine Meinung	<input type="radio"/>	gut	<input checked="" type="radio"/>	<b>Oft zu lahm und langweilig. Aktuelle Information besonders aus dem Ausland fehlt, ist aber wichtig, um uns nicht als sektierende Spinner erscheinen zu lassen.</b>	
<b>Friedensdienst</b>		notwendig	<input checked="" type="radio"/>		
gut	<input type="radio"/>	benutze ich nicht	<input type="radio"/>		
interessant	<input checked="" type="radio"/>	unnötig	<input type="radio"/>		
zu umfangreich	<input checked="" type="radio"/>	keine Meinung	<input type="radio"/>		

## So soll Zivil werden:

	mehr	wie bisher	weniger	unwichtig		mehr	wie bisher	weniger	unwichtig
Fotos	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Nachrichten über den Ostermarsch	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Karikaturen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Nachrichten, die nicht in FAZ und WELT stehen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politische Stellungnahmen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Sachliches Material (Dokumentation) zu politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ziviler Ersatzdienst	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Satire	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Internationaler Friedensdienst	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Witze	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Rechtliche Seite	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Kurzgeschichten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Neues aus den Gruppen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Gedichte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Berichte über Vorstand und Bundesgeschäftsstelle	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Leserdiskussionen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bibliographischer Wegweiser	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Ausführliche Besprechung von Büchern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus der Arbeit anderer Friedensverbände	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>					
Aus der internationalen Friedensarbeit	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>					

Bemerkungen: Der gesamte Rahmen, das Blättfeld muß weiter werden. Wir müssen auch sehen können und wollen, was jenseits unserer Bundesrepublik-Grenzen und auch was jenseits unseres Kriegsdienstverweigerungs-Horizontes passiert, aktuell ist. Bestes Vorbild nach wie vor HEDD NEWS!

Name: Horst MAURER, 6 Frankfurt 14, Burgstr 47  
 Adresse: Horst MAURER, 6 Frankfurt 14, Burgstr 47  
 Alter: 27 Ich lese Zivil seit: Anfang /1955/

Ffm, 21. 3. 63

*Horst Maurer*

PROTOKOLL V 6 - 1963

des Bundesvorstandes am 6./7. Juli 1963 in Bremen

12.7.63

Anwesend: Hans Joachim Arlt, Werner Böwing, Hans Hammer, Heinrich Hannover,  
Günter Lübcke (lediglich am 7.7.), Horst Maurer, Hans H. Ploen,  
Alfred Riedel, Günter Schlatter, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack.

Tagesordnung:

1. Zusammenarbeit und Hauptziele des neuen Bundesvorstandes
2. Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit unter Berücksichtigung der Kongressbeschlüsse
3. Gruppenangelegenheiten
4. Situation in der Verbandsgeschäftsstelle
5. Finanzielle Situation und Beschlüsse
6. Nächste BA- und BV-Sitzung
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1 - Zusammenarbeit und Hauptziele des neuen Bundesvorstandes

- 1.1. Herbert Stubenrauch eröffnet die Sitzung und begrüßt besonders die neugewählten Bundesvorstandsmitglieder. Er zeigt die Grenzen und Möglichkeiten des Verbandes auf, die er darin sieht, daß der VK in der Bundesrepublik zwar keine große Politik machen kann, aber doch die Diskussion über Krieg und Frieden wieder in Gang bringen kann. Die wesentlichsten Aufgaben seien a) die Politik des Verbandes im Rahmen der BK-Beschlüsse weiterzuführen, b) Impulse für die örtliche Arbeit zu geben und c) nach wie vor die Interessen der Kriegsdienstverweigerer gegenüber den offiziellen Stellen zu vertreten.
- 1.2. Der Bundesvorstand berät die vorjährigen Arbeitsrichtlinien für den geschäftsführenden Vorstand und nimmt diese einmütig an. Die Arbeitsrichtlinien sehen vor:
  - a) der geschäftsführende Vorstand nimmt Vorbereitung, Vorarbeiten und Auswertung von BV und BA Sitzung vor;
  - b) er kann in ungeklärten politischen Fragen keine Beschlüsse fassen oder entsprechende Erklärungen abgeben;
  - c) er ist berechtigt, technische und finanzielle Beschlüsse zu fassen, letztere nur so weit als sie nicht durch ihre Größenordnung die Verbandspolitik beeinflussen können;
  - d) er regelt personelle Fragen der Verbandsgeschäftsstelle (Ausnahme: Einstellung und Entlassung des Verbandsgeschäftsführers);
  - e) dringende Fragen die nicht in die Kompetenz des geschäftsführenden Vorstandes fallen, aber keine besondere Gesamtvorstandssitzung rechtfertigen, können im geschäftsführenden Vorstand diskutiert werden und werden dann dem Gesamtvorstand zu einer schriftlichen Beschlußfassung vorgelegt.
- 1.3. Jedes Ressort im VK-Bundesvorstand kann Rundschreiben herausbringen. Diese Rundschreiben sind dem Verbandsgeschäftsführer zuzusenden, dem sie hektographiert und verschickt. Kommen dem Verbandsgeschäftsführer zu einem Rundschreiben Bedenken, setzt er sich vor Versand mit dem Bundesvorsitzenden oder dessen Stellvertreter in Verbindung.
- 1.4. Pressedienste, die nicht vom geschäftsführenden Vorstand oder einem anderen Organ des Verbandes verabschiedet worden sind, können von einem Bundesvorstandsmitglied, soweit sie sein Ressort betreffen, entworfen werden, müssen jedoch vor Versand durch den Verbandsgeschäftsführer mit dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter abgesprochen werden.

Zu Punkt 2 - Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit unter Berücksichtigung der Kongressbeschlüsse

2.1. Die BK-Beschlüsse 16, 17 und 18 beschäftigen sich mit den Notstands- und Zivildienstgesetzen. Der Bundesvorstand berät über entsprechende Aktivitäten und faßt folgende Beschlüsse:

Heinrich Hannover wird beauftragt, zu prüfen, ob die Siebenfolgesetze zur Notstandsverfassung mit einfacher oder mit 2/3 Mehrheit vom Bundestag beschlossen werden müssen. Er wird außerdem beauftragt, für die September oder Oktober Nummer von ZIVIL einen Artikel über die Siebenfolgesetze zu schreiben.

Der VK wird in der nächsten Sitzung der AdF folgende Vorschläge unterbreiten:

- a) das vom AdF-Vorstand bereits beschlossene Gespräch von 3 AdF-Mitgliedern mit Bundestagsabgeordneten soll umgehend durchgeführt werden. An dem Gespräch nehmen teil: Christel Küpper, Oberkirchenrat Kloppenburg und Heinrich Hannover. Wenn das Gespräch nicht zustande kommt, oder wenig Erfolg und Aufklärung bringt, wird der VK ein eigenes Gespräch mit Bundestagsabgeordneten arrangieren;
- b) die AdF-Verbände empfehlen ihren Gruppen örtliche Lobby-Aktionen und Forumsveranstaltungen durchzuführen. Für Forumsdiskussionen sollten besonders die Bundestagsabgeordneten gewonnen werden;
- c) die AdF organisiert einen repräsentativen Öffentlichkeitskongress, zu dem die Verbände ca. 120 Delegierten entsenden. Dieser Kongress sollte in einem repräsentativen Rahmen durchgeführt werden und man muß sich um wirklich prominente Redner bemühen, damit allein die Namen der Referenten die Presse zur Berichterstattung zwingen;
- d) über die AdF werden öffentliche große Protestkundgebungen in Hamburg, Ruhrgebiet, Frankfurt und Stuttgart angeregt. Veranstalter für diese Kundgebungen sollen nicht die AdF, sondern die ihr angeschlossenen Verbände sein. Darüberhinaus sollen die örtlichen Gruppen der Gewerkschaften, der Falken und Naturfreunde und des Ostermarsches eingeladen werden.

Der Bundesvorstand sieht im Moment noch keine Möglichkeit, im Sinne der Punkte b) und d) des Beschlusses 17 tätig zu werden.

2.2. Zu Beschluß 1 ist vorerst nichts weiter zu unternehmen. An der AdF-Sitzung am 14. Juli nimmt Hans Joachim Arlt teil. Die Delegierten für die Jahrestagung der AdF sollten nach Möglichkeit aus dem Vorstandskreis kommen. Über die einzelnen Tagesordnungspunkte der AdF-Sitzung werden sich Hans Joachim Arlt und Klaus Vack noch einmal aussprechen.

2.3. Zur Verwirklichung des Beschlusses 7 wird Alfred Riedel beauftragt, dem geschäftsführenden Vorstand einen Plan für Aktionen am 1. Samstag im Dezember d.J. vorzulegen. Er soll dabei berücksichtigen, daß neben den Aktionen vor den Botschaften und Konsulaten in der Bundesrepublik auch eine Aktion in Ostberlin eingeplant wird.

2.4. Zur Verwirklichung des Beschlusses 10 wird Horst Maurer beauftragt, dem geschäftsführenden Vorstand einen Plan vorzulegen.

2.5. Zu Beschluß 13 erläutert Werner Böwing noch einmal seinen vertraulichen Bericht über die Ostermarschausschüsse in Nordrhein-Westfalen. Die Unabhängigkeit vieler örtlicher Ausschüsse sei in Nordrhein-Westfalen in Frage gestellt. Werner Böwing schlägt eine Aktion für Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR vor. In Form einer Petition soll die Forderung in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich zu regeln, zum Ausdruck gebracht werden. Alle Personen, die

den Ostermarschauftwurf unterschrieben haben, sollen aufgefordert werden, diese Petition zu unterschreiben. Eine ausführliche Diskussion zu dem Vorschlag von Werner Böwing führt zu keinem Ergebnis. Es wird deshalb beschlossen, diese Frage in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes oder gegebenenfalls auch im BA noch einmal zu diskutieren. (Damit ist auch vorläufig der Beschluß 14 erledigt).

Herbert Stubenrauch gibt einen kurzen Bericht über die letzte ZA-Sitzung des Ostermarsches, die nach seiner Meinung sehr positiv verlaufen ist. In der Sitzung wurde ein Brief an die östlichen Regierungen beschlossen, sowie eine Lobby-Aktion mit Flugblattverteilung in Ostberlin. Die westdeutsche Frauenfriedensbewegung wurde nicht in den ZA aufgenommen.

Da Werner Böwing aus sämtlichen Ostermarschausschüssen zurückgetreten ist, wählt der Bundesvorstand nach einer Diskussion in geheimer Abstimmung Hans Joachim Arlt zum Vertreter des VK im Zentralen Ausschuss.

- 2.6. Zum 6. August und 1. September werden die Gruppen zu Aktionen aufgefordert.
- 2.7. Klaus Vack berichtet über die Schritte, die er nach Rücksprache mit Herbert Stubenrauch wegen des SS-Treffens in Hameln eingeleitet hat. Zwischenzeitlich wurde das Treffen abgesagt. Sollte ein ähnliches Treffen zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, ist der VK zu Gegen-demonstrationen mit befreundeten Organisationen bereit.
- 2.8. Bei der Anti-Kriegs-Demonstration am 4. August in Rotterdam wird der VK durch die Gruppe Castrop-Rauxel vertreten.
- 2.9. Der seinerzeit vom BA beschlossene Kongress gegen Volksverdummung wird nicht durchgeführt, da nunmehr die Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung in den Vordergrund der VK-Arbeit gerückt werden sollten.
- 2.10. Herbert Stubenrauch schlägt dem Bundesvorstand vor, eine Wander-Ausstellung über die Militarisierung in der Bundesrepublik und der DDR zusammenzustellen. Die Ausstellung sollte beinhalten:
  1. 1945 die Zerstörung Deutschlands
  2. Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik
  3. Militarisierung in der DDR
  4. Kampf gegen die Wiederaufrüstung
  5. Dokumente über Abrüstungsvorschläge

Der Bundesvorstand beschließt für eine solche Wander-Ausstellung einen Kostenaufwand von ca. 2.000,-- DM. Ein Redaktionsteam (Schlatte - Federführend, Maurer und Böwing) wird beauftragt, mit Graphikern und Fotofachleuten die Herstellung der Wanderausstellung zu beraten. Wenn möglich ist, die Ausstellung mit einem Kostenaufwand von 2.000,-- DM fertigzustellen, kann mit der Arbeit ohne weitere Rückfrage an den Bundesvorstand begonnen werden. Reichen die finanziellen Mittel nicht aus, wird der Bundesvorstand erneut beraten. Die Wander-Ausstellung muß bis zum Bundeskongress 1964 fertig sein und wird dann den VK-Gruppen kostenlos zur Verfügung gestellt.

- 2.11. Der Bundesvorstand diskutiert über das gegründete Friedenskorp. Da Planungen und Ziele des Friedenskorps noch nicht genau überblickt werden können, wird Hans H. Ploen beauftragt, bis zur nächsten Bundesvorstandssitzung Material zusammenzutragen und einen genauen Überblick zu geben.

Der Bundesvorstand wird einen Pressedienst herausbringen und einen Brief an Bundestagsabgeordnete, in denen das Friedenskorp begrüßt wird, in der Annahme, daß es einen völkerverbindenden Charakter habe und den Kalten Krieg abbauen wolle. Es wird gefordert, daß der

Ersatzdienst auch im Friedenskorp abgeleistet werden kann.

In diesem Sinne werden auch die Mitglieder über die Verbandszeitschrift ZIVIL informiert.

Zu Beschluß 2 des Bundeskongresses wird Klaus Vack entsprechend an die Zentralstelle schreiben.

Der Beschluß 3 wird verwirklicht, in dem geeignete Prospekte an die Gruppen verschickt werden und in ZIVIL auf freiwillige Hilfsdienstlager hingewiesen wird.

Zu Beschluß 4 wird eine schriftliche Petition eingebracht. Außerdem plant der Bundesvorstand ein Lobby bei Bundestagsabgeordneten, damit diese Angelegenheit voran kommt. Dabei sind die Schritte der Zentralstelle zu beachten.

Der Beschluß 5 wird durch seine Veröffentlichung in ZIVIL als erledigt betrachtet.

Zu Beschluß 12 wird Heinrich Hannover beauftragt, tätig zu werden.

Hans H. Ploen trägt seine Vorschläge vor, nach denen der ZFDA Kontakte zu Dienstleistenden über die Gruppen aufnehmen will. Der Bundesvorstand hat hiergegen keine Einwände.

- 2.12. Die Referenten für Gruppenbetreuung tragen kurz ihre Gedanken vor. Es ist wichtig, Kontakt zu den Gruppen zu halten und dort wo Schwierigkeiten entstehen, diese zu beheben. Inaktive Gruppen müssen aktiviert werden. Darüberhinaus ist jedoch zu prüfen, ob nicht neue Gruppen gegründet werden. Es gibt in der Bundesrepublik noch viele Städte und Großstädte, in denen weder eine IdK noch eine VK-Gruppe existiert. An manchen dieser Orte würde eine Gruppengründung viele Mitglieder bringen. Hans Joachim Arlt schlägt die Aktivierung der Arbeit und zur regionalen Gruppengründung die Bildung von Landesarbeitsgemeinschaften vor. Da der Punkt Gruppenbetreuung und Gruppengründung nicht ausdiskutiert werden kann, werden Arlt und Schlatter beauftragt, dem geschäftsführenden Vorstand konkretere Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Möglicherweise sollte ein Schwerpunktprogramm zur Gruppenbetreuung und Gruppengründung aufgestellt werden.

Es wird die Herstellung folgenden VK-Schrifttums beschlossen:

- a) 5.000 Exemplare des Teils über Kriegsdienstverweigerung aus der DGB-Broschüre
- b) 5.000 Exemplare der Schrift "Warum wir den Kriegsdienst verweigern"
- c) 100.000 Exemplare Flugblatt "Aktion 4/3"
- d) 5.000 Stück des Plakates "Die Zukunft bestimmen den Kriegsdienst verweigern".

Darüberhinaus werden Werner Böwing und Klaus Vack beauftragt, Entwürfe für eine Kleinstzeitung von ZIVIL oder einer Werbezeitung im Abendpostformat herzustellen.

Für ein Plakat unter dem Motto: "Ich bin stolz auf ihn er ist Kriegsdienstverweigerer" wird ein Preisausschreiben durchgeführt. Die Sache wird von Werner Böwing und Herbert Stubenrauch vorbereitet. Es wird ein 1. Preis von DM 100,-- ausgesetzt. Bei dem Rundschreiben ist darauf zu achten, daß der Rechtsweg ausgeschlossen bleibt.

(Damit ist Beschluß 6 des Bundeskongresses erledigt)

- 2.13. Hans Hammer trägt seine Vorstellungen zur Koordinierung der Bestrebungen zur Gewaltlosigkeit vor und verweist auf die BK-Beschlüsse 1962 und 1963. In der Diskussion setzt sich der Standpunkt durch, daß der Beschluß 1962 durch die Entwicklung der Arbeitskreise für Gewalt...

losigkeit und auch durch den Beschluß 1963 erledigt sei. Hans Hammer wird beauftragt, eine Diskussion über "Alternativen zur militärischen Verteidigung" in der Verbandszeitschrift ZIVIL einzuleiten. In dieser Diskussion sollten die verschiedensten Standpunkte möglichst ausführlich zu Worte kommen. Im Anschluß an diese Diskussion sollte eine Arbeitstagung stattfinden, an der nicht nur Vertreter der Arbeitskreise für Gewaltlosigkeit, sondern auch andere Gruppen und Vorstandsvertreter teilnehmen werden. Der Bundesvorstand wird dann entscheiden, ob aus der ZIVIL-Diskussion und den Ergebnissen der Arbeitstagung eine Broschüre zusammengestellt werden kann. (Siehe Beschluß 19 Bundeskongress 1963).

- 2.14. Günter Lübcke erläutert die Schwierigkeiten bei den geplanten Schulungen im vergangenen Jahr, von denen einige mangels Teilnehmer nicht durchgeführt werden konnten. Der Bundesvorstand beschließt für das Winterhalbjahr 1963/64 zwei Wochenendtagungen, die allerdings dezentralisiert durchgeführt werden können. Günter Lübcke wird beauftragt, dem geschäftsführenden Vorstand Termin und Themenvorschläge zu unterbreiten.

Für den VK interessante Tagungen im Freundschaftsheim und in dem neuen Haus von Dr. Haverbeck sind von Günter Lübcke durch Rundschreiben oder in ZIVIL zu publizieren.

Günter Lübcke wird beauftragt, eine Referenten- und Themenliste für örtliche Schulungen zusammenzustellen.

Außerdem soll Günter Lübcke die Möglichkeiten für eine Rednerschulung prüfen.

- 2.15. Horst Maurer gibt kurz seine Vorstellungen über sein Ressort bekannt. Er hat bereits in 2 Rundschreiben die Gruppen über wesentliche internationale Veranstaltungen informiert. Der Bundesvorstand begrüßt die Aktivierung unserer internationalen Kontakte.

An der WRI-Konferenz werden Herbert Stubenrauch, Klaus Vack und Hannelore Vack teilnehmen. Die Kosten werden nach der vom BA beschlossenen Reisekostenordnung erstattet. Zur WRI-Konferenz bringt der VK einen Antrag im Sinne des Beschlusses 11 des Bundeskongresses ein. Im übrigen werden die VK-Vertreter bei Diskussionen, Beschlüssen und Wahlen die seitherige Haltung des Verbandes vertreten.

- 2.16. Der Bundesvorstand empfiehlt dem BA den Bundeskongress 1964 für 2./3. Mai 1964 nach Hamburg einzuberufen. Die Hamburger Gruppe wird gebeten, einen zentralen Tagungsort (evtl. im Gewerkschaftshaus) bereit zu stellen.

### Zu Punkt 3 - Gruppenangelegenheiten

- 3.1. Der offene Brief von Werner Titz an Herbert Stubenrauch wird nicht in ZIVIL veröffentlicht. Hans Hammer wird beauftragt, Werner Titz zu schreiben, und ihm mitzuteilen, daß der Bundesvorstand einmütig diese Meinung vertritt. Der Bundesvorstand sieht es auch nicht für sinnvoll an, in dieser Angelegenheit länger mit Werner Titz zu korrespondieren.
- 3.2. Die Gruppe Lübeck erhielt bisher ihre Gruppenanteile von monatlich DM 30,-- durch den Landesverband Hamburg bezahlt. Ab 1.7. ist der Landesverband Hamburg nicht mehr in der Lage, diesen Betrag zu übernehmen. Die Gruppe Lübeck hat deshalb an den Bundesvorstand den Antrag gestellt, ihr die monatlichen Gruppenanteile zu erlassen. Das ist aus finanziellen und grundsätzlichen Erwägungen nicht möglich. Der Bundesvorstand beschließt, die Anteile der Gruppe Lübeck mit monatlich 50,- bis zum 31.12.1963 zu übernehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt muß die Gruppe einen eigenen Weg zur Finanzierung ihrer Arbeit gefunden haben.

Günter Schlatter wird beauftragt, der Gruppe hierzu entsprechende Vorschläge mitzuteilen.

- 3.3. Die Gruppe Weilbach wurde aufgelöst. Die Mitglieder sind von der Gruppe Hofheim übernommen worden.
- 3.4. Der Bundesvorstand nimmt den Bericht von Werner Böwing und Klaus Vack über den Arbeitskreis Hannover'scher Kriegsdienstverweigerer entgegen. Der Bundesvorstand hat noch immer grundsätzliche Bedenken gegen diese Regelung, sieht jedoch keinen Verstoß gegen die Satzung. Außerdem wurde die Bildung des Arbeitskreises vorher mit Dr. Udo zu der Zeit als er noch Bundesvorstandsmitglied war, abgesprochen. Der Bundesvorstand duldet deshalb die Verfahrensweise in Hannover stillschweigend. Wenn möglich, soll bei einer nächsten Jahreshauptversammlung in Hannover ein Bundesvorstandsmitglied teilnehmen. Der Bundesvorstand stellt fest, daß solche Absprachen wie sie mit Dr. Udo getroffen wurden, in Zukunft von keinem Bundesvorstandsmitglied mehr ohne Rücksprache mit der Verbandsgeschäftsstelle getroffen werden können.
- 3.5. Der Vorsitzende der Gruppe Schwarzwald-Baar, Johannes Spörel, ist wegen des Beschlusses D 19 aus dem VK ausgetreten. Den Mitgliedern wird wegen der Bildung eines neuen Gruppenvorstandes geschrieben. Sollte kein Gruppenvorstand zustande kommen, werden sie als Einzelmitglieder geführt.
- 3.6. Da der ehemalige Vorsitzende der Gruppe Konstanz, Heinz Weidenfeld, an seinem Austritt wegen des Beschlusses D 19 festhält, wird Klaus Vack beauftragt, den Mitgliedern mitzuteilen, daß sie in Zukunft als Einzelmitglieder geführt werden. Nach Möglichkeit sollen die Mitglieder zu einem späteren Zeitpunkt wieder als Gruppe zusammengeführt werden.

#### Zu Punkt 4 - Situation in der Verbandsgeschäftsstelle

Klaus Vack gibt einen kurzen Bericht. Er weist darauf hin, daß für VK-Arbeiten in den vergangenen Jahren sehr stark das Naturfreundebüro mit in Anspruch genommen wurde. Dies ist in Zukunft nicht mehr möglich, da das Naturfreundebüro personell verkleinert wurde. Auch Hannelore Vack, die bisher wöchentlich ca. 30 Stunden ehrenamtlich für den VK gearbeitet hat, steht nicht mehr so sehr wie früher zur Verfügung, da ihre Familie nun auf 2 Kinder angewachsen ist. Die Arbeit hat sich jedoch vermehrt, und wird sich bei einer entsprechenden Aktivität des Bundesvorstandes weiter vermehren. Hinzu kommt, daß Klaus Vack mit dem Bundeskongress auch die Aufgabe des Schatzmeisters übertragen bekam und außerdem ständiger Mitarbeiter von ZIVIL wurde. Zum 1.7. müssen außerdem Verpackung und Versand der Zeitschrift an die Zeitungspostämter von der Verbandsgeschäftsstelle vorgenommen werden. Klaus Vack klagt in diesem Zusammenhang über seinen ständig schlechter werdenden Gesundheitszustand. Er weist darauf hin, daß er noch 5 Wochen Urlaub hat und auch jetzt den für Juli vorgesehenen Urlaub wegen der Quartalsrückläufer verlegte. Er weist darauf hin, daß sich aus dieser Situation früher oder später für ihn Konsequenzen ergeben könnten, die sein Ausscheiden aus der Verbandsgeschäftsstelle mitbringen könnten.

Der Bundesvorstand ist zeitlich nicht in der Lage, diesen Punkt zu beraten und beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, sich bei seiner nächsten Sitzung ausführlich über die Verbandsgeschäftsstelle Gedanken zu machen. Der Bundesvorstand bevollmächtigt den geschäftsführenden Vorstand, gegebenenfalls eine dritte Kraft für halbtags einzusetzen.

Werner Böwing weist darauf hin, daß nach den Lohn- und Gehaltsentwicklungen im Frühjahr dieses Jahres Klaus Vack eine Gehaltserhöhung zustünde. Auch hierüber wird der geschäftsführende Vorstand beraten. Heinrich Hannover beantragt, daß sich der geschäftsführende Vorstand über ein Geschenk an

Hannelore Vack Gedanken macht.

Zu Punkt 5 - Finanzielle Situation und Beschlüsse

- 5.1. Klaus Vack legt die Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das I. Halbjahr 1963 sowie die Bilanz per 30.6.1963 vor. Diese wird vom Bundesvorstand akzeptiert. Die Einnahmen und Ausgabenrechnung schließt mit Mehreinnahmen von DM 8.836,49 ab. Die Bilanz weist einen Vermögensbestand von DM 4.248,60 aus. Damit hat der Bundesvorstand den dauernden Zustand der Verschuldung überwunden.
- 5.2. Klaus Vack legt dem Bundesvorstand einen Haushaltsplan für das II. Halbjahr 1963 vor. Dieser Haushaltsplan wird diskutiert und in der dem Protokoll als Anlage beigefügten Form angenommen.
- 5.3. Der Bundesvorstand beschließt für Alfred Riedel und Hans Hammer eine Flugzeugrückreise von der Bundesvorstandssitzung.
- 5.4. Klaus Vack wird beauftragt, dem Kampfbund gegen Atomschäden zu schreiben und Material über die Arbeit des Kampfbundes anzufordern. Gegebenenfalls wird der Bundesvorstand auf seiner nächsten Sitzung den Austritt aus dem Kampfbund beschließen um den Jahresbeitrag von DM 100,-- einzusparen.
- 5.5. Über die Zuwendung an die Weltfriedensbrigade von DM 200,-- für 1963 wird gesondert abgestimmt. Es gibt sich eine Zustimmung bei 2 Enthaltungen. Die Weltfriedensbrigade wird aufgefordert, Ende des Jahres den Betrag durch Belege abzurechnen.

Zu Punkt 6 - Nächste Sitzungen

- 6.1. Eine geschäftsführende Vorstandssitzung findet am 21./22. September 1963 in Offenbach statt.
- 6.2. Für 2./3. November 1963 wird eine Bundesausschuss-Sitzung einberufen. Am Samstagvormittag findet eine Bundesvorstandssitzung statt.  
Weitere Sitzungen werden nicht festgelegt.

Zu Punkt 7 - Verschiedenes

- 7.1. Die Prospekte "Schriftenreihe für den Frieden" des Senzenverlages werden an die Gruppen versandt. In ZIVIL wird auf die Bücher des Senzenverlages hingewiesen.
- 7.2. In Köln hat ein Gruppenvorstandsmitglied DM 500,-- unterschlagen, für die allerdings bereits Bürgen gefunden wurden. Unter diesen Umständen schlägt der Bundesvorstand der Gruppe Köln eine friedliche Regelung vor.
- 7.3. Dem Antrag von Dr. Ude, bei den Ersatzdienstleistenden auf das Auslosungsverfahren zu verzichten, kann nicht stattgegeben werden.
- 7.4. Im Fall Detlef Frede werden Herbert Stubenrauch und Klaus Vack beauftragt, geeignete Schritte in der Öffentlichkeit und bei behördlichen Stellen einzuleiten.
- 7.5. Das Schreiben des Bundestages auf die VK-Petition, das Wahlalter auf das Alter der Wehrmündigkeit festzulegen, wird zur Kenntnis genommen. Klaus Vack wird beauftragt, den Schriftwechsel fotokopiert an einige Zeitungen zu geben.
- 7.6. Mit der Redaktion "Vorgänge" wird ein Anzeigenaustausch vorgenommen.

6050 Offenbach, den 10. Juli 1963  
Für die Protokollführung  
Klaus Vack

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Haushaltsplan für das II. Halbjahr 1963

EINNAHMEN

Bezugsgebühren der Bundespost	DM 41.000,--
Anteile hauskassierender Gruppen	DM 10.000,--
Verkauf von Drucksachen	DM 6.000,--
Sonstiges (Spenden, Einzelbeiträge, Anzeigen)	DM 3.000,--
	<u>DM 60.000,--</u>

AUSGABEN

Personalkosten	DM 8.500,--
Miete und Umlagen	DM 1.200,--
Büromaterial	DM 2.500,--
Porto	DM 3.000,--
Telefon	DM 750,--
Sitzungen BA 1 x DM 600,--	
BV 1 x DM 600,--	
GV 2 x DM 200,--	DM 1.600,--
Reisekosten (auch WRI!)	DM 2.000,--
Redaktionskosten ZIVIL	DM 600,--
Redaktionskosten Frank	DM 300,--
Redaktionskosten Stahnke	DM 300,--
Dokumentationsabteilung Pauschale	DM 360,--
Dokumentationsabteilung Zeitung	DM 120,--
Dokumentationsabteilung Sonderanschaffungen	DM 270,--
Gruppenanteilen an den Bezugsgebühren	DM 13.000,--
Druckkosten ZIVIL	DM 11.000,--
Postgebühren ZIVIL	DM 1.000,--
Beiträge - AdF	DM 300,--
WRI	DM 200,--
Friedensbrigade	DM 200,--
Kampfbund	DM 100,--
Ostermarsch	DM 200,--
Druckkosten "DGB-Broschüre" (5.000 Stück)	DM 500,--
Druckkosten "Warum wir..." (5.000 Stück)	DM 1.500,--
Druckkosten "Aktion 4/3" (100.000 Stück)	DM 2.500,--
Druckkosten "Die Zukunft..." (5.000 Stück)	DM 1.500,--
Kosten für Schulungen	DM 200,--
Unterstützung der Gruppen	DM 300,--
1. Rate für Wanderausstellung	DM 1.000,--
Bereitstellung für Unvorhergesehenes	DM 2.000,--
Einnahmenüberschuß	<u>DM 3.000,--</u>
	<u>DM 60.000,--</u>

Beschlossen auf der Bundesvorstandssitzung am 7./8. Juli 1963 in Bremen

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Haushaltsplan für das 2. Halbjahr 1963

EINNAHMEN

Bezugsgebühren der Bundespost	DM	41.000.--
Anteile hauskassierende Gruppen	DM	10.000.--
Verkauf von Drucksachen	DM	6.000.--
Sonstiges (Spenden, Einzelbeiträge, Anzeigen)	DM	3.000.--
	DM	60.000.--
	=====	

AUSGABEN

Personalkosten	DM	8.500.--
Miete und Umlagen	DM	1.200.--
Büromaterial	DM	2.500.--
Porto	DM	3.000.--
Telefon	DM	750.--
Sitzungen BA 1x DM 600.--		
BV 2x DM 400.--		
GV 2x DM 200.--	DM	1.600.--
Reisekosten (auch WRI!)	DM	2.000.--
Redaktionskosten ZIVIL	DM	600.--
Redaktionskosten Frank	DM	300.--
Redaktionskosten Stahnke	DM	300.--
Dokumentationsabteilung Pauschale	DM	360.--
Dokumentationsabteilung Zeitungen	DM	120.--
Dokumentationsabteilung Sonderanschaffungen	DM	270.--
Gruppenanteile an den Bezugsgebühren	DM	13.000.--
Druckkosten ZIVIL	DM	11.000.--
Postgebühren ZIVIL	DM	1.000.--
Beiträge - ADF DM 300.--		
WRI DM 200.--		
Friedensbrigade DM 200.--		
Kampfbund DM 100.--		
Ostermarsch DM 200.--	DM	1.000.--
Druckkosten "DGB-Broschüre" (5 000 Stück)	DM	500.--
Druckkosten "Warum wir..." (5 000 Stück)	DM	1.500.--
Druckkosten "Aktion 4/3" (100 000 Stück)	DM	2.500.--
Druckkosten "Die Zukunft ..." (5 000 Stück)	DM	1.500.--
Kosten für Schulungen	DM	<del>500.--</del> 200,-
Unterstützung der Gruppen	DM	<del>1.000.--</del> 300,-
Bereitstellung für Unvorhergesehenes	DM	<del>1.500.--</del> 2000,-
Einnahmenüberschuß	DM	<del>3.500.--</del> 3000,-
	DM	60.000.--
	=====	

Beschlossen auf der Bundesvorstandssitzung am 7./8.7.1963 in Bremen

Ausstellung

1000,-

✓

PROTOKOLL V 7 - 1963

des geschäftsführenden Bundesvorstandes am 21./22.9.1963  
in Offenbach

26.9.

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack,  
Alfred Riedel, Hans H. Ploen, Horst Maurer.

Tagesordnung:

1. Auslandsfragen
2. Solidaritätsfonds für Rassengleichberechtigung
3. Die Fälle Frede und Seidel
4. FD-Fragen
5. Schreiben des Deutschen Friedensrates
6. Drucklegung von Werbematerial
7. Verbandsgeschäftsstelle und Gehälter
8. Schulungsarbeit
9. Zur Notstandsfrage
10. Aus den Gruppen
11. Verschiedenes

Der Tagesordnungspunkt Gewaltloser Widerstand wurde irrtümlich unter Punkt 4.5. protokolliert.

Zu Punkt 1 - Auslandsfragen

- 1.1. Herbert Stubenrauch gibt einen Bericht über die WRI-Konferenz in Stavanger. Die von der WRI-Konferenz gefaßten Beschlüsse werden, soweit sie für den VK von besonderer Wichtigkeit sind, kurz besprochen. Die Beschlüsse sollen in ZIVIL veröffentlicht werden. Die beiden wichtigsten Beschlüsse betreffen den Beitritt der WRI zur Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden und den Versuch einer Kontaktaufnahme zum Weltfriedensrat. Besonders zum letzten Beschluß werden im geschäftsführenden Vorstand einige Bedenken geäußert. Es wird beschlossen, diesen Fragenkomplex auf der nächsten BA-Sitzung auszudiskutieren.

In den Internationalen Rat wurde Herbert Günneberg aufgenommen, der zwar nicht die erforderlichen Stimmen erhielt, aber die höchste Stimmzahl der deutschen Kandidaten.

Herbert Stubenrauch und Klaus Vack betrachten den Gesamtverlauf der WRI-Konferenz positiv und empfehlen einen engeren Kontakt und eine engere Zusammenarbeit zur WRI.

- 1.2. Zu einer Aktion französischer und deutscher Kriegsdienstverweigerer hat der Bruder von Herbert Günneberg aufgerufen. Die Initiative für diese Aktion soll von der WRI-Studienkonferenz ausgehen, die im Sommer dieses Jahres in Frankreich stattfand. Der geschäftsführende Vorstand ist der Auffassung, daß diese Aktion zu kurzfristig angesetzt wurde und daß gerade bei internationalen Aktionen eine zeitige Planung notwendig ist. Außerdem

muß eine solche Aktion von der WRI-Zentrale an die der WRI angeschlossenen Bünde herangetragen werden, die sich dann möglichst in der AdF verständigen sollten. Der VK wird sich deshalb an dieser Aktion, falls sie zustande kommt, nicht beteiligen. Der Auslandsreferent, Horst Maurer, wird beauftragt, in diesem Sinne an die WRI-Zentrale und an den Bruder von Pastor Günneberg zu schreiben.

- 1.3. Werner Böwing weist darauf hin, daß er Kontakt nach Holland hat und daß diese Freunde ein Treffen bei der nächsten Antiatomaktion im Frühjahr 1964 in Brussel wünschen. Werner Böwing wird beauftragt, diesen Kontakt möglichst durch ein persönliches Gespräch zu vertiefen und für die Aktion in Brüssel aus dem Raum Nordrhein-Westfalen eine VK-Delegation von ca. 50 Teilnehmern zusammenzustellen.
- (X) 1.4. Zur Aktion am 1.12. liegt ein Plan von Alfried Riedel und Horst Maurer vor. Es wird ein Rundschreiben herausgebracht, in dem die Gruppen Mitteilung erhalten, welche Aktionen in Frage kommen und wo Konsulate, Generalkonsulate und Botschaften von Ländern ihre Niederlassung haben, die die allgemeine Wehrpflicht haben und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht einräumen. Der Bundesvorstand wird außerdem einen Pressedienst herausbringen. Über eine entsprechende Aktion in Ostberlin wird auf der nächsten geschäftsführenden Vorstandssitzung gesprochen. Das Rundschreiben und die Vorschläge zu Aktionen am 1.12. werden von Alfred Riedel der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt.
- X 1.5. Den Bundesvorstandsbeschuß 10, Kontakte zur UNO aufzunehmen, wird der geschäftsführende Vorstand vorerst wie folgt erfüllen: Horst Maurer wird beauftragt, schriftlich mit der deutschen Stelle der UNO in Verbindung zu treten. Er soll Material anfordern, das soweit wie möglich regelmäßig in ZIVIL verwertet werden soll.

Der UNO-Plan des VK soll den deutschen Stellen der UNO und der UNO-Zentrale in New York zugeleitet werden.

Im übrigen sieht der geschäftsführende Vorstand die sinnvollste Verwirklichung des BK-Beschlusses weniger darin, daß der VK der UNO Pläne unterbreitet, sondern darin, daß der VK für die UNO Public Relation macht.

- (X) 1.6. Dem Bundesvorstand liegt eine Einladung der Weltparlamentsvereinigung für eine Weltregierung vor. Die Veranstaltung findet in Genf statt und beschäftigt sich mit dem Thema Abrüstung und Hunger in aller Welt im Atomzeitalter. Klaus Vack wird beauftragt, mit Hans Hermann Köper und Wilhelm Keller Kontakt aufzunehmen, ob einer von ihnen an dieser Tagung teilnehmen kann. Falls beide verhindert sind, soll sich Klaus Vack um einen anderen geeigneten VK-Vertreter bemühen. Wenn sich eine Vertretung nicht findet, muß Absage erfolgen.
- X 1.7. Horst Maurer wird beauftragt, das Notstandsreferat bei der WRI-Konferenz, das zwischenzeitlich ins englische übersetzt wurde, in englisch sprechenden Organen zu verbreiten.

X 1.8. Horst Maurer wird beauftragt, Material für ein deutsches Handbuch zu sammeln, das über die Kriegsdienstverweigerung in aller Welt aufklärt. Das Handbuch soll in hektographierter Form den Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

Zu den Schwierigkeiten, die den Kriegsdienstverweigerern in Frankreich erneut entstehen, wird Herbert Stubenrauch, im Auftrag des geschäftsführenden Vorstandes über die französische Botschaft einen Brief an de Gaulle schreiben. Horst Maurer wird ein Gruppenrundschreiben verfassen, das über die neue Situation in Frankreich informiert und den Gruppen Möglichkeiten zu Aktivitäten für französische Kriegsdienstverweigerer aufzeigt.

an V. X  
2.10.

Zu Punkt 2 - Solidaritätsfonds für Rassengleichberechtigung

Herbert Stubenrauch berichtet kurz über den Presseerfolg des ZIVIL-Artikels, in dem ein Solidaritätsfonds für die Rassengleichberechtigung gebildet wurde. Der finanzielle Erfolg ist allerdings bisher mit DM 550,-- nicht überwältigend. Es wird beschlossen, in einem Gruppenrundschreiben noch einmal zu Spenden aufzurufen. Außerdem wird in einem kurzen ZIVIL-Artikel auf den Spendenfondshingewiesen. Der Bundesvorstand beschließt, falls keine DM 1.000,-- zusammenkommen, die Differenz zu übernehmen, so daß DM 1.000,-- an Bayard Rustin überwiesen werden können. Gehen mehr als 1.000,-- DM ein, wird der Bundesvorstand auf jeden Fall DM 100,-- an den Solidaritätsfonds einzahlen.

Zu Punkt 3 - Die Fälle Frede und Seidel

Klaus Vack berichtet kurz über die Entwicklung im Fall Frede, der zu einem großen Presseerfolg geführt hat und Detlef Frede die vorläufige Befreiung vom Dienst bei der Bundeswehr einbrachte. Zwischenzeitlich hat sich ein neuer Fall des Kriegsdienstverweigerers Seidel der Gruppe Iserlohn ergeben. Der VK wird sich auch für diesen Kriegsdienstverweigerer einsetzen. Der geschäftsführende Bundesvorstand ist der Auffassung, daß das Vorgehen der Verbandsgeschäftsstelle im Fall Frede richtig war. Über die Beschwerden von Herrn Titz soll nicht mehr korrespondiert, sondern mit diesem bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit persönlich gesprochen werden.

Klaus Vack spricht den Verdacht aus, daß sich solche Fälle wie bei Frede in Zukunft wiederholen werden. Er berichtet darüberhinaus über Vorgänge, die vermuten lassen, daß man von Seiten der Bundeswehr versucht, durch verschiedene Schliche die Zahl der Kriegsdienstverweigerer herunterzudrücken.

Klaus Vack wird beauftragt, in diesem Fragenkomplex eine Umfrage bei den Gruppen durchzuführen, die als Grundlage für eine Diskussion bei der nächsten BA-Sitzung dienen soll.

Zu Punkt 4 - FD-Fragen

4.1. Hans H. Ploen informiert den geschäftsführenden Vorstand über die Schwierigkeiten im ZFDA. Im geschäftsführenden Vorstand wird darauf hingewiesen, daß der ZFDA nicht in der Satzung verankert und nicht an eine besondere Form gebunden ist. Wesentlich ist, daß dem FD-Referenten Fachmänner zur Verfügung stehen, die die schwierigen Fragen, die aus der Ableistung des ED entstehen, beantworten können. Der ZFDA wird seinen Sitz weiterhin in Hamburg

am Wohnsitz von Hans H. Ploen behalten. Ploen sollte überprüfen, ob Heinrich Hannover im ZFDA mitarbeiten kann.

Da eine örtliche Unterstützung der Aufgaben des ZFDA vorwiegend bei der Betreuung der Dienstleistenden notwendig ist, wird Hans H. Ploen für die nächste geschäftsführende Vorstandssitzung hierzu einen Vorschlag ausarbeiten, der im Bundesausschuss diskutiert werden soll.

- 4.2. Hans H. Ploen wirft die Frage auf, ob der VK für die ED-Leistenden einen staatsbürgerlichen Unterricht fordern soll, der evtl. bei „Arbeit und Leben“ oder bei den Volkshochschulen abgeleistet werden kann. Der geschäftsführende Vorstand kann zu diesem Punkt noch keine abschließende Stellungnahme abgeben und beauftragt Ploen, vorerst einmal mit der Zentralstelle zu korrespondieren. Evtl. könnte diese Frage in einer Zentralstellen-Sitzung mit den anderen Verbänden diskutiert werden.
- 4.3. Nach dem sich alle Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes durch Studium von verschiedenem Material noch einmal ausführlich über das gegründete Friedenskorps informiert haben, sind allgemein große Zweifel entstanden, ob das Friedenskorps etwas mit unseren Zielen zu tun hat. Der geschäftsführende Vorstand beschließt deshalb, den Bundesvorstandsbeschuß 2.11. nicht auszuführen.
- 4.4. Eine von Hans H. Ploen formulierte Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, das Ersatzdienstgesetz so zu erweitern, daß der Dienst auch im Ausland abgeleistet werden kann, wird vom geschäftsführenden Vorstand akzeptiert. Die Petition wird auch als Pressedienst publiziert. Die Mitglieder des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag erhalten eine Abschrift der Petition. Die Zentralstelle ist durch die Verbandsgeschäftsstelle zu informieren.
- 4.5. Gewaltloser Widerstand. Herbert Stubenrauch teilt mit, daß er mit Hans Hammer über einen Plan korrespondiert hat, ein Buch über die gewaltlose Konfliktlösung und den gewaltlosen Widerstand herauszubringen. Der geschäftsführende Vorstand beschließt eine Kommission, die die Konzeption und die Mitarbeiter dieses Buches zusammenstellen soll. Die Kommission besteht aus Hammer, Stubenrauch, Vack, Zwerenz und Tempel. Wenn die Konzeption und die Mitarbeiterliste fertiggestellt sind, wird sich der geschäftsführende Vorstand noch einmal mit dem Buch beschäftigen, vor allen Dingen mit der Frage, in welchem Verlag es erscheinen soll.

Eine Diskussion über Gewaltfreiheit soll durch einen Artikel von Theodor Ebert in ZIVIL eröffnet werden.

#### Zu Punkt 5 - Schreiben des Deutschen Friedensrates

Herbert Stubenrauch hat von dem Generalsekretär des Deutschen Friedensrates, Willmann, einen Brief erhalten, in dem dieser Kontakte, gemeinsame Seminare und Zusammenkünfte mit den Friedensverbänden in der Bundesrepublik vorschlägt. Der geschäftsführende Vorstand beauftragt Herbert Stubenrauch,

an den Deutschen Friedensrat zu schreiben, daß eine Kontaktaufnahme nicht möglich ist, so lange der Deutsche Friedensrat sich nicht bereit finden kann, in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu propagieren.

Zu Punkt 6 - Drucklegung von Werbematerial

Folgendes Werbematerial ist fertiggestellt:

- a) 5.000 Broschüren "Warum wir den Kriegsdienst verweigern"
- b) 5.000 Broschüren "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der Gemeinschaft"
- c) 75.000 Flugblätter "Aktion 4/3"

Außerdem übernimmt die Verbandsgeschäftsstelle die Vertreibung der WRI-Broschüre "Handbuch für Planung und Durchführung von direkten, gewaltlosen Aktionen", die zum Preis von DM 1,-- abgegeben wird.

Klaus Vack wird beauftragt, mit dem Münchner Komitee Kontakt aufzunehmen und über einen Nachdruck der Broschüre "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance?" zu verhandeln. Der VK wäre bereit, 10.000 Exemplare abzunehmen.

Das Plakat "Die Zukunft bestimmen - den Kriegsdienst verweigern" soll in einer Auflage von 2.000 Exemplaren gedruckt werden, auch wenn nicht genügend Bestellungen vorliegen. Vor Drucklegung wird Klaus Vack größere Gruppen noch einmal anschreiben und um Bestellung des Plakates bitten.

Klaus Vack wird beauftragt, von größeren Zeitungen eine Anzeigenpreisliste anzufordern.

Zu Punkt 7 - Verbandsgeschäftsstelle und Gehälter

Der geschäftsführende Vorstand beschließt, zum 1.10.1963 Hannelore Vack als Halbtagskraft für ein halbes Jahr, gegen eine Aufwandsentschädigung von DM 250,-- einzustellen. Die Abrechnung der Aufwandsentschädigung erfolgt über Fahrgelder, die an Klaus Vack ausgezahlt werden.

Werner Böwing schlägt vor, rückwirkend zum 1.4.1963 den Angestellten Vack und Don eine Gehaltserhöhung von ca. 8 % zu bewilligen. Nach Einverständnis von Vack und Don wird eine solche Gehaltserhöhung nicht vorgenommen, dafür werden ab 1.9.1963 die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung übernommen.

Zu Punkt 8 - Schulungsarbeit

Günter Lübcke schlägt vor, daß am 23./24.11.1963 im Gebiet Nord und am 30.11./1.12.1963 im Gebiet Süd zentrale Lehrgänge durchgeführt werden. Zur Diskussion stehen die Themen für die früher ausgefallenen Lehrgänge: Dogmatischer und politischer Pazifismus; Ziele einer Kampagne für Abrüstung. Der geschäftsführende Vorstand beauftragt den Verbandsgeschäftsführer, in einem Rundschreiben das Bedürfnis für diese Lehrgänge und die Bereitschaft, diese Lehrgänge zu den vorgesehene Terminen zu besuchen, zu überprüfen. Sollte eine Bereitschaft bestehen, werden die Lehrgänge durchgeführt, wenn nicht, werden sie erst gar nicht ausgeschrieben.

Zu Punkt 9 - Zur Notstandsfrage

9.1. Klaus Vack wird beauftragt, an den SPD-Fraktionsge-

geschäftsführer und den Bundestagsabgeordneten Schmidt-Vockenhausen, sowie an den FDP-Fraktionsgeschäftsführer zu schreiben und um einen Termin für ein Sondierungsgespräch über die geplante Notstandsverfassung zu bitten. Es geht dem VK im wesentlichen um eine klare Erläuterung des SPD-bzw. FDP-Standpunktes zu den Notstandsgesetzen. Vom VK sollten an diesem Gespräch Stubenrauch, Böwing und Hannover teilnehmen.

- 9.2. Klaus Vack wird beauftragt, noch einmal mit Christel Küpper zu korrespondieren, damit der AdF-Kongress gegen die Notstandsverfassung bald verwirklicht werden kann.
- 9.3. Alfred Riedel teilt mit, daß er an die größeren Gruppen geschrieben hat, um Aktionen gegen die Notstandsgesetze anzuregen. Antwort erhielt er lediglich von der Gruppe Frankfurt.

In Stuttgart ist ein zentrales Flugblatt in Vorbereitung, das der Bundesvorstand übernehmen soll. Der geschäftsführende Vorstand behält sich allerdings evtl. Abänderungswünsche vor. Das zentrale Aufklärungsflugblatt soll allen Gruppen zur Drucklegung und Verbreitung empfohlen werden. Es soll örtliche Unterschriften tragen. Für den Fall, daß örtliche Unterschriften nicht zustande kommen, bemüht sich der Bundesvorstand um die Unterschriften von 20 Persönlichkeiten aus dem Bundesgebiet. Alfred Riedel wird gebeten, dafür zu sorgen, daß, obwohl das Flugblatt nicht als eine ausgesprochene VK-Schrift erscheinen soll, der VK doch als geistiger Urheber und Eigentümer erkenntlich ist, damit ein Mißbrauch mit dem Flugblatt ausgeschlossen ist.

- 9.4. Alfred Riedel wird beauftragt, Kontakt mit dem Verein zum Schutz der Bürgerrechte aufzunehmen.
- 9.5. In ZIVIL wird ein Aufruf unter dem Titel "Stehen Sie auch im Höcherl-Verzeichnis?" mit der Bitte erscheinen, bestehendenfalls den Bundesvorstand zu informieren.

#### Zu Punkt 10 - Aus den Gruppen

- 10.1. Die Gruppe Langen wird aufgelöst, nach dem der seitherige Vorsitzende aus dem Verband ausgetreten ist und sich kein neuer Vorstand findet. Der Verbandsgeschäftsführer wird beauftragt, die Mitglieder entweder als Einzelmitglieder zu führen oder sie der ihm geeigneten Gruppe zuzuführen.
- 10.2. Die Gruppe Lampertheim wird zum 1.10. der Gruppe Mannheim zugeführt.
- 10.3. Von Herrn Arlt wurde in Friedberg eine neue VK-Gruppe gegründet.
- 10.4. Für die Mitglieder einer VK-Gruppe in Aschaffenburg stellt der Bundesvorstand als Test DM 500,-- zur Verfügung. Mit der Gründung wird Herr Arlt beauftragt. Über die Ausgaben muß er sich im Einzelfall mit dem Verbandsgeschäftsführer abstimmen.
- 10.5. Mit der Regelung der Schwierigkeiten in Dortmund werden Stubenrauch, Schlatter und Böwing beauftragt. Werner Böwing ist federführend.

- 10.6. Der Vorsitzende der Gruppe Gütersloh ist aus dem VK ausgetreten. Durch Rundschreiben soll ermittelt werden, ob ein anderes Mitglied bereit ist, den Vorsitz zu übernehmen. Wenn kein neuer Vorstand gefunden werden kann, werden die Mitglieder der Gruppe Bielefeld zugeführt.
- 10.7. Der geschäftsführende Vorstand nimmt die Stellungnahme der Gruppe Lübeck zum Ostermarsch der Atomwaffengegner zur Kenntnis.
- 10.8. Der Schwebezustand in der Gruppe Konstanz konnte immer noch nicht geregelt werden. Der frühere Vorsitzende, Weidenfeld, hat verlauten lassen, daß er evtl. doch wieder bereit wäre, die Gruppe zu übernehmen. Er wird sich in den nächsten 14 Tagen noch einmal mit Alfred Riedel persönlich unterhalten und dann seine endgültige Entscheidung treffen.
- 10.9. Der geschäftsführende Vorstand nimmt zur Kenntnis, daß Fritz Vilmar aus dem Gruppenvorstand Frankfurt ausgeschieden ist.

Zu Punkt 11 - Verschiedenes

- 11.1. Herbert Stubenrauch weist darauf hin, daß in den nächsten Monaten die weißen Jahrgänge zum "Zivilschutz" eingezogen werden sollen. Der geschäftsführende Vorstand ist der Auffassung, daß das Recht der Kriegsdienstverweigerung auch für den Zivilschutz zutrifft, da dieser u.a. die Objektverteidigung vorsieht. Der VK gibt in der Frankfurter Rundschau eine Testanzeige im Wert von ca. DM 500,-- auf, um zu prüfen, ob sich auf Grund dieser Anzeige "Zivilschutzverweigerer" finden, die bereit sind, sich dem VK anzuschließen. Alle, die sich an die Verbandsgeschäftsstelle wenden, erhalten Material über die Kriegsdienstverweigerung und eine VK-Stellungnahme zu den Möglichkeiten, den Zivilschutz zu verweigern, zugestellt. Außerdem wird der VK eine Pressestellungnahme zu dem Zivilschutz herausbringen. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser Anzeige wird in der nächsten geschäftsführenden Vorstandssitzung diskutiert.
- 11.2. Der geschäftsführende Vorstand beschließt, für zukünftige Drucksachen den Slogan "Die Zukunft bestimmen - den Kriegsdienst verweigern" durch den Slogan "Die Abrüstung fördern, den Kriegsdienst verweigern" zu ersetzen.
- 11.3. Klaus Vack wird beauftragt, die Verantwortlichen für die vom Bundesvorstand beschlossene VK-Wanderausstellung anzumahnen.
- 11.4. Klaus Vack weist darauf hin, daß er noch einmal an Volkskammerpräsident Dieckmann geschrieben hat und zwar per Einschreiben mit Rückschein. Eine Antwort ist auch diesmal nicht eingetroffen. Die Angelegenheit wird damit zu den Akten gelegt.
- 11.5. Für Herbert Stubenrauch (Redaktion ZIVIL) werden die "Vorgänge" mit Abdruckserlaubnis zum Jahresabonnementspreis von DM 36,-- abonniert.

11. 6. Zur IdK-Jahreskonferenz delegiert der geschäftsführende Vorstand Herbert Stubenrauch, Klaus Vack und Günter Schlatter. Herbert Stubenrauch wird eine Begrüßung sprechen. Die VK-Gäste werden nicht in die Diskussion eingreifen.
11. 7. Für Herbert Stubenrauch (Redaktion ZIVIL) wird die Literaturzeitung "Wir lesen für Sie" abonniert.
11. 8. Der VK ist bereit, noch einmal eine Austauschanzeige "Vorgänge" und "ZIVIL" für Literatur des Szczyney-Verlages aufzunehmen.
11. 9. Auf Vorschlag von Klaus Vack wird die Verbandsgeschäftsstelle beauftragt, zu Weihnachten d.J. eine Grußkartenaktion für Heinz Brandt zu starten, die auch im Pressedienst ausgewertet wird.
- 11.10. Klaus Vack erhält Vollmacht, falls es finanziell zu verkraften ist, Ende d.J. in der Zeitschrift "Die Jugendherberge" eine Anzeige für DM 432,- aufzugeben. Wenn die Anzeige in diesem Jahr nicht mehr finanziert werden kann, wird sie im kommenden Frühjahr aufgegeben.
- 11.11. Der geschäftsführende Vorstand beschließt, aus dem Kampfbund gegen Atomschäden per 31.12.1963 auszutreten.
- 11.12. Klaus Vack wird beauftragt, genügend Exemplare der Zeitschrift "Das Gewissen" anzufordern und diese mit einer Empfehlung mit einem Gruppenrundsreiben zu versenden.
- 11.13. Die nächste geschäftsführende Vorstandssitzung findet am 31.10.1963 (abends) und am 1.11.1963 in Offenbach statt. Für Hans H. Ploen bewilligt der geschäftsführende Vorstand die Benutzung des Lufttaxi. Wichtige Punkte für diese Sitzung sind u.a.: Internationales Seminar; Südafrikanischer Boykott; Berlin-Marsch; Ostermarsch der Atomwaffengegner.
- 11.14. Die für 2./3.11.1963 geplante BA-Sitzung muß ausfallen, da an diesem Wochenende in Frankfurt die Eröffnungsveranstaltung zur Ostermarschkampagne 64 stattfindet. Die BA-Sitzung findet am 7./8.12.1963 in Frankfurt statt. Wichtige Punkte sind u.a.: Unser Verhältnis zum Friedensrat; Vorfälle Trede und ähnliche; sowie die sinkende Zahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer.

6050 Offenbach, den 25. September 1963  
für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Protokoll V 8 - 1963

des geschäftsführenden Vorstandes am 30.10.-1.11.1963 in Offenbach

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack, Alfred Riedel, Hans H. Ploen

6.11.63

Als Gäste zu Punkt 3 vom Gruppenvorstand München: Joanni, Fischer und Huber.

- Tagesordnung:
1. Finanzielle Situation - Mitgliederentwicklung
  2. Schreiben des Deutschen Friedensrates
  3. Bericht über die Bundeskonferenz der IdK
  4. Auslandsfragen
  5. Notstandsfrage
  6. Tag der Gefangenen für den Frieden
  7. Schulungsarbeit
  8. FD-Fragen
  9. Bundesausschuß-Sitzung
  10. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

- 1.1. Klaus Vack berichtet über die Entwicklung der Bezieher von ZIVIL und die Mitgliederzahlen der hauskassierenden Gruppen. Es muß festgestellt werden, daß seit Anfang 1961 bis Ende 1962 eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen war. Sicherlich begründet durch die Erhöhung der ZIVIL-Bezugsgebühren und der Beiträge in den hauskassierenden Gruppen gingen im Vergleich vom 3. Quartal 1962 zum 3. Quartal 1963 rund 500 Mitglieder verloren. Der GV nimmt diesen Bericht zur Kenntnis und wird sich auf seiner nächsten Sitzung einmal ausführlich mit der Frage der Mitgliederwerbung beschäftigen.
- 1.2. Heinrich Hannover legt dem GV schriftlich einen Antrag vor, nachdem der BV das Kostenrisiko für eine grundsätzliche Entscheidung in Sachen des Kriegsdienstverweigerers Günter Paul übernehmen soll. Günter Paul ist der letzte lebende Sohn eines gefallenen Vaters und als solcher von der Wehrpflicht freigestellt, möchte jedoch seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erlangen.  
Der GV ist bereit, das Kostenrisiko, das nach Angaben von Rechtsanwalt Hannover bei DM 1.000.-- liegen dürfte, zu übernehmen. Klaus Vack wird beauftragt, an das Mitglied Gantenbrink zu schreiben mit der Bitte, daß er nach Möglichkeit DM 500.-- des Kostenrisikos übernimmt. Sollte Gantenbrink absagen, wird der BV das gesamte Risiko übernehmen.  
Bei der Erlangung des Urteils ist darauf zu achten, daß der Kriegsdienstverweigerer Paul nach Anerkennung aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes das Recht hat, sich vom Ersatzdienst freistellen zu lassen. Heinrich Hannover wird beauftragt, der Geschäftsstelle bereits nach Erlangung des Verwaltungsgerichtsurteils einen Zwischenbericht zu geben, damit evtl. entschieden werden kann, ob der Fall vor das Bundesverwaltungsgericht gebracht werden soll.
- 1.3. Der GV nimmt seinen Beschluß lt. Protokoll V 7 - 1963 Punkt 7 zurück, wonach Hannelore Vack vom 1.10.1963 bis 31.3.1964 als Halbtagskraft gegen eine Aufwandsentschädigung von DM 250.-- einzustellen ist. Er beschließt dafür, für Klaus Vack eine halbjährige Gehaltserhöhung von brutto DM 250.--

mit der Maßgabe, daß Klaus Vack hierfür privat eine Halbtagskraft finanzieren muß.

Zur Frage der Gehaltserhöhung, die lt. Protokoll V 7 - 1963 Punkt 7 für Klaus Vack und Annelie Don beschlossen wurde, stellt der GV fest, daß unter Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung die gesamten Sozialbeiträge, also Angestellten-Versicherung, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung zu verstehen sind.

Der GV beschließt für Klaus Vack und Annelie Don eine Weihnachtsgratifikation von je DM 250.-- brutto.

Herbert Stubenrauch wird beauftragt, Hannelore Vack ein Präsent im Werte von DM 50.-- zukommen zu lassen.

- 1.4. Herbert Stubenrauch trägt eine Anfrage der WRI vor, nach der der VK gebeten wird, für die Sondernummer "Konsequent", die die gewaltfreie Zivilarmee zur Aktion Dolci herausbrachte, einen Kostenanteil von DM 20.-- zu übernehmen. Der GV ist aus grundsätzlichen Erwägungen hierzu nicht in der Lage.
- 1.5. Herbert Stubenrauch wird beauftragt, unserem Mitglied Kahlefeld, das seit einiger Zeit den größten Teil der Klischees für ZIVIL kostenlos herstellt, zu Weihnachten ein Präsent im Werte von DM 30.-- zukommen zu lassen.
- 1.6. Klaus Vack berichtet, daß zum 1.1.1964 die Postgebühren für die Einziehung der ZIVIL-Gebühren und den Vertrieb von ZIVIL erhöht werden. Nach einer detaillierten Ausrechnung von Klaus Vack entstehen dem VK dadurch Mehrkosten von DM 1.800.-- im Quartal.  
Der GV beschließt, daß zum 1.1.1964 die Bezugsgebühren auf DM 6.15 festgelegt und mit der Erhöhung der Postgebühren begründet werden. Für das Mitglied bedeutet dies lediglich eine Erhöhung von DM -.06 im Quartal, da die Bundespost die seitherigen Postgebühren von DM -.09 nicht mehr gesondert einzieht.  
Darüber hinaus schlägt der GV dem BA vor, daß die Gruppenanteile ab 1.1.1964 von DM 2.10 im Quartal auf DM 2.-- erniedrigt werden.  
Durch diese Maßnahmen kann der BV von den DM 1.800.-- DM 900.-- wieder hereinholen, sodaß noch DM 900.-- durch ihn aufzubringen sind.
- 1.7. Die Gruppe Hamburg hat den Antrag gestellt, zur Gründung einer Gruppe in Bevensen einen Betrag von DM 400.-- zur Verfügung zu stellen. Der GV sieht sich außerstande, diesen Betrag noch im 4. Quartal 1963 unterzubringen. Klaus Vack wird beauftragt, dies dem LV Hamburg mitzuteilen und um eine genaue Kostenaufstellung über die geplante Aktion zu bitten. Außerdem soll der LV Hamburg darlegen, welcher Mitgliederzuwachs für den VK nach einer solchen Gruppengründung zu erwarten sei.
- 1.8. Auf unsere Anfrage an das deutsche Jugendherbergswerk, in der Zeitschrift "Die Jugendherberge" eine Anzeige aufzunehmen, wurde uns mitgeteilt, daß das Jugendherbergswerk beschlossen hat, in Zukunft keine Anzeigen der Bundeswehr mehr aufzunehmen. Der VK wird gebeten, somit auf die Aufnahme einer Anzeige für Kriegsdienstverweigerung zu verzichten. Der GV ist mit dieser Regelung einverstanden.

### Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Lt. Protokoll V 7 - 1963, Punkt 5 hat sich der GV schon einmal mit dieser Frage beschäftigt. Herbert Stubenrauch hat in dieser Angelegenheit Vorarbeit geleistet und legt dem GV einen Appell an den Deutschen Friedensrat vor.

Nach ausführlicher Diskussion werden folgende Beschlüsse gefaßt: Das Schreiben des Deutschen Friedensrates, der Appell von Herbert Stubenrauch und ein Antwortschreiben an den Deutschen Friedensrat (wird noch von Klaus Vack formuliert) werden dem BA zur Beratung vorgelegt. Das von Klaus Vack zu formulierende Schreiben soll in der Tendenz des Appells liegen, jedoch nicht direkt die Forderung erheben, daß sich der Friedensrat zu den aufgeführten Punkten bekennt, sondern eine Korrespondenz mit dem Friedensrat einleiten, in der dieser seine Stellungnahme zu den Punkten abgeben kann.

Der BA muß entscheiden, ob der von Klaus Vack zu formulierende Brief an den Friedensrat geschickt und damit auf den Appell verzichtet wird. In diesem Fall wird Herbert Stubenrauch für die Januar-Nummer von ZIVIL einen Artikel über unsere Abgrenzung vom Friedensrat schreiben.

Andererseits kann sich der BA dafür entscheiden, daß der Appell in ZIVIL veröffentlicht wird, wodurch ein Schreiben an den Friedensrat und ein grundsätzlicher Abgrenzungsartikel entfallen.

### Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Herbert Stubenrauch und Klaus Vack berichten über die IdK-Konferenz, in der es zu harten Auseinandersetzungen zwischen einer Gruppe um Dr. Lidl und einer Gruppe um Pfarrer Werner kam. Dr. Lidl vertrat eine unabhängige Position gegenüber dem Deutschen Friedensrat, während die andere Gruppe eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Friedensrat forderte. Nach fast 8stündiger Debatte in der Konferenz kam es zu einer Abstimmung, bei der Dr. Lidl bei ca. 60 Jastimmen nicht mehr zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Sein Gegenkandidat, Pfarrer Günneberg, erhielt ca. 80 Stimmen. Die Vertreter der unabhängigen Position (vorwiegend die Gruppen Bremen und Braunschweig) sind durch eigenen Verzicht nicht mehr im Bundesvorstand der IdK vertreten.

Die Münchner Freunde informierten den GV über die neue Situation, die sich besonders im Hinblick auf die Person von Dr. Lidl ergeben hat. Sie melden schwerste Bedenken gegen eine Mitgliedschaft von Dr. Lidl im VK an.

Es wird festgestellt, daß bisher keinerlei Absprachen von VK-Vorstandsmitgliedern mit Dr. Lidl oder anderen IdK-Funktionären getroffen wurden.

Der GV berät lange und ausführlich über die neue Situation und besonders über die Situation in München. Er entschließt sich, vorerst eine Fühlungnahme mit Dr. Lidl zu vermeiden und Gespräche mit Verantwortlichen aus den evtl. zum Übertritt bereiten IdK-Gruppen (wie Bremen, Braunschweig, Marburg) zu führen. Der GV stellt fest, daß bei den schwerwiegenden Bedenken der Gruppe München eine Aufnahme von Dr. Lidl in den VK nur vom BA beschlossen werden könnte.

(Alle Protokollempfänger werden darauf aufmerksam gemacht, daß das hier Protokollierte streng vertraulich zu behandeln ist.)

### Zu Punkt 4 der Tagesordnung

4.1. Es liegt eine weitere Anfrage der WRI zu einer Aktion französischer und deutscher Kriegsdienstverweigerer vor.

Der GV empfiehlt, am 18./19.1.1964 oder am 1./2.2.1964 ein Gespräch evtl. in Saarbrücken oder Straßburg, an dem sechs französische und sechs deutsche Vertreter ( 2 VK, 2 IdK, 2 DFG) teilnehmen. Bei diesem Gespräch soll eine gemeinsame Großaktion für Frühsommer 1964 in Stuttgart oder Frankfurt besprochen werden. In diesem Sinne ist an die WRI, sowie an IdK und DFG zu schreiben.

- 4.2. Die WRI fragt an, wie der VK zu einer Aktion steht, bei der die deutschen WRI-Bünde in der Bundesrepublik für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und der Deutsche Friedensrat in der DDR für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung demonstrieren. Der VK teilt der WRI mit, daß er einer solchen Aktion nur zustimmen kann.
- 4.3. Auf ein Schreiben der Florenzer Jugendverbände soll Horst Maurer antworten und mitteilen, daß wir uns zu dieser Organisation nicht äußern können, da wir ihre Arbeit und Zielsetzung nicht genau kennen, jedoch um Zusendung von Informationsmaterial bitten.

#### Zu Punkt 5 der Tagesordnung

- 5.1. Auf die Anfrage um Gespräche mit Bundestagsabgeordneten in Bonn liegt bisher ein Zwischenbescheid von der FDP und eine Zusage für ein Gespräch von der SPD vor. Klaus Vack wird beauftragt, an Dr. Friedrich Schäfer von der SPD zu schreiben und für ein Gespräch, an dem von VK-Seite möglichst Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Heinrich Hannover und Klaus Vack teilnehmen sollten, folgende Termine anzubieten: 26.-27.11.1963; 3.-5.12.1963; 10.-12.12.1963.
- 5.2. Alfred Riedel legt die ersten Andrucke über ein Notstandsflugblatt vor, das allgemeine Zustimmung findet. Die letzte Seite des vierseitigen Flugblattes ist frei für Unterschriften von Persönlichkeiten. Alfred Riedel wird gemeinsam mit den entsprechenden Gruppen für Hamburg, Frankfurt, Köln und Stuttgart jeweils regionale Unterschriften sammeln und dafür sorgen, daß das Flugblatt in diesen Regionen in hoher Auflage verteilt wird. Für alle anderen Orte sollen aus finanziellen Gründen nur Flugblätter mit zentralen Unterschriften herausgebracht werden. Von Alfred Riedel und Klaus Vack sind ca. 20 Unterschriften prominenter Persönlichkeiten zu sammeln. Das Flugblatt wird den VK-Gruppen, außenstehenden Freunden und befreundeten Organisationen zum Preis von DM 20.-- pro Tausend angeboten. Es ist darauf zu achten, daß aus dem Impressum die geistige Urhebererschaft und das Eigentum des VK zu ersehen sind.
- 5.3. Klaus Vack wird beauftragt, mit der ADF noch einmal über den ADF-Kongreß gegen die Notstandsverfassung zu korrespondieren.

#### Zu Punkt 6 der Tagesordnung

- 6.1. Alfred Riedel legt den Entwurf für eine Presseerklärung vor, der akzeptiert wird.
- 6.2. Der Entwurf für ein Schreiben an Botschaften, Konsulate und Generalkonsulate wird ebenfalls akzeptiert. Die Schreiben an die Botschaften werden von der Verbandsgeschäftsstelle hergestellt und von Herbert Stubenrauch unterzeichnet.

Die Schreiben an die Konsulate oder Generalkonsulate sollen die Gruppen sinngemäß, nach dem Entwurf von Alfred Riedel an diese Stellen schicken.

- 6.3. Im Anschluß an die Aktion wird ein weiterer Pressedienst herausgebracht, der über den Verlauf informiert.
- 6.4. Klaus Vack wird beauftragt, Fernseh- und Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik um Interviews und Berichte zum Tag der Gefangenen für den Frieden zu bringen.
- 6.5. Über eine Aktion am 29.11.1963 in Ostberlin kann nach ausführlicher Diskussion Einigkeit in der Form erzielt werden, daß der Versuch unternommen werden soll, eine Demonstration mit Übergabe einer Petition von ca. 20 zuverlässigen VK-Mitgliedern, unter starker Beteiligung des BV, durchzuführen. Ein von Hans H. Ploen entworfenes Schreiben wird an einen von Herbert Stubenrauch und Klaus Vack auszuwählenden Personenkreis versandt. Die Aktion wird bei der Ostberliner Polizei angemeldet. Die Transparente und weiteres schriftliche Material beziehen sich ausschließlich auf die Forderung nach dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Die Reisekosten müssen die, an der Aktion beteiligten Personen, tragen. Anschließend an die Aktion wird in Westberlin eine Pressekonferenz stattfinden.
- 6.6. Horst Maurer wird beauftragt, für die Grußkartenaktion schnellstens die Ehrenliste 1963 zusammenzustellen, damit sie rechtzeitig an die Gruppen verschickt werden kann. Über die WRI ist zu prüfen, in welche Länder evtl. Blumen versandt werden können, da dies oft bestimmt wirkungsvoller ist, als wenn jeder Einzelne hunderte von Postkarten bekommt.
- 6.7. Eine Grußkartenaktion für Heinz Brandt wird bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Sie ist durch ein besonderes Rundschreiben, das der Ehrenliste beigelegt ist, anzukündigen. Die Aktion für Heinz Brandt wird durch einen Pressedienst ausgewertet.

#### Zu Punkt 7 der Tagesordnung

Aufgrund der Anfragen an alle Gruppen ergibt sich, daß lediglich vier Gruppen aus dem süddeutschen Raum und eine Gruppe aus dem norddeutschen Raum bereit wären, an den geplanten Grundsatzschulungen im Dezember teilzunehmen. Der GV beschließt, daß die Schulungen nicht ausgeschrieben werden. Das Material ist Günter Lübcke zu übergeben, der sich noch einmal grundsätzliche Gedanken über die Möglichkeiten der Schulungsarbeit machen soll, um dem BV bei seiner nächsten Sitzung Pläne vorzulegen.

#### Zu Punkt 8 der Tagesordnung

- 8.1. An einer Besprechung der Zentralstelle mit Vertretern des BMA, die Oberkirchenrat Kloppenburg über die Situation der Ersatzdienstpflichtigen einleiten möchte, sollen möglichst Hans H. Ploen und Herbert Stubenrauch teilnehmen.
- 8.2. Die Petition, daß der Ersatzdienst der Kriegsdienstverweigerer auch als Friedens- und Entwicklungsdienst im Ausland abgeleistet werden kann, wurde vom Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages entgegengenommen. Eine Stellungnahme zu der Eingabe ist zu erwarten.

- 8.3. Der GV sieht es zur Zeit nicht als zweckmäßig an, den Fortfall des Auslosungsverfahrens bei den Ersatzdienstleistenden zu fordern. Dieser Punkt wird zurückgestellt, bis die ähnliche Frage für Bundeswehrsoldaten geklärt ist.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung

Die BA-Sitzung findet am 7./8.12.1963 im Naturfreundehaus Rosenhöhe in Offenbach statt.

Um 9 Uhr beginnt eine GV-Sitzung, die BA-Sitzung beginnt um 15 Uhr.

Für abends ist ein Besuch des Kabarets "Die Schmiere" vorgesehen.

Es wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Die Situation in den ADF-Verbänden
2. Schreiben des Deutschen Friedensrates
3. Kampagne für Abrüstung (Ostermarsch)
4. Arbeitsbericht des BV
5. Situationsberichte der BA-Gruppen
6. Zahlenentwicklung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer
7. Betreuung der dienstleistenden KdVer
8. Finanzielle Situation des Verbandes
9. Bundeskongreß 1964
10. Verschiedenes

Zu Punkt 10 der Tagesordnung

- 10.1. Der VK unterstützt den Vorschlag von Dr. Dr. Treiber, an Weizsäcker heranzutreten mit der Bitte, sich für die Errichtung einer Friedensakademie einzusetzen. Herbert Stubenrauch wird beauftragt, diese Angelegenheit voranzubringen.
- 10.2. Die Testanzeige in der Frankfurter Rundschau mit einem Aufruf zur Zivilschutzverweigerung wird vorerst zurückgestellt, da die Frage durch die Abhöraffaire im Moment unaktuell geworden ist.
- 10.3. Dem Antrag von Wilhelm Ude, Prof. Johannes Ude die Ehrenmitgliedschaft anzutragen, kann nicht entsprochen werden.
- 10.4. Herbert Stubenrauch teilt mit, daß sich die Situation in der Gruppe Dortmund dadurch geregelt hat, daß Gerd Heinemann zum Gruppenvorsitzenden gewählt wurde.
- 10.5. Eine Anfrage von Dr. Manstein, warum der VK aus dem Kampfbund gegen Atomschäden ausgetreten ist, wird Werner Böwing beantworten.
- 10.6. Ein Schreiben des LV Hamburg, nachdem sich der BV einmal über das Problem zu Spendenaktionen aufzurufen, unterhalten soll, wird diskutiert. Dem LV Hamburg ist mitzuteilen, daß der GV selbstverständlich nur in ganz besonderen Fällen zu einer solchen Aktion aufruft und daß dies im Falle der Rassendiskriminierung sinnvoll gewesen sei und daß in Zukunft keine weiteren Spendenaktionen geplant seien.
- 10.7. Der GV nimmt eine Stellungnahme von Klaus Vack "Kriegsdienstverweigerung und Luftschutz" zur Kenntnis, die im Selber Tagblatt veröffentlicht wurde. Klaus Vack wird mit Werner Böwing überprüfen, in wie weit in den Luftschutzfragen vom VK eine Plakataktion gestartet werden kann.

- 7 -

10.8. Gegen den Artikel in "Für die Demokratie", in dem auch der VK genannt wird, wird der GV nichts unternommen. Es wird demnächst ein ZIVIL-Artikel erscheinen, in dem ausführlich gegen die Verleumdungskampagne von "Für die Demokratie" Stellung genommen wird.

Offenbach, 31. Okt. 1963  
Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Protokoll V 9 - 1963 der Sitzung des geschäftsführenden Bundes-  
vorstandes am 7. Dez. 1963 in Offenbach

Anwesend: Werner Böwing, Hans H. Ploen, Klaus Vack  
entschuldigt: Alfred Riedel, Herbert Stubenrauch

- 12.12.63
1. Klaus Vack berichtet über die Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisse der Aktion in Ost-Berlin. Er bemüht sich, die verschiedenen Fehlerquellen aufzuzeigen und darzustellen, wo man in Zukunft Schwierigkeiten mehr als bei der vergangenen Aktion einkalkulieren muß. Der GV ist der Auffassung, daß die Aktion in Ost-Berlin ausführlich im BA diskutiert werden muß. Es wird vom GV dafür eingetreten, daß der Mißtrauensantrag der Gruppe Köln gegen die BV-Mitglieder Arlt und Hammer zurückgewiesen wird.

Man ist der Auffassung, daß vorerst keine weitere demonstrative Aktion in Ost-Berlin vorgesehen werden soll. Selbstverständlich ist die Haltung des BA abzuwarten. Durch die Bereitschaft, die dazu führte, daß ein Gespräch mit Volkskammerabgeordneten geführt wurde, sieht der GV die wesentliche Zielrichtung darin, Bemühungen einzuleiten, um möglichst ein Gespräch mit noch höheren Stellen, z.B. mit Walter Ulbricht, über die Frage der Kriegsdienstverweigerung in der DDR zu führen.

2. Ein Brief des Denhogerkreises, der dem BV zugeht, wird von Hans H. Ploen beantwortet. Bei der Antwort ist darauf zu achten, daß sich der VK in ZIVIL nicht für den Denhogerkreis einsetzen kann. Da der Denhogerkreis im wesentlichen im nord-deutschen Raum tätig ist, wird Hans H. Ploen mit dem LV Hamburg prüfen, in wie weit eine Zusammenarbeit angestrebt oder, soweit vorhanden, vertieft wird.
3. Der GV beschäftigt sich mit dem Antrag der Gruppe Kiel zur Tätigkeit von Bundesvorstandsmitglied, Rechtsanwalt Heinrich Hannover. in dem Blinkfuer-Prozess. Der GV wird das Ansinnen der Gruppe Kiel entschieden zurückweisen. Hans H. Ploen wird beauftragt, die entsprechende Begründung im BA abzugeben.
4. Klaus Vack wird beauftragt, mit dem Suhrkamp-Verlag Kontakt aufzunehmen und festzustellen, ob die Enzensberger-Rede, anläßlich der Verleihung des Büchner-Preises, kostenlos der Verbandszeitschrift ZIVIL beigelegt werden kann. Klaus Vack wird sich in gleichem Sinne mit dem DGB in Verbindung setzen und um Beilage der DGB-Schrift zur UNO-Verfassung nachsuchen.
5. Die Zentralstelle wird eine Denkschrift über das Verfahren bei den Prüfungsausschüssen und -kammern erarbeiten und versuchen, durch Einwirken auf die Gesetzgeber eine Änderung der bisherigen Methode zu erreichen. Alle der Zentralstelle angeschlossenen Verbände sollen hierzu Material zur Verfügung stellen. Hans H. Ploen wird beauftragt, ein Rundschreiben zu verfassen, mit dem eine entsprechende Umfrage bei den VK-Gruppen eingeleitet wird.
- 6.1. Der GV kommt einem Ersuchen der Naturfreundejugend, um Erstattung der erhöhten Mietnebenkosten, nach und zahlt für das Jahr 1963 einen Betrag von monatlich DM 50.--, also DM 600.-- insgesamt nach.

- 6.2. Für die Aktion in Ost-Berlin haben drei VK-Mitglieder DM 400.-- an Spenden zur Verfügung gestellt. Der BV stellt hierzu weitere DM 500.-- zur Verfügung. Mit dem Gesamtbetrag werden die Reisekosten von Klaus Vack und Herbert Stubenrauch sowie die sachlichen Kosten in West-Berlin übernommen. Außerdem beteiligt sich der GV an den Reisekosten der einzelnen Teilnehmer bzw. Gruppen wie folgt:
- |           |            |    |        |
|-----------|------------|----|--------|
| Frankfurt | 1 Person   | DM | 40.--  |
| München   | 2 Personen | DM | 100.-- |
| Dortmund  | 1 Person   | DM | 30.--  |
| Duisburg  | 1 Person   | DM | 30.--  |
| Köln      | 5 Personen | DM | 80.--  |
| Stuttgart | 2 Personen | DM | 100.-- |
- 6.3. Der Preis für das Börsenblatt, das der BV auf seine Kosten für die Dokumentationsabteilung abonniert hat, erhöht sich ab 1.1.1964 von DM 18.-- auf DM 22.--. Der GV beschließt, auch nach dieser Erhöhung das Börsenblatt weiter zu abonnieren.
- 6.4. Mitglied Bruno Gantenbrink hat sich **schriftlich** bereit erklärt, in der von Rechtsanwalt Heinrich Hannover vertretenen Gerichtssache Günter Paul mit DM 500.-- sich an dem Kostenrisiko zu beteiligen.
- 6.5. Bei einer Stimmenthaltung beschließt der GV, dem LV Hamburg für die Gruppengründung in Bevensen einen Betrag von DM 400.-- zur Verfügung zu stellen.
- 6.6. Für die Gruppengründung in Aachen stellt der GV dem BV-Mitglied Günter Schlatter DM 100.-- zur Verfügung.
7. Der GV beauftragt Klaus Vack und Hans Joachim Arlt, Anfang kommenden Jahres eine Besprechung der südhessischen Gruppenvorsitzenden zu veranstalten, bei der die Gruppenbereiche der südhessischen Gruppen neu abgegrenzt werden.
8. Nachdem sich Heinz Thiesbrummel auf mehrfaches Ersuchen nicht weiter bereit erklärt, der Gruppe Gütersloh als Vorsitzender vorzustehen und sich in Gütersloh auch kein weiteres Mitglied für diese Funktion findet, werden die Mitglieder in Gütersloh der Gruppe Bielefeld zugeführt.
9. Der GV nimmt einen Bericht über die Situation in der VK/IdK-Gruppe Neumünster zur Kenntnis. Er beschließt, die Schulden dieser Gruppe gegenüber dem BV bis einschließlich 31.12.1963 zu tilgen. Ab 1.1.1964 hat die Gruppe, wie alle hauskassierenden Gruppen, für jedes bezogene Mitglieder-Exemplar monatlich DM 1.-- zu zahlen. Werner Titz soll gebeten werden, Kontakt mit der VK/IdK-Gruppe Neumünster aufzunehmen und dem GV über die dortige Situation berichten.
10. Herbert Stubenrauch und Klaus Vack werden beauftragt, in Schreiben an die Justizminister und die Staatspräsidenten der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik Amnestie für die politischen Häftlinge in beiden Staaten zu fordern. Über diese Forderung soll zwischen den Jahren ein Pressedienst publiziert werden.
11. Die Verbandsgeschäftsstelle bleibt in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen.

- 3 -

12. Klaus Vack teilt mit, daß er den restlichen Jahresurlaub 1963 von zwei Wochen in der Zeit vom 20.1. - 1.2.1964 nimmt. Der GV beschließt für weitere zwei Wochen einen bezahlten Urlaub, den Klaus Vack direkt im Anschluß an seinen Jahresurlaub antritt, sodaß ihm insgesamt vier Wochen zur Erholung bleiben. Zu diesem Beschluß wurde auch die Zustimmung der nicht anwesenden GV-Mitglieder Alfred Riedel und Herbert Stubenrauch eingeholt.

Offenbach, 10. Dez. 1963  
Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Protokoll V 1 - 1964 4.3.64  
der Sitzung des Bundesvorstandes am 29.2./1.3.1964 in Frankfurt

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack, Hans H. Ploen, Heinrich Hannover, Günter Lübcke, Hans Hammer, Hans-Joachim Arlt, Günter Schlatter, Alfred Riedel, Horst Maurer

Gäste: Hannelore Vack (nur am 1.3.1964)

Tagesordnung

1. Bundeskongreß 1964
2. Abgabe von politischen Grundsatzklärungen für den VK
3. Zukünftige Arbeit in der ADF
4. Auslandsfragen
5. Kampagne für Abrüstung
6. Antwortbrief des Deutschen Friedensrates
7. Aktion Ost-Berlin
8. Schulungsarbeit
9. Planungen zur Notstandsgesetzgebung
10. VK-Schriften
11. Zur Verfassungsmäßigkeit des § 20 Absatz 1 des Gesetzes für den zivilen Ersatzdienst
12. Finanzielle Situation
13. Verschiedenes

Zu Punkt 1

1.1. Für die Abendveranstaltung am Samstag des Bundeskongresses sollten Weizsäcker und Prof. Baade als Referenten gewonnen werden. Von beiden liegt eine Absage vor. Es wird versucht, eine Podiumsdiskussion unter dem Thema "Kriegsdienstverweigerer - Schwärmer oder Realisten" zu veranstalten. Klaus Vack wird beauftragt, an folgende Persönlichkeiten zu schreiben und sie zu bitten, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen: Hans Werner Richter, Bodo Manstein, Heinrich Böll, Tillicke, Rollmann, Senator Schmidt, Heydorn, Prof. Dr. Maihofer, Zwerenz, Wilhelm Keller, Oberst Bonin, Gollwitzer, Generalstaatsanwalt Buchholz, Dr. Pross, Stubenrauch. Außerdem wird die Führungsakademie der Bundeswehr gebeten, an der Diskussion teilzunehmen.

Sollten sich aus dieser Auswahl nicht genügend Teilnehmer für eine Podiumsdiskussion finden, wird aus den angeschriebenen eine prominente, befreundete Persönlichkeit gebeten, unter dem gleichen Thema zu referieren. Unter dieser Voraussetzung soll der Abend in zwei verschiedenen Teilen veranstaltet werden: Teil I Referat; Teil II Rezitationsvorträge des Schauspielers Walter Andreas Schwarz.

1.2. Wilhelm Keller wird gebeten, anlässlich des Bundeskongresses vor den Delegierten ein Referat zu dem Thema "Sicherung des Weltfriedens ohne Gewalt?" zu halten. Er wird aufgefordert, die Thesen seines Referates bereits vorher schriftlich zur Verfügung zu stellen, damit sie allen Delegierten mit dem Material zugeleitet werden können.

Für das Referat stehen Wilhelm Keller 30 Minuten zur Verfügung. Es werden im Höchstfall weitere 90 Minuten für die Diskussion frei gehalten.

Bei einer Stimmenthaltung lehnt es der Bundesvorstand ab, Theodor Ebert die Möglichkeit zu einem Koreferat zu geben. Ebert hat, wie jeder Delegierte die Möglichkeit, zur Diskussion zu sprechen.

- 1.3. Günter Schlatter teilt mit, daß er für die VK-Wanderausstellung genügend Dokumentarmaterial über die Militarisierung in der DDR und BRD gesammelt hat. Er sieht jedoch keine Möglichkeit, bis zum Bundeskongreß 1964 eine solche Ausstellung ausstellungsreif zu gestalten. Der BV beschließt, daß dennoch eine solche Wanderausstellung zusammengestellt werden soll und beauftragt den GV, gemeinsam mit Günter Schlatter das Material zu sichten, die politische Auswahl zu treffen und ein Team mit der praktischen Gestaltung der Ausstellung zu beauftragen.
- Der BV hebt seinen früheren Beschluß, für die Ausstellung DM 2.000.-- zur Verfügung zu stellen auf und beschließt, daß für das I. Halbjahr 1964 zur Herstellung der Ausstellung DM 1.000.-- stehen. Werden weitere Mittel gebraucht, muß der BV dies im II. Halbjahr 1964 berücksichtigen.
- Günter Schlatter berichtet auch, daß er gemeinsam mit Günter Lübcke das Material der IdK-Ausstellung gesichtet habe. Er findet diese Ausstellung gut, sie trifft jedoch nicht die Problematik, die der BV mit der VK-Wanderausstellung lösen wollte. Die IdK-Ausstellung kann während des Bundeskongresses in Hamburg nicht gezeigt werden, da eine Miete der dafür notwendigen Räumlichkeiten und Stellwände Kosten von über DM 500.-- verursachen würden.
- 1.4. Der BV beauftragt Klaus Vack, über die Arbeit des BV einen schriftlichen Arbeitsbericht anzufertigen. Hans H. Ploen schreibt den Arbeitsbericht über sein Referat und stellt diesen der Verbandsgeschäftsstelle bis zum 20.3.1964 zur Verfügung.
- Einen grundsätzlichen Bericht, der auf die allgemeine Lage des Verbandes und in der hohen Politik eingeht, wird Herbert Stubenrauch mündlich dem Kongress vortragen. Herbert Stubenrauch wird nicht auf Einzelheiten des schriftlichen Arbeitsberichtes eingehen.
- 1.5. Günter Lübcke teilt mit, daß für den Bundeskongress 1964, wenn er im Sinne des Landesverbandes Hamburg vorbereitet und durchgeführt werden soll, Kosten von über DM 5.000.-- entstehen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Saalmieten, U-Bahn-Reklame, Litfaßsäulen-Reklame einmal mit dem Stahlhelm-Plakat und später mit einem Plakat, das auf die Abendveranstaltung hinweist, Zeitungsanzeigen, einem großen Transparent, das am Hauptbahnhof angebracht wird, Kosten für die Abendveranstaltung und diverse Nebenkosten. Der LV Hamburg verspricht sich von dieser Agitation für den Bundeskongress 1964 auch public relation für die Landesverbandsgruppe. Der BV billigt das vom LV Hamburg vorgelegte Programm und beteiligt sich an den Kosten mit einem Pauschalbetrag von DM 2.000.--.

- 1.6. In der April-Nummer von ZIVIL wird der Bundeskongress in Form einer Anzeige ausgeschrieben.
- 1.7. Der BV stellt folgende Anträge an den Bundeskongress 1964:
- Änderung der Verfahrensweise bei der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern vor den Ausschüssen; wird von Hans H. Ploen formuliert;
  - Ablehnung des Luftschutzes mit Begründung; wird von Klaus Vack formuliert
  - Zivildienstverweigerung proklamieren, Recht auf Gewissensfreiheit schließt Zivildienstverweigerung ein; wird von Heinrich Hannover formuliert
  - Propagierung des UNO-Gedankens, Appell an Parteien, Regierung und Parlament; wird von Herbert Stubenrauch formuliert
  - Ein Antrag des BV, der Gewissensfreiheit für die Zeugen Jehovas in Sachen Ersatzdienstverweigerung fordert wird nicht gestellt. Die Abstimmung im BV ergibt, drei Stimmen für und acht Stimmen gegen einen solchen Antrag.
- 1.8. Als Gäste lädt der BV zum Bundeskongress 1964 ein: Die Vorsitzenden der ADF-Verbände, Michaltscheff, Buro, Tempel, IZD, Präses Beckmann, WRI, Naturfreundejugend, Falken und CVJM (Bei Präses Beckmann ist bei der Einladung unter Bezugnahme auf sein Interview mit dem JW-Dienst zu fragen, ob er an einem Gespräch mit VK-Vertretern interessiert ist).  
Der LV Hamburg lädt zum Bundeskongress folgende Gäste ein: Den Verwaltungsgerichtspräsidenten und die Verwaltungsrichter, die sich mit Kriegsdienstverweigerungsanträgen beschäftigen, den 1. Bürgermeister und örtliche Vertreter befreundeter Verbände. Darüber hinaus ist die Presse einzuladen. Dem LV Hamburg ist es freigestellt, in begrenztem Maße weitere Persönlichkeiten zum Kongress einzuladen.
- 1.9. Der LV Hamburg wird beauftragt, für Sonntag, 15 Uhr zu einer Pressekonferenz im Tagungslokal einzuladen. Es sind einzuladen: dpa, upi, Reuter, ap, Frankfurter Rundschau, Die Zeit, Der Spiegel, die örtliche Presse und der zuständige Rundfunk.
- 1.10. Einen Vorschlag an den Bundeskongress für die Wahlen des BV wird der BA zusammenstellen.  
Herbert Stubenrauch kandidiert wieder zum 1. Vorsitzenden. Alfred Riedel ist bereit, zum 2. Vorsitzenden zu kandidieren.  
Klaus Vack kandidiert wieder für die Funktion des Schatzmeisters. Alle seitherigen BV-Mitglieder sind nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wieder bereit, für den neuen BV zu kandidieren. Darüber hinaus werden von Klaus Vack Egon Becker aus der Gruppe Darmstadt und von Werner Böwing Winfried Hille aus der Gruppe Duisburg vorgeschlagen.  
Der BV nimmt diese Vorschläge mit Freude darüber, daß sich wieder einige neue Kräfte anbieten, entgegen. Der BA wird vor dem Kongress entscheiden müssen, ob er den BV von 11 auf 13 Mitglieder erweitern will oder ob er die 2 Freunde die für eine Kandidatur bereit sind, dem Bundeskongress nicht vorschlägt.

mit?

Zu Punkt 2

Hans-Joachim Arlt bezieht sich auf die Februar-Ausgabe der Gruppenzeitung 'Neues', herausgegeben von der VK-Gruppe Köln. In dieser Ausgabe wird interpretiert, in wie weit der VK antikommunistisch ist oder nicht.

Der BV nimmt den Artikel in der Kölner Gruppenzeitung zum Anlaß, die Gruppen darauf hinzuweisen, daß bei politischen Erklärungen, die nicht durch einen Grundsatzbeschuß des BA oder des Bundeskongresses gedeckt sind, der Eindruck vermieden werden muß, daß es sich um eine Stellungnahme 'des VK' handele.

Zu Punkt 3

Herbert Stubenrauch berichtet kurz über die Situation in der ADF und wird in seinen Ausführungen von Günter Schlatter und Klaus Vack ergänzt und unterstützt. Die ADF hat zur Zeit noch immer die Form und Satzung eines nicht eingetragenen Vereins. Der VK strebt eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft an, die berücksichtigen muß, daß die einzelnen Verbände autonom und darüber hinaus sehr aktiv sind. Es genügt, wenn sich die Verbandsvertreter der ADF-Verbände jährlich zweimal treffen und dabei evtl. mögliche gemeinsame Aktionen beraten. Es darf nicht mehr möglich sein, daß sich ein ADF-Verband berufen fühlt, im Namen der gesamten ADF Erklärungen abzugeben oder Aktionen zu starten. Wenn eine solche Form der Arbeitsgemeinschaft gefunden werden kann, ist der VK bereit, auch weiterhin in der ADF mitzuarbeiten. Nach dieser neuen Form der ADF wird keine Satzung mehr existieren, sondern höchstens Arbeitsrichtlinien. Eine Kasse ist nicht mehr notwendig, da die einzelnen Verbände die Reisekosten ihrer Verbandsvertreter zu gemeinsamen Sitzungen selbst finanzieren müssen, da man sich bei gemeinsamen Aktionen immer vorher über die finanzielle Beteiligung der einzelnen Verbände einigen kann. Nach diesem Plan wäre es auch nicht mehr möglich, daß die ADF die in ihr kooperierenden Friedensverbände gemeinsam in Dachorganisationen vertritt. Der BV billigt diese Vorschläge und beauftragt den Bundesvorsitzenden oder seinen Vertreter, bei der nächsten ADF-Sitzung in diesem Sinne auf eine Änderung des Organisations- und Arbeitsprinzips innerhalb der ADF zu drängen.

Zu Punkt 4

- 4.1. Horst Maurer berichtet kurz über die verschiedenen Rundschreiben und den Pressedienst zum Hungerstreik der amerikanischen Friedensmarschierer. Da die dortigen Freunde zur Zeit wieder frei sind, ist eine weitere Stellungnahme des BV nicht notwendig.
- 4.2. Werner Böwing gibt einen ausführlichen Bericht über die Konferenz der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden, die im Januar in Schweden stattfand. Werner Böwing hat an dieser Konferenz als einer der ADF-Delegierten teilgenommen. Der BV beschließt (unter Berücksichtigung des Beschlusses unter TO Punkt 3) ab 1.9.1964 der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden beizutreten und zwar als kleiner Verband mit einem Jahresbeitrag von 40 englischen Pfund. Der VK empfiehlt der ADF, mit dem 31.8.64 aus der Konföderation auszuscheiden; wenn dies nicht geschieht, sieht sich der VK durch die ADF als nicht mehr in der Konföderation vertreten an.

Die ADF hat für das Jahr 1963/64 bei der Konföderation noch eine Beitragsschuld von 90 englischen Pfund. Da der ADF drei Delegierte bei der Konferenz zustanden und der VK eine Delegation wahrnahm, beschließt der BV, für die ADF direkt an die Konföderation  $\frac{1}{3}$  des Restbeitrages von 30 englischen Pfund zu zahlen.

- 4.3. Am 15.3.64 veranstaltet die belgische Kampagne für Abrüstung wieder einen großen Anti-Atommarsch in Brüssel. Die Gruppen aus Nordrhein-Westfalen werden sich an diesem Anti-Atommarsch beteiligen und die Vertretung des gesamten VK wahrnehmen. Werner Böwing wird beauftragt, im Namen des VK eine schriftliche Grußadresse an die belgische Kampagne zu richten, wenn möglich soll Werner Böwing während der Kundgebung eine mündliche Grußadresse vortragen.
- 4.4. Vom 29.7. - 2.8.1964 tagt in Mainz das WRI-Council. Der BV beschließt, wenn möglich, aus diesem Anlaß in Frankfurt eine Großveranstaltung durchzuführen. Wenn die beiden prominentesten Council-Mitglieder Bayard Rustin und Danilo Dolci an der Sitzung in Mainz teilnehmen, wird eine Großkundgebung in der Frankfurter Paulskirche organisiert werden. Wenn dies nicht möglich ist, ist an eine kleinere Kundgebung in Frankfurt oder Mainz gedacht. Klaus Vack wird beauftragt, sich unverzüglich an das WRI-Büro zu wenden und die Auffassung des VK mitzuteilen. Günneberg ist mit einem Durchschlag zu informieren.
- 4.5. Die WRI möchte vom 9. - 15.8.64 in Deutschland ein Sommer-Seminar veranstalten. Der VK schlägt das Freundschaftsheim in Bückeberg oder ein geeignetes Heim in Hamburg vor. Günter Lübcke wird beim Freundschaftsheim anfragen, ob dieser Termin noch frei ist oder bei Belegung in Hamburg eine Vorreservierung treffen. Klaus Vack schreibt mit Durchschlag an die WRI, daß der VK zur Vorbereitung des Sommer-Seminars bereit, wesentliche Arbeiten bei der Arbeit von Referenten und die organisatorischen Dinge am Ort übernimmt. Günter Lübcke,  
+) ist. Die
- 4.6. Zur Frage eines deutsch-französischen Treffens schreibt der VK an die WRI, daß er sich nur an einem Treffen beteiligt, das von den französischen und deutschen WRI-Verbänden gemeinsam vorbereitet wird. Der VK sieht es für die Zusammenarbeit als nicht dienlich an, wenn ein deutscher WRI-Verband, ohne Absprache mit den anderen WRI-Verbänden eine solche Veranstaltung organisiert und dann lediglich noch erwartet, daß die anderen teilnehmen. Der VK schlägt vor, daß sich im frühen Sommer in Straßburg oder Metz je ein Vertreter der zwei französischen und der drei deutschen WRI-Verbände treffen und für Herbst 1964 eine gemeinsame Veranstaltung besprechen und planen.
- 4.7. Der BV beschließt, daß sich der VK nicht an der "Europäischen Woche für Verständigung", für die Gottfried Wandersleb verantwortlich zeichnet, beteiligt. Die Geschäftsstelle teilt Wandersleb mit, daß sich der VK grundsätzlich nur an solchen Aktionen beteiligt, die von der ersten Planung gemeinsam durchgesprochen werden.

### Zu Punkt 5

Herbert Stubenrauch gibt einen kurzen Bericht über die Situation, die in der Kampagne für Abrüstung entstanden ist durch die Verlautbarungen, daß in der DDR ein Solidaritätsmarsch für den hiesigen Ostermarsch stattfindet. Da dem Zentralen Ausschuß bei seiner letzten Sitzung noch nicht genau bekannt war, ob in der DDR Ostermärsche stattfinden oder nicht, konnte er auch zu solchen Ostermärschen keine konkrete Stellung beziehen. Es wurde jedoch eine Erklärung verfasst, aus der hervorgeht, daß sich der Ostermarsch in der Bundesrepublik nur solchen Märschen solidarisch weiß, die jede Haßpropaganda gegen andere Völker und jegliche Form der politischen Diffamierung ablehnen und im eigenen Lande die Regierung zu konkreten Abrüstungsschritten auffordern. Herbert Stubenrauch ist der Auffassung, daß man sich von einem Ostermarsch in der DDR distanzieren muß, wenn er sich nicht genau so eindeutig an die eigene Regierung wendet, wie sich unser Ostermarsch an die hiesige Regierung wendet.

Der BV nimmt die Empfehlungen der Gruppenvertreter in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis, die unter dem Eindruck gefasst wurden, daß in der DDR Solidaritätsmärsche durchgeführt werden. Der BV sieht keine Notwendigkeit, aus diesen Empfehlungen Konsequenzen gegen die Kampagne für Abrüstung zu ziehen, zumal zwischenzeitlich aus der DDR bekannt wurde, daß dort keine Ostermärsche stattfinden.

Der BV sieht in der Entwicklung der Kampagne für Abrüstung keine neue Situation und steht zu den Beschlüssen des Bundeskongresses 1963.

Bei der Diskussion über die Arbeit der verschiedenen Regionalausschüsse wird festgestellt, daß nach wie vor im Regionalausschuß West und im Saargebiet eine Mitarbeit des VK im Ostermarsch außerordentlich schwierig ist. Außerhalb dieser Gebiete werden die Regionalausschüsse und oft die örtlichen Ausschüsse besonders auch durch die verantwortliche Mitarbeit des VK getragen. Der BV sieht es für nicht notwendig an, eine Gruppenrundfrage durchzuführen.

Es wird jedoch beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten BA-Sitzung den Punkt 'Kampagne für Abrüstung' zu setzen und die BA-Vertreter zu Situationsberichten aus ihrem örtlichen Bereich aufzufordern.

### Zu Punkt 6

Der BV nimmt den Antwortbrief des Generalsekretärs des Deutschen Friedensrates, Heinz Willmann, vom 11.1.1964 auf den Brief des BA vom 17.12.1963 zur Kenntnis. Der BV erachtet es als nicht notwendig, den Brief von Heinz Willmann, den man als einen abschließenden Brief dieser Korrespondenz betrachten kann, zu beantworten.

Herbert Stubenrauch schlägt vor, den Plan von Walter Ulbricht für ein atomwaffenfreies Deutschland in ZIVIL zu veröffentlichen. Der BV kann hier keine Einigung erzielen und lehnt den Vorschlag von Herbert Stubenrauch ab.

### Zu Punkt 7

Die vom BA gebildete Kommission über die Aktion in Ost-Berlin konnte bisher noch nicht zur Auswertung dieser Aktion kommen. Alfred Riedel wird beauftragt, eine Auswertung in Form einer

schriftlichen Umfrage vorzunehmen, damit dem BA bei der nächsten Sitzung Bericht erstattet werden kann.

Die Redaktion der Kölner Gruppenzeitung 'Neues' soll aufgefordert werden, den Brief von Herbert Stubenrauch in seinen wichtigsten Auszügen zu veröffentlichen.

Die vom BA gebildete Kommission für die Ost-Berlin-Aktion wird beauftragt, neben ihrer allgemeinen Stellungnahme eine knappe Stellungnahme abzufertigen, die ebenfalls in 'Neues' veröffentlicht wird.

#### Zu Punkt 8

Der BV beschäftigt sich mit verschiedenen Vorschlägen, die zur zukünftigen Schulungsarbeit gemacht werden. Man kommt zu der Auffassung, daß ein Schulungsreferat im BV nicht mehr zweckmäßig ist. Dagegen sollen nach der Neuwahl vier Referate für Gruppenbetreuung gebildet werden, die sich auch der regionalen Schulungsarbeit widmen sollen. Eine günstigste Aufteilung der Referenten für Gruppenbetreuung ergäbe sich nach folgenden Schwerpunkten: Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Frankfurt und Stuttgart.

Für eine zentrale Referentenliste hat Günter Lübcke bisher nur ungenügendes Material erhalten. Er bittet auch die BV-Mitglieder, noch einmal nachzudenken, welche Referenten sie empfehlen sollten. Günter Lübcke wird weiterhin Material sammeln und wenn genügend Angebote zusammenkommen, eine Referentenliste zusammenstellen.

#### Zu Punkt 9

9.1. Für das Notstandsflugblatt konnten bisher erst 9 zentrale Unterschriften gesammelt werden. Alfred Riedel wird sich für die nächsten Wochen weiter um zentrale Unterschriften bemühen und bittet alle BV-Mitglieder, ihn hierbei zu unterstützen. Durch ein Rundschreiben sollen auch die Gruppen aufgefordert werden, zu prominenten zentralen Unterschriften zu verhelfen.

Sollten in den nächsten 6 Wochen nicht genügend zentrale Unterschriften gefunden werden, wird die Rückseite des Notstandsflugblattes mit einem weiteren Text und dem VK als Herausgeber versehen.

Den einzelnen Gruppen oder auch mehreren Gruppen in einem Regionalbezirk zusammen, soll angeboten werden, regionale Unterschriften zu sammeln. Bei einer Auflage ab 30.000 Stück, wäre es rentabel, das Flugblatt mit regionalen Unterschriften zu drucken. Aus dem Raum Stuttgart liegen bereits genügend Unterschriften vor, um eine Regionalaufgabe des Flugblattes herauszugeben.

9.2. Der BV nimmt durch Klaus Vack noch einmal Gründe entgegen, die zur Herausgabe des 'Gegenentwurfes ..' von Heinrich Hannover führten. Die Bedenken, daß mit dem Gegenentwurf die grundsätzliche Haltung des VK zur Notstandsgesetzgebung aufgegeben worden sei, konnten durch eine entsprechende Einleitung in der Broschüre ausgeräumt werden. Der Gegenentwurf ging an sämtliche Bundestagsabgeordnete, an die Presse, an Gewerkschaften und interessierte und befreundete Gruppen und Verbände, an juristische Kreise und konnte sich bereits von mehreren Seiten Anerkennung verdienen.

- 9.3. Das Gespräch mit SDP-Bundestagsabgeordneten über die Notstandsgesetzgebung konnte bisher immer noch nicht zustande kommen. Es wurde zwischenzeitlich bekannt, daß die zweite Lesung der Notstandsgesetzgebung erst im Herbst zu erwarten ist. Die SPD hat fest zugesagt, vor der zweiten Lesung Vertreter unseres Verbandes zu einem Gespräch zu empfangen.
- 9.4. Christel Küpper bereitet zur Zeit für den Spätsommer ein Podiumsgespräch über die Notstandsgesetzgebung vor, das in Köln stattfinden soll. Es wurden bereits verschiedene Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Lagern um ihre Teilnahme angesprochen. Die VK-Gruppe Köln erklärt sich bereit, die organisatorischen Vorbereitungen zu übernehmen.

#### Zu Punkt 10

Bisher wurden im Jahr 1964 der 'Gegenentwurf ...' in einer Auflage von 5 000 Stück und das Plakat 'Die Abrüstung fördern ...' in einer Auflage von 5 400 Stück gedruckt. Im ersten Halbjahr 1964 soll keine besondere Schrift mehr aufgelegt werden.

Auf die Ausschreibung in ZIVIL sind für das Plakat 'Ich bin stolz auf ihn, er ist Kriegsdienstverweigerer' acht Entwürfe eingegangen, die sich jedoch nach Auffassung von Klaus Vack nicht zur Drucklegung eignen. Ernst Hüther aus Offenbach und Herr Wolle aus Bremen sind von der Verbandsgeschäftsstelle aufgefordert worden, weitere Entwürfe zur Verfügung zu stellen.

Der GV ist beauftragt, dafür zu sorgen, daß das Plakat im II. Halbjahr 1964 gedruckt werden kann.

Herbert Stubenrauch erhält den Auftrag, für eine Broschüre "Beiträge zum politischen Pazifismus" Material zusammenzustellen. Dieses Material wird in der nächsten BV-Sitzung vorgelegt, damit nach Möglichkeit im II. Halbjahr 1964 eine entsprechende VK-Schrift gedruckt werden kann.

Werner Böwing wird beauftragt, Glossen zu sammeln, um nach Möglichkeit eine entsprechende Schrift im ersten Halbjahr 1965 herzustellen.

Herbert Stubenrauch, Hans Hammer und Klaus Vack werden beauftragt, unverzüglich das Buch über 'Gewaltlose Konfliktlösung' zu konzipieren. Der BV stellt fest, daß er keine Möglichkeit sah, einen entsprechenden Beschluß des Bundeskongresses 1963 über die Erstellung einer Broschüre zur Gewaltlosigkeit zu verwirklichen. Er wird dies dem Bundeskongress 1964 darlegen.

#### Zu Punkt 11

Der Mitarbeit<sup>er</sup> von Heinrich Hannover, Dr. Monnerjahn, hat eine Stellungnahme zur Verfassungsmäßigkeit des § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst abgegeben. Dr. Monnerjahn stellt als Ergebnis fest, daß § 20 Abs. 1 dieses Gesetzes wegen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 GG nichtig ist. Der BV beschließt, das Rechtsgutachten von Dr. Monnerjahn an das BMA zu senden und um eine Stellungnahme zu bitten. Außerdem soll Dr. Arndt gebeten werden, sich zu dem Rechtsgutachten zu äußern. Sollte sich das BMA in ungenügendem Maße äußern, sind folgende Schritte möglich, über die sich der BV zu gegebenem Zeitpunkt unterhalten muß:

- a) Petition an den Bundestag unter Bezugnahme auf das Gutachten von Dr. Monnerjahn
- b) Verwaltungsklage, indem ein ED-Pflichtiger seine Bezüge einklagt
- c) Verfassungsbeschwerde

#### Zu Punkt 12

Klaus Vack gibt einen kurzen Bericht über die Einnahmen- und Ausgabenrechnung und die Bilanz per 31.12.1963. Der Einnahmenüberschuß im Jahr 1963 beläuft sich auf DM 7.228.83, sodaß der Verband von einem Minuskapital von DM 4.587.89 per 31.12.1962 zu einem positiven Kapital von DM 2.640.94 per 31.12.1963 gekommen ist. Klaus Vack muß allerdings darauf hinweisen, daß der Haushaltsplan für das II. Halbjahr 1963, beschlossen auf der BV-Sitzung im Juli 1963 in Bremen, nicht eingehalten werden konnte. Die tatsächlichen Einnahmen lagen unter den erwarteten Einnahmen und die tatsächlichen Ausgaben durch verschiedene außerordentliche Mehrausgaben höher als vorgesehen. Der BV nimmt den Bericht von Klaus Vack zur Kenntnis und billigt ihn.

Klaus Vack legt einen Haushaltsplan für das I. Halbjahr 1964 vor, der in der dem Protokoll beigelegten Anlage beschlossen wird.

Der BV beschließt, die Pauschale von monatlich DM 10.--, die der LV Hamburg für Unkosten des ZFDA erhält, auf DM 25.-- monatlich zu erhöhen und zwar rückwirkend zum 1.1.1964.

#### Zu Punkt 13

- 13.1. Die nächste BA-Sitzung in Hamburg wird sich im wesentlichen mit den Tagesordnungspunkten befassen: Aktion Ost-Berlin; Kampagne für Abrüstung; Bundeskongress 1964.
- 13.2. Der BV beschließt, daß nur er das Recht hat, Gäste zu BA-Sitzungen einzuladen. Dies soll den BA-Gruppen mitgeteilt werden.  
Der BV delegiert dieses Recht auf den Vorsitzenden und den Geschäftsführer gemeinsam.
- 13.3. Klaus Vack berichtet dem BV kurz über die Situation in dem Arbeitskreis Hannoveranerischer Kriegsdienstverweigerer, in dem auch die dortige VK-Gruppe mitwirkt. Der BV sieht sich nicht imstande, die Gruppenanteile für den VK-Hannover auf ein Konto zu überweisen, das nicht dem VK gehört. Günter Schlatter wird beauftragt, mit der Gruppe Hannover in irgendeiner Form in Kontakt zu kommen und evtl. einmal an einer dortigen Versammlung teilzunehmen und eine persönliche Aussprache zu führen.
- 13.4. Ab 1.1. muß die Gruppe Lübeck an den BV die gleichen Gruppenanteile zahlen, wie alle hauskassierenden Gruppen. Günter Lübcke wird beauftragt, dies dem Gruppenvorstand in Lübeck persönlich mitzuteilen.
- 13.5. Die Gruppe Konstanz gilt als aufgelöst. Dies wird weder dem seitherigen Vorstand (der bereits nicht mehr aktiv ist) noch den Mitgliedern mitgeteilt. Es soll somit eine größere Austrittswelle aus Konstanz vermieden werden.

- 13.6. Auf Vorschlag von Werner Titz, beauftragt der BV Klaus Vack, Kostenvoranschläge und Muster für einen Kartentaschenkalender anzufordern.
- 13.7. Der BV beschließt, für den 'Pazifistischen Dienst' eine Leserbriefspalte einzurichten, die nach Notwendigkeit Hans H. Ploen zur Verfügung gestellt wird.
- 13.8. Der BV beschließt, 50 Exemplare der Broschüre von Heinrich Hannover 'Ist die Bestrafung der Ersatzdienstverweigerer der Jehovas Zeugen mit dem Grundrecht der Gewissensentscheidung vereinbar?' zu bestellen und sie kostenlos an den Verteiler I zu verschicken.
- 13.9. Der BV beschließt, beim SDS 50 Exemplare der Broschüre 'Zur Kritik der Notstandsgesetzgebung' zu bestellen und diese an den Verteiler I zu versenden.
- 13.10. Der BV beschließt, 250 Exemplare der Broschüre 'Der gewaltlose Weg zum Recht' zu bestellen und sie den Gruppen zum Preis von DM 0.30 das Stück anzubieten.

Offenbach (Main), 2. März 1964  
Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

ED 718-3-45

Haushaltsplan für das I. Halbjahr 1964

EINNAHMEN

Bezugsgebühren der Bundespost	DM	40.000,--
Anteile hauskassierender Gruppen	DM	8.000,--
Verkauf von Drucksachen	DM	6.000,--
Sonstiges (Spenden, Einzelbeiträge, Anzeigen, Skonti)	DM	4.000,--
		<u>DM 58.000,--</u>
		=====

AUSGABEN

Bruttopersonalkosten	DM	10.800,--
Miete und Umlagen	DM	1.200,--
Büromaterial und Bürodrukckosten	DM	2.500,--
Portokosten	DM	2.500,--
Telefon	DM	750,--
Sitzungen und Konferenzen		
BV 2 mal	DM	1.400,--
GV 2 mal	DM	300,--
BK 1 mal	DM	2.000,--
Reisekosten	DM	3.700,--
Redaktionskosten ZIVIL	DM	1.500,--
Redaktionskosten Frank	DM	300,--
Redaktionskosten Stahnke	DM	300,--
Dokumentationsabteilung	DM	300,--
Gruppenanteile an Bezugsgebühren	ca. DM	500,--
Druckkosten ZIVIL	DM	11.000,--
Portokosten ZIVIL	DM	10.200,--
Beiträge	DM	1.800,--
Ostermarsch	DM	400,--
WRI	DM	400,--
Konföderation	DM	350,--
Druckkosten		
Hannover "Gegenentwurf ..."	DM	1.000,--
Plakat "Die Abrüstung ..."	DM	2.500,--
Reserve für Drucklegungen	DM	1.000,--
Unterstützung der Gruppen	DM	4.500,--
Wanderausstellung	DM	1.000,--
Reserve für Unvorhergesehenes bzw. Einnahmenüberschuss	DM	1.000,--
		<u>DM 3.000,--</u>
		DM 58.000,--
		=====

Der Haushaltsplan wurde absichtlich mit abgerundeten Zahlen zusammengestellt. Er beruht auf Schätzungen, die sich jedoch, soweit irgend möglich, aus Erfahrungen der vergangenen Jahren ergeben. Kleine Überschneidungen innerhalb der einzelnen Positionen sind möglich. Es ist jedoch Aufgabe des Schatzmeisters und des geschäftsführenden Vorstandes, darauf zu achten, daß am Ende des I. Halbjahres 1964 ein Einnahmenüberschuss von DM 3.000,-- zu verzeichnen ist.

Offenbach, den 29. Februar 1964

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 26. März 1964 28.3.64  
Waldstr. 99, Postfach 648 - Va/Ha

### Protokoll

über den Beschluß des Bundesvorstandes zur Herstellung einer Sonderausgabe von ZIVIL zu den 'Ostermarsch-Betrachtungen' von Robert Jenke

Am 7./8. März 1964 fand in Frankfurt eine ZA-Sitzung der Kampagne für Abrüstung statt. Bei dieser Sitzung lag zum erstenmal ein Exemplar der Schrift 'Ostermarsch-Betrachtungen' von Robert Jenke vor. Der ZA selbst konnte sich noch nicht zu einer Stellungnahme entschließen, da die Broschüre lediglich von einem ZA-Mitglied durchgelesen worden war und bei der Bewältigung der allgemein anstehenden Tagesordnungspunkte keine Möglichkeit bestand, daß jedes ZA-Mitglied den Inhalt dieser Broschüre sofort zur Kenntnis hätte nehmen können. Der ZA hat dann späterhin in einem Brief an die Redaktion der Sozialdemokratischen Wochenzeitung 'Vorwärts!' zu der Broschüre Stellung genommen.

Am Tage nach dieser ZA-Sitzung fanden Telefongespräche zwischen Klaus Vack, Herbert Stubenrauch und Werner Böwing statt. Diese drei BV-Mitglieder besorgten sich innerhalb kürzester Zeit die Broschüre, um sich so mit ihrem Inhalt vertraut zu machen.

Bei Klaus Vack und Herbert Stubenrauch entstand nach Kenntnisnahme von den 'Ostermarsch-Betrachtungen' die Auffassung, daß der VK, der in der Broschüre besonders geschont und in Gegensatz zur Kampagne für Abrüstung gebracht werden sollte, hier unbedingt Stellung nehmen müsse. Es wurde erwogen, eine Sondernummer der Verbandszeitschrift ZIVIL herauszubringen, die nicht nur für die VK-Mitglieder gedacht war, sondern vor allen Dingen für jene Kreise, denen die Broschüre besonders verbreitet wurde. +) in

Stubenrauch und Vack waren sich klar, daß man die Verantwortlichen und Urheber für die Schrift 'Ostermarsch-Betrachtungen' in unmittelbarer Nähe von PPP und damit der SPD zu suchen habe. So hat z.B. als einer der ersten das VK-BV-Mitglied Günter Lübke die Schrift direkt durch die SPD erhalten. Es wurde festgestellt, daß die Schrift unter Benutzung der bekannten Adremaplatten an die Empfänger der 'Bonner Depesche' gingen. Der Sozialdemokratische 'Vorwärts' hat sich direkt, nachdem die Broschüre zum erstenmal aufgetreten war, in einem positiven Kommentar mit ihr beschäftigt. In vielen SPD-Büros konnte man die Broschüre erhalten und ein ehemaliges BV-Mitglied des VK teilte dem Verbandsgeschäftsführer telefonisch mit, daß sein zuständiger SPD-Sekretär erklärt habe, er wisse ganz genau, daß die Broschüre vom Parteivorstand der SPD herausgebracht worden sei.

Stubenrauch und Vack waren der Auffassung, daß die 'Ostermarsch-Betrachtungen' den VK gegenüber den Freunden im ZA in ein schlechtes Licht bringen. In der Broschüre wurde sogar aus einem vertraulichen VK-Rundschreiben zitiert, das nur an die BV-Mitglieder ging. Eine Sondernummer von ZIVIL würde der Kampagne für Abrüstung die notwendige Solidarität erweisen und gäbe dem VK die Möglichkeit, auch in Zukunft genauso kompromisslos wie in der Vergangenheit, den Standpunkt des VK in allen Fragen der Abgrenzung gegenüber im Kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen zu vertreten.

Herbert Stubenrauch verfasste einen Leitartikel für die Sondernummer ZIVIL, Klaus Vack trug dokumentarisches Material zusammen, mit dem nachgewiesen werden sollte, daß die Unabhängigkeit der Kampagne für Abrüstung bisher gewahrt sei.

Mit Rundschreiben vom 12. März 1964 erhielten alle BV-Mitglieder dieses Material und wurden um eine Stellungnahme bis 16. März gebeten. Die Stellungnahme sollte sich darauf beziehen, ob man grundsätzlich mit dieser ZIVIL-Sondernummer einverstanden sei und ob man die damit verbundenen Kosten von DM 1.000.-- billigte.

Alle BV-Mitglieder haben ihre Stimme bis zum 16. März abgegeben, woraus sich ergab, daß man mit neun gegen zwei Stimmen die Herausgabe einer Sondernummer von ZIVIL befürwortete. Hans Hammer bat darum, daß man bei der Sondernummer noch etwas stärker zum Ausdruck bringen sollte, daß sich die Grundforderungen der Kampagne für Abrüstung mit dem Godesberger Programm der SPD decken. Außerdem wünschten die BV-Mitglieder Hammer, Arlt und Vack, daß man die SPD nicht so global angreife, wie es in dem Artikel von Herbert Stubenrauch der Fall war, da man sicher nicht davon sprechen könne, daß die gesamte SPD gegen die Kampagne für Abrüstung eingestellt sei. Diese Änderungswünsche wurden berücksichtigt.

Ploen und Lübcke gaben zu bedenken, daß man die Sonderausgabe in Ruhe zusammenstellen sollte und vielleicht mit einer ZIVIL-Nummer nach Ostern koppeln könne. Sie stellten ihre Bedenken zurück, nachdem in Telefongesprächen geklärt werden konnte, daß die Sonderausgabe nur dann sinnvoll sei, wenn sie noch vor Ostern verbreitet würde. Günter Lübcke wünschte, daß die Auseinandersetzungen und Beschlüsse innerhalb des DGB und der Gewerkschaften zur Kampagne für Abrüstung in der Sondernummer gebührend berücksichtigt werden müßten. Dies ist in der Sondernummer geschehen.

Werner Böwing stimmte mit nein. Er gab seine Gründe telefonisch bekannt, und erklärte jedoch auf Befragen, daß sie nicht als Veto aufzufassen seien.

Günter Schlatter gab eine schriftliche Stellungnahme ab und stimmte mit nein. Seiner schriftlichen Stellungnahme konnte man entnehmen, daß die Bedenken gegen eine solche Sondernummer von ZIVIL für Günter Schlatter grundsätzlicher Natur waren. Klaus Vack und Herbert Stubenrauch beschlossen deshalb, die schriftliche Stellungnahme von Günter Schlatter den anderen BV-Mitgliedern zur Kenntnis zu geben, damit sie ihre Stellungnahme noch einmal überprüfen können. Dies geschah am 16. März 1964. Alle BV-Mitglieder erklärten hierauf noch einmal schriftlich oder telefonisch, daß sie bei ihrer Haltung verblieben, womit sich an dem Stimmeverhältnis 9 Jastimmen und 2 Neinstimmen nichts änderte.

Werner Böwing begründete mit einem Brief vom 18. März sein Nein. Die schriftlichen Stellungnahmen von Günter Schlatter und Werner Böwing sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Sondernummer wurde am 18. März in Druck gegeben und zwar in einer Auflage von 10.000 Stück. Fertigstellung und Versand erfolgten am 21. März 1964 und in den späteren Tagen. Von der Verbandsgeschäftsstelle ging die Sondernummer mit entsprechenden Begleitschreiben an die Presse, die Bundestagsabgeordneten, zentrale und untere Organe der SPD und der Jungsozialisten sowie zentrale und untere Organe des DGB und der angeschlossenen Gewerkschaften und der Angestelltengewerkschaft.

1.000 Exemplare wurden dem ZA zur Verfügung gestellt zum Versand an prominente Unterzeichner des Aufrufes 1964.

Die VK-Gruppen sowie örtliche und regionale Ausschüsse der Kampagne für Abrüstung machten von der Sondernummer regen Gebrauch. Es war deshalb notwendig, eine weitere Auflage von 5.000 Exemplaren herzustellen. (Diese Exemplare sind bereits wieder bis auf wenige Stücke vergriffen und es muß nach Ostern festgestellt werden, ob weitere Anfragen vorliegen, die einen weiteren Nachdruck rechtfertigen.)

In Übereinstimmung halten es Herbert Stubenrauch, Werner Böwing und Klaus Vack für erforderlich, dieses Protokoll und seine Anlagen für vertraulich zu erklären. Der BV hat selbstverständlich die Möglichkeit, diese Vertraulichkeit bei seiner nächsten Sitzung aufzuheben. Bis dahin muß die Vertraulichkeit beachtet werden. (x)

Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Klaus Vack

(x) Vertraulichkeit auf Bundesausschuß  
erweitert / bei Sitzg. 2.5.64 —  
alles verlesen, dann Diskussion im BA

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
Verbandsgeschäftsstelle  
605 Offenbach/Main

Köln, den 14.3.1964  
Günter Schlatter  
5 Köln-Nippes, Nordstr. 74  
Tel.: 73 37 31

Lieber Klaus,

Werner Böwing hatte mich schon vor einigen Tagen darüber informiert, daß eine Sonderausgabe von ZIVIL als Antwort auf die Schrift "OM-Betrachtungen" geplant sei.

Natürlich halte ich es für richtig, die "dort erhobenen Vorwürfe nüchtern zu analysieren - und aus unserer Sicht - die Position der Kampagne zwischen den Fronten des Kalten Krieges klar zu umreißen." Ich für meine Person habe das bereits getan und bin nicht zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei der vorliegenden Broschüre um eine "üble Schmähchrift" handelt. Eine Reihe der dort vorgetragenen Bedenken teile ich schon seit längerer Zeit und habe daraus auch nie einen Hehl gemacht. Und ich stehe nicht an zu erklären, daß ich überrascht war von den Bemühungen um einen fairen Stil, der dieser Broschüre zugrunde liegt (es hätte schlimmer kommen können). Die dort vorgetragenen Fakten halte ich aus meiner Kenntnis der Dinge nicht für eine Mischung aus "Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge", sondern für Tatsachen, die in einigen Punkten aus Unkenntnis eine falsche Wertung erfahren.

Dort, wo die Broschüre das politische Grundanliegen der Kampagne in Frage stellt, sollte man eine schnelle Richtigstellung vornehmen. Dort aber, wo der Nachweis über die Einseitigkeit bestimmter Kreise im OM erbracht wird (die nicht nur auf unterster Ebene arbeiten), sollte man entweder handeln oder schweigen.

Du schreibst, daß es nicht förderlich ist, zu den einzelnen Manuskripten Stellung zu nehmen. Wenn aber nun einmal die Frage steht, eine ZIVIL-Sondernummer herauszugeben, dann scheint es mir notwendig, auch zu dem Inhalt einige Worte zu sagen.

In den vorliegenden Manuskripten wird mit Kraft auf die SPD eingedroschen. Sie wird der Urheberschaft an dieser Broschüre bezichtigt, was stimmen mag, aber nicht nachweisbar ist.

Nur frage ich mich, was der Verband der Kriegsdienstverweigerer für ein Interesse daran haben kann, die SPD so global und in einigen Punkten auch unqualifiziert (z.B. der Hinweis auf das Komitee "Rettet die Freiheit") anzugreifen.

Viele Mitglieder des VK's u.a. auch ich, stehen in den Reihen der SPD und haben bisher von einer SPD-feindlichen Haltung gegenüber dem VK nichts bemerken können. Es liegt doch ganz gewiss nicht in unserem Interesse, eine VK-feindliche Haltung zu provozieren. In dieser Richtung sollte unser Handeln von einem Maß notwendiger Zurückhaltung bestimmt sein und das zumindest solange, wie umgekehrt keine Angriffe auf den VK unternommen werden.

Um zum Schluß zu kommen. Ich halte eine ZIVIL-Sondernummer als Antwort auf diese Broschüre für nicht gerechtfertigt. Befürworten würde ich einen kritischen Beitrag in der nächsten ZIVIL-Nummer, der in sachlicher Schärfe die politischen Grundanliegen der Ostermärsche verteidigt und die besondere Trägerrolle des VK's im Ostermarsch herausstellt. Jeder Versuch, "das Kind mit dem Bade auszuschütten", schadet letztlich nur dem VK-Anliegen, das ja neben dem OM auch noch einige andere Aufgaben beinhaltet.

Fremdliche Grüße,  
gez.: Günter Schlatter

W 718-3-50

A b s c h r i f t

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
Verbandsgeschäftsstelle  
605 Offenbach 4  
Postfach 648

Gruppe Solingen  
Solingen, Kölner Str. 45  
Telefon 2 30 77  
18. März 1964

Lieber Klaus!

Ich möchte Dir in kurzen Worten für den Bundesvorstand des VK meine Stellungnahme zur Frage ZIVIL-Sondernummer begründen. Leider habe ich nicht die Zeit, um an meinen Formulierungen noch ein wenig zu feilen. So möchte ich schon jetzt um Entschuldigung bitten, wenn vielleicht das eine oder andere Wort hart klingen mag.

Ich habe einmal mit n e i n gestimmt aus taktischen Gründen. Es ist zweifelsohne von den Verfassern der Broschüre beabsichtigt, daß es über diese Broschüre zu einer Diskussion kommt. Diese Diskussion ist jetzt da. Sie wird durch die Sondernummer noch verstärkt werden und viele, die die Broschüre nicht kennen, werden durch uns auf diese Broschüre aufmerksam gemacht. In Solingen beispielsweise, kennt kein Mensch diese Broschüre, jedenfalls nicht zum Zeitpunkt, wo ich diesen Brief schreibe. Ich habe mit dem Hauptvorstand einer Gewerkschaft gesprochen und auch dort erfahren, daß die Broschüre nicht bekannt ist.

Indem wir uns auf eine Diskussion mit den Verfassern dieser Broschüre einlassen, zeigen wir, daß wir sie ernst nehmen, schweigen wäre hier richtiger.

Wenn man sich auf ein Gossen-Milieu einkäuft, beschmutzt man sich selbst. Man sollte allerdings die einzelnen Fakten untersuchen und dann entsprechend handeln. Meine grundsätzliche Haltung zu dieser Broschüre möchte ich, soweit sie nicht aus meiner Begründung zu dem "Nein" hervorgeht, in folgendem kurz wiedergeben:

Am 10.3. erhielt ich einen Anruf von einem Herrn Tromsdorf aus Köln. Herr Tromsdorf ist mir bekannt als ein Beauftragter der SPD, welcher Informationen über Organisationen wie Ostermarsch, VK und dgl. sammelt. Soweit mir bekannt, ist Herr Tromsdorf bezahlter Angestellter der SPD. Ich halte außerdem Herrn Tromsdorf für einen möglichen Verfasser der Anti-Ostermarsch-Broschüre. Als mich Tromsdorf über meine Meinung zu der Broschüre fragte, antwortete ich ihm folgendes: Auf der Rückreise von der letzten Bundesvorstandssitzung von Frankfurt nach hier, habe ich zu Herbert Stubenrauch gesagt, wenn diese Broschüre kommt, bin ich sicher, daß 80 % davon Schweinerei sein wird, aber die anderen 20 % interessieren mich ja doch. Ich muß nun, so erklärte ich Tromsdorf, feststellen, daß die restlichen 20 % auch eine Schweinerei sind.

Ich habe mit nein gestimmt, aus politischen Gründen. Auf Seite 5 seines Manuskriptes für den vorgesehenen Hauptartikel für die Sondernummer schreibt Herbert Stubenrauch: "Jeder, der Mutmaßungen anstellen möchte über diejenigen, die die Politik der Kampagne bestimmen, sollte einmal an einer Zentralen Ausschusssitzung teilnehmen."

Nun, ich muß schon sagen, das ist ein sehr gewagter Satz, denn mein Rücktritt von den Funktionen im Ostermarsch ist ja nicht unwesentlich von dem beeinflusst worden, was ich im Zentralen Ausschuss erlebt habe. Die Diskussionsbeiträge von Herrn Pfarrer Mochalsky und Frau Dr. Schulte, um nur die krassesten Fälle aufzuzeigen, waren für mich sehr enttäuschend. Wer mit so wenig Kritik gegenüber der Aufrüstung im Osten auftritt, kann für mich und ich meine auch für den VK, kein Bundesgenosse im Kampf gegen die Bombe sein.

Auch die Art, wie der Zentrale Ausschuß den Aufnahmeantrag der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung behandelte, war für mich sehr bezeichnend. Der Antrag der WFFB wurde nicht etwa durch eine Abstimmung abgelehnt, sondern die WFFB wurde, soweit mir bekannt ist, aufgefordert, ihren Antrag zurückzuziehen.

Ich weiß, daß vielerorts die WFFB durch Beauftragte des Ostermarsches aufgefordert wurde, sich durch Einzelpersonen in den verschiedenen Ausschüssen vertreten zu lassen.

Wenn dem BV nicht bekannt ist, daß führende Vertreter der WFFB tatsächlich in den Örtlichen und Regionalen Ausschüssen mitarbeiten, so würde eine Gruppenbefragung im VK die Tatsache meiner Behauptung untermauern.

In der Broschüre werden einige Fakten aufgezeigt, welche durchaus den Tatsachen entsprechen und mehreren Mitgliedern des BV bekannt sind. Sie sind auch den führenden Vertretern der OM-Bewegung bekannt. Erwähnen möchte ich nur, den Fall Täfler aus NRW.

Auch das, was über den Fall Zwerenz im Zusammenhang mit Frank Werkmeister geschrieben wurde, stimmt. Es stimmt auch, daß Pfarrer Günneberg, der Leiter des OM West, vor einigen Jahren, als wir die Aufnahme einer Parole, etwa mit dem Wortlaut "Für Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch in der DDR" forderten, eine derartige Parole als Kalten Krieg bezeichnet hat.

Ich kenne nicht die Verhältnisse im Saargebiet und weiß nicht, ob die Behauptung in Sachen Merfeld stimmen. Das müßten unsere Freunde aus dem dortigen Gebiet überprüfen. Ich weiß aber, daß es neben dem in der Anti-Ostermarsch-Broschüre aufgezeigten Fakten noch eine ganze Reihe von Fällen gibt, die ähnlich belastend für den OM sind.

Hier wäre es in erster Linie Aufgabe der verantwortlichen Freunde im OM, Farbe zu bekennen, damit falsche "Friedenskäpfer" aus den OM-Gremien verschwinden.

Sollte es allerdings so sein, daß die Mehrheit im ZA und in den Regionalen Ausschüssen der Meinung ist, daß nichts dabei ist, wenn Leute mitarbeiten, die die Bombe und Aufrüstung in Ost und West unterschiedlich beurteilen, dann allerdings wäre es Zeit, daß der VK seine Meinung zum gesamten OM überprüft. Nicht die Frage der Anti-OM-Broschüre und einer evt. Erwiderung durch den VK scheint mir wichtig zu sein, sondern es scheint mir wichtig zu sein, daß der OM sich von solchen Partnern trennt, wie ich sie eben aufgezeigt habe. Ich bin dafür, daß der OM Gespräche über die Fronten des Kalten Krieges hinweg führt. Insofern hat die Fahrt unseres Freundes Stubenrauch im Auftrage des OM nach Warschau durchaus meine Unterstützung.

Wir können aber gegenüber den Aufrüstern im Osten, denn es gibt sie ja nicht nur im Westen, nur dann unabhängig auftreten, wenn wir hier unsere Reihen entsprechend sauber halten.

Abschließend möchte ich noch einmal bemerken, daß ich im wesentlichen deshalb gegen eine Sondernummer von ZIVIL bin, weil die in der Anti-OM-Broschüre aufgezeigten personellen Fakten, soweit sie mir bekannt sind, zum größten Teil stimmen. Ich billige nicht die Art ihrer Veröffentlichung, aber das ist eine andere Frage. Wenn aus der DDR Herr Globke oder Herr Krüger oder Herr Oberländer angeschossen wird, dann interessieren wir uns ja auch nicht dafür, welche Politik die DDR mit ihren Veröffentlichungen verfolgt, sondern uns interessieren hier in dem Falle die Fakten

ED 718-3-52

- 3 -

und wir verlangen mit Recht, daß belastete Personen entfernt werden.

Mit der Sondernummer von ZIVIL verhalten wir uns sinngemäß so, wie die Bundesregierung, welche der DDR ständig das Recht abspricht, nazistische Untugenden in der Bundesrepublik zu kritisieren.

Ich hoffe und wünsche nur, daß es den Kreisen, die daran interessiert sind, Unfrieden und Zwietracht in den VK hineinzubringen, nicht gelingen wird, unsere bisherige gute Zusammenarbeit für die Zukunft zu gefährden.

Mit freundlichem Gruß

gez.: Werner Böwing

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-3-53  
Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Protokoll V 2 - 1964  
der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 4.4.1964  
in Offenbach

9.4.64

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack  
Alfred Riedel

entschuldigt: Hans H. Ploen

Tagesordnung:

1. Finanzielle Fragen
2. Auslandsfragen
3. Zur Notstandsgesetzgebung
4. Kampagne für Abrüstung
5. BA-Sitzung
6. Bundeskongress
7. ZIVIL
8. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

- 1.1. Klaus Vack teilt mit, daß er die Buchführungs- und Kassenunterlagen per 31.12.1963 noch nicht von dem Revisor Hans Hampe zurückerhalten hat. Er sieht sich deshalb nicht mehr in der Lage, bis zum Bundeskongress die Buchführung für das I. Quartal nachzutragen. Der GV beschließt, daß dem Bundeskongress ein Kassenbericht über das Jahr 1963 vorzulegen ist. Im übrigen steht es der Revision frei, die Kassenunterlagen jederzeit, also auch für das I. Quartal noch zu prüfen.
- 1.2. Der GV beschließt, zur monatlichen Auszahlung an Klaus Vack für die Benutzung seines PKW's für Stadtfahrten einen Betrag von DM 30,--.
- 1.3. Der GV beschließt, auf Kosten des Bundesvorstandes der April-Nummer von ZIVIL die Petitionsliste der Kampagne für Abrüstung beizufügen.
- 1.4. Werner Böwing wird beauftragt, Kosten- und Formatsvorschläge für ein Abzeichen mit Stahlhelm und Blume einzuholen. Das Abzeichen könnte sowohl in bunt als auch zweifarbig (schwarz und weiß) hergestellt werden. Die Kostenvoranschläge sollen sich beziehen auf die Herstellung von 1.000, 2.500 und 5000 Stück. Werner Böwing wird sich in dieser Angelegenheit mit Hans A. Dresler in Verbindung setzen. Möglichst sollten die Vorschläge bereits so konkretisiert werden, daß der Bundesausschuss bei seiner nächsten Sitzung darüber diskutieren und beschließen kann.
- 1.5. Klaus Vack teilt mit, daß Hannelore Vack ab 31. März 1964 ihr Arbeitsverhältnis als Halbtagskraft aufgelöst hat. Zur Zeit ist das Büro neben dem Verbandsgeschäftsführer mit Frl. Don besetzt.

Zu Punkt 2 der TO:

- 2.1. Nachdem die WRI mehrfach darum gebeten hat, daß das WRI-Seminar in Berlin stattfinden soll, der VK jedoch aus organisatorischen und grundsätzlichen Erwägungen diesem Wunsch nicht entsprechen konnte, wird die WRI nun noch einmal sehr ernsthaft darum gebeten, ihre Zustimmung zur Durchführung des Seminars im Freundschaftsheim Bückeberg zu geben.

X Klaus Vack wird entsprechend an die WRI schreiben und unverzügliche Rückantwort anfordern. Da nach einem Schreiben von Hans Sinn Berlin für diese Tagung endgültig ausscheidet, soll im Falle einer Absage von Bückeberg Günter Lübcke beauftragt werden, Veranstaltungsmöglichkeiten in Hamburg ausfindig zu machen. Die WRI legt Wert darauf, daß mindestens 60 Personen an dem Seminar teilnehmen, was bei den räumlichen Gegebenheiten in Bückeberg auf Schwierigkeiten stoßen könnte. Der GV würde es begrüßen, wenn vom VK Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Günter Lübcke, Horst Maurer und Egon Becker an dem Seminar teilnehmen würden.

- 2.2. Wegen der Großveranstaltung anlässlich der WRI-Council-Tagung wurde an Bayard Rustin und Danilo Dolci geschrieben. Bisher steht nicht fest, ob beide teilnehmen können und somit kann die Großveranstaltung in der Paulskirche noch nicht konkret vorbereitet werden.
- 2.3. Die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden hat die Bereitschaft des VK, ab 1.9.1964 der Konföderation als kleiner Verband beizutreten, begrüßt. Klaus Vack wird beauftragt, neben der AdF - die von dem Schritt des VK bereits unterrichtet wurde - auch an die IdK und DFG zu schreiben und diesen Verbänden auch mitzuteilen, daß der VK 30 £ für die restliche Beitragsschuld der AdF bezahlt hat und daß diese Verbände den gleichen Betrag übernehmen sollten.
- 2.4. Werner Böwing teilt mit, daß sich die Verantwortlichen der belgischen Anti-Atom-Kampagne für die Teilnahme des VK bedankt haben.

#### Zu Punkt 3 der TO:

Der GV diskutiert noch einmal die zur Zeit möglichen Aktivitäten in der Notstandsfrage. Es wird festgestellt, daß sich im Augenblick nichts tut und daß keinerlei neue Informationen in der Öffentlichkeit zur Debatte stehen, aus denen konkret entnommen werden könnte, wie weit die Beratungen in den Ausschüssen im Bundestag gediehen sind. Auch in der Bevölkerung sind kaum Ansatzpunkte für eine Diskussion um die Notstandsfrage zu sehen. Es dürfte hierauf zurückzuführen sein, daß für das Notstandsflugblatt bisher nur sehr wenige Unterzeichner gefunden werden konnten. Der GV beschließt, das Notstandsflugblatt vorerst zurückzuhalten, und keine große Flugblattaktion in der Notstandsfrage zu starten. Das Flugblatt steht zur Verfügung, wenn die gesamte Frage wieder aktuell wird.

#### Zu Punkt 4 der TO:

- 4.1. Der GV diskutiert noch einmal kurz über die Broschüre "Ostermarsch-Betrachtungen" und die dazu erschienene ZIVIL-Sondernummer. Die ZIVIL-Sondernummer konnte in 15.000 Exemplaren verteilt werden. In der ersten Auflage waren 10.000 Exemplare, in der zweiten 5.000 Exemplare gedruckt worden. Die ZIVIL-Sondernummer wurde von 50 % der VK-Gruppen in ca. 7.500 Exemplaren bestellt, die übrigen Exemplare wurden über die Kampagne für Abrüstung vertrieben bzw. an Gewerkschaften, SPD, Bundestagsabgeordnete und Presse verschickt. Proteststimmen gegen die ZIVIL-Sondernummer gab es innerhalb des VK bisher lediglich von der Gruppe Kiel. Verschiedene Einzelberichte von GV-Mitgliedern zeigen, daß die ZIVIL-Sondernummer im allgemeinen gut angekommen ist. Die Kosten, die dem VK mit der Erstellung der ZIVIL-Sondernummer entstanden sind.

liegen unter dem vom BV beschlossenen Betrag von DM 1.000,---. Der GV hält es für notwendig, daß in der BA-Sitzung über die "Ostermarsch-Betrachtungen" und über die ZIVIL-Sondernummer diskutiert werden sollte.

- 4.2. Im BA soll eine Grundsatzdebatte über die Kampagne für Abrüstung geführt werden. Diese Grundsatzdebatte wird durch ein Kurzreferat von Herbert Stubenrauch eingeleitet. Anschließend sollen die BA-Gruppen-Vertreter kurz Berichte über die Situation in Örtlichen- und Regionalen Ostermarsch-ausschüssen geben, in denen sie mitarbeiten.
- 4.3. Um mit der Sozialdemokratischen Partei möglichst in ein besseres Verhältnis zu kommen, beschließt der GV, das SPD-Präsidium um ein Gespräch mit VK-Vorstandsvertretern über die Kampagne für Abrüstung und über die Bestrebungen des VK in der Kampagne für Abrüstung zu führen. An dem Gespräch sollten von VK-Seite Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack und Heinrich Hannover teilnehmen.

Zu Punkt 5 der TO:

- 5.1. Alfred Riedel wird sich weiterhin um Material und Klärung über die Vorgänge während der Ost-Berlin-Aktion bemühen. Er wird dem vom BA gebildeten Ausschuss einen schriftlichen Bericht erstatten und Vorschläge zur Bereinigung des Themas unterbreiten. Der vom BA gewählte Ausschuss trifft sich am Tage der BA-Sitzung um 13.00 Uhr, um die Angelegenheit kurz mündlich vorzubereiten.
- 5.2. Zur BA-Sitzung sind die beiden Kandidaten für den neuen Bundesvorstand Becker und Hille einzuladen.

Zu Punkt 6 der TO:

- 6.1. Werner Böwing teilt mit, daß Günter Schlatter nicht mehr für den neuen Bundesvorstand kandidiert. Der Kandidat Egon Becker wird dem Bundeskongress von Herbert Stubenrauch, der Kandidat Winfried Hille von Werner Böwing vorgestellt.
- 6.2. Die Eröffnung des Bundeskongresses nimmt Herbert Stubenrauch vor.
- 6.3. Für die Kommissionen schlägt der GV vor:  
 Tagungspräsidium - Böwing, Setzele und ein Hamburger Freund;  
 Antragskommission - Egon Becker, Hille, Riedel;  
 Mandatsprüfungskommission - Hannelore Vack, Bergmann (Wuppertal), Kettner
- 6.4. Den mündlichen Bericht für den Bundesvorstand gibt Herbert Stubenrauch. Ihm stehen hierfür 20 bis 30 Minuten zur Verfügung.
- 6.5. Der Kongress beginnt am Samstag um 14.00 Uhr.
- 6.6. Der Kongress wird am Sonntag um 9.00 Uhr mit dem Referat von Wilhelm Keller fortgesetzt. Für Referat und Diskussion stehen maximal 2 Stunden zur Verfügung.
- 6.7. Günter Lübcke ist mitzuteilen, daß der gesamte Bundesvorstand an dem Kongress teilnimmt und daß für alle Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme der Hamburger Freunde, Hotelbetten zu reservieren sind.

- 6.8. Die vom BV beschlossenen und von den Vorstandsmitgliedern Stubenrauch, Plön, Hannover und Vack formulierten Anträge des Bundesvorstandes an den Bundeskongress werden zur Kenntnis genommen. Es erheben sich gegen die Formulierungen keine Einwände.
- 6.9. Der GV richtet an den Bundeskongress den Antrag, einen Appell an die Volkskammer der DDR zu beschließen, der folgenden Wortlaut haben soll:  
"In den Bemühungen, die politische Entspannung in Deutschland zu fördern und den elementaren Menschenrechten Geltung zu verschaffen, wofür ich mich in der Bundesrepublik Deutschland einsetze, appelliere ich an die Volkskammer der DDR
- a) die vormilitärische Erziehung und Ausbildung, wie sie insbesondere innerhalb der FDJ und der Gesellschaft für Sport und Technik betrieben wird; einzustellen und
  - b) ein Gesetz zu schaffen, in dem den Bürgern der DDR das Recht der Verweigerung von Wehrdiensten aus Gewissensgründen garantiert wird."

Für diesen Appell sollen in der Bundesrepublik Unterschriften gesammelt werden. Er wird dann anlässlich des Tages der Gefangenen für den Frieden, also Ende November 1964, von einer Delegation des Bundesvorstandes in der Volkskammer in Ostberlin überreicht.

Zu Punkt 7 der TO:

Der GV beschäftigt sich ausführlich mit der Gestaltung von ZIVIL. Es wird dabei auch bedacht, in wie weit ZIVIL durch eine Umgestaltung für Außenstehende noch attraktiver werden könnte. Vor allen Dingen ist geplant, in der Oktober-Nummer 1964 Geschenkabonnements anzubieten, um so unsere Mitglieder zu einer Auflagen-erhöhung von ZIVIL anzuregen.

Der GV beschließt, ab Juli 1964 die "Rechtliche Seite" dem jetzigen Umbruch von ZIVIL anzugleichen. Außerdem soll eine weitere Seite geschaffen werden. In dieser Richtung wird Klaus Vack beauftragt, mit Rüdiger Frank zu korrespondieren.

Für den "Bibliographischen Wegweiser" soll folgende Regelung getroffen werden:

Der "Bibliographische Wegweiser" erscheint ab 1. Juli 1964 nur in jeder 2. Nummer, hat dafür aber jeweils ein gesamtes Blatt, also 2 Seiten zur Verfügung. In diesem Sinne werden Klaus Vack und Herbert Stubenrauch mit Karl-Heinz Stahnke, anlässlich des Bundeskongresses in Hamburg sprechen.

Die Nummer 7 und 8 wird im August als Doppel-Nummer erscheinen und zwar mit 4 Seiten weniger, so daß bis Ende des Jahres durch die Umstellung lediglich 2 Druckseiten mehr zu finanzieren sind.

Zu Punkt 8 der TO

- 8.1. An dem Gespräch der Zentralstelle mit dem BMA am 8.4.1964 nimmt Herbert Stubenrauch die Vertretung des VK teil.
- 8.2. Der GV nimmt einen Brief von Egon Joanni zur Kenntnis, der nicht mehr als Gruppenvorsitzender in München kandidiert hat. Egon Joanni hat sich zurückgezogen, nachdem ein Vorstand gefunden wurde, der die Münchener VK-Arbeit in seinem Sinne fortführen wird. Egon Joanni hat sich bei dem Bundesvorstand für die seitherige Zusammenarbeit bedankt. Klaus Vack wird beauftragt, diesen Dank zu erwidern.

- 8.3. Ein Brief von Werner Titz, der sich beschwert hat, weil die ZIVIL-Sondernummer nicht schnell genug geliefert worden sei, wird von Klaus Vack beantwortet.
- 8.4. Der Bundesvorstand nimmt zur Kenntnis, daß der VK-Duisburg die dortigen IdK-Mitglieder in die VK-Gruppe aufnimmt.
- 8.5. Die nächste GV-Sitzung soll am 23./24. Mai 1964 in der Wohnung von Bruno Gantenbrink, Iserlohn, stattfinden.

6050 Offenbach, den 8. April 1964  
Für die Protokollführung  
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-3-58

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

PROTOKOLL V 4 - 1964

der Sitzung des Bundesvorstandes am 3. Mai 1964 in Hamburg

===== 8.5.64 =====

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack, Werner Böwing, Hans H. Ploen, Heinrich Hannover, Hans Hammer, Horst Maurer, Dr. Fritz Katz, Winfried Hille, Egon Becker

Gast: Rüdiger Kintzel

1. Der Bundesvorstand tagt unter Zeitdruck und sieht deshalb keine Möglichkeit, eine Ressortverteilung im neuen Bundesvorstand vorzunehmen. Es wird beschlössen, hierüber bei der nächsten BV-Sitzung zu beraten, die auf den 23./24. Mai 1964 festgelegt wird.
2. Der Bundesvorstand wählt aus seinem Kreise folgenden geschäftsführenden Vorstand:  
 Herbert Stubenrauch  
 Alfred Riedel  
 Klaus Vack  
 Egon Becker  
 Hans H. Ploen

3. Der Bundesvorstand berät, wie der Beschluß des Kongresses durchgeführt werden kann, der vorsieht, anlässlich der Luftschutzhelfertagung am 30./31. Mai 1964 in Hamburg eine Gegenaktion des VK zu veranstalten. Der BV sieht keine Möglichkeit, das Flugblatt "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance?" nachzudrucken. Er sieht auch wenig Möglichkeiten, in größerem Maße finanziell und organisatorisch an der Gegenaktion teilzunehmen.

Der LV-Hamburg wird beauftragt, nun erst einmal zu beraten, welche Möglichkeiten er für eine Gegenaktion sieht. Der BV würde gegebenenfalls in einem Rundschreiben alle Gruppen auffordern, zu der Gegenaktion nach Hamburg zu kommen. Die noch vorhandenen Flugblätter "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance?" werden dem LV-Hamburg durch die Verbandesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Falls der LV-Hamburg erwägt, doch ein eigenes Flugblatt oder eine Gegenschrift herzustellen, soll er an den BV einen Antrag stellen, der dann im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Zuschuss zur Verfügung stellt. Dr. Fritz Katz erklärt sich bereit, zum Luftschutzhelfertag nach Hamburg zu kommen, und als Redner bei einer Gegenveranstaltung aufzutreten.

Go5o Offenbach, den 6. Mai 1964

Für die Protokollführung  
Klaus Vack

ED 718-3-59

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resister's International e.V.

P R O T O K O L L V 5 - 1964

der Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstandes am 23.5.1964  
in Offenbach

26. 5. 64

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack, Hans  
H. Ploen

entschuldigt: Egon Becker

1. Der GV beschließt, für Egon Becker eine Flugreise von Hamburg nach Frankfurt und eine Übernachtung anlässlich des Bundeskongresses von insgesamt DM 90,-
2. Der GV beschließt, daß das Arbeitsverhältnis mit Hannelore Vack unter den gleichen Bedingungen auf den Monat April ausgedehnt wird.
3. Der GV nimmt den Kassenbericht von Frau Siglinde von Brockdorff über die Verwendung eines VK-Zuschusses von DM 200,- für die Weltfriedensbrigade zur Kenntnis. Eine weitere Anforderung der Weltfriedensbrigade auf einen Zuschuß liegt nicht vor.
4. Der GV wird bei der Bundesvorstandssitzung dafür eintreten, daß wegen der angespannten finanziellen Situation keine Beschlüsse gefaßt werden, die die Drucklegung von neuem VK-Schrifttum fordern.
5. Wenn sich die finanzielle Situation gebessert hat, soll ein Abzeichen "Stahlhelm mit Blume" in Auftrag gegeben werden. Klaus Vack soll eine Umfrage bei den Gruppen vornehmen, um festzustellen, ob für dieses Abzeichen Interesse besteht. Das Abzeichen wird für 1,- DM verkauft. Für Bestellungen von mehr als 10 Stück wird ein Stückpreis von DM 0,75 eingeräumt.
6. Der GV nimmt die Kündigung von Fräulein Annelie Don per 30.6.64 zur Kenntnis. Klaus Vack wird beauftragt, sich um eine neue Sekretärin zu bemühen.
7. Mit der VK-Gruppe Lübeck wird vereinbart, daß sie vom 2. Quartal 1964 ihre Quartalsanteile von je DM 144,- voll an die Verbandsgeschäftsstelle zahlt. Wegen der außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Gruppe Lübeck sich auseinandersetzen muß, beschließt der GV, der Gruppe im 2. Quartal DM 50,-, im 3. Quartal DM 35,- und im 4. Quartal DM 25,- als Zuschuß zu überweisen. Der LV Hamburg hat sich bereit erklärt, einen gleichen Zuschuß zu gewähren.

8. Der Bundesausschuß hat lt. Protokoll V 3 - 1964 den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob und inwieweit VK-Mitglieder Informanten des Schreibers der Broschüre "Ostermarsch-Betrachtungen" waren. Der GV nimmt in dieser Angelegenheit einen Brief des Mitgliedes Achterberg (Köln) und eine Stellungnahme des Gruppenvorstandes der VK-Gruppe Köln zur Kenntnis. Der GV erachtet es als nicht zweckmäßig, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und betrachtet sie deshalb als erledigt.
9. Klaus Vack gibt ein Schreiben des Bundesvorsitzenden der DFG, Wandersleb, zur Kenntnis, in dem dieser Stellung nimmt zu einem Schreiben der Verbandsgeschäftsstelle, in dem der VK angekündigt und begründet hat, daß er nicht an der "Europäischen Woche zur Verständigung" teilnimmt. Klaus Vack wird beauftragt, an Wandersleb zu schreiben und ihm mitzuteilen, daß es nicht sinnvoll ist, über diese bald der Vergangenheit angehörende Sache zu korrespondieren und daß man sich auf zukünftige gemeinsame Aktionen vorbereiten sollte. Der VK wünscht, daß es möglich ist, mit DFG und IdK und mit den französischen WRI-Verbänden gemeinsam ein deutsch-französisches Grenztreffen vorzubereiten. Außerdem soll in dem Schreiben auf die bevorstehende AdF-Sitzung hingewiesen werden, in deren Mittelpunkt die Zusammenarbeit der AdF-Verbände diskutiert wird. Klaus Vack soll in dem Schreiben an Wandersleb darauf hinweisen, daß dem VK-Bundesvorstand bekannt ist, daß sich örtliche Gruppen an der Verständigungswoche beteiligen und daß diese es in Übereinstimmung mit dem VK-Bundesvorstand tun.
10. Der GV nimmt von Klaus Vack entgegen, daß auf die VK-Anfrage an den Vorstand der SPD um ein Gespräch über die "Kampagne für Abrüstung" bereits ein telefonischer Zwischenbescheid vorliegt, dem zu entnehmen ist, daß dieses Gespräch höchstwahrscheinlich mit Willi Brand zustandekommen wird.

605 Offenbach/Main, den 25. Mai 1964

Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resister's International e.V.

PROTOKOLL V 6 - 1964

der Sitzung des Bundesvorstandes am 23./24. Mai 1964 in Offenbach

26. 5. 64

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack, Hans  
H. Ploen, Heinrich Hannover, Hans Hammer, Horst Maurer,  
Dr. Fritz Katz, Winfried Hille, Egon Becker

entschuldigt: Werner Böwing

Tagesordnung:

1. Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit im Bundesvorstand
2. Beschlüsse des Bundeskongresses 1964
3. Fragen der internationalen Arbeit
4. VK-Aktionen zum Antikriegstag
5. Fragen des "Zivilen Ersatzdienstes"
6. Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände
7. Verhältnis zum deutschen Friedensrat
8. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

- 1.1. Herbert Stubenrauch eröffnet die Sitzung und begrüßt besonders die neugewählten Bundesvorstandsmitglieder. Er weist auf die vertrauensvolle und sachliche Zusammenarbeit im vorjährigen Bundesvorstand hin und wünscht, daß sich diese Arbeitsmethode auch im Jahr 1964 fortsetzen läßt.
- 1.2. Der Bundesvorstand berät die vorjährigen Arbeitsrichtlinien für den geschäftsführenden Vorstand und nimmt diese einmütig an. Die Arbeitsrichtlinien sehen vor:
  - a) der geschäftsführende Vorstand nimmt Vorbereitung, Vorarbeit und Auswertung von BV und BA Sitzungen vor;
  - b) er kann <sup>i</sup>Ungeklärten politischen Fragen keine Beschlüsse fassen oder entsprechende Erklärungen abgeben;
  - c) er ist berechtigt, technische und finanzielle Beschlüsse zu fassen, letztere nur, soweit sie nicht durch ihre Größenordnung die Verbandspolitik beeinflussen können;
  - d) er regelt personelle Fragen der Verbandsgeschäftsstelle (Ausnahme: Einstellung und Entlassung des Verbandsgeschäftsführers);
  - e) dringende Fragen, die nicht in die Kompetenz des geschäftsführenden Vorstandes fallen, aber keine besondere Vorstandssitzung rechtfertigen, können im GV diskutiert werden und werden dann dem Gesamtvorstand zu einer schriftlichen Beschlußfassung vorgelegt.

- 1.3. Jedes Ressort im VK-Bundesvorstand kann Rundschreiben herausbringen. Diese Rundschreiben sind dem Verbandsgeschäftsführer zuzusenden, der sie hektografiert und verschickt. Kommen dem Verbandsgeschäftsführer zu einem Rundschreiben Bedenken, setzt er sich vor Versand mit dem Bundesvorsitzenden oder dessen Stellvertretung in Verbindung.
- 1.4. Pressedienste, die nicht vom geschäftsführenden Vorstand oder einem anderen Organ des Verbandes verbaschiedet worden sind, können von einem Bundesvorstandsmitglied, soweit sie sein Ressort betreffen, entworfen werden, müssen jedoch vor Versand durch den Verbandsgeschäftsführer mit dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter abgesprochen werden.
- 1.5. Der Bundesvorstand beschließt folgende Ressortverteilung:
- Vorsitzender (gewählt durch den Kongreß): Herbert Stubenrauch;  
 Stellvertreter (gew. durch den Kongreß): Alfred Riedel;  
 Schatzmeister (gew. durch den Kongreß): Klaus Vack;  
 Schriftführer: Klaus Vack;  
 Referent für gesetzliche und freiwillige Dienste: Hans H. Ploen;  
 Rechtsreferent: Heinrich Hannover;  
 Referent für zentrale Aktionen: Wilfried Hille;  
 Referent für die Koordinierung der VK-Bestrebungen zur Gewaltlosigkeit: Dr. Fritz Katz;  
 Redaktion der Verbandszeitschrift "ZIVIL": Herbert Stubenrauch, Egon Becker, Klaus Vack;  
 Referat Internationale Arbeit: Werner Böwing, Horst Maurer;  
 Referent für örtl. Organisationsarbeit und Werbung: Alf. Riedel;  
 Gruppenbetreuung Nord: Dr. Katz;  
 Gruppenbetreuung Nordrhein-Westfalen: Werner Böwing;  
 Gruppenbetreuung Mitte: Hans Joachim Arlt;  
 Gruppenbetreuung Süd: Hans Hammer

Zum Referat internationale Arbeit wird festgehalten, daß Werner Böwing im wesentlichen die Repräsentation und den Kontakt gegenüber den internationalen Organisationen wahrnimmt. Es gehört auch zu seinem Aufgabengebiet, die internationalen Aktionen des VK mit zu organisieren. Es wird Werner Böwing empfohlen, zu prüfen, inwieweit sich in den kommenden Jahren auch auf örtl. Ebene internationale Kontakte anknüpfen und Veranstaltungen durchführen lassen. Horst Maurer wird im wesentlichen die verschiedensten Auslandsrundschreiben und ausländischen Zeitungen für ZIVIL und für VK-Rundschreiben auswerten.

Der Referent für örtl. Organisationsarbeit und Werbung wird beauftragt, im kommenden Jahr den Gruppen verschiedenes Material zur Verfügung zu stellen, daß diesen Möglichkeiten für eine bessere und erfolgreichere Arbeit aufzeigt. Die Referenten für Gruppenbetreuung werden neben dem Kontakt zu den Gruppen, der sich teilweise auch in Gruppenbesuchen äußern könnte, im Laufe des Jahres mindestens eine Arbeitstagung mit den Gruppenvorständen veranstalten.

- 1.6. Egon Becker und Dr. Katz werden beauftragt, für die nächste BV-Sitzung Vorstellungen über die Möglichkeiten von Friedensforschung zu entwickeln. Diese sind dem Bundesvorstand vorzutragen, wobei dann auch entschieden wird, ob es evtl. sinnvoll ist, im Bundesvorstand ein Ressort Friedensforschung einzurichten.

Zu Punkt 2 der TO

Beschl. 1 Durch Rundschreiben V 7 - 1964 sind die notwendigen Vorbereitungen getroffen, innerhalb des Verbandes zu prüfen, ob es möglich ist, eine Freiwilligen-Truppe zusammen zu bekommen. Es wird eine Anfrage an das UN-General-Sekretariat gerichtet, mit der festgestellt werden soll, ob ein derartiges Projekt überhaupt zu verwirklichen ist. Die Anfrage soll auch um Auskunft darüber nachsuchen, welche Möglichkeiten bestehen, die Arbeit der UN zu unterstützen und im Sinne der UN in Deutschland zu arbeiten.

Beschluß 2: Dieser Beschluß wird durch die Anfrage an das UN-General-Sekretariat im Zusammenhang mit Beschluß 1 erledigt. Egon Becker wird beauftragt, in den nächsten 6 Monaten Material über die UN zu sammeln. Es soll auch Kontakt zur Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Dr. Katz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er in der Lage ist, vor den Gruppen zu referieren über das Thema: "Wirtschaftliche und soziale Folgen der Abrüstung".

Beschluß 3: Es werden Briefe geschrieben an die Siegermächte und die deutschen Regierungen, sowie an Parteien und Presse. Es wird erwogen, einige Zeitungen besonders auf diesen Vorschlag hinzuweisen und sie um Publizierung anzuregen. (z.B. Zeit, Stern, Spiegel, Panorama).

Beschluß 4: Eine Veröffentlichung in ZIVIL ist bereits erfolgt. Die Verwirklichung des 1. Teiles des Beschlusses sollen Egon Becker und Dr. Katz bei ihren Ausarbeitungen über Friedensforschungen berücksichtigen.

Beschluß 5: Hille wird beauftragt, sofort mit der Vorbereitungen zu Aktionen für den "Tag der Gefangenen für den Frieden" zu beginnen. In Rundschreiben, evtl. in Briefen an BA-Gruppen, muß auf unsere Gruppen eingewirkt werden, damit die Aktionen vor Botschaften und Konsulaten in noch stärkerem Maße durchgeführt werden. Klaus Vack wird an die WRI schreiben und empfehlen, diese Aktionen auch durch die WRI-Sektionen in anderen Ländern veranstalten zu lassen.

Beschluß 6: Die Referenten für Gruppenbetreuung werden beauftragt, bis in den Spätherbst 1964 je ein regionales Treffen der Gruppenvorstände zu veranstalten. Dort sollten neben organisatorischen Fragen gem. den regionalen Notwendigkeiten grundsätzliche Fragen diskutiert werden.

Beschluß 7: Der Verbandsgeschäftsführer wird in dem nächsten Rundschreiben auf diesen Beschluß hinweisen.

Beschluß 8: Der Verbandsgeschäftsführer wird in Kontakt mit der Gruppe Iserlohn prüfen, ob dort der Bundeskongreß 1965 veranstaltet werden kann. Wenn ja, wird beim Bundesausschuß eine schriftliche Beschlußfassung herbeigeführt.

Beschluß 9: Dieser Beschluß wird mit einem Abdruck des Keller-Referates in der Doppelnummer von ZIVIL Juli/August verwirklicht. Die Bundesvorstandsmitglieder sind aufgefordert, sich an dieser Diskussion in ZIVIL zu beteiligen.

Beschluß 10: Vorerst wird der 2. Teil dieses Beschlusses erfüllt, in dem im November 1964 im Naturfreundehaus Offenbach eine VK-Wochenendtagung über gewaltfreie Verteidigung veranstaltet wird. Über den genauen Themenkreis wird die Verbandsgeschäftsstelle mit Ebert korrespondieren. Der Bundesvorstand wird dann einen endgültigen Beschluß fassen. Über die Spezialbroschüre über gewaltfreie Verteidigung wird nach der VK-Wochenendtagung beraten.

Beschluß 11: Dr. Katz wird sich um eine Übersetzung "Civilian Defence" bemühen. Die Übersetzung soll in möglichst 5 - 7 Durchschlägen hergestellt werden und wird den Bundesvorstandsmitgliedern zur Durchsicht zur Verfügung gestellt. Der Bundesvorstand wird dann beschließen, inwieweit er grundsätzlich bereit ist, die Broschüre drucken zu lassen und welche finanziellen Möglichkeiten hierzu bestehen.

Beschluß 12: Unter den Appell an die Volkskammer der DDR sollen Unterschriften von ca. 100 prominenten Bürgern der Bundesrepublik gesammelt werden. Bereits im frühen Herbst werden 2 Vorstandsvertreter nach Ostberlin fahren, um das Gespräch mit Vertretern der Volkskammer vorzubereiten. Es ist daran gedacht, daß sich bei der Übergabe des Appells und der anschließenden Diskussion 5 BV Mitglieder beteiligen. Evtl. soll einer der prominenten Unterzeichner mitgenommen werden. Eine Aktion zum gleichen Zeitpunkt ist nicht vorgesehen, da alles darauf angelegt sein sollte, etwas für die Kriegsdienstverweigerung in der DDR zu erreichen und nicht, um ein bestimmtes Alibi in der Bundesrepublik zu erhalten.

Beschluß 13: Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, den Beschluß der Volkskammer der DDR mitzuteilen.

Beschluß 14: wird zur Erledigung dem GV überwiesen.

Beschluß 15: wird zur Veröffentlichung dem GV überwiesen.

Beschluß 16: Der Bundesvorstand betrachtet diesen Beschluß durch die bereits erfolgten Veröffentlichungen im VK-Pressedienst als erledigt.

Beschluß 17: wird zur weiteren Bearbeitung dem GV überwiesen.

Beschluß 18: Der Bundesvorstand betrachtet diesen Beschluß durch die bereits erfolgte Veröffentlichung in der Presse als erledigt. Im Übrigen unterstützt der VK die Petition der Kampagne für Abrüstung, in der auch die Forderung nach einem Bundesamt für Friedensforschung und Abrüstung in der Bundesrepublik enthalten ist.

Beschluß 19: Aus Anlaß des Luftschutzhelfertages am 30./31.5.64 in Hamburg wird dieser Beschluß in einem Pressedienst veröffentlicht. Außerdem wird Egon Becker im Sinne des Beschlusses Material für die Dokumentationsseite von ZIVIL zur Verfügung stellen.

Beschluß 20: Dieser Beschluß im wesentlichen durch den LV Hamburg verwirklicht.

Beschluß 21: wird zur weiteren Erledigung dem GV überwiesen.

Beschluß 22: Heinrich Hannover wird beauftragt, ein Rechtsgutachten zu erarbeiten, damit sich der Bundesvorstand späterhin mit einer Verwirklichung des Beschlusses beschäftigen kann.

Beschluß 23: wird durch die weitere Mitarbeit in der Kampagne für Abrüstung ständig erledigt. Der BV beauftragt den Referenten für zentrale Aktionen, Hille, den VK für die Zukunft in den zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung zu vertreten.

Beschluß 24: Hans Hammer, Heinrich Hannover und Hans H. Ploen werden beauftragt, für die nächste Bundesausschußsitzung Stellungnahmen zu dem in dem Beschluß angesprochenen Fragenkomplex vorzulegen.

#### Zu Punkt 3 der TO

3.1. Der BV berät über die Großveranstaltung anläßlich des WRI-Council anfangs August 1964. Es wird folgendes beschlossen: eine öffentliche Veranstaltung findet am 1.8.1964, 19.30 Uhr in Frankfurt/Main statt. Als Tagungsräume kommen das Volkshaus, das Haus Dornbusch oder das Rathaus-Casino in Frage. Entscheidend ist die Kostenfrage, so daß die teureren Säle nur gemietet werden können, wenn gleichzeitig von der Stadt Frankfurt ein Zuschuß gewährt wird. Träger ist der VK in Zusammenarbeit mit der WRI. Als Redner treten auf Danilo Dolci und Bayard Rustin; Von deutscher Seite sollen Baade, Heinemann, Kloppenburg, Haffner oder Gollwitzer als Redner gewonnen werden. Arbeitsthema für die Referate: "Neue Wege zur Lösung der alten Probleme". Die Kundgebungsleitung liegt bei Herbert Stubenrauch.

Es ist Sorge zu tragen dafür, daß Dolmetscher vorhanden sind. Um 18.00 Uhr vor der Veranstaltung soll eine Pressekonferenz stattfinden. Alle VK - Gruppen sind einzuladen. Weitabliegende Gruppen werden um kleine Delegationen gebeten. Das Übernachtungsproblem ist zu lösen. Es soll geprüft werden, ob eine entsprechende musikalische Umrahmung der Veranstaltung möglich ist. Zur Finanzierung sollen der Bundesvorstand, die Gruppe Frankfurt und die WRI beitragen. Es wird Eintritt erhoben von DM 1,-, von Schülern und Studenten DM 0,50. Im Anschluß an die Veranstaltung wird zu Spenden aufgerufen. Die Eintrittskarten werden so gedruckt, daß Interessenten ihre Adresse hinterlegen können, so daß sie dann vom VK mit Material versorgt werden können. Ein Bücherstand soll von Hassbecker errichtet werden. Horst Maurer setzt sich mit ihm in Verbindung. Über die Werbung und weitere Probleme der Veranstaltung muß der GV bei seiner nächsten Sitzung Beschlüsse fassen.

3.2. Es steht inzwischen fest, daß die WRI-Studienkonferenz vom 9. - 15.8.1964 in dem Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe in Offenbach/Main stattfindet. Die WRI hat nun gebeten, daß für die Studienkonferenz Material zur Verfügung gestellt wird. Der BV beschließt hierzu folgendes: Die chronologische Darstellung aller Ereignisse, die mit der Teilung von Deutschland und Berlin zusammenhängen sowie zusammenfassende Darstellung von Texten und Verträgen, die zwischen verschiedenen Mächten im Zusammenhang mit Deutschland und Berlin geschlossen worden sind, soll Rüdiger Griepenburg zusammentragen. Egon Becker wird beauftragt, eine Ausarbeitung, die die ökonomischen und industriellen Verhältnisse in den beiden Deutschlands darlegt und die politischen Strukturen der beiden deutschen Staaten und Berlins beschreibt. Dr. Fritz Katz wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Karl Heinz Stahnke von der Dokumentationsabteilung Stellungnahmen, Vorschläge und Pläne, die zur Lösung der deutschen Frage von prominenten Einzelpersonen und von Gruppierungen zusammengestellt wurden, jedoch nicht in das offizielle Regierungsmaterial aufgenommen wurden, zu einem Arbeitspapier zusammenzutragen. Zur Situation des bundesrepublikanischen Friedenskampfes soll Dr. Th. Michaltscheff eine Materialzusammenstellung anfertigen.

Höchstwahrscheinlich werden Vack, Becker, Stubenrauch, Dr. Katz und Riedel an der Konferenz teilnehmen. Sie sollen sich auch, soweit möglich, durch Referate beteiligen. Die weiteren Vorbereitungen, auch organisatorischer Art, werden im wesentlichen von Klaus Vack in Zusammenarbeit mit Horst Maurer und Egon Becker getroffen.

3.3. Der Bundesvorstand beschließt, daß er, obwohl von der IdK und der DFG nach zweimaligem Schreiben keine Antwort vorliegt, die Sache eines deutsch-französischen Treffens der deutsch-französischen WRI-Bünde weiter betreibt.

Zu Punkt 4 der TO

4.1. Der Bundesvorstand beschließt, die gesamte Septemhernummer von ZIVIL aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Kriegsausbruches unter das Motto Antikriegstag zu stellen. Es soll versucht werden, Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland um Beiträge zu gewinnen. Klaus Vack wird beauftragt, für diese ZIVIL-Ausgabe Anzeigen von Verlagen über Antikriegsliteratur einzuholen.

4.2. Hille wird beauftragt, ein Rundschreiben zu entwerfen und der Verbandsgeschäftsstelle zuzusenden, in dem VK-Aktionen zum Antikriegstag angeregt werden. Darin sollen auch Hinweise gegeben werden über Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen des VK mit anderen Organisationen. Klaus Vack wird dieses Rundschreiben, ggfs. nach Rücksprache mit Hille, noch ergänzen und an die Gruppen verschicken.

4.3. Nach längerer Diskussion entschließt sich der Bundesvorstand, einen "Polenfeldzug 1964", der im Übergang vom August zum September stattfinden soll, vorzubereiten. Klaus Vack wird beauftragt, unverzüglich Kontakte zu Polen herzustellen und zu prüfen, ob und unter welcher organisatorischen und politischen Voraussetzungen das Projekt verwirklicht werden kann. Im Anschluß daran wird der BV beraten und dem Bundesvorstand zur schriftlichen Beschlußfassung einen konkreten Vorschlag über

die Aktion vorlegen.

Zu Punkt 5 der TO

- 5.1. Der Bundesvorstand nimmt den Bericht von Hans H. Ploen über eine Besprechung zwischen den Vertretern des Bundesarbeitsministeriums und der Zentralstelle zur Kenntnis. Daraus geht hervor, daß das BMA entschlossen ist, die administrativen Aufgaben des zivilen Ersatzdienstes auf ein anderes Amt zu verlagern. Zur Debatte stehen das Bundesverwaltungsamt und die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung. Der VK, wie auch andere, der Zentralstelle angeschlossene Verbände, treten dafür ein, daß die administrativen Aufgaben des zivilen Ersatzdienstes auf die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung übertragen werden sollte, zumal dieses Amt in den Landesarbeitsämtern über einen Unterbau verfügt. Da die Novellierung des Ersatzdienstgesetzes bereits in vollem Gange ist, wird Klaus Vack beauftragt, sich sofort mit der Zentralstelle in Verbindung zu setzen und zu prüfen, ob eine entsprechende Stellungnahme bereits dem BMA zugegangen ist. Falls dies nicht der Fall ist, wird Klaus Vack im Auftrag des VK eine solche Stellungnahme an das BMA richten. Das Argument, daß im Bundesverwaltungsamt viele ehemalige SS-Angehörige sitzen, soll vom VK nicht ausgespielt werden. Die Stellungnahme soll darüber hinaus auch den entsprechenden Ausschüssen des Bundestages, verschiedenen interessierten Abgeordneten, den Fraktionen und dem Bundesrat zugehen. Wenn möglich, ist nach diesen schriftlichen Stellungnahmen noch ein persönliches Lobby vorgesehen.
- 5.2. Das Rechtsgutachten von Dr. Rudolf Monnerjahn, in dem dieser die Verfassungswidrigkeit des § 20 Abs. 1 des Ersatzdienstgesetzes nachweist, wurde dem BMA zugesandt. Inzwischen ist eine Stellungnahme eingegangen, in der das BMA feststellt, daß es die in dem Rechtsgutachten vertretene Auffassung nicht teilt und daß eine Änderung der Vorschriften in dem vom VK gewünschten Sinn nicht beabsichtigt sei. Klaus Vack wird beauftragt, noch einmal an das BMA zu schreiben und die Gründe dafür zu erfragen, warum das BMA nicht die Auffassung von Dr. Monnerjahn teilen kann.
- 5.3. Die Petition an den Deutschen Bundestag, in der vom VK gefordert wurde, daß der zivile Ersatzdienst auch als Friedens- und Entwicklungsdienst im Ausland abgeleistet werden kann, wurde inzwischen vom Bundestag abschlägig beschieden. Klaus Vack wird beauftragt, noch einmal an die zuständigen Stellen zu schreiben, um vor allem in Erfahrung zu bringen, welche Schwierigkeiten eine Ableistung des Dienstes der Kriegsdienstverweigerer im Ausland entgegenstehen und inwieweit es <sup>auch</sup> möglich ist, daß der VK an einer Behebung der Schwierigkeiten mitwirkt. Der VK wird in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternehmen, besonders auch im Hinblick auf die geplante Neufassung des Gesetzes für den zivilen Ersatzdienst.
- 5.4. Ploen wird beauftragt, bis zur nächsten Vorstandssitzung Vorschläge über Wünsche auszuarbeiten, die der VK bei der Neufassung des Ersatzdienstgesetzes berücksichtigt haben möchte.

Zu Punkt 6 der TO

Am 30.5. findet in Frankfurt eine Sitzung der AdF statt. An dieser Sitzung werden vom VK Alfred Riedel und Klaus Vack teilnehmen. Der Bundesvorstand hat sich bei seiner letzten Sitzung sehr ausführlich über seine Wünsche zur zukünftigen Arbeit in der AdF beraten, und Riedel und Vack werden beauftragt, diese bei der Sitzung zu vertreten.

Zu Punkt 7 der TO

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch von Werner Böwing, der verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen, auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu Punkt 8 der TO

- 8.1. An der Tagung des Initiativ Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen, bei der u.a. über die Frage einer Notstandsverfassung diskutiert wird, sollen Egon Becker, Hans Joachim Arlt und Karl Becker teilnehmen.
- 8.2. Herbert Stubenrauch teilt mit, daß die Kampagne für Abrüstung für den zentralen Ausschuß einen Geschäftsführer sucht. Es wird erwogen, Egon Becker für diesen Posten zu gewinnen. Dies müßte dann im Rahmen der Erweiterung der Bürogemeinschaft VK - Naturfreundejugend - Hessischer Ostermarschausschuß - geschehen. Herbert Stubenrauch, Egon Becker und Klaus Vack werden beauftragt, diese Angelegenheit möglichst bis zur nächsten ZA-Sitzung zu klären.
- 8.3. Zur Freilassung von Heinz Brandt wird ein Pressedienst herausgegeben. Klaus Vack wird beauftragt, Heinz Brandt nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik einen Brief zu schreiben und ein Blumengebinde zu übermitteln.
- 8.4. Hans Hammer wird beauftragt, einen offenen Brief an Bundespräsident Lübke zu entwerfen, wegen dessen Äußerungen über die Kriegsdienstverweigerer anläßlich einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr. Brief wird von der Verbandsgeschäftsstelle weiter bearbeitet.
- 8.5. Heinrich Hannover unterrichtet den Bundesvorstand, daß er für die Gruppe Köln gegen die Oberpostdirektion eine Klage führen will. Die Oberpostdirektion hatte der Gruppe mitgeteilt, daß der Aufdruck "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden (Art.4 GG)!" nach Inkrafttreten der neuen Postordnung zum 1.6.1964 nicht mehr auf den Umschlägen erscheinen darf. Der BV beschließt, nachdem Heinrich Hannover mitteilt, daß der Prozeß mit größter Wahrscheinlichkeit gewonnen wird, eine Regelung, nach der der BV 50 % und die Gruppe Köln 50 % des Kostenrisikos übernehmen.

Offenbach, den 25. Mai 1964  
Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

ED 718-3-69

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Protokoll V 7/1964 der Sitzung des Bundesvorstandes am 11.7.1964  
in Offenbach

15.7.64

Anwesend: Werner Böwing, Klaus Vack, Heinrich Hannover,  
Hans Hammer, Horst Maurer, Dr. Fritz Katz, Egon  
Becker, tlw. Hans H. Ploen u. Winfried Hille

entschuldigt: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel

Tagesordnung:

- 1) Vorbereitung der BA-Sitzung
- 2) Finanzielles und Verbandsgeschäftsstelle
- 3) FD-Fragen
- 4) Bericht über die Sitzung der ADF
- 5) Brief des Deutschen Friedensrates
- 6) WRI- Council und Veranstaltung am 1.8.64
- 7) WRI- Studienkonferenz
- 8) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

- 1.1 Die von Klaus <sup>Vack</sup> für die BA - Sitzung vorgesehene Tagesordnung wird umgruppiert und um einen Punkt erweitert. Der BV schlägt dem BA für seine Sitzung folgende neue Tagesordnung vor:
- 1) "Ostpolitik" des VK
  - 2) Appell an die Volkskammer in Sachen Kriegsdienstverweigerung in der DDR
  - 3) VK-Initiative zum Antikriegstag
  - 4) Mitteilungen des BV
  - 5) Bundeskongreß 1965
  - 6) UN-Truppe für Zypern
  - 7) Beschluß 24 des Bundeskongresses 1964
  - 8) Verschiedenes.
- 1.2 Zu Tagesordnungspunkt 1 der BA-Sitzung vertritt der Bundesvorstand die Auffassung, daß es wohl zu einer ausführlichen Diskussion über die Vorschläge von Herbert Stubenrauch und zu einer verbandsinternen Abklärung zu den verschiedensten Punkten kommen sollte, daß darüber hinaus aber nicht an eine breite Veröffentlichung bzw. öffentliche Proklamierung der VK-Ostpolitik gedacht werden kann.
- 1.3 In der Unterschriftensammlung für den Appell an die Volkskammer der DDR in Sachen Kriegsdienstverweigerung für die DDR hat Klaus Vack bisher erst an einige prominente Persönlichkeiten geschrieben. Unter Benutzung deren Unterschriften sollen nun weitere Persönlichkeiten angesprochen werden. Unterzeichnet haben Präses D. Dr. J. Beckmann, Prof. Dr. H.J. Heydorn, Dr. Arno Klönne, Prof. Dr. Dr. h.c. Fritz Baade, Dr. Heinz Kloppenburg DD und Dr. Erich Kästner.

Der Bundesvorstand plant, daß ca. 100 Prominente aus der Bundesrepublik unterschreiben sollen. Klaus Vack wird eine Liste von ca. 100 Leuten aufstellen und diese allen Bundesvorstandsmitgliedern zusenden, die begründete Streichungen und Ergänzungen vornehmen. Herbert Stubenrauch und Klaus Vack werden dann entscheiden, welche Persönlichkeiten angeschrieben werden sollen.

Der Appell soll am 30.11.1964 in der Volkskammer, möglichst dem Volkskammerpräsidenten Dr. Johannes Dieckmann, übergeben werden. Mit der Übergabe dieses Appells soll eine Aussprache über den Problembereich verbunden werden.

Außerdem soll geklärt werden, ob über den im Appell angesprochenen Problembereich auch eine Diskussion mit Vertretern der FDJ-Fraktion in der Volkskammer, möglichst auch am 30.11.64, möglich ist.

Die VK-Delegation soll sich zusammensetzen aus Herbert Stubenrauch, Heinrich Hannover, Klaus Vack, Werner Böwing, Egon Becker und Hans Hammer. Die Delegationsteilnehmer werden bereits heute gebeten, den Termin vom 28.-30.11.64 für die Fahrt nach Berlin freizuhalten.

Klaus Vack wird beauftragt, alle technischen Details zu klären und darüber hinaus möglichst viel über die jetzige Handhabung der Kriegsdienstverweigerung in der DDR in Erfahrung zu bringen. Falls notwendig, wird Klaus Vack bevollmächtigt, zu diesem Zweck eine Reise nach Berlin zu machen.

Über die Aktionen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" um den 1.12.1964 wird wieder eine Presseerklärung herausgebracht. Mit dieser Presseerklärung soll der Besuch der VK-Delegation in der Volkskammer erwähnt werden.

- 1.4 Klaus Vack informiert den Bundesvorstand über seine Bemühungen, den in der letzten BV-Sitzung in Aussicht genommenen "Polenfeldzug" zu organisieren. Obwohl das poln. Außenministerium bereits vor 6 Wochen angeschrieben (Eilboten-Luftpost-Einschreiben) und darüber hinaus eine Abschrift dieses Briefes mit entsprechenden Begleitschreiben an mehrere BV-Mitglieder, bekannte polnische Persönlichkeiten bzw. Organisationen ging, liegt bisher vom poln. Außenministerium weder ein zusagender noch ein absagender Bescheid vor. Klaus Vack hatte außerdem eine Unterredung in der poln. Militärmission in Westberlin, die in einem ausgezeichneten Verhandlungsklima verlief, jedoch auch keine Erfolge brachte. Das poln. Außenministerium und der poln. Friedensrat wurden durch Telegramme gebeten, dem VK bald ihre Stellungnahme zukommen zu lassen. Der BV stellt fest, daß selbst dann, wenn noch ein zusagender Bescheid eintrifft, kaum noch Möglichkeiten bestehen, den "Polenfeldzug" zu realisieren. Es wird deshalb beschlossen, auf dieses Projekt zu verzichten.

Mit einer entsprechenden Stellungnahme an das Außenministerium der Volksrepublik Polen wird abgewartet, bis die Antwort aus Polen vorliegt.

Der BV berät kurz, ob andere Möglichkeiten bestehen, in Form einer Aktion seitens des VK zum Antikriegstag tätig zu werden. Bedingt durch die Kürze der Zeit sieht der BV keine Möglichkeit mehr für eine zentrale Aktion. Dem BA soll vorgeschlagen werden, einen Appell an Bundespräsident Lübcke zu beschließen, in dem dieser aufgefordert wird, zum 1. Sept. dem poln. Staatspräsidenten und dem poln. Volk eine Grußbotschaft zu übermitteln.

- 1.5 Unter Tagesordnungspunkt "Mitteilungen des Bundesvorstandes" wird Klaus Vack dem BA über die wichtigsten Fragen zum zivilen Ersatzdienst und über die zukünftigen zentralen Veranstaltungen berichten.
- 1.6 Nachdem Dr. Fritz Katz im Auftrag der Gruppe Iserlohn klarstellen konnte, daß keinerlei Schwierigkeiten beim Organisieren des Bundeskongresses 1965 entstehen würden, beschließt der BV, dem BA zu empfehlen, den Bundeskongress für den 8./9.5.65 nach Iserlohn einzuberufen. Das historische Datum (20. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands) muß bei der Gestaltung des Bundeskongresses beachtet werden.
- 1.7 Über die Tagesordnungspunkte 6 - 8 der BA-Sitzung hält der BV eine Vorberatung für nicht notwendig.

#### Zu Punkt 2 der TO

- 2.1 Klaus Vack setzt den BV davon in Kenntnis, daß Annelie Don ihr Arbeitsverhältnis zum 30.6.64 gelöst hat. Der Bundesvorstand beschließt, als Anerkennung und auch zum Andenken für ihre Mitarbeit beim VK, Annelie Don die große Schallplattenkassette mit den Songs der Dreigroschenoper (2 große Schallplatten) zu schenken. Herbert Stubenrauch wird beauftragt, hierzu einen Begleitbrief zu schreiben.
- 2.2 Klaus Vack teilt mit, daß ab 1.7.64 Helga Weber in ein Arbeitsverhältnis in der Verbandsgeschäftsstelle eingetreten ist. Der Bundesvorstand berät den mit Helga Weber abzuschließenden Arbeitsvertrag. Der Arbeitsvertrag sieht in seinen wesentlichsten Punkten vor: Fortzahlung des Gehaltes bei Krankheit auf 6 Wochen und für weitere 10 Wochen Ausgleichszahlungen zwischen dem Krankengeld und dem zuletzt gezahlten Nettogehalt; 6-wöchentliche Kündigung zum Quartalschluß; 3 Wochen Jahresurlaub; Bruttogehalt von DM 580,- monatlich bei Übernahme sämtlicher Sozialabgaben durch den VK; Fahrgeldvergütung für 2 Heimreisen zum Wohnort in Kassel von monatlich 70,- DM. Dieser Arbeitsvertrag wird einmütig beschlossen.
- 2.3 Klaus Vack informiert den Vorstand, daß er seinen Jahresurlaub höchstwahrscheinlich im September nehmen wird.
- 2.4 Die Beratung über den Haushaltsplan für das 2. Halbjahr 1964 wird auf die nächste Vorstandssitzung vertagt.

- 2.5 Bei einer Stimmhaltung beschließt der Vorstand, in Anerkennung der Leistungen in der Verbandsgeschäftsstelle, einen einmaligen Zuschuß für einen mehrtätigen Betriebsausflug, der von der gesamten Bürogemeinschaft Waldstraße 99 im Juni 1964 veranstaltet wurde. Der BV beschließt für Hannelore Vack, Klaus Vack und Annelie Don je DM 100,-
- 2.6 Der BV beschließt, einen Artikel von Heinrich Hannover "Der totale Notstandsstaat" in einer Auflage von 5000 Exemplaren als Broschüre zu drucken. Für ca. 3000 Exemplare liegen bereits Bestellungen vor. Der Verkaufspreis beträgt DM 0,50, für Gruppen bei größeren Abnahmen DM 0,40.
- 2.7 In einer ausführlichen Korrespondenz zwischen Gruppe Köln u. Verbandsgeschäftsstelle konnte sich die Gruppe Köln nicht entschließen, für den Prozeß mit der Oberpostdirektion 50 % des Kostenrisikos zu übernehmen. Nach längerer Diskussion beschließt der BV, das gesamte Kostenrisiko zu übernehmen.
- 2.8 Für den Besuch in der polnischen Militärmission durch Klaus Vack beschließt der BV nachträglich die Kostenerstattung für eine Flugreise.
- 2.9 Für die Anschaffung eines Karteikastens (Viererblock) beschließt der BV für die Dokumentationsabteilung einen Sonderzuschuß von ca. DM 80,--.

Zu Punkt 3 der TO

- 3.1 Auf die nochmalige Rückfrage des BV beim BMA wegen der Verfassungsmäßigkeit des § 20 Abs. 1 des Ersatzdienstgesetzes hat das BMA wiederum in einem sehr kurz gehaltenen Antwortbrief Stellung bezogen und festgestellt, daß Rechtsanwalt Dr. Momerjahn in seinem Gutachten nicht die Andersartigkeit des Ersatzdienstes gegenüber dem Wehrdienst berücksichtige. Falls der VK die Vorschriften des § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst für verfassungswidrig halte, stellt das BMA eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes anheim. Der Bundesvorstand beauftragt Hans H. Ploen, festzustellen, ob es noch Fälle gibt, wo für Ersatzdienstleistende nach den ersten 12 Monaten nicht automatisch erhöhter Sold bezahlt wird. Sollte sich ein solcher Fall auftreiben lassen, würde der BV ggfs. eine Verfassungsbeschwerde einleiten. Ansonsten wird der Fall als abgeschlossen betrachtet.
- 3.2 Auf die nochmalige Anfrage der Verbandsgeschäftsstelle beim BMA betr. Ableistung des zivilen Ersatzdienstes im Ausland ist wieder ein unbefriedigender Bescheid eingegangen. Der BV beschließt, den Schriftverkehr in dieser Frage mit dem BMA vorerst nicht fortzuführen. Es soll jedoch über die Zentralstelle und ggfs. auch durch Eigeninitiative des VK in dieser Angelegenheit weiterhin Lobby betrieben werden, zumal neben der Novellierung des Ersatzdienstgesetzes auch eine völlige Neufassung des Gesetzes bevorsteht.
- 3.3 Wegen der bei der Novellierung des ED-Gesetzes vorgesehenen Übertragung der Verwaltungskompetenzen in Ersatzdienstangelegenheiten auf das Bundesverwaltungsamt hat die Zentralstelle

an das BMA geschrieben und die Auffassung der der Zentralstelle angeschlossenen Verbände vorgetragen, nach der eine Übertragung der Verwaltungskompetenzen auf die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wünschenswert sei. Die Zentralstelle hat darüber hinaus an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, sowie an den Ausschuß für Arbeit des Bundestages geschrieben. Der VK hat sich in Schreiben an die gleichen Stellen der Vorschlägen der Zentralstelle angeschlossen. Über den Stand der Dinge ist zur Zeit nichts bekannt.

- 3.4 Heinrich Hannover informiert den BV über die Grundsatzentscheidungen des Verwaltungsgerichtes zu Ersatzdienstfragen vom 15.5.64. Ein Artikel von Heinrich Hannover zu dieser Grundsatzentscheidung wird in ZIVIL veröffentlicht. Heinrich Hannover wird beauftragt, einen Brief an das BMA zu entwerfen, in dem dieses um die Liste sämtlicher ED'-Dienststellen gebeten wird, damit der VK seine Mitglieder auf die Möglichkeit hinweisen kann, den Ersatzdienst in einer Dienststelle nach eigener Wahl abzuleisten.

#### Zu Punkt 4 der TO

Klaus Vack berichtet kurz über die letzte ADF - Sitzung, an der vom VK Alfred Riedel und Klaus Vack teilnahmen. Bei dieser Sitzung wurden im wesentlichsten die neuen Vorstellungen, die der VK-Bundesvorstand zur Arbeit in der ADF in seiner vorletzten Sitzung erarbeitet hatte, akzeptiert. Die ADF wird noch einmal zu einer Mitgliederversammlung einladen, bei der die zur Zeit noch gültige Satzung aufgehoben würde. Für die Zukunft arbeitet die ADF nur noch nach Arbeitsrichtlinien, die in der letzten Sitzung bereits beschlossen wurden. Die ADF ist aus der internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden ausgetreten und hat es den Mitgliedsverbänden anheimgestellt, in dieser Organisation Mitglied zu werden. Dem Aufnahmeantrag des VK wurde durch die Konföderation in-zwischen stattgegeben.

Die ADF hat in ihrer Sitzung eine Petition betr. Verpflichtung von Frauen zum Dienst in der Bundeswehr beschlossen, die dem Petitionsausschuß zugeleitet und auch in der Presse publiziert wurde. Als weitere Aktionen plant die ADF zur Zeit einen Einspruch gegen einige Bestimmungen der Postordnung und die Vorbereitung einer Ta-gung gegen die Notstandsgesetze.

#### Zu Punkt 5 der TO

In seiner Sitzung am 29.2./1.3.64 in Ffm. hatte der BV den Antwort-brief des Generalsekretärs des Deutschen Friedensrates, Heinz Will-mann, vom 11.1.64 auf den Brief des BA vom 17.12.63 zur Kenntnis genommen. Der BV war seinerzeit der Meinung, daß es nicht notwen-dig sei, den Brief von Heinz Willmann zu beantworten, da man die-sen als einen abschließenden Brief in dieser Korrespondenz betrach-ten könne. Nun hat der Deutsche Friedensrat am 21.5.64 seinen Brief vom 11.1.64 in Erinnerung gebracht und außerdem einen Austausch der Publikationsorgane angeregt, sowie zu einer Feier in der DDR aus Anlaß des 50. Todestages von Bertha von Suttner eingeladen.

Der BV wird dem BA von dieser Entwicklung der Korrespondenz Kenntnis geben und empfiehlt, daß der BA beschließt, a) einen Austausch der Publikationsorgane und -schriften (keine Rundschreiben) zwischen Friedensrat und VK, b) daß der Bundesvorstand bevollmächtigt wird, zu einem späteren Zeitpunkt evtl. einen Artikelaustausch mit dem Deutschen Friedensrat anzuregen.

#### Zu Punkt 6 der TO

- 6.1 An dem WRI-Council soll möglichst Herbert Stubenrauch teilnehmen. Für
- 6.2 die Veranstaltung am 1.8.64 haben endgültig Danilo Dolci, Bayard Rustin und Dr. Kloppenburg zugesagt. Die Veranstaltung findet im Festsaal der Industrie- und Handelskammer statt. Die Gruppe Frankfurt soll gebeten werden, sich an den Unkosten mit DM 300,- zu beteiligen. Die Werbung soll hauptsächlich durch eine gedruckte Einladung geschehen, die an einen möglichst breiten Kreis interessierter Menschen verschickt wird. Außerdem wird in Litfaßsäulenreklame mit dem Stahlhelmplakat und Überklebern für die Veranstaltung geworben.

#### Zu Punkt 7 der TO

Die Vorbereitungen für die WRI-Studienkonferenz sind im wesentlichsten abgeschlossen. Es wird nunmehr nur noch darum gehen, genügend Teilnehmer zu finden. Vom VK-Bundesvorstand werden teilnehmen Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Egon Becker und Dr. Katz. Die Vorbereitungen zur WRI-Studienkonferenz haben die Verbandsgeschäftsstelle erheblich belastet.

#### Zu Punkt 8 der TO

- 8.1 Auf Anregung der Gruppe Stuttgart wird beschlossen, die Oktobernummer von ZIVIL mit einem Artikel über Jazz auf der Titelseite zu gestalten. Von den beiden ersten und den beiden letzten Seiten dieser ZIVIL-Nummer sollen Sonderdrucke angefertigt werden, die die VK-Gruppe Stuttgart bei einem Auftritt unter freiem Himmel einer befreundeten Jazzband verteilt. Die Gruppe Stuttgart wird beauftragt, über ihre Erfolge zu berichten, damit man diese Aktion evtl. auch in anderen Städten durchführen kann.
- 8.2 Hans Hammer trägt den Entwurf eines Leitfadens für die Gruppenarbeit vor, den er gemeinsam mit Alfred Riedel ausgearbeitet hat. Der BV findet den Entwurf sehr gut, rät jedoch, den Abschnitt über Gruppenpädagogik wegzulassen. Der Leitfaden soll im Abzugsverfahren hergestellt und in einem Schnellhefter gesammelt werden.
- 8.3 Der Bundesausschuß hatte laut Protokoll V 3-1964 dem Bundesvorstand den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob und inwieweit VK-Mitglieder Informanten des Schreibers der Broschüre "Ostermarschbetrachtungen" waren. Der GV hatte lt. Protokoll V 5-64 in dieser Angelegenheit einen Briefwechsel zwischen den Kölner Mitgliedern Achterberg und Schlatter zur Kenntnis genommen und hielt es für nicht mehr zweckmäßig, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und betrachtete sie deshalb als erledigt. Der BV schließt sich dieser Entscheidung an.

- 8.4 Der lt. Protokoll V 6-1964 beschlossene und am 2.6.64 an Bundespräsident Lübcke geschriebene Brief wegen dessen Äußerung über die Kriegsdienstverweigerer anlässlich einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr wurde vom Bundespräsidialamt am 19.6.64 beantwortet. Der BV nimmt den Antwortbrief zur Kenntnis und beschließt, den VK-Brief und den Brief des Bundespräsidialamtes in ZIVIL zu veröffentlichen. Außerdem erhalten die Zeitungen (Spiegel, Süddeutsche Zeitung, FR und Zeit), die seinerzeit eine Abschrift des VK-Briefes erhielten, nunmehr eine Fotokopie des Briefes aus dem Bundespräsidialamt.
- 8.5 Egon Becker und Dr. Fritz Katz werden noch einmal erinnert, daß sie für die nächste BV-Sitzung Vorstellungen über die Möglichkeiten von Friedensforschung vortragen und zur Diskussion stellen sollen.
- 8.6 Die nächste BV-Sitzung findet am 17./18.10.1964 statt.

605 Offenbach, den 13. Juli 1964

Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte

Tagesordnung

für die Bundesvorstands-Sitzung am 17. und 18. Oktober 1964  
in Stuttgart.

-----

1. Allgemeiner Bericht  
(Veranstaltungen und Aktionen / Besondere Vorkommnisse)
2. Personelle Situation der Verbandsgeschäftsstelle
3. Ostende-Konferenz - WRI und Weltfriedensrat
4. Kriegsdienstverweigerung in DDR  
(Appell an die Volkskammer/Friedensrat/Brief der FDJ)
5. Novelle zum ED-Gesetz
6. Wegfall der Prüfungsverfahren
7. Stand der Notstandsgesetzgebung  
(ADF-Aktionen/Flugblatt/Gespräch mit der SPD/IdK-Vorschläge) (VOGEL/IdK)
8. Finanzielle Fragen  
(Abrechnung I. Halbjahr - Haushaltsplan II. Halbjahr)
9. Noch nicht erledigte BK - Beschlüsse 1964
10. Vorschläge für Aktionen, Veranstaltungen und sonstige  
Aktivitäten bis zum BK 1965
11. Verschiedenes
12. Presseerklärung über die BV-Sitzung  
(Martin Luther King, Todesstrafe, KDV in DDR)

ED 718-3-77

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Protokoll V 9 - 1964 der Sitzung des geschäftsführenden Vor-  
standes am 17. Oktober 1964 in Stuttgart

23.10.64

Anwesend: Alfred Riedel, Klaus Vack, Hans H. Ploen,

teilw.anwesend: Herbert Stubenrauch, Egon Becker

Gast: Horst Maurer

- Tagesordnung:
1. Personelle Situation der Verbandsge-  
schäftsstelle
  2. Finanzielle Beschlüsse
  3. BK - Beschlüsse 1964
  4. Nächste Sitzung der ADF
  5. Deutsch-französisches Grenztreffen  
der WRI-Verbände
  6. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Klaus Vack informiert den GV über die Entwicklung der personellen Frage in der Verbandsgeschäftsstelle. Um eine größere Bürogemeinschaft zu bilden und um der Kampagne für Abrüstung zu einer arbeitsfähigen zentralen Geschäftsführung zu verhelfen, möchte Klaus Vack zum 1.1.65 als hauptamtlicher Geschäftsführer zum ZA der Kampagne überwechseln. Klaus Vack schlägt vor, Alfred Riedel zum 1.12.64 als Verbandsgeschäftsführer des VK einzustellen. Klaus Vack weist daraufhin, daß er auch weiterhin im BV des VK mitarbeiten will.

Der GV berät ausführlich über die Gründe, die zu dieser neuen Situation führten und erkennt an, daß die Vorschläge von Klaus Vack die bestmögliche Lösung der anfallenden Probleme bieten. Der GV wird dem BV eine derartige Regelung vorschlagen.

Der GV beschließt für Alfred Riedel, vorbehaltlich seiner Einstellung durch den BV, ein monatliches Bruttogehalt von DM 900,-. Außerdem stellt der VK 150,- DM als Anteil an den Umzugskosten für Alfred Riedel zur Verfügung.

(Herbert Stubenrauch und Egon Becker, die bei diesem Punkt der Tagesordnung noch nicht anwesend sind, haben in früheren Gesprächen mit Klaus Vack ihre Zustimmung gegeben.)

Zu Punkt 2 der TO

2.1 Der GV beschließt für Klaus Vack ein Brutto-Weihnachtsgeld von DM 250,- und für Helga Weber eine Brutto-Gratifikation von DM 150,-. Für Hannelore Vack wird ein Präsent im Werte von DM 50,-, für Gerhard Kahlefeld ein Präsent im Werte von DM 30,- und für Annelie Don ein Präsent im Werte von DM 10,- beschlossen.

2.2 Für die Teilnahme von Hans H. Ploen an der Tagung der Zentralstelle am 11.11. beschließt der GV die Rückerstattung der Unkosten nach der Reisekostenordnung und für Heinrich Hannover einen Anteil von DM 50,- an den entstehenden Reisekosten.

- 2.3 Für die Aufgabe einer Anzeige in der Flugblattzeitung "Die Stunde" beschließt der GV eine Ausgabe von DM 100,--.
- 2.4 Der Gruppe Kiel wird als Beteiligung des BV an einer Gruppenaktion der Betrag von DM 50,- zur Verfügung gestellt.

Zu Punkt 3 der TO

3.1 Wegen des "Tag der Gefangenen für den Frieden" wurde mit der WRI korrespondiert. Die WRI hat in einem Rundschreiben sämtliche nationalen Sektionen aufgefordert, zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" ähnliche Veranstaltungen zu organisieren, wie sie vom VK 1963 gemacht wurden.

Zur Vorbereitung der deutschen VK-Aktion werden Alfred Riedel und Horst Maurer ein Rundschreiben an die VK-Gruppen fertigmachen, das der Verbandsgeschäftsstelle bis zum 28.10. zum Versand vorliegen soll.

Aus der Ehrenliste der WRI wird von Horst Maurer ein Gruppenrundschreiben hergestellt. Die Adressenliste wird nicht in ZIVIL veröffentlicht, sondern den Gruppen lediglich in einer erhöhten Auflage zur Verfügung gestellt und den Gruppen wird dabei die Verwendung von Weihnachts- und Neujahrskarten, die Peace-News herausbringt, empfohlen.

In der November- oder Dezember-Nummer von ZIVIL wird auf die Verwendung von Unicef-Karten für Weihnachten und den Jahreswechsel hingewiesen.

3.2 BK-Beschluß 17 - Klaus Vack wird beauftragt, beim Deutschen Bundestag erneut eine Petition betr. Wahlalter und Wehrmündigkeit einzubringen. Eine frühere Petition, die die Herabsetzung des Wahlalters auf das Alter der Wehrmündigkeit fordert, wurde vom Petitionsausschuß verworfen. Die neue Petition soll fordern, daß nur derjenige zum Wehrdienst herangezogen werden kann, der als wahlberechtigter Staatsbürger die Politik der Regierung mitbestimmen kann. Die Petition soll darüber hinaus über den VK-Pressedienst publiziert werden.

3.3 Der BK-Beschluß 2, der die Vereinten Nationen betrifft, soll verwirklicht werden, indem Wilhelm Ude im Monat Januar die beiden Seiten der pazifistischen Dienste zur Verfügung stellt und dafür grundsätzliche Informationen über die UN gibt.

3.4 Zum BK-Beschluß 4 wird ein Schreiben von Bertrand Russel zur Kenntnis gegeben. In diesem Schreiben weist Bertrand Russel darauf hin, daß die beste Möglichkeit einer VK-Unterstützung darin liegt, daß der VK Adressen von deutschen Persönlichkeiten an Bertrand Russel bekannt gibt, die für eine Unterstützung der Bertrand-Russel-Stiftung angesprochen werden können. Der GV beschließt, Bertrand Russel 35 Adressen zu nennen. In folgender Reihenfolge sollen Alfred Riedel, Hans H. Ploen, Egon Becker und Klaus Vack die 35 Adressen zusammenstellen. Klaus Vack wird die Adressen an Bertrand Russel schicken und gleichzeitig die 35 Personen davon in Kenntnis setzen, daß ihre Adressen weitergegeben wurden.

- 3.5. Zu BK-Beschluß 14 wird Egon Becker einen Brief an die Kultusminister formulieren, der von der Verbandsgeschäftsstelle verschickt wird.
- 3.6. Zu BK-Beschluß 15 wird im Sinne des Beschlusses eine Petition beim Deutschen Bundestag eingebracht. Die Publizierung erfolgt über den VK-Pressedienst. Außerdem wird Egon Becker beauftragt, zu dem Problemkreis einen Artikel für ZIVIL zu schreiben.
- 3.7. Zu BK-Beschluß 21 wird ein Brief an den Vorsitzenden des Innenausschusses gerichtet. Dieser Brief ist den Mitgliedern des Innenausschusses zur Kenntnis zu geben. Außerdem werden die Bundestagsfraktionen angeschrieben. Die in diesen Briefen vertretene Auffassung des VK wird durch den VK-Pressedienst publiziert.

#### Zu Punkt 4 der TO

Die nächste ADF-Sitzung findet am 31.10.1964 statt. Wesentliche Tagesordnungspunkte sind die Auflösung der alten ADF-Satzung und somit das Inkrafttreten neuer Arbeitslinien und die ADF-Initiative zur Frage der Notstandsgesetzgebung. Für den VK wird Alfred Riedel an der Sitzung teilnehmen.

#### Zu Punkt 5 der TO

Nachdem die IdK einen neuen BV gewählt hat, wird Werner Böwing noch einmal beauftragt, mit IdK und DFG Kontakt aufzunehmen, um das geplante deutsch-französische Grenztreffen der WRI-Verbände vorzubereiten.

#### Zu Punkt 6 der TO

- 6.1 Die nächste GV-Sitzung findet am 9./10.1.65 in Iserlohn statt. Werner Böwing soll als Gast eingeladen werden.
- 6.2 Dr. Ude hat beantragt, daß festgestellt werden soll, in welcher Form bei den Erfassungsstellen Merkblätter ausgegeben werden können, die sachlich über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aufklären. Klaus Vack wird diese Frage bis zur nächsten GV-Sitzung mit Heinrich Hannover und Hans H. Ploen vorbereiten, damit dort konkrete Beschlüsse gefaßt werden können.
- 6.3 Auf die Möglichkeit zur Subskription des Buches "Die Macht der Gewaltlosigkeit" von Richard B. Gregg soll durch eine Anzeige in ZIVIL hingewiesen werden. Der Verlag des Instituts für Geozozoologie und Politik, bei dem dieses Buch erscheinen wird, soll für die Dokumentationsabteilung ein Rezensionsexemplar zur Verfügung stellen.

- 6.4 Von dem Sonderdruck aus "Blätter für deutsche und internationale Politik", der den offenen Brief von Dr. Ridder an Gustav Heinemann enthält, werden 250 Stück gekauft und an die Verteiler I - IV zum Versand gebracht.
- 6.5 Hans H. Ploen soll mit Karl-Heinz Stahnke bis zur nächsten Sitzung prüfen, ob es sinnvoll und finanziell vertretbar ist, daß der VK bei der nächsten Buchmesse einen Stand errichtet.

Offenbach, den 21. Oktober 1964

Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

ED 718-3-81

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Haushaltsplan für das II. Halbjahr 1964

EINNAHMEN

Bezugsgebühren der Bundespost		39.500,--	DM
Anteile hauskassierender Gruppen		9.000,--	DM
Verkauf von Drucksachen		5.000,--	DM
Sonstiges (Spenden, Einzelbeiträge, Anzeigen, Skonti)		<u>2.000,--</u>	DM
		55.500,--	DM
		=====	

AUSGABEN

Bruttopersonalkosten		12.700,--	DM
Miete und Umlagen		1.200,--	DM
Büromaterial und Bürodrukckosten		2.000,--	DM
Portokosten		2.500,--	DM
Telefon		700,--	DM
Sitzungen und Konferenzen			
BV 1 mal	800,--	DM	
GV 1 mal	300,--	DM	
BA 1 mal	<u>900,--</u>	DM	2.000,--
Reisekosten		2.000,--	DM
Redaktionskosten ZIVIL		300,--	DM
Redaktionskosten Frank		300,--	DM
Redaktionskosten Stahnke		300,--	DM
Dokumentationsabteilung		500,--	DM
Gruppenanteile an Bezugsgebühren		10.500,--	DM
Druckkosten ZIVIL		11.000,--	DM
Portokosten ZIVIL		3.500,--	DM
Beiträge			
Zentralstelle	300,--	DM	
Ostermarsch	250,--	DM	
WRI	200,--	DM	
Konföderation	<u>750,--</u>	DM	1.500,--
Druckkosten			
Hannover "Der totale Notstandsstaat"	800,--	DM	
Geißler "Rede gegen den Krieg"	200,--	DM	
Türschild "Gott beschütze uns und.."	400,--	DM	
Reserve für Drucklegungen	<u>600,--</u>	DM	2.000,--
Unterstützung der Gruppen		500,--	DM
Reserve für Unvorhergesehenes bzw. Einnahmen- überschuß		<u>2.000,--</u>	DM
		55.500,--	DM
		=====	

Der Haushaltsplan wurde absichtlich mit abgerundeten Zahlen zusammengestellt. Er beruht auf Schätzungen, die sich, soweit irgend möglich, aus Erfahrungen der vergangenen Jahre ergeben. Kleine Überschneidungen innerhalb der einzelnen Positionen sind möglich.

Offenbach, den 15. Oktober 1964

ohne Diskussion einstimmig angenommen!

Protokoll V 10 - 1964 der Sitzung des Bundesvorstandes am  
17. und 18. Oktober 1964 in Stuttgart.

**23.10.64**

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack,  
Heinrich Hannover, Hans Hammer, Horst Maurer,  
Dr. Fritz Katz, Egon Becker, Hans H. Ploen.  
entschuldigt: Werner Böwing  
unentschuldigt: Wilfried Kille

Tagesordnung:

1. Allgemeiner Bericht
2. Personelle Situation der Verbandsgeschäfts-  
stelle
3. Ostende-Konferenz - WRI und Weltfriedensrat
4. Kriegsdienstverweigerung in der DDR
5. Novelle zum ED-Gesetz
6. Wegfall der Prüfungsverfahren
7. Stand der Notstandsgesetzgebung
8. Finanzielle Fragen
9. Noch nicht erledigte BK-Beschlüsse 1964
10. Vorschläge für Aktionen, Veranstaltungen  
und sonstige Aktivitäten bis zum BK 1965
11. Verschiedenes
12. Presseerklärung über die BV-Sitzung

Zu Punkt 1 der TO

Klaus Vack gibt einen Bericht über die wichtigsten Veranstaltungen,  
Aktionen und Aktivitäten seit der letzten BV-Sitzung.

Er berichtet über die WRI-Ratstagung in Mainz, die Kundgebung mit  
Danilo Dolci und Kloppenburg in Frankfurt und über die WRI-Studien-  
konferenz. An einer Konferenz des Ilcop-Friedens-Büros, die in Oslo  
stattfand, konnte kein VK-Vertreter teilnehmen. Bei der 50-Jahr-  
feier des Versöhnungsbundes war Herbert Stubenrauch vertreten. An  
der Bundeskonferenz der DFG nahm Klaus Vack, an der Jahreskonferenz  
der IdK nahmen Egon Becker und Klaus Vack teil. Bei der Herbstta-  
gung des IZD war Dr. Fritz Katz zugegen.

Der Appell an den Bundespräsident zum 1.9. wurde von diesem beant-  
wortet. Drei negative Stellungnahmen aus Mitgliederkreisen gingen  
dem Bundesvorsitzenden zu. Die Antwort des Bundespräsidialamtes  
wurde in der Oktober-Nummer von ZIVIL veröffentlicht.

Die September-Nummer von ZIVIL wurde in der Gesamtauflage von  
12.000 Exemplaren abgesetzt.

Die Broschüre "Der totale Notstandsstaat" wurde in 5.000 Exemplaren  
gedruckt und ist bis auf wenige 100 Stück verkauft.

Zu dem Türschild "Gott beschütze ...", das von Klaus Vack und Her-  
bert Stubenrauch ohne vorherige Rücksprache mit dem BV für den VK  
hergestellt und vertrieben wurde, gibt der BV nachträglich seine  
Zustimmung. Das Türschild fand allgemeine Anerkennung und wurde be-  
reits mit mehr als 1300 Stück abgesetzt.

Beschluß: Nach ausführlicher Diskussion und Bericht zur IdK-Pressekonferenz beschließt der BV ein Gespräch zwischen IdK- und VK-Vertretern, bei dem über bessere Zusammenarbeit beraten werden soll. Der BV ist der Auffassung, daß es nicht darum geht, alle Aktionen der beiden Verbände vorher abzusprechen und evtl. zu koordinieren, sondern daß man sich auf einige wenige konkrete Aktionen beschränken sollte, die dann aber auch bestens vorbereitet und von beiden Verbänden gleichstark getragen werden. Als erstes bietet sich das seit langem geplante deutsch-französische Grenztreffen der französischen und deutschen WRI-Verbände an. An dem Gespräch mit der IdK sollen lt. BV-Beschluß vom VK Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack und Egon Becker teilnehmen.

#### Zu Punkt 2 der TO

Der BV nimmt den Bericht des GV über die personelle Situation zur Kenntnis (siehe Protokoll V 9 - 1964, Punkt 1 der TO). Der BV nimmt die Kündigung von Klaus Vack als Verbandsgeschäftsführer per 31.12.1964 entgegen. Zum 1.12.64 wird Alfred Riedel als hauptamtlicher Verbandsgeschäftsführer eingestellt.

Der BV empfindet die Verbindung von stellvertretendem Vorsitzenden und Verbandsgeschäftsführer als ungünstig, möchte jedoch vor dem nächsten Bundeskongreß keine Änderung vornehmen.

#### Zu Punkt 3 der TO

Herbert Stubenrauch gibt einen Bericht über das Zusammentreffen von Vertretern der WRI und des Weltfriedensrates am 3./4.10.64 in Ostende. An diesem Treffen hat Stubenrauch teilgenommen.

Der BV vertritt die Auffassung, daß es nicht besonders glücklich war, daß von diesem ersten Zusammentreffen eine gemeinsame Stellungnahme ausging. Herbert Stubenrauch erklärt, in diesem Sinne vergeblich bei der Zusammenkunft gewirkt zu haben.

Der BV beschließt, die deutsche Übersetzung der Erklärung an die Verteiler I und II zu senden. Die grundsätzlich kritische Stellungnahme des BV wird Devi Prasad durch Herbert Stubenrauch mitgeteilt. Eine deutsche Übersetzung der Ostende-Erklärung wird Dr. Fritz Katz anfertigen. Klaus Vack wird beauftragt, Devi Prasad in diesem Sinne zu informieren.

#### Zu Punkt 4 der TO

Der BV nimmt den Text der "Anordnung des nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für nationale Verteidigung" zur Kenntnis. Es ergibt sich eine längere Diskussion, wie diese Regelung einer Waffendienstverweigerung in der DDR zu bewerten ist. Der BV entschließt sich, über die Veröffentlichung durch Herbert Stubenrauch in ZIVIL hinaus, keine weiteren Erklärungen abzugeben. Es wird folgendes beschlossen:

- 4.1 Der Text der Anordnung wird in der November-Nummer von ZIVIL im vollen Wortlaut veröffentlicht. Egon Becker und Hans H. Ploen schreiben einen persönlichen Kommentar, der ebenfalls abgedruckt wird.

- 4.2 Ebenfalls zur Veröffentlichung in ZIVIL werden mehrere Persönlichkeiten und politische Gruppierungen gebeten, Stellungnahmen abzugeben. Aus der Bundesrepublik Heye, Ratsvorsitzender Scharf, Militärbischof Kunst, Oberkirchenrat Kloppenburg, Bundestagsfraktionen CDU, CSU, SPD, FDP, Präsidium der DFU. Aus der DDR: Diekmann, Willmann, Horst Schumann, Norden, General Hofmann.
- 4.3 Der vom Bundeskongreß beschlossene Appell kann nicht übergeben werden. Die vom BV bereits früher gewählte VK-Delegation wird dennoch am 30.11.64 nach Ostberlin fahren, um folgende Fragen zu klären:
- a) die Durchführungsbestimmungen und Praxis zu dem Gesetz;
  - b) die Frage eines unmilitärischen Ersatzdienstes;
  - c) die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Aktionsform der Kriegsdienstverweigerer in Verbindung mit der Frage, wie weit sich Kriegsdienstverweigerer der DDR außerhalb des Friedensrates organisieren können.

Die Delegation soll möglichst mit Volkskammerpräsident Dr. Joh. Diekmann sprechen. Gespräche über den gleichen Problembereich sollen mit der FDJ-Fraktion in der Volkskammer und mit dem Friedensrat der DDR geführt werden. Klaus Vack wird beauftragt, alle technischen Details zu klären, die Gesprächswünsche schriftlich den entsprechenden Stellen mitzuteilen und möglichst vorher Vorbereitungsgespräche in Ostberlin zu führen.

Bei dem Gespräch mit dem deutschen Friedensrat soll auch über die Möglichkeit eines Artikelaustausches zwischen ZIVIL und dem Bulletin des Friedensrates gesprochen werden.

Der VK-Delegation gehören, wie früher beschlossen, an: Herbert Stubenrauch, Heinrich Hannover, Klaus Vack, Egon Becker, Werner Böwing, Hans Hammer.

#### Zu Punkt 5 der TO

Heinrich Hannover und Hans H. Ploen legen eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vor. Der Entwurf wird verlesen und in einzelnen Punkten, zu denen von Ploen und Hannover unterschiedliche Formulierungen vorliegen, zur Abstimmung gestellt.

Die Stellungnahme wird dem Innenausschuß des Bundestages, dem Bundesrat, dem Bundesarbeitsministerium und der Zentralstelle zugestellt. Außerdem sollen Gespräche mit den Bundestagsfraktionen vorbereitet werden. Der VK wird den Arbeitsausschuß des Bundestags um einen Vortrag der VK-Vorstellungen bitten.

Die Petition über die Ableistung des zivilen Ersatzdienstes im Ausland wird dem Petitionsausschuß erneut vorgelegt, da sich aus der Begründung für die Änderung des Ersatzdienstgesetzes ergibt, daß das BMA den Petitionsausschuß mit Schreiben vom 5.11.63 bewußt irregeführt hat.

#### Zu Punkt 6 der TO

- 6.1 Hans Hammer konnte zum Wegfall des Prüfungsverfahrens noch keinen konkreten Plan vorlegen. Seine Umfrage erbrachte bisher wenig Material. Er bemüht sich weiterhin um Material zur Begründung für den Wegfall der Prüfungsverfahren und stellt in Zusammenarbeit mit Juristen eine VK-Stellungnahme zusammen. Diese soll bis zum 1.1.65 fertig sein und wird dann den BV-Mitgliedern schriftlich zur Abstimmung zugestellt.

- 6.2 Da über die Vorgänge bei Prüfungsverfahren auch in der Zentralstelle diskutiert wird, beauftragt der BV Hans H. Ploen, die Auffassung des VK-BA zu vertreten.
- 6.3 Die skandalösen Vorgänge bei den Prüfungsverfahren sollen durch einen Auftritt des VK bei der Bundespressekonferenz vorgetragen werden. Die Vorbereitungen für eine solche Teilnahme bei der Bundespressekonferenz, möglichst zwischen Anfang Januar bis Mitte Februar liegen bei Alfred Riedel. Bei der Bundespressekonferenz sollen 5 Kriegsdienstverweigerer vorgestellt werden, die über besonders skandalöse Prüfungsverfahren zu berichten wissen. Maurer, Stubenrauch, Riedel, Hannover und Ploen bemühen sich um je einen Kriegsdienstverweigerer

#### Zu Punkt 7 der TO

Sehr ausführlich diskutiert der BV über die Erfolgchancen eines groß angelegten Hungerstreiks gegen die Notstandsgesetze. Bedingt durch die große Problematik einer solchen Aktion konnte keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Man ist sich darüber einig, daß eine solche Aktion nicht vom VK allein, sondern von allen möglichen Gruppierungen und Personen getragen werden müßte. Herbert Stubenrauch wird beauftragt, sich um eine Klausurtagung zu bemühen, an der ca. 20 Personen aus der Bundesrepublik teilnehmen und die unter dem Thema steht: "Aktion gegen die Notstandsgesetze".

#### Zu Punkt 8 der TO

Vack gibt eine Übersicht über die finanzielle Entwicklung im 1. Halbjahr 1964. Der im Haushaltsplan vorgesehene Einnahmenüberschuß konnte nicht erzielt werden.

Einstimmig verabschiedete der BV den Haushaltsplan für das 2. Halbjahr 1964 (siehe Anlage).

#### Zu Punkt 9 der TO

- 9.1 Mit der Vorbereitung einer Wochenendtagung über gewaltfreie Landesverteidigung, die spätestens im 1. Quartal 1965 stattfinden kann, wird die Verbandsgeschäftsstelle beauftragt.
- 9.2 Über eine deutsche Auflage der Broschüre "Civilian Defence" kann der BV noch keine Entscheidung treffen, da das deutsche Übersetzungsexemplar bisher noch nicht allen Bundesvorstandsmitgliedern vorgelegen hat.
- 9.3 Die Referenten für Gruppenbetreuung werden noch einmal beauftragt, bis zur nächsten BV-Sitzung je 1 regionales Treffen der Gruppenvorstände zu veranstalten. Dort, wo ein solches Treffen nicht zustande kommen kann, sind die Gründe durch den zuständigen Referenten für Gruppenbetreuung dem BV und später dem Bundeskongreß zu erläutern.
- 9.4 Wegen BK-Beschluß 22 wird Heinrich Hannover an das Bundesverteidigungsministerium schreiben.

#### Zu Punkt 10 der TO

Nach ausführlicher Diskussion wird beschlossen:

- a) eine Aktion zum Volkstrauertag;
- b) die Aktion "Abrüstungsbehörde in Bonn";
- c) Heinrich Hannover wird beauftragt, zur nächsten BV-Sitzung einen Schriftsatz, der die Amnestie der politischen Häftlinge fordert, vorzulegen.

Zu Punkt 11 der TO

- 11.1 Der Vorschlag von Heinrich Hannover für eine zentrale Prozeßkasse wird dem GV zur weiteren Beratung übertragen.
- 11.2 Als VK-Vertreter im zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung wird Egon Becker gewählt. Herbert Stubenrauch wird dies Wilfried Hille mitteilen. Klaus Vack informiert Dr. Buro.
- 11.3 Der BV beschließt die Kosten für einen Hin- und Rückflug für Heinrich Hannover, einen Hinflug für Herbert Stubenrauch und einen Rückflug (Lufttaxi) für Hans H. Ploen für diese BV-Sitzung.
- 11.4 Die nächste BV-Sitzung findet am 13./14.3.65 statt.
- 11.5 Das Ersuchen um ein Gespräch mit dem Parteivorstand der SPD vom 20.4.64 ist trotz zweifacher Erinnerung unbeantwortet. Der GV wird beauftragt, bei seiner nächsten Sitzung zu beraten, was zu tun ist.
- 11.6 Eine Einladung der FDJ zu einem Colloquium zum 5./6.9.64 wurde von Klaus Vack abschlägig beantwortet. Der BV nimmt dies zur Kenntnis.
- 11.7 Klaus Vack wird beauftragt, zur Mitwirkung beim Bundeskongreß 1965 Herrn Raspini und Devi Presad zu gewinnen.
- 11.8 Das Postamt Offenbach hat die Verwendung der Aufschrift "Kampf dem.." auf den VK-Briefumschlägen untersagt. Klaus Vack wird dem Postamt schreiben, daß zur Zeit bereits eine Klage des VK gegen die OPD Köln läuft. Nach Entscheidung über diese Klage wird sich der VK überlegen, inwieweit gegen die Verfügung der Offenbacher Post vorgegangen werden soll.
- 11.9 Unterm 7.8.64 ging der Verbandsgeschäftsstelle eine Stellungnahme der polnischen Militärmission zu, daß der Versöhnungsmarsch zum Antikriegstag nicht durchführbar sein. Die polnische Regierung bietet eine Touristenreise an. Der VK wird hiervon keinen Gebrauch machen.
- 11.10 Zu dem VK-Angebot, eine Uno-Truppe von Kriegsdienstverweigerern nach Zypern zu senden, haben die Vereinten Nationen den VK an die Deutsche Gesellschaft der Vereinten Nationen verwiesen. Der BV erachtet es für nicht sinnvoll, in dieser Angelegenheit weitere Schritte zu unternehmen.

Zu Punkt 12 der TO

Mit der Verfertigung einer Presseerklärung über die BV-Sitzung werden Stubenrauch, Riedel und Vack beauftragt.

Offenbach, den 21. Oktober 1964

Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Protokoll R 1 - 1965 der Sitzung des geschäftsführenden Bundes-  
vorstandes am 9./10.1.1965 in Iserlohn

13.1.65

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack,  
Egon Becker, Hans H. Ploen

Gast: Werner Böwing

Gäste zu Punkt Walter Dahmen, Bruno Gantenbrink, Uwe Schulte,  
2 der Tagesordnung: Günter Essen, Dr. Fritz Katz

Tagesordnung:

1. Verschiedenes
2. Bundeskongreß 1965 in Iserlohn
3. Waffendienstverweigerung in der DDR
4. Gespräch mit dem Parteivorstand der SPD
5. Handbuch über Kriegsdienstverweigerung
6. Abrüstungsbehörde in Bonn
7. Wegfall der Prüfungsverfahren
8. Gewaltfreie Landesverteidigung

Zu Punkt 1 der TO

- 1.1. Alfred Riedel wird ab sofort die Funktion des Schriftführers übertragen.
- 1.2. Auf Vorschlag von Klaus Vack wird Alfred Riedel ab 1. März für ihn Mitglied der Redaktion ZIVIL und dabei auch die Rubrik 'Neues' übernehmen.
- 1.3. Alfred Riedel wird als neuer Verbandsgeschäftsführer ab 1. März gleichzeitig Verlagsgeschäftsführer.
- 1.4. Der geschäftsführende Bundesvorstand stimmt einem vorliegenden Arbeitsvertrag zwischen dem VK und Alfred Riedel als Geschäftsführer zu.
- 1.5. Der geschäftsführende Bundesvorstand beschließt, daß ab sofort aus Gründen der Arbeitsvereinfachung das Portbuch zur Portokasse nicht mehr geführt wird. Der Einkauf von Briefmarken ist durch Quittungen mit Poststempeln nachzuweisen.
- 1.6. Die Broschüre "Wissenswertes über den VK" wird nicht mehr in der seitherigen Form nachgedruckt. Die neue Änderung sieht vor, daß anstelle des "Kleinen Leitfadens für Kriegsdienstverweigerer" die Satzung mit einer kurzen Erläuterung gedruckt wird und so eine neue, vierseitige Schrift "Wissenswertes über den VK" entsteht. Der kleine Leitfaden ist bereits in ähnlicher Form in der Broschüre "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der Gemeinschaft" enthalten. Von der Broschüre "Wissenswertes über den VK" wird eine Neuauflage von 5.000 Stück gedruckt.

Der GV bespricht gleichzeitig die Mitarbeit an einer Broschüre der IG Metall über die Rechte des Soldaten und über die Rechte des Kriegsdienstverweigerers einschl. des zivilen Ersatzdienstes. Die Verbandsgeschäftsführung übernimmt die Bearbeitung des letzten Teiles.

- 1.7. Einem Antrag der Gruppe Dortmund auf Zuschuß durch die Bundesverbandskasse in Höhe von DM 100.-- für entstandene Prozeßkosten eines ihrer Mitglieder stimmt der GV zu. Er stellt jedoch ausdrücklich fest, daß er sich bei dieser Zustimmung nur von der persönlichen Situation des Dortmunder Mitglieds hat leiten lassen und daß durch die Zustimmung kein Präzedenzfall geschaffen worden ist.
- 1.8. Der GV beschließt, daß Heinrich Hannover, Hans H. Ploen und Alfred Riedel bis zur nächsten Sitzung eine schriftliche Ausarbeitung über Fragen des Rechtsschutzes, einer Rechtsschutzversicherung oder einer Prozesskasse vorlegen werden.
- 1.9. Rechtsanwalt Spiecker, München, bat um Finanzierung der Vorschußkosten eines Kriegsdienstverweigerers vor der III. Instanz, den er vertritt. Der GV sieht sich nicht in der Lage, dieser Bitte nachzukommen.
- 1.10. Das für den BV von Heinrich Hannover angestrebte Verwaltungsgerichtsverfahren "Paul" ist abgewiesen worden. Hannover schlägt vor, von der gegebenen Zulassung der Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht Gebrauch zu machen. Der GV stimmt diesem Vorschlag zu.
- 1.11. Eingeholte Kalkulationen für den Druck von ZIVIL sind teilweise wesentlich günstiger ausgefallen, als die der seitherigen Druckerei Grawo. Der GV beschließt, daß Klaus Vack mit der Grawo erneut verhandeln soll. Wenn die Differenz der Druckkosten von ZIVIL gegenüber dem nächstbesten Angebot mehr als DM 150.-- beträgt, soll die Druckerei gewechselt werden.
- 1.12. Der Beschluß lt. Protokoll V 9 - 1964, Punkt 6.2. - betreffend der Auflegung von Merkblättern bei den Erfassungsbehörden wird zur nächsten Sitzung vertagt, da noch kein konkretes Material vorliegt. Vorbereitung: Alfred Riedel, Hans H. Ploen, Heinrich Hannover.
- 1.13. Für einen evtl. Stand bei der Frankfurter Buchmesse sollen maximal bis zu DM 1.000.-- ausgegeben werden. Der Geschäftsführer soll zusammen mit Karl-Heinz Stahnke bis zur nächsten Sitzung die Möglichkeiten dazu prüfen. Ein gemeinsamer Stand mit dem "Pläne-Verlag", "Neue Kritik" oder "Sensen-Verlag" wird für möglich gehalten.
- 1.14. Heinz Raspini erklärt sich bereit, vor einem kleinen Kreis über den Zusammenhang von psychologischem Aggressionspotential und Krieg zu referieren. Der GV beschließt, die nächste BA-Sitzung im September/Okttober zu erweitern und von dem Angebot in diesem Rahmen Gebrauch zu machen.
- 1.15. Ein Schriftwechsel mit dem BMA wegen negativer Äußerungen über Kriegsdienstverweigerer wird nicht mehr weiter verfolgt.
- 1.16. Zum Volkstrauertag und zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" wurden von den Gruppen verschiedene Aktionen durchgeführt. In der Januar-Ausgabe von ZIVIL soll darüber berichtet werden. Über Aktionen zum Kriegsspielzeug kann aus Platzmangel erst in der Februar-Nummer berichtet werden.
- 1.17. Herbert Stubenrauch wird an einem ADP-Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Schäfer und einem Abgeordneten der FDP über die Notstandsgesetze teilnehmen.

Zu Punkt 2 der TO

- 2.1. Vertreter der Gruppe Iserlohn erläutern die Möglichkeiten zur Anhaltung des Bundeskongresses in Iserlohn.
- 2.2. In der Saalfrage entscheidet sich der GV für den, der neu-erbauten "Harmonie".
- 2.3. Anträge zum BK müssen von den Gruppen bis spätestens 15. April 1965 der Verbandsgeschäftsstelle vorliegen. Das gleiche gilt für die Delegiertenmeldungen und die Übernachtungen. Anmeldungen zur Übernachtung gehen direkt an die Gruppe Iserlohn.
- 2.4. Der GV empfiehlt dem BV die Beibehaltung des seitheftigen Delegiertenschlüssels von einem Delegierten pro angefangene 50 Mitglieder. Die Zustimmung wird schriftlich eingeholt.
- 2.5. Folgender Kongreßablauf ist vorgesehen: Samstag 10 Uhr BA-Sitzung; 14.30 - 18 Uhr Kongreßtagung; Abendpause; 20 Uhr bis 22.30 Uhr Abendveranstaltung. Sonntag 9 - 12.30 Uhr Fortsetzung der Kongreßtagung; 12.30 - 13.30 Uhr Mittagspause; 13.30 Fortsetzung des Kongresses bis spätestens 16 Uhr. Anschließend Pressekonferenz.
- 2.6. Als Abendveranstaltung wird eine Podiumsdiskussion über das Thema: "Wer sichert den Frieden: Militärs oder Entspannungspolitik?") Iserlohn bemüht sich um die Gewinnung von zwei prominenten Referenten aus dem dortigen Raum. Die Verbandsgeschäftsstelle versucht über Frau Beilmann Walter Dirks, über Egon Becker Dr. Eugen Kogon und über Klaus Vack Christian Geißler zu gewinnen.  
  
Wenn eine Podiumsdiskussion nicht zustande kommt, soll eine Filmveranstaltung mit dem Film "Kirmes" und einer Rede des Schriftstellers Christian Geißler organisiert werden.
- 2.7. Gäste werden über die Verbandsgeschäftsstelle eingeladen. Die Gruppe Iserlohn teilt der Verbandsgeschäftsstelle umgehend einen Vorschlag aus ihrem Raum mit.
- 2.8. Die sonstigen notwendigen organisatorischen Vorbereitungen für den Kongreßablauf übernimmt die Gruppe Iserlohn. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit eines Aushanges von einem Transparent vor dem Tagungsort, evtl. mit Flaggen, Klärung des Sitzungsorts für den BA, Unterbringung des BV in einem Hotel, nahe des Kongreßlokals.
- 2.9. Über die Anträge zum BK soll bei der nächsten EV-Sitzung gesprochen werden. Die GV-Mitglieder machen innerhalb der nächsten 10 Tage Vorschläge über Anträge des Vorstandes an den BK.
- 2.10. Der Vorschlag von Werner Böwing, nur alle zwei Jahre auf dem BK Wahlen und Anträge zu behandeln und dafür alle zwei Jahre Grundatzfragen zu diskutieren, wird nach Prüfung vom GV abgelehnt.
- 2.11. Klaus Vack schlägt für die Neuwahlen zum BK vor: Herbert Stubenrauch, Egon Becker als Vorsitzende und Klaus Vack als Schatzmeister.

Zu Punkt 3 der TO

- 3.1. Der GV beschließt, Kontakte mit Kriegsdienstverweigerern in der DDR aufzunehmen, die ihren Dienst in "Baueinheiten" ableisten. Herbert Stubenrauch, Egon Becker und Alfred Riedel werden sich bei einer Rundreise über den dortigen "Ersatzdienst" informieren.

Abschließend soll in Ost-Berlin ein Gespräch mit Vertretern der FDL-Volkskammer-Fraktion geführt werden. Als Termin wird hierfür der 8. - 12. April 1965 vorgesehen. Bei der Rundreise wird die Möglichkeit einer Einladung von Kriegsdienstverweigerern der DDR zum BK geprüft werden.

- 3.2. Zum Ostende-Dokument der WRI/WFR-Konferenz hat sich die Gruppe Freiburg kritisch geäußert. Herbert Stubenrauch wird den Brief beantworten.

#### Zu Punkt 4 der TO

Ein Gespräch mit dem Parteivorstand der SPD, entsprechend eines Beschlusses des BK 1964 über den Ostermarsch konnte nicht geführt werden, da die SPD trotz anfänglicher Bereitschaft auf wiederholte Briefe unsererseits nicht geantwortet hat. Falls die SPD nicht mehr antwortet, gilt der Briefwechsel als abgeschlossen.

#### Zu Punkt 5 der TO

Der GV beschließt, in Zusammenarbeit mit der evangl. Kirche ein Handbuch über Kriegsdienstverweigerung herzustellen. Der VK soll dabei einen Teil der Gesamtauflage finanzieren bzw. den Absatz garantieren. Zu der Gesamterarbeitung dieses Handbuches soll eine paritätische Kommission benannt werden. Von Seiten des VK gehören ihr Hans H. Ploen, Heinrich Hannover und Alfred Riedel an.

#### Zu Punkt 6 der TO

Der GV diskutiert die Möglichkeiten zur Durchführung der Aktion "Bau einer Abrüstungsbehörde". Klaus Vack und Alfred Riedel sollen dazu einen Aktionsplan entwerfen und ihn baldmöglichst mit Werner Böwing, der sich um organisatorische Möglichkeiten kümmert, abprechen.

#### Zu Punkt 7 der TO

Alfred Riedel soll mit H.G. Friedrich Verbindung aufnehmen und ihn bitten, dem VK besonders skandalöse Vorfälle von Kriegsdienstverweigerern vor Prüfungsverfahren anzugeben. Der GV hält an der Durchführung einer Bundespressekonferenz fest. Der Zeitpunkt wird allerdings auf Ende Februar/ Anfang März verlegt. Bis dahin soll auch eine Stellungnahme über die Abschaffung des Prüfungsverfahrens erarbeitet sein, die der Presse übergeben wird. Um die organisatorische Vorbereitung wird sich Alfred Riedel kümmern.

#### Zu Punkt 8. der TO

- 8.1. Der GV stimmt der Durchführung einer Wochenendtagung über Gewaltlosigkeit am 27./28.3.1965 im Naturfreundehaus Rosenhöhe in Offenbach zu. Die Tagung soll die gesamte Ideologie und Konzeption der gewaltfreien Landesverteidigung umfassen. Alfred Riedel wird sich mit den Stuttgarter Freunden der GZA in Verbindung setzen und sie bitten, hierzu einen Referenten zu benennen und nach Möglichkeit auch Unterlagen für diese Tagung zu erarbeiten, die den Teilnehmern frühzeitig zugestellt werden müßten.

- 3.2. Die deutsche Fassung der "Civilian Defence" wird vom VK nicht gedruckt.

Offenbach, 11. Januar 1965

Für die Protokollführung:  
Alfred Riedel

Protokoll R 2 - 1965 der Sitzung des Bundesvorstandes am  
13./14. März 1965 in Offenbach/Main.

18. 3. 65

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack,  
Werner Böwing, Hans H. Ploen, Hans Hammer, Dr.  
Fritz Katz, Horst Maurer, Egon Becker, Heinrich  
Hannover.

unentschuldigt: Wilfried Hille

als Gast: Hans Joachim Arlt

Tagesordnung:

1. Finanzielle Situation, Jahresbeschuß,  
Haushaltsplan 1. Halbjahr 1965
2. Waffendienstverweigerung in der DDR
3. Bundeskongreß 1965
  - a) noch nicht erfüllte Beschlüsse des  
letzten Kongresses
  - b) organisatorische Fragen für den Kongreß 65
  - c) Anträge und Resolutionen zum Kongreß 1965
4. Schulung über gewaltfreie Landesverteidigung
5. ADF-Gespräch über Notstandsfragen.
6. Wegfall der Prüfungsverfahren - Pressekonferenz  
in Bonn.
7. Bundestagswahl und VK
8. Werbung und Gruppensituation
9. Verschiedenes

Hans Ploen beantragt, daß Punkt 8 der Tagesordnung als Punkt 2  
der Tagesordnung behandelt wird. Die Protokollierung erfolgt  
jedoch zur Vereinfachung in der Reihenfolge der obigen Tagesord-  
nung.

Zu Punkt 1 der TO

1.1 Klaus Vack gibt einen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben-  
rechnung und die Bilanz per 31.12.64. Die Mehrausgaben gegen-  
über den Einnahmen im Jahr 1964 betragen 6.063,20 DM. Damit  
ergab sich, daß der VK per 31.12.64 einen Minusvermögensbe-  
stand von 3.422,26 DM aufweist.

Die Bilanz per 31.12.64 wird als Anlage dem Protokoll beige-  
fügt.

1.2 Klaus Vack legt einen Haushaltsplan für das 1. Halbjahr 1965  
vor, der einstimmig beschlossen wird. Dieser Haushaltsplan  
wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

1.3 Klaus Vack verweist auf die schwierige finanzielle Situation  
unseres Verbandes und sieht als Schatzmeister keine wesentli-  
chen Möglichkeiten zur Verbesserung. .2.

- 1.4 Der Vorstand schließt sich der Meinung von Herbert Stubenrauch an, daß eine Erhöhung der Bezugsgebühren von ZIVIL nicht vorgenommen werden kann und daß die einzige Möglichkeit zur Verbesserung in evtl. Einsparungen und vor allem in Werbungsmöglichkeiten bestehen muß. Im einzelnen wird auf die Beschlüsse unter Punkt 8 der Tagesordnung verwiesen.
- 1.5 Klaus Vack schildert abschließend die Verhältnisse der neuen Bürogemeinschaft. Es wird vereinbart, daß zwischen VK einerseits und Klaus Vack andererseits noch ein Inventur- und Mietvertrag vereinbart werden soll.
- 1.6 Klaus Vack wird beauftragt, Rüdiger Frank zu bitten, auf die seitherige monatliche Zuwendung von 50,- DM für die Bearbeitung der rechtlichen Seite in ZIVIL angesichts der Finanzsituation des VK zu verzichten.
- 1.7 Der Vorstand beschließt, Alfred Riedel rückwirkend ab 1.3.65 eine Fahrgeldpauschale in Höhe von monatlich DM 30,- zu gewähren. Durch diese Fahrgeldpauschale bleibt die Abrechnung für Fahrten außerhalb des Raumes Frankfurt/Offenbach nach der Reisekostenordnung unberührt.
- 1.8 Werner Böwing erhält Wertzeichen in Höhe von DM 30,- für entstandene Vorarbeiten durch seine Vorstandstätigkeit.
- 1.9 Der Bundesvorstand beschließt, auch im Jahr 1965 der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - wieder DM 400,- zu spenden.

#### Zu Punkt 2 der TO

- 2.1 Alfred Riedel berichtet über den Stand der Vorereitungen und des Schriftwechsels mit dem Zentralrat der FDJ wegen einer evtl. Studienfahrt durch die DDR zum Zwecke einer umfassenden Information über praktische und gesetzliche Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung in der DDR und zur Information "über Baueinheiten". Da noch keine Antworten vorliegen, beschließt der BV, Alfred Riedel zu beauftragen, die Bemühungen fortzusetzen.
- 2.2 Herbert Stubenrauch berichtet, daß er auf den Artikel "Revolutionärer oder spießbürgerlicher Pazifismus" in der Dez.Nr. von ZIVIL einen Leserbrief des Sekretärs des Deutschen Friedensrates zur Veröffentlichung bekommen habe. Der BV beauftragt Herbert Stubenrauch, den Brief zu beantworten und dabei den Vorschlag zu unterbreiten, den Leserbrief in ZIVIL zu veröffentlichen, wenn der ZIVIL-Artikel von Stubenrauch in einer ähnlichen Schrift der DDR veröffentlicht werden kann. Der BV sieht dabei u.U. den Zeitpunkt eines möglichen Artikelaustausches für gegeben.

#### Zu Punkt 3 der TO

- 3.1 Der BV berät die noch unerfüllten Beschlüsse des BK 1964. Es wird folgendes beschlossen:  
Beschluß 14 des BK wird in der Weise erfüllt, als die Schülermitverwaltungen angeschrieben werden sollen und ihnen dabei Referenten unseres Verbandes angeboten werden.

- 3.2 Beschluß 15 des BK - Egon Becker schreibt in dieser Sache einen Artikel für ZIVIL. Der Antrag wird dann damit als erledigt betrachtet.
- 3.3 Beschluß 17 des BK - wird als nicht durchführbar betrachtet, da der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages bereits bei einem Antrag des Bundeskongresses 1963 die Forderung, wie sie der Antrag 17 enthält, abgewiesen hat.
- 3.4 Beschluß 22 des BK - wird von Heinrich Hannover weiter bearbeitet.

Zu Punkt 3 b der TO

- 3.5 Alfred Riedel berichtet über den Stand der Vorbereitungen zum BK 65.
- 3.6 Der vorliegende Entwurf einer Geschäftsordnung zum BK wird mit einer kleinen Änderung angenommen. Die Änderung besagt, daß Initiativanträge zum BK spätestens 9,30 Uhr am Sonntagvormittag dem Tagungspräsidium oder der Antragskommission vorliegen müssen.
- 3.7 Den Kongreßunterlagen sollen ein schriftlicher Bericht des Vorstandes, der von der Geschäftsstelle angefertigt wird und ein Bericht über die Beschlußerfüllung des letzten BK beigelegt werden. Von einem schriftlichen Bericht des Referenten für gesetzliche und freiwillige Dienste soll in diesem Jahr abgesehen werden.
- 3.8 Der neue BV soll wieder aus 11 Mitgliedern bestehen, der GV aus 5. Stubenrauch wird wieder als Bundesvorsitzender, Klaus Vack wieder als Schatzmeister kandidieren. Zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidiert Egon Becker.
- 3.9 Die zum BK einzuladenden Gäste sollen von Herbert Stubenrauch und Alfred Riedel zusammengestellt werden.
- 3.10 Neben vielen Absagen für eine geplante Podiumsdiskussion anläßlich des BK liegen bis jetzt 3 Zusagen vor, und zwar: Walter Fabian, Prof. Ossip Flechtheim und Dr. Bodo Manstein. Alfred Riedel wird beauftragt, noch weitere Persönlichkeiten anzuschreiben.

Zu Punkt 3 c der T

- 3.11 Zwei vorgelegenen Anträgen zum BK von Egon Becker zur Hallstein-Doktrin und zur Grenzregelung mit Polen stimmt der BV generell zu. Die Anträge sollen jedoch noch einmal redaktionell von Egon Becker überarbeitet werden. Sie werden dann als Anträge des BV an den BK gerichtet.
- 3.12 Vom BV sollen noch folgende Anträge an den BK gerichtet werden:
- 1) Antrag zur politischen Strafjustiz, den Egon Becker noch verfassen wird. Der Antrag wird dann von der Geschäftsstelle den BV-Mitgliedern zugeschickt.

2) Antrag auf Satzungsänderung von § 22, Abschn. 2. Es soll dabei geregelt werden, daß im Falle einer Auflösung des Verbandes die zur Dokumentationsabteilung gehörigen Vermögens- teile nicht mehr in das Eigentum des ILCOP, sondern der ICDP übergehen sollen.

3) Antrag auf Satzungserweiterung, in dem geregelt wird, daß bei Gruppenauflösungen das vorhandene Kapital der Gruppe dem BV zu überweisen ist.

Zu Punkt 4 der TO

- 4.1 Alfred Riedel berichtet kurz über Anmeldungen und Vorbereitungen der Wochenendschulung am 27./28. März 1965.
- 4.2 Durch die Herstellung von Arbeitspapieren, die zu dieser Wochenendschulung betrachtet der BV gleichzeitig den BK-Beschluß 10 als erfüllt.
- 4.3 Der BV beschließt, bei einer Enthaltung, die Broschüre Civilian Defence nicht zu drucken. Die Gründe, die den BV zu dieser Entscheidung veranlassen, sind sowohl grundsätzlicher, wie auch finanzieller Art.

Zu Punkt 5 der TO

- 5.1 Punkt 5 der TO kann aus Zeitmangel nicht behandelt werden. Das Protokoll des ADF-Gesprächs soll jedoch an die BV-Mitglieder verschickt werden.

Zu Punkt 6 der TO

- 6.1 Zur Forderung nach Wegfall der Prüfungsverfahren soll eine Bundespressekonferenz in Bonn durchgeführt werden.
- 6.2 Die schriftliche Ausarbeitung dieser Forderung wird von Hans H. Ploen erledigt.
- 6.3 Bei der Pressekonferenz wird der VK etwa 4 Kriegsdienstverweigerer, die besonders skandalöse Anerkennungsverfahren hatten, der Presse gegenüberstellen.
- 6.4 Als Termin ist der 6.5. (15.00 Uhr) vorgesehen. Die organisatorischen Vorbereitungen übernimmt Alfred Riedel.

Zu Punkt 7 der TO

- 7.1 Aus Zeitmangel sieht sich der BV nicht in der Lage, diesen Tagesordnungspunkt ausführlich durchzudiskutieren. Er soll deshalb bei der nächsten BV-Sitzung erneut behandelt werden. Der BV war sich jedoch einig, daß der VK zur Bundestagswahl keine Grundsatzserklärungen abgeben soll. Es soll dafür geprüft werden, ob in ZIVIL verschiedenes dokumentarisches Material veröffentlicht werden soll.

Zu Punkt 8 der TO

- 8.1 Möglichkeiten zur Werbung und Besserung der Finanzeinnahmen

werden von verschiedenen BV-Mitgliedern unterbr

- 8.2 Die bereits von der Geschäftsstelle entwickelte Initiative zur Gewinnung von Anzeigen wird vom BV gebilligt. Alfred Riedel wird beauftragt, außer der Literatur-Branche auch noch in anderen Branchen um Anzeigen nachzusuchen.
- 8.3 Dem Vorschlag Alfred Riedels, daß er inaktive Gruppen, bzw. deren Gruppenvorstände aufsuchen kann, wird generell zugestimmt. Alfred Riedel versucht dabei, diese Gruppen wieder zu aktivieren. Wegen der entstehenden Fahrtkosten wird er sich jeweils mit dem Bundesvorsitzenden und dem Schatzmeister absprechen.
- 8.4 Stubenrauch, Vack und Riedel werden beauftragt, weitere Werbungsvorschläge auszuarbeiten, bei denen auch die Mitglieder wirksam mithelfen können. Es soll geprüft werden, ob ein symbolischer Gebrauchsgegenstand (Briefbeschwerer, Aschenbecher, Wandbehang u. dergl.) mit dem Aufdruck des Stahlhelmes und der Blume preisgünstig hergestellt und zum Verkauf angeboten werden kann.
- 8.5. Die Referenten für Gruppenbetreuung berichten über ihre Bemühungen bei der Durchführung von regionalen Gruppentreffen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen fanden solche Gruppentreffen schon statt. In Württemberg besteht kaum Aussicht zur Durchführung solcher Treffen. Dr. Fritz Katz und Alfred Riedel bemühen sich um ein Gruppentreffen in Norddeutschland.
- 8.6 Die Gruppensituation soll evtl. bei der nächsten BA-Sitzung behandelt werden.

#### Zu Punkt 9 der TO

- 9.1 Der BV stimmt einem Vorschlag von Klaus Vack zu, der beinhaltet, daß die pazifistischen Dienste in Zivil ab Monat Mai auf eine Seite reduziert werden sollen. Dr. Wilhelm Ude wird gebeten, weiterhin die redaktionelle Arbeit der pazifistischen Dienste zu übernehmen.
- 9.2. Bei zwei Stimmentaltungen beschließt der BV, für einen Messestand zur Frankfurter Buchmesse maximal bis zu 500,- DM auszugeben.
- 9.3. Die erste BA-Sitzung nach dem BK wird am 9./10.10. in Offenbach stattfinden. Bei dieser BA-Sitzung wird Heinz Raspini referieren.
- 9.4 Die Gruppe München bittet den BV um Stellungnahme hinsichtlich ihrer Absicht, sich nicht mehr Gruppe München, sondern Landesverband Bayern zu nennen. Der BV kann dieser Absicht nicht zustimmen, da dies ein Verstoß gegen unsere Satzung bedeuten würde. Der Gruppe München wird anheimgestellt, beim BK Antrag auf entsprechende Satzungsänderung zu stellen. Der BV hat zu einer solchen möglichen Satzungsänderung keine Stellung genommen. Er war der Meinung, die Entscheidung jedem einzelnen BV-Mitglied selbst zu überlassen.
- 9.5 Herbert Stubenrauch beantragt die protokollarische Notiz, daß der BV bei seiner nächsten Sitzung über Möglichkeiten einer Klausurtagung der Friedensorganisationen beraten soll.

EJ 718-3-94

Bilanz per 31.12.1964

	Aktiva	Passiva
Inventar	1.-- DM	
Jahresabgrenzungsposten		3.888.12 DM
Kasse	10.44 DM	
Postscheck	1.850.35 DM	
Giro Deutsche Bank	158.14 DM	
Sparbuch Deutsche Bank	192.81 DM	
Giro BFG	229.29 DM	
Sparbuch BFG	668.20 DM	
Debitoren		2.644.37 DM
Minus-Vermögensbestand	3.422.26 DM	
	<u>6.532.49 DM</u>	<u>6.532.49 DM</u>
	=====	=====

Einnahmenentwicklung 1964 im Verhältnis zu 1963

	1963	1964	plus/minus
700 Beiträge	122.70 DM	157.60 DM	+ 34.90 DM
710 Bezugsgebühren	81.827.54 DM	78.486.30 DM	./ 3.341.24 DM
720 hausk. Gruppen	19.719.15 DM	18.202.70 DM	./ 1.516.45 DM
730 ZIVIL-Verk.	3.555.53 DM	2.686.80 DM	./ 868.73 DM
80 Verk. Drucks.	4.193.15 DM	10.860.04 DM	+ 6.666.89 DM
820/830/840 Sonst. E.	1.519.46 DM	1.702.79 DM	+ 183.33 DM
810 Spenden	995.59 DM	601.85 DM	./ 393.74 DM
850 Skonti/Zinsen	601.45 DM	742.49 DM	+ 141.04 DM
	<u>112.534.57 DM</u>	<u>113.440.57 DM</u>	<u>+ 906.00 DM</u>
	=====	=====	=====

Ausgabenentwicklung 1964 im Verhältnis zu 1963

	1963	1964	plus/minus
200 Dokumentationsa.	1.778.91 DM	1.486.95 DM	./ 291.96 DM
220 Werbung	24.64 DM	1.535.70 DM	+ 1.511.06 DM
230 Rechtskosten	-,-- DM	158.00 DM	+ 158.00 DM
240 Beitr. z. a. Org.	1.700.-- DM	2.738.-- DM	+ 1.038.-- DM
260 Unterst. d. Gr.	-,-- DM	496.56 DM	+ 496.56 DM
300 Druckk. VK-Schrift	7.111.45 DM	6.744.50 DM	+ 1.118.25 DM
301 Schr. z. Weiterverk.		1.485.20 DM	+ 1.118.25 DM
310 Druckk. ZIVIL	22.457.10 DM	23.245.05 DM	+ 787.95 DM
311 Red. K. ZIVIL	1.225.95 DM	606.53 DM	./ 619.42 DM
312 Red. K. Frank	550.-- DM	550.-- DM	-,-- DM
313 Red. K. Stahnke	600.-- DM	600.-- DM	-,-- DM
344 Postgeb. ZIVIL	2.223.29 DM	6.883.86 DM	+ 4.660.57 DM
400 Bruttoperonalk.	18.868.64 DM	22.934.27 DM	+ 4.065.63 DM
410 Miete, Raumk.	3.000.-- DM	2.400.-- DM	./ 600.-- DM
420 Büromaterial	1.926.21 DM	2.535.92 DM	+ 609.71 DM
421 Bürodruk.	2.341.28 DM	3.821.45 DM	+ 1.480.17 DM
430 Porto	5.621.60 DM	6.259.32 DM	+ 637.72 DM
431 Telefon	1.281.12 DM	1.321.28 DM	+ 40.16 DM
440 Sitz., Konf.	3.345.66 DM	6.579.60 DM	+ 3.233.94 DM
450 Reisekosten	3.458.65 DM	2.679.82 DM	./ 778.83 DM
460 Allg. Kosten	1.501.39 DM	1.157.76 DM	./ 343.63 DM
500 Gruppenanteile	26.289.85 DM	23.284.-- DM	./ 3.005.85 DM
	<u>105.305.74 DM</u>	<u>119.503.77 DM</u>	<u>+ 14.198.03 DM</u>
	=====	=====	=====

ED 718-3-95

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Haushaltsplan für das I. Halbjahr 1965

EINNAHMEN

ZIVIL-Bezugsgebühren der Bundespost	38.000.--	DM
Anteile hauskassierender Gruppen	9.000.--	DM
Verkauf von Drucksachen	3.000.--	DM
Sonstiges (Spenden, Einzelbeiträge, Anzeigen, Zinsen, Skonti)	2.000.--	DM
	<u>52.000.--</u>	DM
	=====	

AUSGABEN

Bruttopersonalkosten	10.320.--	DM
Miete und Umlagen	1.800.--	DM
Büromaterial und Druckkosten	3.000.--	DM
Portokosten	2.500.--	DM
Telefon	600.--	DM
Sitzungen und Konferenzen		
GV 2 mal	600.--	DM
BV 1 mal	800.--	DM
BA und BK 1 mal	1.500.--	DM
Reisekosten	2.900.--	DM
DDR-Rundreise	600.--	DM
Sonstige	1.500.--	DM
Dokumentationsabteilung	2.100.--	DM
Redaktionskosten ZIVIL	500.--	DM
Redaktionskosten Frank	300.--	DM
Redaktionskosten Stahnke	300.--	DM
Druckkosten ZIVIL	300.--	DM
Portokosten ZIVIL	10.800.--	DM
Beitrag an Kampagne für Abrüstung	3.000.--	DM
Druckkosten VK-Schrifttum (Wissenswertes)	400.--	DM
Gruppenanteile	400.--	DM
Einnahmenüberschuß	11.500.--	DM
	<u>1.280.--</u>	DM
	<u>52.000.--</u>	DM
	=====	

Der Haushaltsplan wurde absichtlich mit abgerundeten Zahlen zusammengestellt. Er beruht auf Schätzungen, die sich soweit irgendsmöglich, aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres und dem jetzigen Überblick über die finanzielle Entwicklung im VK ergeben haben.

Offenbach, 13. März 1965

P r o t o k o l l 3 - 65/66

der Vorstandssitzung am Mittwoch, dem 4. Aug. 1965, 19.30 Uhr,  
im VK-Büro, Münchener Straße 38 20.9.65

Beginn: 19.45 Uhr

Ende: 00.10 Uhr

Anwesend: BECKER, HAGENMAYER, HEINZ, KÄTZEL, KLEYERINK, MAURER,  
NEUN, WALD, WINKLER

Gäste: BENZ, HÖRNING, THOMAS, KATARSKY, RIEDEL

nicht anwesend:

BOSSACK, DER (entschuldigt), GOEBEL, LINDNER (entschuldigt),  
URBANEK (krank)

T a g e s o r d n u n g :

1. Aktion 1. September
2. Besprechung des letzten Revisionsberichtes vom Juni 1965
3. Kurzer Bericht des Bundesgeschäftsführers Alfred Riedel über seine Besprechung mit dem Bundesvorsitzenden der IdK (Möglichkeiten einer Fusion) und andere wichtige Mitteilungen
4. Verschiedenes

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Zunächst gibt Kätzel einen Kassenbericht. Danach stehen dem VK noch 1.500,-- DM zur freien Verfügung.

Zu TO-Punkt 1

Winkler berichtet über verschiedene geplante Aktionen. Der OM beabsichtigt, in der Woche vom 1. September ab eine "Vietnam-Woche" durchzuführen.

Ferner will der VK eine Mitgliedswerbeaktion in Form eines Zeitungsflugblattes zum 1. September starten. Laut Beschluß des Bundesvorstandes sind für die Gruppe Frankfurt 10.000 Flugblätter zum Preise von 500,-- DM vorgesehen. Dem Kauf dieser Flugblätter wurde einstimmig zugestimmt.

Winkler berichtet weiterhin, daß der Aktionsausschuß gegen die Notstandsgesetzgebung seine Flugblätter auch im Namen des VK habe drucken lassen. Einstimmig wurde beschlossen, ihm für 2.000 Stück dieser Flugblätter 50,-- DM zu überweisen. Das Flugblatt soll in den Kontakten August/September mitverschickt werden.

Ferner hat der Bundesvorstand die Frank-Broschüre "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer anerkannt" angeboten und für die einzelnen VK-Gruppen eine bestimmte Anzahl zur Abnahme festgelegt. Danach sind für den VK Frankfurt 40 Stück zum Preise von je 1,-- DM vorgesehen.

Weiterhin müssen Briefumschläge angefertigt werden. Hierfür sind für 20.000 Stück etwa 180,-- DM vorzusehen. Außerdem wird für die Bücherei ein Bücherbord benötigt. Dafür müßten etwa 600,-- DM gerechnet werden. Dem Kauf dieses Bücherregales wurde nicht zugestimmt.

Im übrigen ist vorgesehen, die Postkarten neu drucken zu lassen. 50.000 Karten würden 500,-- DM kosten. Hierüber soll in der nächsten Vorstandssitzung endgültig beschlossen werden.

Einstimmig wurde beschlossen, die Doppelnummer der Kontakte August/Sept. rechtzeitig zu verschicken, da sie auf den 1. September abgestellt werden sollen. Im übrigen soll das OM-Flugblatt über die Vietnam-Woche in den Kontakten abfotografiert werden.

#### Zu TO-Punkt 2

Es folgte die Besprechung des Revisionsberichtes. Folgende Änderungen sind vorgesehen:

- a) die Portokasse soll künftig nur noch für drei Vorstandsmitglieder, und zwar MAURER, THOMAS und HÖRNING zugänglich sein (Beschuß bei 1 Enth.)
- b) die Handkasse soll unter Verschuß (einstimmiger Beschuß).

Im übrigen wurde festgelegt, den Revisionsbericht nicht zu beantworten.

#### Zu TO-Punkt 3

Riedel gibt einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der IdK und des VK und über bisherige (vergebliche) Versuche über Möglichkeiten einer Fusion. Nach seiner Meinung ist eine Fusion mit der IdK ausgeschlossen, da sie für den VK keine Verbesserung bedeuten würde, sondern nur mit Mehrarbeit verbunden wäre. Auch die bisherigen Verhandlungen mit der IdK haben keine Wege gezeigt, wie eine Fusion zustande kommen soll. Aufgrund der Tatsache, daß die IdK föderalistisch und der VK zentralistisch aufgebaut sind, ergeben sich hier für den Zusammenschluß erhebliche Schwierigkeiten. Dazu kommen noch unterschiedliche politische Auffassungen der beiden genannten Organisationen, die bisher auch immer wieder die Verhandlungen unmöglich gemacht haben. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Riedel noch darauf hin, daß seitens der IdK keine Wünsche zu einer Fusion bestehen.

In der anschließenden Diskussion widersprachen mehrere Vorstandsmitglieder dieser Grundauffassung des Bundesgeschäftsführers.

\*\*)

- \*\*) Der seitherige Kassierer, Herr K ä t z e l , bestätigte sein Kündigungsschreiben vom 30.6. Für seinen Rücktritt aus dem Vorstand und das Niederlegen seiner Funktion gab er keinen Grund an.

Es wurde beschlossen, die Kassierertätigkeit kommissarisch von Horst M a u r e r wahrnehmen zu lassen.

Mit einer längeren Diskussion über evtl. Arbeitsgemeinschaften des VK und über Fragen, wie man den Kontakt zu den Mitgliedern verbessern kann, endete die Sitzung gegen 00.10 Uhr.

Nachtrag zum Protokoll 2-65/66

In der letzten Sitzung wurde einstimmig beschlossen, daß bei Materialbestellungen bis zu 5,-- DM die Portogebühren voll in Rechnung gestellt werden, während bei Bestellungen über 5,-- DM der Versand kostenlos ist.

Heinz

( H e i n z )

Winkler

( W i n k l e r )

Institut für Zeitgeschichte Archiv

6050 Offenbach, den 27. Juni 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

28. 6. 63

An den Bundesvorstand  
=====

Liebe Freunde,

ich lade Sie noch einmal recht herzlich für unsere Bundesvorstands-  
sitzung am 6./7. Juli 1963 nach Bremen ein. Wir wollen pünktlich  
um 16.00 Uhr am Samstag beginnen und ich bitte Sie, Ihre Anreise  
darauf einzurichten. Wir tagen und wohnen im Hotel "Am Wall",  
das wie umstehend bezeichnet zu erreichen ist. Ich schlage folgen-  
de Tagesordnung vor:

- ✓ 1. Zusammenarbeit und Hauptziele des neuen Bundesvorstandes
2. Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit unter Berück-  
sichtigung der Kongressbeschlüsse
  - a) Notstands- und Zivildienstgesetze  
siehe BK-Beschlüsse 16, 17, 18  
(Vorbereitung Stubenrauch, Böwing, Riedel, Vack)
  - ✓ b) Weitere Aktionen und politische Initiativen  
siehe BK-Beschlüsse 1, 7, 10, 13, 14, 15  
auch 6. August, 1. September, SS-Treffen  
(Vorbereitung Stubenrauch, Böwing, Riedel, Vack)
  - ✓ c) Referat für gesetzliche und freiwillige Dienste  
siehe BK-Beschlüsse 2, 3, 4, 5, 12,  
(Vorbereitung Ploen, Hannover)
  - ✓ d) Gruppenbetreuung, Agitationsmaterial, Mitglieder-  
werbung  
siehe BK-Beschluß 6  
(Vorbereitung Arlt, Schlatter, Böwing)
  - ✓ e) Koordinierung der Bestrebungen zur Gewaltlosigkeit  
siehe BK-Beschluß 19  
(Vorbereitung Hammer)
  - ✓ f) Schulungsprogramm Winterhalbjahr 1963/64  
(Vorbereitung Lübcke)
  - ✓ g) Verbandszeitschrift ZIVIL  
(kurzer Bericht Stubenrauch)
  - ✗ h) Internationale Arbeit  
siehe BK-Beschluß 11  
(Vorbereitung Maurer)
  - ✓ i) Bundeskongress 1964  
siehe Beschluß 8
- ✓ 3. Gruppenangelegenheiten
- ✓ 4. Situation in der Verbandsgeschäftsstelle
- ✓ 5. Finanzielle Situation und Beschlüsse  
siehe auch BK-Beschluß 9
- ✓ 6. Nächste BA und BV-Sitzung
7. Verschiedenes

Darf ich Sie recht herzlich bitten - soweit es in Ihr Gebiet  
fällt und angezeigt ist - sich sehr ausführlich mit dieser Tages-  
ordnung zu beschäftigen und die entsprechenden Vorbereitungen zu  
treffen. Bis dann

herzliche Grüße,  
Ihr

Klas Vack

Das Hotel "Am Wall", 2800 Bremen, Am Wall 186, ist wie folgt zu erreichen:

1. für Eisenbahnfahrer:

Weg ca. 15 Minuten, Bahnhofstr., Herdentorsteinweg. Wallkreuzung links ab, dann ca. 300 m auf der rechten Seite.

Straßenbahn:

Vom Hauptbahnhof Linie 4 oder 15 bis zur Haltestelle "Schüsselkorb" (1. Haltestelle). Von dort zurück bis zur Wallkreuzung, dann rechts, etwa 300 m auf der rechten Seite.

2. Autofahrer aus Richtung Hamburg:

Abfahrt Bremen-Mitte, immer geradeaus, bis die Straße auf die Schwachhauser Heerstr. einbiegt, dann immer geradeaus Richtung Stadt, Hauptbahnhof links halten, Herdentorsteinweg, Wallkreuzung, links ab, etwa 300 m auf der rechten Seite. Parkmöglichkeiten mit Parkuhr auf der gegenüberliegenden Straßenseite, Parkmöglichkeit ohne Parkuhr: Weiterfahrt bis zur Ampelkreuzung Wall/Ostertorsteinweg links einbiegen, auf der linken Straßenseite, später auch auf der rechten Straßenseite einige Parkmöglichkeiten, oder rechts einbiegen durch die Buchtstr. zum Domshof, dort großer gebührenfreier Parkplatz. Vom Domshof ist das Hotel zu Fuß durch die Bischofsnadel schnell zu erreichen.

3. Autofahrer aus Richtung Hannover und Osnabrück:

Von der Neuenlander Straße (große Umgehungsstrasse) an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Str. rechts einbiegen, immer geradeaus, hinter der Weserbrücke rechts, dann den Wall entlang, (links halten) und von der Ampelkreuzung Wall/Ostertorsteinweg ab die oben beschriebenen Parkmöglichkeiten.

ED 718 - 3 - 100

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 27. November 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

29. 11. 63

An den  
Bundesvorstand  
= = = = =

Liebe Freunde,

ich gebe Ihnen beigefügt einen Antrag der Gruppe Kiel an den  
BA zur Kenntnisnahme. Ich bitte Sie darum, sich bereits jetzt  
auf die entsprechende Diskussion im BA vorzubereiten.

Der Antrag lautet:

"Der Bundesausschuss möge prüfen, ob und wie weit sich die Tätig-  
keit des Bundesvorstandsmitgliedes Rechtsanwalt Hannover als  
Strafverteidiger in politischen Prozessen (Friedenskomitée der  
Bundesrepublik, "Blinkfür"-Prozess) mit seiner Tätigkeit im  
Bundesvorstand vereinbaren läßt. Bejahendenfalls möge der  
Bundesausschuss erläutern, warum er keine Diskrepanz sieht.  
Die Gruppe Kiel ist mit Sorge darüber erfüllt, daß sich diese  
Prozesse ungünstig auf das Ansehen des VK in der Öffentlichkeit  
auswirken könnten. Die Gruppe Kiel betont jedoch, daß mit diesem  
Antrag nicht der Verdacht geäußert wird, daß sich Rechtsanwalt  
Hannover mit der politischen Ansicht der von ihm vertretenen  
Parteien identifiziert.

gez. Titz"

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Klaus Vack

(Klaus Vack)

ED 718-3-101

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 17. Dezember 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648, Va./Ha.

19.12.63

Betr.: Nächste Bundesvorstandssitzung

Liebe Freunde,

es ist dringend erforderlich, daß die nächste Sitzung, die wir zur Regelung von Fragen und Problemen durchführen, eine Bundesvorstandssitzung wird. Günstig wäre ein baldiger Termin Ende Januar, der aber aus verschiedenen Schwierigkeiten nicht zur Verfügung steht.

Nach Rücksprache mit dem Bundesvorsitzenden, habe ich deshalb den 29.2./1.3.1964 als Termin für die nächste Bundesvorstandssitzung festgelegt. Ich bitte Euch alle, heute schon diesen Termin zu reservieren, damit wir möglichst vollzählig zusammenkommen können.

Da ich um den Jahreswechsel mit Herbert Stubenrauch zusammen sein werde und mit ihm die Tagesordnung durchsprechen möchte, bitte ich Euch, Wünsche für die Tagesordnung bis zum 31.12.1963 an die Verbandsgeschäftsstelle zu melden. Benutzt hierzu bitte den angefügten Abschnitt.

Mit freundlichen Grüßen,

Euer *Klaus Vack*  
(Klaus Vack)

-----  
An der BV-Sitzung am 29.2./1.3.64 kann ich nach meiner derzeitigen Terminübersicht teilnehmen/ nicht teilnehmen.

Für die Tagesordnung schlage ich folgende Punkte vor:

- 1.....
- 2.....
- 3.....

.....  
Unterschrift

ED 718-3-102

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 24. Febr. 1964  
Waldstr. 99, Postfach 648, Va./Ha.

25.2.64

An die Mitglieder des Bundesvorstandes

Liebe Freunde,

heute gebe ich Euch die letzten Hinweise zu unserer Bundesvorstandssitzung am kommenden Wochenende, dem 29.2./1.3.1964. Die Sitzung findet im Hotel "Württembergischer Hof", Frankfurt, Karlsstr. 14 (Telefon 33 31 06) statt.

Das Hotel befindet sich in nächster Nähe des Hauptbahnhofes und ist von dort in 2 - 3 Minuten zu Fuß zu erreichen.

Wir beginnen um 15.30 Uhr und hoffen, die Sitzung am Sonntag gegen 14 Uhr abschließen zu können.

Nach Rücksprache mit den Vorsitzenden schlage ich folgende Tagesordnung vor:

- Abgabe (polit.)  
Erklärung.
1. Bundeskongreß 1964
  2. Zukünftige Arbeit in der ADF
  3. Auslandsfragen
    - 3.1. Bericht über die Tagung der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden
    - 3.2. Antiatommarsch in Brüssel
    - 3.3. WRI-Council-Sitzung am 29.7. - 2.8.1964 in Mainz
    - 3.4. Sommerseminar der WRI am 9. - 15.8.1964
    - 3.5. Deutsch-französisches Treffen
  4. Kampagne für Abrüstung
  5. Antwortbrief des Deutschen Friedensrates
  6. Planungen zur Notstandsgesetzgebung
  7. VK-Schriften
  8. Stellungnahme zum Luftschutz
  9. Zur Verfassungsmäßigkeit des § 20 Absatz 1 des Gesetzes für den zivilen Ersatzdienst
  10. Finanzielle Situation
  11. Verschiedenes

SYMANOWSKI

Appl. von Ost-B.  
Schulged.

Ihr könnt selber aus der Tagesordnung erkennen, daß die Sitzung für unsere zukünftige Arbeit von Bedeutung ist und ich hoffe, daß alle Vorstandsmitglieder teilnehmen.

Für die Übernachtung sind in dem Tagungshotel Betten reserviert.

Mit freundlichen Grüßen,

Euer  
Klaus Vack  
(Klaus Vack)

ED 718-3-103

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach (Main), 16, März 1964  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./Ha.

17.3.64

An den Bundesvorstand

Liebe Freunde,

mit meinem letzten Rundschreiben habe ich Euch um Zustimmung für den Druck einer Sondernummer von ZIVIL gebeten. Neun BV-Mitglieder haben mir telefonisch oder schriftlich ihr Ja übermittelt. Werner Böwing hat mit Nein gestimmt, war jedoch der Auffassung, daß man seine Stimme nicht als Veto auffassen könne, zumal er glaubt, daß seine Argumente, wenn sie in einer BV-Sitzung vorgetragen würden, das Abstimmungsverhältnis sicher nicht verändern würden.

Günter Schlatter hat ebenfalls mit Nein gestimmt und seine Stellungnahme mit dem abschriftlich beigelegten Brief begründet. Ich halte diese Gründe von Günter Schlatter für mich persönlich nicht als stichhaltig, sodaß ich nach wie vor zu meinem Ja und meiner Begründung für einen Sonderdruck stehe. Ich erachte es jedoch als fair, daß alle BV-Mitglieder von den Gründen für Freund Schlatter's Nein Kenntnis erhalten, um gegebenenfalls ihre eigene Stimmabgabe noch einmal zu überprüfen.

Ich bitte alle, die nach dieser neuen Situation der Meinung sind, daß die Sondernummer gedruckt oder nicht gedruckt werden soll, mir dies sofort telefonisch mitzuteilen. Eine telefonische Mitteilung hat den Vorteil, daß man gegebenenfalls auch diskutieren kann, und daß dann, wenn es zu einer Drucklegung kommen soll, diese schnellstens erfolgen kann.

Der Bundesvorsitzende, Herbert Stubenrauch, sieht die Drucklegung einer Sondernummer als notwendig an, hält es aber nicht für gerechtfertigt, noch eine BV-Sitzung einzuberufen, die die Kosten nur erhöhen würde. Da Günter Schlatter seine Argumente ausführlich dargelegt hat, dürfte auch jedes BV-Mitglied befähigt sein, seinen Standpunkt mit dem von Günter Schlatter zu konfrontieren und notfalls neu festzulegen.

Ich erwarte Eure unverzügliche Antwort.

  
(Klaus Vack)

17.3.

pers. Jüro VK  
an Klaus "ja" -

nach kurzer Durchsicht der Broschüre

An die  
Verbandsgeschäftsstelle  
605 Offenbach  
Waldstr. 99

Günter Schlatter  
5 Köln-Nippes  
Nordstr. 74

Lieber Klaus,

Werner Böwing hatte mich schon vor einigen Tagen darüber informiert, daß eine Sonderausgabe von ZIVIL als Antwort auf die Schrift "OM-Betrachtungen" geplant ist.

Natürlich halte ich es für richtig, die "dort erhobenen Vorwürfe nüchtern zu analysieren - und aus unserer Sicht - die Position der Kampagne zwischen den Fronten des Kalten Krieges klar zu umreißen." Ich für meine Person habe das bereits getan und bin nicht zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei der vorliegenden Broschüre um eine "Uble Schmähchrift" handelt. Eine Reihe der dort vorgetragenen Gedanken teile ich schon seit längerer Zeit und habe daraus auch nie einen Hehl gemacht. Uch ich stehe nicht an zu erklären, daß ich überrascht war von den Bemühungen um einen fairen Stil, der dieser Broschüre zugrunde liegt (es hätte schlimmer kommen können). Die dort vorgetragenen Fakten halte ich aus meiner Kenntnis der Dinge nicht für eine Mischung aus "Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge", sondern für Tatsachen, die in einigen Punkten aus Unkenntnis eine falsche Wertung erfahren.

Dort, wo die Broschüre das politische Grundanliegen der Kampagne in Frage stellt, sollte man eine schnelle Richtigstellung vornehmen. Dort aber, wo der Nachweis über die Einseitigkeit bestimmter Kreise im OM erbracht wird (die nicht nur auf unterster Ebene arbeiten), sollte man entweder handeln oder schweigen.

Du schreibst, daß es nicht erforderlich ist, zu den einzelnen Manuskripten Stellung zu nehmen. Wenn aber nun einmal die Frage steht, eine ZIVIL-Sondernummer herauszugeben, dann scheint es mir notwendig, auch zu dem Inhalt einige Worte zu sagen.

In den vorliegenden Manuskripten wird mit Kraft auf die SPD eingedroschen. Sie wird der Urheberschaft an dieser Broschüre bezichtigt, was stimmen mag, aber nicht nachweisbar ist.

Nur frage ich mich, was der Verband der Kriegsdienstverweigerer für ein Interesse daran haben kann, die SPD so global und in einigen Punkten auch unqualifiziert (z.B. der Hinweis auf das Komitee "Rettet die Freiheit") auszugreifen.

Viele Mitglieder des VK's und auch ich stehen in den Reihen der SPD und haben bisher von einer SPD-feindlichen Haltung gegenüber dem VK nichts bemerken können. Es liegt doch ganz gewiss nicht in unserem Interesse, eine VK-feindliche Haltung zu provozieren. In dieser Richtung sollte unser Handeln von einem Maß notwendiger Zurückhaltung bestimmt sein und das zumindest solange, wie umgekehrt keine Angriffe auf den VK unternommen werden.

Um zum Schluß zu kommen. Ich halte eine ZIVIL-Sondernummer auf als Antwort auf diese Broschüre für nicht gerechtfertigt. Befürworten würde ich einen kritischen Beitrag in der nächsten ZIVIL-Nummer, der in sachlicher Schärfe die politischen Grundanliegen der Ostermärsche verteidigt und die besondere Trägerrolle des B VK's im Ostermarsch herausstellt. Jeder Versuch, "das Kind mit dem Bade auszuschütten" schadet letztlich nur dem Anliegen des VK, das ja neben dem Ostermarsch auch noch einige andere Aufgaben beinhaltet.

Freundliche Grüße!

gez.: Günter Schlatter

zur

ED 718-3-105

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL eV.

605 Offb., 11.5.1964  
Postfach 648

12.5.64

An die  
Mitglieder des Bundesvorstandes

Liebe Freunde!

Im Auftrage des Vorsitzenden darf ich hiermit zu unserer ersten Bundesvorstands-Sitzung für den 23./24.5.1964 nach Offenbach/M. einladen. Die Sitzung beginnt um 14.00 Uhr. Wir tagen im Hotel "Graf", Schloßstraße 19, Telefon 81702. Für die Übernachtung sind im gleichen Hotel für die auswärtigen BV-Mitglieder Zimmer reserviert.

Ich bitte alle BV-Mitglieder sehr dringend um ihre Teilnahme an dieser Sitzung. Wir werden einige grundsätzliche Entscheidungen für das kommende Arbeitsjahr fällen müssen. Sollte ein Mitglied wider Erwarten verhindert sein, bitte ich um unverzügliche Mitteilung.

Für die Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit im BV
2. Beschlüsse des Bundeskongresses 1964 (auch Beschluß 19 des BK 1963)
3. Fragen der internationalen Arbeit
4. VK-Aktionen zum Antikriegstag
5. Fragen des "Zivilen Ersatzdienstes"
6. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
7. Verhältnis zum Deutschen Friedensrat
8. Finanzielle Beschlüsse und VK - Schrifttum
9. Verschiedenes.

vertagt  
gestrichen

vertagt

Neue ZIVIL-Umfrage (1. = I.63)

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

ED 718-3-106

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 12. Mai 1964  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An

13.5.64

An den  
Bundesvorstand  
= = = = =

Liebe Freunde,

x ich gebe Ihnen heute einiges Material zu dem Punkt 5 der Tagesordnung unserer Bundesvorstandssitzung. Wir werden uns unter diesem Punkt mit dem Protokoll von Freund Ploen über die Besprechung zwischen Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und der Zentralstelle am 8.4.1964 in Bonn unterhalten. Den früheren BV-Mitgliedern ist dieses Protokoll bereits zugegangen, so daß ich es lediglich den Freunden beifüge, die neu in den BV gewählt wurden.

x Außerdem müssen wir uns mit dem Rechtsgutachten zur Verfassungsmäßigkeit des § 20, Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst beschäftigen, das ebenfalls für die neuen BV-Mitglieder beigefügt ist. Die Freunde, die bereits im vorjährigen Vorstand mitgearbeitet haben, werden gebeten, die beiden Schriftstücke noch einmal aus ihren Unterlagen herauszusuchen und mit zur BV-Sitzung nach Offenbach zu bringen.

Das Rechtsgutachten von Dr. Rudolf Monnerjahn wurde von uns dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zugesandt, worauf wir am 20.4.1964 folgende Antwort erhielten: "Die in dem von Ihnen übersandten Rechtsgutachten vertretene Auffassung, § 20, Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst sei grundgesetzwidrig, insbesondere, soweit er Beförderungen und damit verbundene höhere Besoldung der Ersatzdienstleistenden nicht vorsieht, vermag ich nicht zu teilen. Eine Änderung der Vorschrift in dem von Ihnen gewünschten Sinne ist nicht beabsichtigt."

Mit freundlichen Grüßen!

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

ED 718-3-107

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

An die  
im BA vertretenen VK-Gruppen,  
dem Bundesvorstand zur Kenntnisnahme

605 Offenbach/M.4, d. 1.7.1964  
Postfach 648

2.7.64 V.

- Ausland/BV -

Liebe Freunde!

Wir haben sehr kurzfristig erfahren, daß die WRI in Zusammenarbeit mit der pazifistischen Kriegsdienstverweigererorganisation der Schweiz vom 19. Juli - 1. August 1964 ein Arbeitslager durchführt. Geplant ist der Bau einer Landstraße in 1200 m Höhe im Kanton Uri/Schweiz, Ort Hostental. Die Unterbringung erfolgt in Scheunen. Die Kosten betragen außer den Reisekosten etwa 10 - 20 Franken pro Tag. Die Anmeldung geht an Marcel Schweizer, rue du Locle 30, La Chaux-de-Fonds, Switzerland. Marcel Schweizer ist der Verantwortliche des schweizerischen internationalen Zivildienstes.

Der Ablauf ist so geplant, daß man morgens in einem Seminar zusammenkommt und mittags 5 Stunden arbeitet. Abschließend, am 3./4.8.1964 soll in Zürich eine Pressekonferenz sein. Es soll Sinn der Sache sein, die internationale Solidarität der Kriegsdienstverweigerer zu zeigen und die Forderung nach einem schweizerischen Gesetz für Kriegsdienstverweigerung nachdrücklich unterstützen.

Von den ca. 30 Teilnehmern wird erwartet, daß sie "aktive" Kriegsdienstverweigerer sind, die möglichst bereits ihren zivilen Ersatzdienst abgeleistet haben. Besonders wünscht man sich solche Leute, die evtl. schon bei der Bundeswehr waren, Erfahrungen im Widerstand gegen Militär haben und erst später als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurden (das ist natürlich keine Bedingung). Erwartet wird, daß die Freunde gut über die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik berichten können. Natürlich sollten sie neben den geistigen Fähigkeiten in der Lage sein, körperliche Arbeit zu leisten.

D.A.-Gruppen, die in ihrem Bereich noch einen Freund wissen, der für diese Aufgabe in Frage käme, setzen sich bitte unverzüglich mit Marcel Schweizer in Verbindung. Um eine kurze Berichterstattung - auch für ZIVIL - an die Verbandsgeschäftsstelle wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 1. Oktober 1964  
Waldstraße 99 - Postfach 648

2.10.64

An die Mitglieder des VK - Bundesvorstandes

Liebe Freunde,

unsere schriftliche Abstimmung hat ergeben, daß die Mehrzahl der Bundesvorstandes-Mitglieder nichts gegen eine geschäftsführende Vorstandssitzung und den Verzicht auf eine Bundesvorstandssitzung einzuwenden hatte. Inzwischen hat sich durch die fortschrittliche Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung in der DDR jedoch eine neue Situation ergeben, sodaß Herbert Stubenrauch und ich der Meinung waren, eine Bundesvorstandssitzung sei notwendig.

Ich lade Euch deshalb für 17./18.10.1964 zur nächsten BV - Sitzung nach Stuttgart ein. Wir beginnen um 17,00 Uhr. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes bitte ich, bereits um 11,00 Uhr am Tagungsort zu sein, da es dringend erforderlich ist, daß wir uns vor der BV - Sitzung zu einer GV - Sitzung zusammenfinden. Ein Hotel, in dem wir wohnen und tagen können, wird Alfred Riedel ermitteln. Den Tagungsort teile ich Euch noch mit. Wer an diesem Termin verhindert ist, schreibe mir bitte umgehend seine Absage, damit wir nicht zu viele Zimmer reservieren, die wir dann auch bezahlen müssen. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Allgemeiner Bericht  
(Veranstaltungen und Aktionen/Besondere Vorkommnisse/Verbandsgeschäftsstelle)
2. Kriegsdienstverweigerung in der DDR  
(Appell an die Volkskammer/Friedensrat/Brief an die FDJ)
3. Novelle zum ED-Gesetz
4. Wegfall der Prüfungsverfahren
5. Stand der Notstandsgesetzgebung  
(ADF-Aktionen/Flugblatt/Gespräch mit der SPD/IdK-Vorschläge)
6. Finanzielle Fragen  
(Haushaltsplan/Beitrag für Internationale Konföderation)
7. Noch nicht erledigte BK - Beschlüsse 1964
8. Vorschläge für Aktionen, Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten bis zum BK 1965
9. Verschiedenes

Ich hoffe, daß es dem geschäftsführenden Vorstand möglich ist, für einige Tagesordnungspunkte gute Vorarbeit zu leisten, sodaß es gelingen dürfte, die Tagesordnung in dem vorgesehenen Zeitraum (Samstag 17,00 Uhr bis Sonntag 13,00 Uhr) zu bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

An die  
Mitglieder des  
VK-Bundesvorstandes

605 Offenbach/Main, den 5.10.64  
Postfach 648  
Waldstraße 99

6.10.64

Liebe Freunde,

nach meiner Einladung vom 1.10.64 für die BV-Sitzung am 17./18. Oktober 1964 in Stuttgart gebe ich Euch heute noch folgende Mitteilung.

1.) Tagungsort

Hotel "Im Geiger" - Stuttgart-Bad Cannstatt  
Im Geiger 35, Tel. 561534

2.) Anfahrtsmöglichkeiten

2.1 mit Auto - Autobahnausfahrt Stuttgart-Rohr. - Weiterfahrt zur Stadtmitte über Hauptbahnhof nach Bad Cannstatt; nach Überfahrt der Neckarbrücke weiter zum Wilhelmsplatz, immer entlang der Straßenbahnlinie. Am Augsburger Platz (erkennbar durch Großbaustelle und Hochhaus) links abbiegen (in Richtung Fellbach). Unmittelbar nach der dann folgenden Zugüberführung rechts abbiegen. Von dort die 2. Querstraße heißt "Im Geiger". Nach 200 m liegt das Hotel links.

2.2 mit Zug - Hauptbahnhof Stuttgart. Vom Bahnhof in Fußrichtung zum Ausgang Bahnhofsvorplatz. 30 m links vom Bahnhofs-turm ist die Straßenbahnhaltestelle. Man benutzt Linie 1 (Richtung Fellbach) bis Haltestelle "Remstalstraße". Wenige Meter sind zurückzulaufen. Kurz vor Zugüberführung links abbiegen. Die 2. Querstraße heißt dann "Im Geiger". Nach 200 m liegt links das Hotel.

3.) Sonstiges

Telefonische Auskunft kann über Hans Hammer 787382 gegeben werden.

Dicht beim Hauptbahnhof an der Straßenbahnhaltestelle spielt die VK-Jazz-Band. Sonderdrucke von ZIVIL werden verteilt. Unsere dortigen Mitglieder können ebenfalls Auskunft geben.

Ich weise noch einmal daraufhin, daß wir um 17,00 Uhr beginnen wollen und bitte um pünktliche Anreise. Den Mitgliedern, des GV, die sich bereits um 11.00 Uhr zu einer Sitzung treffen, geht noch eine besondere Mitteilung zu.

P.S. Wer verhindert ist,  
bitte sofort Mitteilung  
an die Verbandsgeschäfts-  
stelle geben.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 19. Februar 1964  
Postfach 648, Waldstr. 99 Va./Ha.

20.2.64

Liebe Freunde,

heute komme ich dazu, Euch mitzuteilen, daß mein geplanter vierwöchiger Erholungsurlaub abgebrochen werden mußte und daß ich mich im Krankenhaus einer Operation unterzogen habe. Ich bin seit zwei Tagen wieder zu Hause und noch sehr schwach und nur 5% arbeitsfähig.

Dennoch geht es mir jeden Tag besser und nach einer Rücksprache mit Herbert Stubenrauch haben wir festgelegt, daß die geplante BV-Sitzung am 29.2./1.3.1964 stattfinden wird.

Herbert Stubenrauch und Werner Böwing kommen am Samstag zu mir nach Offenbach und wir wollen dann eine Tagesordnung festlegen. Ich kann Euch deshalb erst Anfang nächster Woche die Tagesordnung für die Sitzung zusenden, weise jedoch heute schon darauf hin, daß wir einige sehr wichtige Tagesordnungspunkte zu behandeln haben und daß die Anwesenheit aller BV-Mitglieder erforderlich ist.

Die BV-Sitzung wird in Frankfurt oder Offenbach stattfinden und beginnt am Samstag, 29.2.1964 um 15.30 Uhr.

Mit herzlichen Grüßen,

Euer

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

ED 718-3-111

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 31. August 1964  
Waldstr. 99 - Postfach 648

2.9.64

An die Mitglieder des VK- Bundesvorstandes

Liebe Freunde,

wir haben in unserer letzten Sitzung für das Wochenende  
17./18. Oktober 1964 eine Bundesvorstandssitzung beschlossen.  
Ich schlage vor, daß wir diese BV-Sitzung ausfallen lassen.

Wir sollten aus finanziellen und arbeitstechnischen Gründen  
dieses Wochenende für eine geschäftsführende Vorstandssitzung  
benutzen. Bisher war es seit dem Bundeskongress 1964 nicht  
möglich, eine ausgesprochene GV-Sitzung zu machen, lediglich  
einmal waren wir zusammen in Vorbereitung einer BV-Sitzung,  
die am gleichen Termin stattfand.

Der Einfachheit halber bitte ich, schriftlich darüber anzu-  
stimmen, ob die BV-Sitzung ausfallen kann. Als nächster Termin  
dürfte dann das Wochenende vor oder das Wochenende nach den  
Veranstaltungen zum Tag der Gefangenen für den Frieden in  
Frage kommen.

Schickt mir Eure Stellungnahme bitte bis zum 20.9.1964 zu.  
Nicht abgegebene Stellungnahmen werde ich als Stimmenthaltung.

Mit freundlichen Grüßen,

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack)

-----  
An die VK-Geschäftsstelle

Ich bin damit einverstanden, daß die für 17./18.10.1964 ge-  
plante BV-Sitzung zugunsten einer GV-Sitzung ausfällt.

Ja ( )

Nein ( )

Enthaltung ( )

.....  
Unterschrift

ED 718-3-112

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Offenbach/Main, Waldstraße 99  
Postfach 648 1. 11. 1964

3.11. 64

An den VK - Bundesvorstand

Liebe Freunde!

✓ Zur Zeit ist eine neue Broschüre gegen die Kampagne für Abrüstung in Vorbereitung. Beigefügt gebe ich Euch eine Abschrift des Inhaltes dieser Broschüre. Der zentrale Arbeitsausschuss der Kampagne für Abrüstung wird beraten, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt sinnvoll gegen die Broschüre unternommen werden kann. Ich bitte Euch vorerst, den Text zur Kenntnis zu nehmen und gegebenenfalls Vorschläge für unser weiteres Vorgehen an die Geschäftsstelle zu geben.

Später mehr.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

ED 718-3-113

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach/M. 4, den 3.3.65  
Postfach 648

5.6.3.65

An die Mitglieder  
des VK-Bundesvorstands

Liebe Freunde,

bei der bevorstehenden Bundesvorstandssitzung werden wir uns ausführlich über den Bundeskongreß zu unterhalten haben. Neben organisatorischen Fragen sollten jedoch mögliche Anträge des Bundesvorstandes oder des Bundesausschusses im Vordergrund unserer Beratung stehen. In den Gesprächen mit mehreren Bundesvorstandsmitgliedern waren wir uns einig, daß mögliche Anträge dieser beiden Gremien sich mit der Frage der Ostgrenze Deutschlands und der Hallsteindoktrin und der deutschen Außenpolitik befassen müßten. Egon Becker hat sich die Mühe gemacht, über diese beiden Fragen Anträge zu entwerfen. Diese Anträge, die ich Ihnen heute beifüge, sind als Arbeitspapier für die kommende Bundesvorstandssitzung gedacht.

Mit freundlichem Gruß

*Alfred Riedel*

(Alfred Riedel)

6. 3. 65

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Arbeitspapier zur Bundesvorstandssitzung

Hallsteindoktrin und deutsche Außenpolitik - Egon Becker

Die bundesrepublikanische Außenpolitik scheint aus einer Mischung militärischer Machtpolitik und juristischer Spitzfindigkeiten zu bestehen.

- + Ihre Grundlage ist der Anspruch, alleiniger Rechtsnachfolger des ehemaligen deutschen Reiches zu sein.
- + Ihr Ziel ist der, "Wiedervereinigung" genannte, Versuch, die DDR und die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze an die Bundesrepublik anzuschließen.
- + Ihre Mittel waren bisher: Maßnahmen, welche eine Konsolidierung der SED-Herrschaft in der DDR verhindern sollten; Anstrengungen, die DDR moralisch zu diskreditieren und international zu isolieren; Unterdrückung und Diffamierung aller Bemühungen, durch Kontakte mit offiziellen und halboffiziellen Stellen der DDR die Lebensbedingungen im Rest-Deutschland zu verbessern.

Eines jener, mit deutscher Gründlichkeit gehandhabten, Instrumente dieser Politik ist die Hallstein-Doktrin - der Automatismus, welcher ausgeöst wird, falls eine unabhängige Regierung daran denkt, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen: Einstellung der Wirtschaftshilfe und Abbruch der dipolmatischen Beziehungen drohen dem Unbotmäßigen. Außenpolitik ist vom aktiven Handeln zum blinden Reagieren degeneriert.

Diese Außenpolitik ist restlos gescheitert. Sie hat uns der Wiedervereinigung keinen Schritt näher gebracht - das Gegenteil ist der Fall. Die Hallsteindoktrin - als Manifestation abstrakt-juristischen, unpolitischen Denkens - konnte zwar die internationale Anerkennung der DDR verlangsamen, kann sie aber nicht mehr aufhalten. Gleichzeitig blockiert sie alle Versuche, die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen osteuropäischen Nachbarstaaten zu bereinigen und verhindert so jegliche Entspannung in Mitteleuropa.

Der VK-Bundeskongreß 1965 fordert daher die Mitglieder des Verbandes (und alle an einer stabilen Friedensordnung in Europa Interessierten) auf, gegen die Anwendung der Hallstein-Doktrin und die Politik des Nicht-Verhandelns aufzutreten.

Die Bundesregierung und die politischen Parteien könnten durch die Revision der bisherigen Außenpolitik und die Aufnahme von dipolmatischen Beziehungen zu allen Ländern Osteuropas beweisen, daß auch sie an einer Entspannung und Friedenssicherung interessiert sind.

-----

ED 718-3-115  
ARCHIV

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Arbeitspapier zur Bundesvorstandssitzung

6. 3. 65

Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands

- Egon Becker

Die bisherige Osteuropa- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist offensichtlich gescheitert - und nur bei einer Fortsetzung des Kalten Krieges zu rechtfertigen, bzw. als Politik auszugeben.

Bei allen westlichen Verbündeten der Bundesrepublik ist es inzwischen Allgemeinerkenntnis geworden: das "deutsche Problem" ist nicht gegen den Osten und nur innerhalb eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu lösen. Die ständig wiederholte Formel der offiziellen deutschen Politik "erst Wiedervereinigung, dann Entspannung" blockiert jede Entspannung und rückt das lautstark propagierte Ziel der Wiedervereinigung in immer nebelhaftere Fernen. Jene Formel müßte umgekehrt werden: "Wiedervereinigung ist nur durch Entspannung möglich".

Entspannung schließt aber eine ernsthafte Diskussion und ein Abkommen über die deutschen Ostgrenzen ein. Die offizielle Politik der Bundesrepublik, der Regierung und der parlamentarischen Opposition, weckt seit über 15 Jahren bei einem Teil der Bevölkerung Vorstellungen, welche weitab jeglicher Realität sind: eine "Rückgewinnung" der Ostgebiete sei möglich.

Wer ernsthaft für eine Entspannung der politischen Verhältnisse in Europa eintritt, kommt um die, für viele bittere, Wahrheit nicht herum: die Gebiete jenseits der Oder-Neiße sind durch die Aggressionen Hitler-Deutschlands endgültig verspielt.

Der VK-Bundeskongreß 1965 fordert daher alle auf, welche eine Entspannung in Mitteleuropa für notwendig halten, für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands einzutreten, um so einen entsprechenden Druck auf die Politik der Bundesregierung und der politischen Parteien auszuüben.

Begründung:

1) Eine Einigung über ein europäisches Sicherheitssystem ist nur bei einem schrittweisen Ausgleich des Interessenkonfliktes zwischen den west- und osteuropäischen Ländern möglich. Das ungelöste Problem der deutschen Ostgrenzen blockiert einen jeglichen Interessenausgleich.

2) Polen wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht aus eigenem Entschluß, sondern durch die im Potsdamer Abkommen fixierten Entscheidungen der Alliierten, nach Westen verschoben. Die von der Bundesregierung heauptete "Vorläufigkeit" der Oder-Neiße-Grenze ist weder völkerrechtlich noch historisch, noch moralisch zu rechtfertigen. Allein die Zustimmung der Westmächte zum Artikel XIII

des Potsdamer Ankommens (welcher die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Oder-Neiße-Gebieten vorsieht) dokumentiert die Zustimmung zur neuen Westgrenze Polens. (Siehe hierzu die Dokumentation von Hansjakob Stehle in der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 30.10.1964.)

3) Das angebliche Provisorium ist inzwischen zwanzig Jahre alt geworden. Heute wohnen in den Oder-Neiße-Gebieten über acht Millionen Polen. Davon sind beinahe vier Millionen dort geboren. Die wirtschaftliche und politische Integration der ehemals deutschen Gebiete in die Volksrepublik Polen ist nahezu abgeschlossen. Das umstrittene Gebiet macht ein Drittel des polnischen Territoriums aus - Polen ist ohne seine Westgebiete nicht mehr lebensfähig. Es gibt daher in Polen niemand mehr - weder bei der kommunistischen Regierung, noch bei der in Opposition stehenden katholischen Kirche, - der noch bereit ist, über die Oder-Neiße-Grenze mit sich reden zu lassen.

4) Die Polen wissen ganz genau, daß keine Macht außerhalb Deutschlands den polnischen Anspruch auf die Oder-Neiße-Gebiete ernsthaft anzweifelt. Wenn die Bundesregierung erklärt, sie wünsche keine gewaltsame Rückgewinnung der Gebiete, so ist das solange unglaubwürdig, wie bei den Vertriebenen die Hoffnung auf eine Rückkehr in die alte Heimat weiter genährt wird.

-----

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-3-116

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach/M., den 5.3.65  
Postfach 648

8.3.65

An die Mitglieder  
des Bundesvorstandes.

Liebe Freunde,

ich gebe Euch heute die letzten Hinweise zu unserer Bundesvorstandssitzung am kommenden Wochenende, dem 13./14. März 1965. Die Sitzung findet im Naturfreundehaus "Auf der Rosenhöhe" in Offenbach statt.

Wir beginnen um 16.00 Uhr und hoffen, die Sitzung am Sonntag, gegen 14.00 Uhr abzuschließen.

Das Naturfreundehaus kann mit der Omnibuslinie 84 vom Bahnhof Offenbach aus erreicht werden. Sollte jemand zeitlich ungünstig ankommen, bin ich gern bereit, ihn mit dem Auto abzuholen. Ich bitte dann um eine kurze Mitteilung. Übernachtung und Essen sind im Naturfreundehaus bestellt.

Nach Rücksprache mit dem Bundesvorsitzenden schlage ich folgende Tagesordnung vor:

1. Finanzielle Situation, Jahresabschluß, Haushaltsplan I. Halbjahr 1965
2. Waffendienstverweigerung in der DDR
3. Bundeskongreß
  - a) noch nicht erfüllte Beschlüsse des letzten Kongresses
  - b) organisatorische Fragen für den Kongreß 1965
  - c) Anträge und Resolutionen zum Kongreß 1965
4. Wochenendschulung über gewaltfreie Landesverteidigung
5. AdF-Gespräch über Notstandsfragen
6. Wegfall der Prüfungsverfahren - Pressekonferenz in Bonn-
7. Bundestagswahl und VK
8. Werbung und Gruppensituationen
9. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

*Alfred Riedel*

(Alfred Riedel)

ED 718 - 3 - 117

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach 4, den 8.3.65

Postfach 648

9.3.65

An die Mitglieder  
des Bundesvorstandes

Liebe Freunde,

wir haben heute die Ausschreibung zum Bundeskongreß 1965 in Iserlohn verschickt und dabei gebeten, alle Übernachtungswünsche direkt an den Fremdenverkehrsverein in Iserlohn zu geben.

Ich möchte dabei allerdings alle BV-Mitglieder bitten, diese Hotelbestellungen nicht an den Fremdenverkehrsverein zu schicken, da ich das von hier aus tun möchte. Es ist sicher zweckmäßig, wenn der gesamte Bundesvorstand zusammen in einem Hotel untergebracht ist, was nicht gewährleistet ist, wenn sich jeder einzeln anmeldet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Alfred

(Alfred Riedel)

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Protokollnotiz des Bundesausschusses

Betr.: Bundeskongreß 1964

Bei der schriftlichen Abstimmung über den Bundeskongreß 1964 haben sich 20 BA-Mitglieder dafür ausgesprochen, daß der Bundeskongreß am 2./3. Mai 1964 in Hamburg durchgeführt wird. 4 BA-Mitglieder haben sich der Stimme enthalten.

Offenbach, 18. Aug. 1963  
Für die Protokollführung:  
Klaus Vack **21. 8. 63**

An den  
Bundesausschuß; den Vorsitzenden der BA-Gruppen zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

die Ihnen vor einigen Wochen übersandte Liste der BA-Mitglieder ist nicht vollständig, da vergessen wurde, die Gruppe Offenbach aufzuführen. Wir haben deshalb noch einmal eine neue Liste angefertigt, die wir Ihnen beigelegt überreichen. Wir bitten Sie, die vorhergehende Liste zu vernichten. Die Gruppe Detmold, die früher dem BA angehörte, ist seit neuestem nicht mehr vertreten, da ihre Mitgliederzahl auf unter 100 gesunken ist.

Offenbach, 18. Aug. 1963

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)  
Verbandsgeschäftsführer

Protokoll V 10 - 1963 der Sitzung des Bundesausschusses am  
7./8. Dez. 1963 in Offenbach **12.12.63**

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack, Hans H. Ploen, Heinrich Hannover, Alfred Riedel, Günter Lübcke, Hans Hammer, Hans-Joachim Arlt, Günter Schlatter, Horst Maurer (Bundesvorstand) Jörn Hempel, Bielefeld; Hans Peter Sperlich, Dortmund; Hans Enter, Düsseldorf; Erich Grosse, Frankfurt; Hans Wörmer, Hamburg; Wolfgang Grußendorf, Hannover; Werner Titz, Kiel; Götz Matthies, Köln; Egon Joanni, München; Norbert Winkler, Offenbach; Reinhold Settele, Stuttgart;

Gäste: Karl Becker, Helmut Kätzel, Helmut Zimmermann (Frankfurt), Franz Holzmann, Helmut Fischer (München), Devi Prasad (WRI)

Es fehlten: Die Vertreter der Gruppen Mannheim und Wuppertal

Vor Eintritt in die Tagesordnung diskutiert der BA die Frage, in wie weit Gäste teilnehmen können, die von BA-Mitgliedern aus den Gruppen mitgebracht werden. Diese Frage wird sowohl grundsätzlich als auch organisatorisch diskutiert. Grundsätzlich werden vom BA keine Bedenken gegen die Anwesenheit der mitgebrachten Gäste der Gruppen Frankfurt und München erhoben. Der BA beauftragt den BV, sich noch einmal mit dieser Frage zu beschäftigen und für die Zukunft eine Regelung zu treffen.

#### Tagesordnung

1. Arbeitsbericht des BV
2. Situationsberichte der BA-Gruppen
3. Zahlenentwicklung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer sowie Betreuung der dienstleistenden Kriegsdienstverweigerer
4. Finanzielle Fragen des Verbandes
5. Die Situation in den ADF-Verbänden
6. Schreiben des Deutschen Friedensrates
7. Aktion in Ost-Berlin
8. Kampagne für Abrüstung
9. Bundeskongreß 1964
10. Verschiedenes

#### Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Klaus Vack gibt im Auftrag des BV einen Bericht über dessen Tätigkeit seit dem Bundeskongreß. Eine schriftliche Erläuterung über die Erfüllung der BK-Beschlüsse liegt den BA-Mitgliedern vor. Der mündliche Bericht von Klaus Vack wird wegen seines Umfangs nicht protokollarisch festgehalten. Eine intensive Diskussion ergibt sich über die Überbelastung der Verbandsgeschäftsstelle, die besonders deutlich wird, seitdem der Verbandsgeschäftsführer gesundheitliche Beschwerden hat. Der BA beauftragt den BV oder den GV, diesen Punkt noch einmal ausführlich zu diskutieren und geeignete Lösungen zu finden.

Die Geschäftsstelle wird beauftragt, eine Liste der Zeitungen, die den Pressedienst erhalten, allen Gruppen zuzusenden.

In einem Rundschreiben an alle Gruppen ist darauf hinzuweisen, daß die Gruppenvorstände zur Erfüllung des BK-Beschlusses 5 beitragen müssen.

Zur Ausstellung über die Entwicklung des Militarismus in der Bundesrepublik und der DDR wird festgestellt, daß eine ähnliche Ausstellung, allerdings mit wesentlich größerem Umfang, auch bei der IdK vorbereitet wird. Günter Schlatter wird beauftragt, mit den für die Ausstellung bei der IdK Verantwortlichen Kontakt aufzunehmen und dem BV zu berichten, damit dieser endgültig beschließen kann, ob der VK auf einer eigenen Ausstellung besteht oder ob die Ausstellungen koordiniert werden.

### Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Die Vertreter aller anwesenden BA-Gruppen berichten über die Situation und die Entwicklungstendenz in ihren Gruppen. Es muß festgestellt werden, daß in mehreren Gruppen die Mitgliederzahl und die Aktivität stagniert. Nur wenige Gruppen können sich auf einen breiten Mitarbeiterkreis stützen. Den Berichten kann entnommen werden, daß dort, wo die Beratungstätigkeit gut funktioniert eine günstige Mitgliederentwicklung das Ergebnis ist. Einige wenige Gruppen befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten, die nur schwer zu überwinden sein dürften.

Im BA werden die Berichte nur zur Kenntnis genommen und nicht diskutiert. Es wird Aufgabe des BV sein, aus den Berichten Konsequenzen zu ziehen und Überlegungen anzustellen, in wie weit die örtliche Arbeit unterstützt werden kann.

### Zu Punkt 3 der Tagesordnung

3.1. Klaus Vack legt dem BA eine Zusammenstellung des Bundesverteidigungsministeriums über die Zahlenentwicklung in der Kriegsdienstverweigerung vor. In der Diskussion herrscht die Tendenz vor, daß man diese Zahlen nicht überbewerten soll. Werner Titz zweifelt sogar einige Zahlen an, da zum Beispiel bei dem Jahrgang 1941 von 1 373 anerkannten KdVer gesprochen wird, während das BMA in einer anderen Verlautbarung von ca. 1 800 ED-Dienstleistenden des gleichen Jahrganges sprach.

Der GV wird beauftragt, sich noch einmal mit den Zahlenangaben des Bundesverteidigungsministeriums zu beschäftigen und gegebenenfalls einen Pressedienst zu veröffentlichen.

3.2. Hans H. Ploen berichtet über die letzte Sitzung der Zentralstelle.

Durch Materialzusammenstellung aus den Gruppen aller Friedensverbände soll eine Denkschrift über das Verfahren bei den Prüfungsausschüssen- und Kammern erarbeitet werden und versucht werden, durch Einwirkung auf die Gesetzgeber eine Änderung der bisherigen Methode zu erreichen.

Die Mitteilung von Hans H. Ploen, daß der Vertreter des BMA bei der Zentralstellensitzung erklärt hat, daß anerkannte KdVer nunmehr nur noch in Krankenhäusern ihren Dienst ableisten können, veranlasst den BA, den BV zu beauftragen, sich energisch für eine Erweiterung des § 1 des Gesetzes für den zivilen Ersatzdienst einzusetzen. Es ist anzuregen, daß der Sozialdienst im Inland auch auf Jugendherbergen und sonstige Jugendpflegeeinrichtungen ausgedehnt wird. Der § 1 sollte außerdem die Ahleistung eines Friedensdienstes im Ausland und die Ausbildung zum Katastrophenhelfer gewährleisten. In dieser Richtung soll der BV eine Lobby-Arbeit entfalten. Im einzelnen sind vorgesehen: Gespräche mit der Gewerkschaft OTV, dem BMA und den Bundestagsabgeordneten.

Hans H. Ploen wird beauftragt, über die Ergebnisse der Zentralstellensitzung einen Bericht in ZIVIL zu veröffentlichen.

#### Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Klaus Vack berichtet, daß sich die finanzielle Situation des Verbandes im Jahr 1963 günstig gestaltet. Eine Zwischenbilanz vom 30.6.1963 weist ein Reinvermögen des BV von DM 4.248.60 aus. Der BV bemüht sich, im zweiten Halbjahr einen Einnahmenüberschuß von DM 3.000.-- zu erreichen, sodaß das finanzielle Reinvermögen zum 31.12.1963 bei DM 7.000.-- liegen dürfte. Selbstverständlich sind Verschiebungen in einer Größenordnung von DM 1.000.-- nach unten oder oben möglich.

Der BA beschäftigt sich mit der Erhöhung der Zeitungszustell- und kassiergebühren ab 1.1.1964. Es wird ein bereits vom GV gefaßter Beschluß, ab 1.1.1964 Bezugsgebühren von DM 6.15 im Quartal zu erheben, vom BA bestätigt. Der BA beschließt weiterhin, ab 1.1.1964 die Gruppenanteile von DM 2.10 im Quartal auf DM 2.-- im Quartal herabzusetzen. Diese Beschlüsse werden bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gefaßt. Es ergibt sich damit eine Aufteilung der Mehrkosten von ca. 30 % zu Lasten der Bezieher, ca. 20 % zu Lasten der Gruppen und ca. 50 % zu Lasten des BV.

#### Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Zur Situation in den ADF-Verbänden gibt Herbert Stubenrauch einen Bericht über die WRI-Konferenz in Stavanger und der IdK-Jahreskonferenz 1963. Die in der IdK sich abzeichnende Entwicklung bekräftigt die Entscheidung des VK-Bundeskongresses 1963, daß die Voraussetzungen für eine Gesamtfusion VK - IdK zur Zeit nicht gegeben sind. Gruppenübertritte von IdK-Gruppen wurden dem BV bisher nicht angeboten. Der VK ist für derartige Übertritte offen. Es werden jedoch keine zentralen Initiativen in dieser Hinsicht beschlossen.

Zur Bereitschaft der WRI, in ein näheres Kontaktverhältnis mit dem Weltfriedensrat einzutreten, erläuterten die VK-Vertreter bei der WRI-Konferenz, daß man die Entwicklung in der WRI befürworten muß. Man kann Kontakte der WRI zum Weltfriedensrat nicht unter den deutschen Aspekten an der Front des kalten Krieges sehen. Aus der Entschließung der WRI-Jahreskonferenz zu Kontakten zu dem Weltfriedensrat geht jedoch eindeutig hervor, daß die WRI in keiner Weise von ihrer grundsätzlich pazifistischen Zielsetzung abweicht. Es ist nach wie vor Forderung der WRI, in allen Ländern für das Recht der individuellen Verweigerung einzutreten.

#### Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Es liegt ein Schreiben des Deutschen Friedensrates vor, in dem dieser um Kontakte zum VK und um die Veranstaltung gemeinsamer Seminare nachsucht. Der BA diskutiert ausführlich, wie dieses Schreiben beantwortet werden soll. In der Schlußdiskussion stehen zwei Vorschläge zur Abstimmung. Es sind der Entwurf Settele sowie die kombinierten Entwürfe Arlt-Stubenrauch-Vack (beide sind dem Protokoll als Anlage beigefügt). Der BA entscheidet sich mit 11 Stimmen für den Entwurf Arlt-Stubenrauch-Vack. 9 Stimmen entscheiden sich für den Entwurf Settele, zwei Mitglieder enthalten sich der Stimme.

Ein Antrag von Heinrich Hannover, den Antwortbrief des BA an den Deutschen Friedensrat nicht zu veröffentlichen, findet 11 Ja- und 11 Neinstimmen. Er ist damit abgelehnt.

Ein Antrag von Heinrich Hannover, daß der Brief nicht vor Eingang der Antwort des Deutschen Friedensrates veröffentlicht wird, findet bei 12 Ja- und 10 Neinstimmen Zustimmung. Damit ist der BV bevollmächtigt, den Brief des BA dann zu veröffentlichen, wenn eine Antwort des Deutschen Friedensrates eingeht.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung

Herbert Stubenrauch und Klaus Vack geben einen Überblick über Vorbereitung, Durchführung und Ergebnis der Aktion in Ost-Berlin. Bei der Aktion in Ost-Berlin sind verschiedene Schwierigkeiten eingetreten, die in diesem Protokoll nicht im einzelnen erläutert werden können. Bestimmend für einen teilweisen Mißerfolg und für entstandene Spannungen innerhalb der Aktionsgruppe war die Tatsache, daß die Vorbereiter der Aktion, Stubenrauch und Vack, durch höhere Gewalt an der Teilnahme verhindert waren. Der BA steht unter einem gewissen Zeitdruck, sodaß es nicht möglich ist, alle Vorgänge ausführlich zu analysieren und zu Ende zu diskutieren. Trotzdem kann die Diskussion einige Fronten klären. Ein Mißtrauensantrag der Gruppe Köln gegen die BV-Mitglieder Arlt und Hammer wird von dem Gruppenvertreter zurückgezogen. Die Verbandsgeschäftsstelle hat bereits alle Teilnehmer an der Aktion um eine detaillierte kritische Berichterstattung gebeten. Der BA beauftragt eine Kommission, sich ausführlich mit diesen Berichten und mit den gesamten Vorgängen um die Aktion zu beschäftigen und dem BV oder dem BA neue Vorschläge zu unterbreiten. Bei einer Nein-Stimme und 7 Enthaltungen wird die Kommission wie folgt gewählt: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Günter Schlatter, Alfred Riedel, Karl Becker (Frankfurt).

Herbert Stubenrauch stellt trotz der innerverbandlichen Schwierigkeiten fest, daß die Aktion in Ost-Berlin den Verband ein Stück voran gebracht hat.

1. Durch das Druckmittel einer Demonstration ist es gelungen, ein Gespräch mit Volkskammerabgeordneten zu führen, ohne daß der Deutsche Friedensrat in irgendeiner Form eingeschaltet wurde.
2. Den DDR-Stellen konnte klargemacht werden, daß der VK nicht einseitig gegen die westliche Aufrüstung kämpft, sondern Aufrüstung und Militarismus im östlichen Lager ebenso ablehnt.
3. Die Berichterstattung in den westlichen Zeitungen lag keinesfalls auf der Ebene des kalten Krieges gegen den Osten, sondern hat sachlich das Anliegen des VK dargestellt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Dieser Tagesordnungspunkt kann nicht behandelt werden und wird Gegenstand der nächsten BA-Sitzung sein.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung

Dieser Tagesordnungspunkt kann nicht behandelt werden. Der BA bevollmächtigt und beauftragt den BV, alle Fragen im Zusammenhang mit dem Bundeskongreß 1964 mit dem Landesverband Hamburg zu regeln.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung

- 10.1. Ein Antrag der Gruppe Kiel, nach dem der BA prüfen soll, ob und wie weit sich die Tätigkeit von Heinrich Hannover als Strafverteidiger in politischen Prozessen mit seiner Tätigkeit im BV vereinbaren läßt, wird nach ausführlicher Diskussion von Werner Titz zurückgezogen. Alle BA-Mitglieder, die sich an der Diskussion beteiligen, bedauern den Antrag der Gruppe Kiel. Die Diskussionsredner bringen eindeutig zu Ausdruck, daß sie wegen der Prozesstätigkeit von Rechtsanwalt Heinrich Hannover keinerlei belastende Momente für seine Tätigkeit im BV sehen.

- 10.2. Werner Böwing berichtet über ein Gespräch mit der FDP über die Notstandsfrage, von dem ein schriftlicher Bericht diesem Protokoll beigelegt ist.
- 10.3. Devi Prasad, Sekretär der WRI, der am Sonntag Gast der BA-Sitzung ist, gibt einen kurzen Bericht über seine Eindrücke, die er als Beobachter der WRI bei einer Tagung des Weltfriedensrates in Warschau hatte.

Offenbach, 10. Dezember 1963

Für die Protokollführung:

Klaus Vack

Antwortschreiben an den Deutschen Friedensrat (Entwurf Arlt,  
Stubenrauch, Vack)

---

Sie haben uns am 4.9.1963 einen freundlichen Brief geschrieben und einige Vorschläge unterbreitet, nach denen wir mit Ihnen darüber beraten sollten, wie dem von uns allen begrüßten Schritt - der teilweisen Einstellung der Kernwaffenversuche - weitere Schritte im Hinblick auf den Abbau der internationalen Spannungen und einer allgemeinen Abrüstung folgen können.

Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß darauf die politische Lage in Deutschland nicht ohne Einfluß ist. Mit Sorge betrachten wir deshalb auch dieselben Zeichen der Aufrüstung und Militarisierung in der DDR wie in der Bundesrepublik.

Wir sind der Auffassung, daß Friedensarbeit nicht losgelöst von den Problemen des betreffenden Staates getan werden kann, wenn sie nicht in einen Widerspruch zu den objektiven Gegebenheiten geraten will. Unser Kampf richtet sich daher sowohl gegen eine irrtümliche außenpolitische Zielsetzung, wie gegen eine innenpolitische Militarisierung des öffentlichen Lebens in unserem Lande. Wir dürfen annehmen, daß Sie darüber informiert sind.

Vergeblich haben wir bisher gehofft, von ähnlichen Aktivitäten des Deutschen Friedensrates in der DDR Kenntnis zu erhalten.

Wir haben in der Vergangenheit keine Anzeichen dafür finden können, daß Sie eine mit den echten Pazifisten und Antimilitaristen in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare Zielsetzung oder Arbeit vorweisen können.

Wir sehen uns deshalb - legitimiert durch unsere jahrelange Arbeit für den Frieden in der Bundesrepublik - dazu verpflichtet, einen Appell an den Deutschen Friedensrat zu richten.

Wir fordern den Deutschen Friedensrat auf, mit uns in eine Korrespondenz einzutreten und zu folgenden Fragen eine Stellungnahme abzugeben. Wie stehen Sie

- zu einer gesetzlichen Garantie der Gewissensfreiheit und damit des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR,
- zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, insbesondere der Jugend in der DDR und
- zur ständig steigenden militärischen Aufrüstung in der DDR?

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, auf Fragen, die Sie uns vorlegen, ebenfalls unsere Stellungnahme abzugeben. Sollte die Korrespondenz in Ihrem wie in unserem Sinne einen zufriedenstellenden Verlauf nehmen, sind wir gerne bereit, die Möglichkeit von gemeinsamen Seminaren bzw. Gesprächen neu zu überdenken.

Antwortschreiben an den Deutschen Friedensrat (Entwurf Settele)

Sie haben uns in einem Brief vorgeschlagen, gemeinsame Seminare sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR durchzuführen. Diesen Vorschlag halten wir nicht für sinnvoll.

Dem Frieden auf der Erde stehen nicht in erster Linie die Beziehungen der Staaten zueinander entgegen, sondern die gesellschaftlichen und politischen Systeme, von denen die Menschen beherrscht werden. Diese Systeme begünstigen die in ihren wirklichen Personen, Gruppen und Klassen, deren materielle Interessen es verlangen, daß die militärischen Spannungen aufrecht erhalten und die Kriegsvorbereitungen weiter getrieben werden. Dies gilt für beide Weltlager, auch für beide Teile Deutschlands.

Diesen Zustand zu überwinden, ist Inhalt gesellschaftlicher und innenpolitischer Kämpfe, die die kleinen Leute in allen Regionen der Erde führen müssen. Bessere Beziehungen zwischen den Staaten werden das Ergebnis dieser Kämpfe sein; sie stehen am Ende, nicht am Anfang dieses Kampfes.

Der VK führt in der Bundesrepublik einen innenpolitischen Kampf auf dem Gebiet, das seinen Aufgaben entspricht. Wir möchten wünschen, daß auch der Deutsche Friedensrat in der DDR einen solchen Kampf führt. Bisher ist uns aber nichts bekannt geworden, daß der Deutsche Friedensrat an irgendwelchen gesellschaftlichen oder politischen Zuständen in der DDR Kritik geübt hat. Gemeinsame Seminare von Vertretern verschiedener Länder, von denen nur die einen Kritik am System ihres Landes üben, die anderen aber das System, unter dem sie leben, kritiklos vertreten, können kein Ergebnis haben, das dem menschlichen Fortschritt und dem Frieden dient. Solche Seminare ändern nichts am Kräfteverhältnis zwischen den Menschen, die für den Frieden eintreten, und jenen, die am Kriege interessiert sind. Sie wären reine Scheinaktivitäten.

Natürlich sind wir dennoch bereit, die Diskussion mit Ihnen fortzusetzen, dabei unseren Standpunkt näher zu erläutern und Ihre Auffassungen näher kennenzulernen.

Protokollnotiz über das Gespräch mit der FDP-Bundestagsfraktion  
über Fragen der Notstandsgesetzgebung

Ort: Bonn, Bundeshaus, Sekretariat der FDP-Fraktion  
Zeitpunkt: Donnerstag, den 5. 12. 1963 um 15 Uhr  
Gesprächspartner: In Vertretung von Herrn Bundestagsabgeordneten  
Dörr der Geschäftsführer des innenpolitischen  
Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion,  
Herr Emig  
vom VK Herbert Stubenrauch und Werner Böwing  
Dauer des Gespräches: ca 45 Minuten

Wir hatten uns vorher darüber abgestimmt, daß wir mit der FDP drei wesentliche Fragen der Notstands- und Zivildienst besprechen wollten.

1. Wie steht die FDP zu dem in der Öffentlichkeit bekannten Regierungsentwurf über Fragen der Notstands- und Zivildienstgesetzgebung.
2. Ist die FDP der Auffassung, daß die verschiedenartigen Notstandsgesetze und das Zivildienstgesetz mit oder ohne Grundgesetzänderung verabschiedet werden können.
3. Unsere Sorge, daß durch ein Zivildienstgesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeschränkt werden könnte.

Herr Emig erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, daß er selbstverständlich nur für den Arbeitskreis, dessen Geschäftsführer er wäre, sprechen könnte. Im übrigen sei die FDP ein "liberaler Haufen", wo leider bzw. Gott sei Dank jeder so ziemlich machen könne, was er wolle. Einen Fraktionszwang gäbe es nicht.

Zu 1. führte E. folgendes aus. Das Notstandspaket müsse erst einmal aufgeschnürt werden. Der Regierungsentwurf, wie er der Öffentlichkeit bekannt sei, existiere praktisch nicht mehr, da auch innerhalb der CDU immer größere Bedenken gegen eine Ermächtigung eines zu kleinen Kreises von Personen und der Möglichkeit eines Mißbrauches laut würden.

Die FDP sei im übrigen als kleinste Fraktion des Bundestages im wesentlichen daran gehalten, sich mit den Vorstellungen von SPD und CDU zu befassen, da beispielsweise die SPD mit ihrer Sperrminorität die Möglichkeit habe, jede Grundgesetzänderung zu Fall zu bringen. Bevor in diesen beiden Fraktionen keine endgültigen Beschlüsse gefaßt wären, könnte also auch die FDP nicht endgültig sagen, was sie wolle. Fest stehe aber, daß die FDP im Grundsatz eine Notstandsgesetzgebung bejahe, daß aber darauf geachtet werden müsse, daß kein Mißbrauch mit diesem Gesetz getrieben würde.

Ganz entschieden wehre sich die FDP gegen einige Formulierungen des Regierungsentwurfes, wo praktisch Parlament und andere freigewählte Körperschaften ausgeschaltet werden könnten. Die FDP sehe zwar ein, daß nicht alle Abgeordneten im Notstandsfalle entscheiden könnten, weil es ja möglich wäre, sie könnten nicht alle zusammenkommen. Auf der anderen Seite aber müßte der Kreis von Leuten möglichst groß und bunt gemischt sein, d.h. es darf nicht einer politische Gruppe möglich sein, dann zu bestimmen. Im übrigen meine E., daß im Kriegsfall ja auch die Notstandsgesetze nichts mehr nützen würden. Er stimmte zu, als Böwing meinte, dann würden ja wohl die Generale das letzte Wort haben. Zu Frage 1. scheint also die FDP im wesentlichen die Auffassung der SPD zu vertreten.

Zu 2. Einige Notstandsgesetze könnten nach Auffassung der FDP auch vor Verabschiedung des Ganzen verabschiedet werden. So müsse nach Auffassung E.'s recht bald ein Schutzbau-gesetz erlassen werden. Dieses beispielsweise könnte in abgeänderter Form auch ohne Grundgesetzänderung beschlossen werden. E. meinte, es würden so viele neue Häuser gebaut und es wäre nicht einzu-sehen, warum hier keine Vorschrift erlassen wurde, daß Schutz-räume eingebaut werden müssen.

Da die meisten anderen Notstandsgesetze aber das Grundgesetz be-rühren, seine eine Verabschiedung dieser Gesetze nicht möglich, ohne daß das Grundgesetz geändert würde. Wir haben ausdrücklich gefragt, ob das die endgültige und feste Meinung der FDP sei. Das wurde uns dann auch versichert.

Zu 3. trugen Stubenrauch und Böwing ihre Bedenken vor gegen eine Zivildienstgesetzgebung, wo praktisch das Recht auf Kriegsdienst-verweigerung ausgehöhlt werden könne. E. meinte hierzu, daß selbstverständlich, falls das Grundgesetz nicht geändert würde, und das wäre ja sehr schlimm, wie er sagte, auch in der Frage des Zivildienstgesetzes der Art. 4 Abs. 3 gewahrt werden müsse. Wir trugen dann unsere Bitte vor, man möge dann doch in die Zivildienstgesetzgebung einen Passus aufnehmen, worin steht, daß anerkannte Kriegsdienstverweigerer keinen Zivildienst zu leisten brauchen. E. meinte, das ginge nicht, weil der Zivildienst ja nicht in jedem Falle mit der militärischen Verteidi-gung zusammenhängen würde.

Auf alle Fälle wolle sich die FDP aber dafür einsetzen, daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung durch Notstandsgesetze und Zivildienstgesetze nicht beeinträchtigt wird. E. versicherte uns, daß er unsere diesbezüglichen Bedenken dem innenpolitischen Arbeitskreis vortragen werde. Er meinte aber, daß unsere Leute ja genügend Mut und auch Wissen um die Dinge hätten, um gegebenen-falls vor den Gerichten ihre Rechte auf Kriegsdienstverweigerung unter dem Zivildienstgesetz zu wahren.

Schlußbemerkung: Ohne optimistisch sein zu wollen, kann gesagt werden, daß das Gespräch in einer freundlichen Atmosphäre statt-fand. E. gab uns zwar zu verstehen, daß er kein Kriegsdienst-verweigerer sei, aber durchaus die Anliegen unseres Verbandes ernst nähme. Auch innerhalb der FDP, so schien es uns zumindestens, hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer einen guten Namen. Stubenrauch und ich hatten nicht den Eindruck, als ob man dieses Gespräch mit uns geführt hat, weil man eben auch Wählerstimmen braucht oder weil man uns nicht vor den Kopf stoßen wollte, sondern man war durchaus bereit, unsere Argumente anzuhören.

Solingen, 6, Dez. 1963

Werner Böwing

Abschrift des Schreiben vom Deutschen Friedensrat vom 4.9.63  
an Herbert Stubenrauch

---

Sehr geehrter Herr Stubenrauch!

Der Abschluß des Moskauer Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu Wasser, in der Atmosphäre und im Kosmos gibt uns berechtigte Hoffnung, daß nach diesem ersten Schritt weitere Schritte in der Richtung auf den Abbau der internationalen Spannungen und einer allgemeinen Abrüstung getan werden.

Auf diese Entwicklung aber ist die politische Lage in Deutschland nicht ohne Einfluß. Es steht daher jetzt noch dringender die Frage vor uns: Müßte nun nicht ein deutscher Beitrag geleistet werden, indem auch zwischen beiden deutschen Staaten die Spannungen gemindert und ihre gegenseitigen Beziehungen normalisiert werden und wodurch könnte das geschehen?

Dies veranlasst uns, dem Zentralen Ausschuß der Ostermarschbewegung in einem Brief einige Vorschläge zu unterbreiten, die wir Ihnen im Anhang zur Kenntnis geben möchten. Vielleicht läßt sich ein Weg finden, wie wir gemeinsam für die politische Entspannung und Verständigung in Deutschland wirken können.

Mit hochachtungsvollen Grüßen

F r i e d e n s r a t  
der Deutschen Demokratischen Republik

(Heinz Willmann)  
Generalsekretär

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

PROTOKOLL V 3 - 1964

der Sitzung des Bundesausschusses am 1./2.5.1964 in Hamburg

===== 8.5.64 =====

Anwesend: Herbert Stubenrauch, Werner Böwing, Klaus Vack, Hans H. Ploen, Heinrich Hannover, Alfred Riedel, Günter Lübcke, Hans Hammer, Hans Joachim Arlt, Günter Schlatter, Horst Maurer (Bundesvorstand); Gerd Heinemann, Dortmund; Hans Emter, Düsseldorf; Karl Becker, Frankfurt; G. Nebel, Hamburg; W. Grußendorf, Hannover; Werner Titz; Hermann Rosendahl, Köln; Reiner Poller, Offenbach; Reinhold Settele, Stuttgart; Werner Kluge, Wuppertal.

Gäste: Hannelore Vack, Egon Becker, Jens A. Schütte, Annelie Titz, Karl-Heinz Stahnke, Dr. Fritz Katz, Herbert Mayer, Wilfried Hille, Helmut Grell.

es fehlten: Die Vertreter der Gruppen Bielefeld, Mannheim und München.

- Tagesordnung:
1. VK-Bundeskongress 1964
  2. Auswertung der Ost-Berlin-Aktion
  3. Kampagne für Abrüstung
  4. Möglichkeiten der VK-Arbeit zur Verwirklichung des Beschlusses 19 vom Bundeskongress 1963 (Gewaltlosigkeit)
  5. Fragen des zivilen Ersatzdienstes
  6. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

- 1.1. Begrüßungsworte an den Kongress sollen richten: G.H. Friedrich für die IdK, Dr. Fritz Katz für Zentralstelle und Versöhnungsbund und Hans Schaffner für die Naturfreundejugend. Die übrigen Gäste werden begrüßt, halten jedoch keine Begrüßungsansprache. Aus den schriftlichen Grußworten wird durch Herbert Stubenrauch bei der Eröffnung und Begrüßung des Kongresses zitiert.
- 1.2. Der BA schließt sich dem Vorschlag der Gruppe Bielefeld an und empfiehlt dem BK den Entwurf zur Geschäftsordnung in § 8 um folgenden Satz zu erweitern: "Die Antragskommission kann dem BK weder Zustimmung noch Ablehnung zu den Anträgen empfehlen."
- 1.3. Der BA schlägt dem BK folgende Kommissionen vor:  
 Tagungspräsidium: Böwing, Settele, Wörmer  
 Antragskommission: Egon Becker, Hille, Riedel  
 Mandatsprüfungskommission: Hannelore Vack, Kettner, Annelie Titz
- 1.4. Die unter TO 7 zu erteilende Erlastung des BK für den Schatzmeister und den gesamten Vorstand betrachtet der BA als eine Entlastung über die Finanzpolitik und Kassenführung des Vorstandes.
- 1.5. An alle Delegierten und Gäste wird ein von der Geschäftsstelle vorbereiteter Fragebogen ausgegeben, der durch die Mandatsprüfungskommission ausgewertet wird.
- 1.6. Der BA-Vertreter der Gruppe Frankfurt, Karl Becker, erklärt, daß die Gruppe Frankfurt den Antrag 1 auf Satzungsänderung zurückzieht.

1.7. Der BA beschäftigt sich mit Antrag 23 des GV, der einen Appell an die Volkskammer der DDR beinhaltet. Der GV bittet den BA, diesen Antrag zu einem Antrag des BA zu erheben. Es ergibt sich eine lange und ausführliche Diskussion, an der sich fast alle BA-Mitglieder durch Diskussionsbeiträge beteiligen. Am Ende dieser Diskussion beschließt der BA mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen, sich nicht hinter den Antrag des GV zu stellen, worauf der GV den Antrag 23 zurückzieht.

Der BA stellt folgende Anträge an den BK:

Antrag 23a

Die Unterzeichner dieses Appells setzen sich aktiv für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland sowie für eine politische Entspannung zwischen Ost und West ein. Sie sehen in der Kriegsdienstverweigerung eine der Möglichkeiten, die erhärteten Fronten des Kalten Krieges aufzuweichen und an der Verhinderung eines Krieges mitzuwirken. In der DDR gibt es noch keine gesetzliche Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung. Die Unterzeichner appellieren an die Volkskammer, ein Gesetz zu schaffen, welches den Bürgern in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gibt. (Dieser Antrag wird vom BA einstimmig beschlossen.)

Dieser Appell wird im Falle einer positiven Beschlußfassung durch den BK im Anschluß an den Kongress bei einer entsprechenden Presseauswertung und einer Berichterstattung gegenüber den Gruppen veröffentlicht. Außerdem werden prominente Persönlichkeiten um Unterzeichnung und damit Unterstützung des Appells gebeten. Der Appell wird anlässlich des "Tag der Gefangenen für den Frieden" in der Volkskammer in Ostberlin übergeben. Der BA beauftragt den BV, über eine darüber hinausgehende Publizierung und Auswertung des Appells konkrete Beschlüsse zu fassen.

Antrag 23 b

Der VK-Bundeskongress 1964 appelliert an die Volkskammer der DDR, die vormilitärische Erziehung und Ausbildung, wie sie insbesondere innerhalb der FDJ und der Gesellschaft für Sport und Technik betrieben wird, einzustellen. Der VK verurteilt mit der gleichen Entschiedenheit jegliche Art von vormilitärischer Erziehung und psychologischer Kriegsvorbereitung in allen Ländern - auch in der Bundesrepublik Deutschland -, weil er der Auffassung ist, daß darin ein wesentliches Hindernis zur Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens der Völker untereinander liegt. (Dieser Antrag wird vom BA bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen).

Herbert Stubenrauch und Heinrich Hannover werden dem BK einen Initiativantrag vorlegen, der fordert, daß zum Ausgleich gegenüber der "Aufklärung" über die Bundeswehr die gleiche Aufklärung über das Recht der Kriegsdienstverweigerung an den Schulen betrieben wird.

1.8. Der BA diskutiert darüber, in wie weit es sinnvoll ist, Wahlvorschläge dem BK zu unterbreiten. Eine Abstimmung ergibt: 6 Stimmen sind dafür, daß der BA einen kompletten Wahlvorschlag unterbreitet, der allerdings mehr als die acht zu wählenden Beisitzer für den BV vorsieht; 5 Stimmen sind dafür, daß der BA einen kompletten Vorschlag unterbreitet, der so viele Personen vorschlägt, wie gewählt werden sollen; 3 Stimmen sind dafür, daß der BA lediglich dem BK den Bundes-

vorsitzenden, den Stellvertreter und den Schatzmeister vorschlagen sollte.

- a) zum Bundesvorsitzenden schlägt der BA dem BK Herbert Stubenrauch vor. (Einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme)
- b) zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden liegen dem BA zwei Vorschläge vor und zwar Alfred Riedel und Dr. Fritz Katz. Die geheime Abstimmung ergibt 12 Stimmen für Alfred Riedel und 9 Stimmen für Dr. Katz. Somit schlägt der BA dem BK Alfred Riedel vor.
- c) Zum Schatzmeister schlägt der BA dem BK Klaus Vack vor. (Einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme.)
- d) Folgende Beisitzer für den neuen BV schlägt der BA dem BK vor (Günter Schlatter, der ebenfalls vorgeschlagen wird, lehnt eine Kandidatur ab), wobei der BK aus den Vorschlägen nur 8 Freunde wählen kann und eine geheime Abstimmung im BA unter Beteiligung von 20 BA-Mitgliedern folgende Stimmen für die einzelnen Kandidaten ergibt:

Hans Joachim Arlt	13
Egon Becker	19
Werner Böwing	16
Hans Hammer	11
Heinrich Hannover	19
Wilfried Hille	12
Dr. Fritz Katz	11
Günter Lübcke	13
Horst Maurer	17
Hans H. Ploen	17

- e) Zur Wahl der Kassenprüfer schlägt der BA dem BK einstimmig die Wiederwahl der Freunde Arnold Gründel  
Hans Hampe und  
Hans K. Knauer vor.
- f) Für das Bundesschiedsgericht stellt der BA Hans Wörmer einstimmig als Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichtes zur Wiederwahl. Für die beiden Beisitzer wird dem BK folgender Vorschlag unterbreitet: Gerhard Grüning, Herbert Mayer, Ulrich Scholderer. Beisitzer im Bundesschiedsgericht werden die Kandidaten sein, die in der Stimmenzahl an 1. und 2. Stelle liegen, der Kandidat an dritter Stelle fungiert im Bundesschiedsgericht als Ersatzmann.

Zu Punkt 2 der TO:

Der BA hatte auf seiner letzten Sitzung eine Kommission gebildet, die beauftragt war, die Vorgänge um die Vorbereitung und Durchführung der Aktion in Ost-Berlin zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" zu prüfen und zu analysieren, und dem BA einen Vorschlag zu unterbreiten, wie diese Angelegenheit für den Verband zufriedenstellend zu bereinigen ist. Die Kommission hat sich eingehend mit dem über die Ost-Berlin-Aktion vorliegenden Material des GV und der Teilnehmer beschäftigt und schlägt dem BA folgende abschließende Erklärung zur Beschlußfassung vor:

1. Der ursprünglich gefaßte Plan für die Durchführung dieser Aktion konnte wegen verschiedener organisatorischer Schwierigkeiten und Mängel nicht in der Weise realisiert werden, wie dies beabsichtigt war.
2. Die Beteiligten trafen in West-Berlin zum Teil widersprüchliche Vereinbarungen, die dazu führten, daß nach dem Gespräch in der

Volkskammer keine einheitliche Meinung in der Demonstrationsfrage entstehen konnte. Die Kommission stellt jedoch ausdrücklich fest, daß angesichts der politischen Bedeutung dieser Aktion das durch Ost-Berliner Polizeibehörden ausgesprochene Demonstrationsverbot von den Teilnehmern nicht als eine grundsätzliche Bindung betrachtet werden durfte.

3. Angesichts der vorgenannten Umstände kann keinem der Beteiligten ein Vorwurf für seine Verhaltensweise gemacht werden.
4. Die Teilnehmer der damaligen Aktion sprachen sich für ähnliche Versuche auch für die Zukunft aus. Eine bessere Vorbereitung - die solche Vorkommnisse ausschaltet - muß dabei vom Bundesvorstand unbedingt getroffen werden.

Der BA beschließt einstimmig bei 4 Enthaltungen, sich dieser von der Kommission vorgelegten Erklärung anzuschließen.

Günter Schlatter empfiehlt, daß sich der VK einmal ausführlich darüber informiert, welche Unternehmungen seitens des VK den Kriegsdienstverweigerern in der DDR dienlich sein könnten. Er hält es zur Klärung dieser Frage für sinnvoll, wenn eine Beobachterdelegation zu Pfingsten 1964 am Deutschlandtreffen in Ost-Berlin teilnimmt und Gespräche mit jungen Menschen aus der DDR führt. Aus Zeitknappheit sieht sich der BA nicht in der Lage, über diese Frage zu diskutieren und einen Beschluß zu fassen.

Zu Punkt 3 der TO:

Auf Antrag von Klaus Vack verzichtet der BA zu Anfang auf die vorgesehenen Bericht der BA-Gruppenvertreter über die regionale Situation in der Kampagne für Abrüstung.

Herbert Stubenrauch gibt einen Bericht, wie es zu der Sondernummer des VK-Bundesvorstandes zu den "Ostermarsch-Betrachtungen" kam. Anschließend nimmt der BA zur Kenntnis, daß die BV-Mitglieder Böwing und Schlatter gegen die ZIVIL-Sondernummer gestimmt haben und welche Gründe sie dafür hatten.

Klaus Vack verliest zur Aufklärung für die BA-Mitglieder das von ihm vervielfältigte Protokoll über die schriftlichen und telefonischen Absprachen und Beschlüsse des BV zur Erstellung einer ZIVIL-Sondernummer. Der BA beschließt, daß die mit der Verlesung des Beschlußprotokolls bekannt gewordenen Einzelheiten der BV-internen Diskussion vertraulich zu behandeln sind.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion an, bei der unter anderem geprüft wird, ob der BV richtig gehandelt hat und in wie weit ein vertrauliches Rundschreiben, das lediglich an die BV-Mitglieder ging und aus dem in der Broschüre "Ostermarsch-Betrachtungen" zitiert wurde, nicht vertraulich behandelt wurde. Der BA faßt nach der Diskussion folgende Beschlüsse:

- a) Der BV hat sich in allen Angelegenheiten der Kampagne für Abrüstung, insbesondere in seiner Stellungnahme zu den "Ostermarsch-Betrachtungen" richtig verhalten. (einstimmig bei 2 Enthaltungen).
- b) Der BA mißbilligt, daß das BV-Mitglied Günter Schlatter ein vertrauliches Rundschreiben, das nur an BV-Mitglieder ging, nicht vertraulich behandelt hat und es einigen Gruppenmitgliedern der VK-Gruppe Köln zur Kenntnis gegeben hat. Der BA verweist auf einen früheren Beschluß, daß bei vertraulichen Rundschreiben eine Diskussion und Information nur innerhalb des Personenkreises stattfinden kann, der diese vertrauliche Rundschreiben erhielt. (13 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen).

- c) Der BA beauftrag den neuen BV, weiter zu überprüfen, ob und in wie weit VK-Mitglieder Informanten des Schreibers der Broschüre "Ostermarsch-Betrachtungen" waren. (14 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen).

Zu Punkt 4 der TO:

Die Beratung und Beschlußfassung über die Möglichkeiten der VK-Arbeit zur Verwirklichung des Beschlusses 19 vom Bundeskongress 1963 wird dem Bundesvorstand übertragen.

Zu Punkt 5 der TO:

Die Beratung und Beschlußfassung über diesen Tagesordnungspunkt wird dem Bundesvorstand übertragen.

Zu Punkt 6 der TO:

Liegt nichts vor.

6050 Offenbach, den 6. Mai 1964

Für die Protokollführung  
Klaus Vack

Protokoll V 8 - 1964 der Sitzung des Bundesausschusses am  
11./12. Juli 1964 in Offenbach

15.7.64  
Anwesend: Herbert Stubenrauch, Alfred Riedel, Klaus Vack, Egon  
Becker, Werner Böwing, Hans Hammer, Heinrich Hannover,  
Winfried Hille, Dr. Fritz Katz, Horst Maurer, Hans H.  
Ploen (Bundesvorstand); Jörn Hempel, Bielefeld; Hans  
Emter, Düsseldorf; Norbert Winkler, Frankfurt; Rüdiger  
Kintzel, Hamburg; Wolfgang Grubendorf, Hannover; Werner  
Titz, Kiel; Torsten Kemme, Köln; Herbert Spiecker,  
München; (nur am 11.7.64); Hans-Joachim Arlt, Offenbach;  
Joachim Loes, Stuttgart.

Gäste: Bruno Wendel, (teilweise), Helga Weber, Hannelore Vack  
(teilweise)

es fehlen die Vertreter der Gruppen Dortmund, Mannheim und Wup-  
pertal.

Tagesordnung:

1. "Ostpolitik" des VK
2. Appell an die Volkskammer in Sachen  
Kriegsdienstverweigerung in der DDR
3. VK-Initiative zum Antikriegstag
4. Mitteilungen des BV
5. Bundeskongreß 1965
6. UN-Truppe für Zypern
7. Beschluß 24 des Bundeskongresses 1964
8. Verschiedenes

Zu Punkt 4 der TO

Dem BA liegt als Arbeitsgrundlage für die Diskussion ein Arbeits-  
papier von Herbert Stubenrauch vor. Das Arbeitspapier beschäftigt  
sich mit den Möglichkeiten einer "Ostpolitik" des VK. Es schildert  
kurz das seitherige Verhalten des VK in dieser Frage, skizziert  
die neue Situation in der Weltpolitik, die sich besonders seit  
1963 abzeichnet und erhebt einige Forderungen, zu denen sich der  
VK bekennen sollte.

Es ergibt sich eine ausführliche Diskussion, deren einzelne Ge-  
sichtspunkte zu protokollieren sich die Protokollführung überford-  
ert sieht. Es wird sowohl von Herbert Stubenrauch als auch von  
den meisten anderen Diskussionsrednern festgestellt, daß es mehr  
um eine grundsätzliche Diskussion und einige Verbandsinterne  
Festlegungen des VK geht, als um eine öffentliche Proklamierung  
einer neuen oder erstmals konkret artikulierten VK-Ostpolitik.  
Eine derartige Beschränkung wird auch deshalb besonders von einigen  
Gruppenvertretern gefordert, (Hamburg, München, Kiel und Köln)  
weil der VK ein Zusammenschluß von Kriegsdienstverweigerern sei,  
bei dem unter den einzelnen Mitgliedern sehr wohl unterschiedliche  
Vorstellungen im Hinblick auf eine VK-Ostpolitik bestehen könnten.  
Dazu wird festgestellt, daß es nicht nur Aufgabe des VK sei,  
Kriegsdienstverweigerer zu versammeln, sondern an der Beseitigung  
der Kriegsursachen mitzuwirken. Daraus ergäbe sich, daß man in der  
Deutschlandfrage und zu den Problemen des Ost-West-Konfliktes  
Stellung beziehen müsse, um sinnvoll für Abrüstung und Entspannung  
wirken zu können.

Der BA entschließt sich, zu einigen Fragen ein Bekenntnis abzugeben, wobei dies - wie oben bereits geschildert - nicht zur öffentlichen Proklamation, sondern für die verbandsinterne Arbeit und als Ausgangsposition für notwendige politische Entscheidungen dient.

- a) Der VK fordert Gespräche zwischen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Der VK ist der Meinung, daß auch etwaige staatsrechtliche Bedenken kein Hinderungsgrund für solche Gespräche sein dürften. Der VK sollte selbst solche Gespräche mit Bevölkerung und Organen der DDR suchen und dabei besonders die militärpolitischen Fragen und die Frage der Kriegsdienstverweigerung zur Diskussion stellen. (angenommen bei 3 Neinstimmen und 3 Enthaltungen)
- b) Der VK vertritt die Meinung, daß die Oder-Neiße-Linie eine Realität ist und daß die Bundesrepublik keine territorialen Forderungen an Polen hat. (einstimmig bei 1 Enthaltung)
- c) Der VK vertritt die Auffassung, daß die Hallstein-Doktrin einen wesentlichen Hinderungsgrund für die Entspannung in Mitteleuropa darstellt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen, Rumänien, CSSR, Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien ist im Interesse des Voranschreitens von Gesprächen und Verhandlungen in Mitteleuropa unumgänglich. (einstimmige Annahme)

Der Gruppenvertreter der Gruppe Köln, Torsten Kemme, legt Wert darauf, daß evtl. Kontakte, die sich aufgrund der grundsätzlichen Beschlüsse mit Organen der DDR ergeben, auf DDR-Behörden beschränkt bleiben müßten und nicht auf DDR-Organisationen übergreifen dürften. Herbert Stubenrauch stellt hierzu fest, daß alle Aktionen dieser Art, gleich ob sich dabei ein Kontakt mit DDR-Behörden oder DDR-Organisationen ergäbe, grundsätzlich vom BA beschlossen werden müssen. Es sei deshalb auch nicht notwendig, daß der BA heute einen grundsätzlichen Beschluß fasse, da er jede einzelne Frage von Fall zu Fall regeln könne. Dieser von Herbert Stubenrauch vertretene Meinung wird durch den BA zugestimmt.

Der BA hatte in einer Sitzung Ende vorigen Jahres einen Antwortbrief auf diverse Schreiben des Deutschen Friedensrates beschlossen. Am 11.1.1964 ging vom Generalsekretär des Deutschen Friedensrates, Heinz Willmann, eine ausführliche Rückantwort ein, in der auch zu den vom BA angesprochenen Fragen Stellung genommen wurde. Dieser Brief, höflich und bestimmt gehalten, ließ durch einige abschließende Bemerkungen den Schluß zu, daß Heinz Willmann die Korrespondenz damit als abgeschlossen betrachtet. Nun hat der Deutsche Friedensrat am 21.5.1964 seinen Brief vom 11.1.1964 in Erinnerung gebracht und außerdem einen Austausch der Publikationen angeregt, sowie zu einer Feier in der DDR aus Anlaß des 50. Todestages von Bertha von Suttner eingeladen. Der BA ist der Auffassung, daß nach wie vor noch keine Voraussetzungen gegeben sind, um an einer Veranstaltung des Deutschen Friedensrates teilzunehmen. Der BV wird jedoch beauftragt, den Brief vom 21.5.1964 zu beantworten und die Bereitschaft des VK mitzuteilen, Publikationsorgane des VK (keine Rundschreiben) gegen Publikationsorgane des Deutschen Friedensrates auszutauschen. Außerdem bevollmächtigt der BA den BV, gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt einen Artikel austausch mit dem Deutschen Friedensrat anzuregen. Um politische Schwierigkeiten und falsche Interpretationen zu vermeiden, gäbe es hierfür zwei Möglichkeiten:

- a) Vom Deutschen Friedensrat und vom VK werden Artikel jeweils zum gleichen Thema geschrieben und beide Artikel ohne Zensur in jeweils gleichwertigen Publikationsorganen des Friedensrates und des VK veröffentlicht.
- b) Der VK wählt einen ihm wichtig erscheinenden Artikel aus, der vom Friedensrat veröffentlicht wird und dafür veröffentlicht der VK einen vom Friedensrat gewünschten Artikel.

#### Zu Punkt 2 der TO

Für die Unterschriftensammlung für den Appell an die Volkskammer der DDR in Sachen Kriegsdienstverweigerung in der DDR hat der BV bisher einige prominente Persönlichkeiten angeschrieben, unter Benutzung deren Unterschriften nun weitere Persönlichkeiten angesprochen werden sollen. Unterzeichnet haben Präses D. Dr. J. Beckmann, Prof. Heydorn, Dr. Klönne, Prof. Dr. Dr. Baade, Dr. Heinz Kloppenburg und Erich Kästner. Der BV plant, insgesamt ca. 100 Prominente aus der Bundesrepublik unterschreiben zu lassen. Der Appell soll am 30.11.1964 in der Volkskammer, möglichst dem Volkskammerpräsidenten, Dr. Johannes Dieckmann, übergeben werden. Mit der Übergabe dieses Appells soll eine Aussprache über den Problembereich verbunden sein. Dabei soll auch gleichzeitig die Frage der vormilitärischen Ausbildung zur Sprache gebracht werden. Der BA beauftragt den BV zu prüfen, ob und in welcher Form der Appell an alle Volkskammerabgeordneten und geeigneten Personen herangebracht werden kann.

#### Zu Punkt 3 der TO

3.1. Klaus Vack informiert den BA über die Bemühungen des BV, in der Zeit um den 1. September 1964 einen Versöhnungsmarsch durch Polen nach Warschau zu veranstalten. Obwohl das poln. Außenministerium bereits vor 6 Wochen angeschrieben (Eilboten - Luftpost - Einschreiben) und darüber hinaus eine Abschrift dieses Briefes mit entsprechenden Begleitschreiben an mehreren BV-Mitgliedern bekannte, polnische Persönlichkeiten bzw. Organisationen ging, liegt bisher von polnischer Seite kein zusagender noch absagender Bescheid vor. Klaus Vack hatte außerdem eine Unterredung in der polnischen Militärmission in West-Berlin, die in einem ausgezeichneten Verhandlungsklima verlief, jedoch auch keine direkten Erfolge brachte. Das polnische Außenministerium wurde durch Telegramme gebeten, dem VK bald eine verbindliche Stellungnahme zukommen zu lassen.

Der BV hatte sich in seiner Zusammenkunft vor dieser BA-Sitzung mit dem Versöhnungsmarsch noch einmal beschäftigt und mußte feststellen, daß selbst dann, wenn noch ein zusagender Bescheid eintrifft, kaum noch Möglichkeiten bestehen, den Marsch zu realisieren. Er schlägt deshalb dem BA vor, auf dieses Projekt zu verzichten. Mit einer entsprechenden Stellungnahme an das Außenministerium der Volksrepublik Polen sollte abgewartet werden, bis die Antwort aus Polen vorliegt. Der BA schließt sich diesem Vorschlag des BV an.

Von BA-Mitgliedern wird vorgeschlagen, die durch die Vorbereitung des Versöhnungsmarsches entstandenen Kontakte nicht wieder abreißen zu lassen und im BV zu prüfen, ob ein solcher Marsch oder eine ähnliche Aktion im Jahre 1965 verwirklicht werden könnte.

- 3.2. Der BA nimmt zur Kenntnis, daß die Redaktion ZIVIL die gesamte September-Nummer unter das Thema "Antikriegstag" stellen wird. In dieser Nummer fallen auch die üblichen Standardseiten wie "Rechtliche Seite", "Bibliographischer Wegweiser", "Pazifistische Dienste", "Neues", "Aktionen und Tatsachen" usw. weg. Die Nummer wird so rechtzeitig fertig, daß sie in den hauskassierenden Gruppen vor dem 1. September zur Verteilung; gebracht werden kann. Ob die postbeziehenden Mitglieder diese Nummer ebenfalls vor dem 1. September zugestellt erhalten können, wird zur Zeit noch von der Verbandsgeschäftsstelle bei dem zuständigen Postamt geklärt.
- 3.3. Auf Anregung von Heinrich Hannover beauftragt der BA den BV, zum Antikriegstag folgenden Appell an den Bundespräsidenten zu richten, der auch in der Presse veröffentlicht werden soll:

"Der Bundespräsident möge aus Anlaß des deutschen Überfalls auf Polen dem polnischen Staatspräsidenten eine Grußbotschaft des deutschen Volkes übermitteln, in der die Hoffnung auf zukünftige freundschaftliche Beziehungen der beiden Völker und die Versicherung zum Ausdruck gebracht werden, daß das deutsche Volk keine Veränderungen der durch den von Deutschen verschuldeten Krieg geschaffenen Grenzverhältnisse mehr anstrebt. Ferner möge ein Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Polen vorbereitet werden, durch den das Bemühen des deutschen Volkes um eine Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Polen unterstrichen wird."

#### Zu Punkt 4 der TO

- 4.1. Ausgehend von einem Beschluß des Bundeskongress 1963 hat der BV seit längerer Zeit mit dem BMA wegen der Verfassungsmäßigkeit des § 20 Abs. 1 des Ersatzdienstgesetzes korrespondiert. Das BMA kann sich einem VK-Rechtsgutachten von Dr. Monnerjahr nicht anschließen. Dr. Monnerjahr hatte eine Verfassungswidrigkeit aus § 20 Abs. 1 des Ersatzdienstgesetzes entnommen. Das BMA stellt sich auf den Standpunkt, daß in dem Rechtsgutachten nicht die Andersartigkeit des Ersatzdienstes gegenüber des Wehrdienstes berücksichtigt ist. Falls der VK die Vorschriften des § 20 Abs. 1 des Ersatzdienstgesetzes für verfassungswidrig halte, stellt das BMA eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anheim. Inzwischen muß vielerorts festgestellt werden, daß die Ersatzdienstleistenden nach den ersten 12 Monaten automatisch höheren Sold erhalten und dann mit den Soldaten gleichgestellt sind. Falls dies allgemein zutrifft, dürfte die Angelegenheit abgeschlossen sein.

Der BA beauftragt Hans H. Ploen zu prüfen, ob es für die Solderhöhung der ED-Leistenden irgendeine Verordnung gibt. Außerdem werden die BA-Gruppenvertreter gebeten, Hans H. Ploen Mitteilung zu geben, wenn sie von Fällen erfahren, wo ED-Leistende nach den ersten 12 Dienstmonaten keinen erhöhten Sold ausgezahlt erhalten. In einem solchen Falle soll der BV prüfen, ob eine Verfassungsbeschwerde angebracht ist.

- 4.2. Klaus Vack informiert den BA über die sehr umfangreiche Korrespondenz der Verbandsgeschäftsstelle mit dem BMA betreffend Ableistung des zivilen Ersatzdienstes im Ausland. Sowohl der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages als auch das BMA konnten den Wünschen des VK bisher nicht entsprechen. Der BV war der Meinung, daß es nicht sinnvoll ist, den Schriftverkehr in dieser Frage mit dem BMA in der bisherigen Form fortzuführen. Es soll über die Zentralstelle, gegebenenfalls auch durch Eigeninitiative des VK, in dieser Angelegenheit weiterhin Lobby betrieben werden, zumal neben der Novellierung des Ersatzdienstgesetzes auch eine völlige Neufassung des Gesetzes bevorsteht.
- 4.3. Klaus Vack setzt den BA davon in Kenntnis, daß bei der Novellierung des ED-Gesetzes vorgesehen ist, die Verwaltungskompetenzen in ED-Angelegenheiten vom BMA auf das Bundesverwaltungsamt zu übertragen. Auf Initiative des VK hat sich die Zentralstelle an das BMA gewandt und gefordert, daß die Verwaltungskompetenzen nicht auf das Bundesverwaltungsamt, sondern auf die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen werden sollten. Auch der VK hat sich in dieser Angelegenheit an das BMA und an weitere Stellen gewandt. Ob diese Initiative erfolgreich ist, kann bisher nicht festgestellt werden.
- 4.4. Heinrich Hannover informiert den BA über die Grundsatzentscheidungen des Verwaltungsgerichtes zu Ersatzdienstfragen vom 15.5.1964. Ein Artikel von Heinrich Hannover zu dieser Grundsatzentscheidung wird in ZIVIL veröffentlicht und bereits vorher den Gruppen durch Rundschreiben mitgeteilt.
- Hans H. Ploen weist darauf hin, daß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes nur für kurze Zeit bedeutungsvoll sein dürfte. Bei der Novellierung des ED-Gesetzes sei vorgesehen, die bisherige Aufforderung zur Dienstleistung wegfallen zu lassen, sodaß die dienstpflichtigen Kriegsdienstverweigerer ohne vorherige Aufforderung direkt zu ihrem Ersatzdienst einberufen werden könnten. Damit gingen auch selbstverständlich alle Möglichkeiten zur Auswahl einer gewünschten Dienststelle, die die Ersatzdienstpflichtigen bisher hatten, verloren. Da der Entwurf zur Novellierung des ED-Gesetzes in dieser Frage damit begründet wird, daß es die Kriegsdienstverweigererverbände an eingehender Unterrichtung der Interessierten über die gegebenen Möglichkeiten nicht fehlen lassen wird, wird sich der VK an das BMA wenden und seinerseits ausreichende Information erbitten, um diese den Mitgliedern weitergeben zu können. Der BA beauftragt BV oder GV, in dieser Angelegenheit unverzüglich die notwendigen Schritte einzuleiten.
- 4.5. Klaus Vack weist auf die gemeinsame Kundgebung von WRI und VK am 1.8.1964 in Frankfurt hin, bei der Danilo Dolci, Bayard Rustin und Dr. Kloppenburg sprechen werden. Er bittet, daß die Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg zu dieser Veranstaltung Delegationen entsenden.
- 4.6. Klaus Vack schildert noch einmal kurz Programm und Verlauf der WRI-Studienkonferenz und empfiehlt, daß neben den BV-Mitgliedern auch einige Vertreter aus BA-Gruppen teilnehmen, damit die Konferenzergebnisse in VK auf breiter Ebene diskutiert werden können.

- 4.7. Klaus Vack informiert den BA über den Schriftverkehr VK mit Bundespräsident Lübcke wegen dessen Äußerung über die Kriegsdienstverweigerer anlässlich einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr. Der Briefwechsel wird in ZIVIL veröffentlicht.
- 4.8. Auf Anfrage von Jörn Hempel wird mitgeteilt, daß das geplante Gespräch mit der SPD bisher nicht zustande kam. Der BV wird sich jedoch darum bemühen, daß es zu einem solchen Gespräch kommt.

#### Zu Punkt 5 der TO

Der BA beschließt, den Bundeskongreß 1965 für den 8./9. Mai 1965 nach Isorlohn einzuberufen.

Werner Böwing schlägt vor, daß ordentliche Bundeskongresse zukünftig nur noch alle zwei Jahre stattfinden sollten. Jeweils dazwischen sollte eine zentrale Arbeitstagung stattfinden, bei der keine Vorstandswahlen sind und nicht über Anträge beschlossen wird, dafür aber ausführlicher über grundsätzliche Fragen diskutiert werden kann. Der BA kann diese Frage nicht ausdiskutieren. Die BA-Gruppen werden gebeten, bis Mitte Oktober zu diesen Fragenkomplex eine Stellungnahme an die Verbandsgeschäftsstelle zu geben. Der BV wird dann einen Vorschlag erarbeiten, der einer späteren BA-Sitzung als Diskussionsgrundlage dienen soll.

#### Zu Punkt 6 der TO

Es ergibt sich eine ausführliche Diskussion über das BK-Referat von Wilhelm Keller und den von Wilhelm Keller angeregten Beschluß über den Einsatz einer freiwilligen Sanitätstruppe von Kriegsdienstverweigerern im Zypern-Konflikt. Von mehreren Diskussionsrednern wird festgestellt, daß durch die Diskussion über den Antrag, die grundsätzliche Diskussion über die Thesen von Wilhelm Keller zu kurz gekommen sei. Aus diesen Grunde wird das Referat von Wilhelm Keller in ZIVIL abgedruckt und zur Diskussion gestellt.

Klaus Vack teilt mit, daß mit Rundschreiben V 7- 1964 den Gruppen mitgeteilt worden sei, daß sich Kriegsdienstverweigerer, die freiwillig in einer solchen UN-Truppe mitwirken möchten, beim BV melden sollten. Es liegen ca. 20 vorläufige Meldungen vor. Ein Luftpostbrief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, in den dieser um eine Stellungnahme zu dem VK-Plan gebeten wurde, ist bisher unbeantwortet. Zum Abschluß der Diskussion stellt der BA bei 1. Neinstimme und 3 Enthaltungen fest, daß es sich nicht realisieren läßt, daß der Verband dem UN-Generalsekretär U Thant eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern anbietet. Sollte durch eine Antwort der UN-Exekutive auf den VK-Brief eine neue Situation eintreten, werden BV oder BA erneut über den BK-Beschluß beraten.

#### Zu Punkt 7 der TO

Der Bundeskongreß hatte lt. Beschluß Nr. 24 den BA beauftragt, sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit ein Appell an den deutschen Bundestag sinnvoll ist, daß dieser beschleunigt eine Änderung des Verfahrens zur Anerkennung der Berechtigung gemäß Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, herbeiführen möge. Dabei sollte der BA prüfen, ob der VK sich die

Auffassung zu eigen machen kann, daß bei einem Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, daß der Antragsteller eine Gewissensentscheidung im Sinne des Art. 4 Abs. 3 getroffen hat.

Dem BA liegen drei Stellungnahmen vor. a) Heinrich Hannover befürwortet eine Beibehaltung der bisherigen Verfahrensweise. b) Hans Hammer empfiehlt, daß sich der VK die Auffassung zu eigen macht, daß bei einem Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, daß der Antragsteller eine Gewissensentscheidung im Sinne Art. 4 Abs. 3 GG getroffen hat. c) Hans H. Ploen vertritt die gleiche Auffassung wie Hans Hammer, glaubt jedoch, daß sich diese z. Zt. nicht realisieren läßt. Der VK sollte deshalb vorerst dafür eintreten, daß die Prüfungsausschüsse oder-Kammern so zu besetzen sind, daß der Vorwurf mangelnder Objektivität nicht mehr erhoben werden kann.

Der BA diskutiert auch diesen Fragenkomplex sehr ausführlich. Mit 11 Jastimmen, 6 Neinstimmen und 3 Enthaltungen schließt sich der BA dem Vorschlag von Hans Hammer an. Der BV wird beauftragt, geeignete Schritte einzuleiten.

Zu Punkt 8 der TO liegt nichts vor.

Offenbach, 14. Juli 1964  
Für die Protokollführung:  
Klaus Vack

ED 718-3-141

Not für ... 21.12.68

**PROTOKOLL DER AUSSERORDENTLICHEN 4. KLAUSURTAGUNG DES RATES DER GRUPPE FRANKFURT DES VK, DER VERTRETER DER VK-GRUPPEN UND AKTIVEN KADER AUS GIESSEN, HAMBURG, HANNOVER, KÖLN, MAINZ, WIESBADEN, MARBURG, STUTTGART UND DER KOORDINATOREN DER SDS-PROJEKTGRUPPE BUNDESWEHR AM 21. und 22.12.1968 in RUSSELSHEIM**

**Tagesordnung:**

**Samstag, 21.12.68**

**TEIL 1: Die Fortsetzung der Anti-Bw-Kampagne**

- a) 14 - 16 Uhr: Theoretische Weiterentwicklung unserer Anti-Bw-Strategie
- b) 16.30 - 18.30 Uhr: Praktische Konsequenzen für unsere Anti-Bw-Kampagne in Anbetracht der neuen Situation.

**TEIL 2: Zur Zivilkritik**

19 - 21 Uhr

**Sonntag, 22.12.68**

**TEIL 3: Die Organisationsstruktur des VK**

- a) Rat und Bundesvorstand  
9 - 12 Uhr
- b) Entwicklung eines Gegenmodells zur Umstrukturierung des Gesamt-VK  
13 - 18 Uhr

**Beschlüsse:**

- I) Die Teilnehmer der Klausurtagung beschließen, die Gruppe Frankfurt zur vorläufigen Koordinationszentrale aller Kasernenaktivitäten und der gesamten Anti-Bw-Kampagne zu bestimmen. Die Koordinationszentrale, die keinerlei Exekutiv- und Disziplinargewalt hat, hat zur Aufgabe, alle Erfahrungen der einzelnen Gruppen zu sammeln, auszuwerten und an alle anderen Gruppen weiterzugeben. Wie allen anderen Gruppen hat sie ein Initiativrecht in bezug auf Aktivitäten.
- II) Für den 25./26.1.1969 soll eine erweiterte Redaktionskonferenz nach Frankfurt einberufen werden, an der alle VK-Mitglieder, die an einer Umfunktionierung von ZIVIL interessiert sind, teilnehmen sollen.
- III) Das unter Teil 3 Absatz b) niedergelegte Modell einer Umstrukturierung des Gesamt-VK ist von den Teilnehmenden einstimmig beschlossen worden und dient als Grundlage für die Diskussion auf dem Aktivistentreffen des Gesamt-VK, das der jetzige BV für den 1. und 2.2.69 nach Köln einberuft.

in...

## TEIL 1 : Anti-Bw-Kampagne

### I. Strategie unserer Anti-Bw-Kampagne

(Diese Strategie ist eine Weiterentwicklung unserer auf der 1. Klausurtagung des Rates festgelegten Strategie im Kampf gegen die Bundeswehr)

Bisherige Strategie der progressiven Gruppen des VK in der Anti-Bw-Kampagne war die Verunsicherung, Zersetzung und Lähmung der Bw als eines Instrumentes der Herrschenden zur Sicherung des gesellschaftlichen status quo und darüber hinausgehend zur Absicherung der Faschisierungstendenzen gegenwärtiger spätkapitalistisch-staatsmonopolistischer Gesellschaft.

Mittel -einziges Mittel dieser Strategie war die verstärkte Produktion von Kriegsdienstverweigerern in den Kasernen, um damit 1. Unruhe in die Bw zu tragen, um damit 2. entweder -und das ist nur relativ zu sehen- massenhafte Austritte von Soldaten aus den Streitkräften zu veranlassen oder aber 3. durch den Wegfall von ausgebildeten Soldaten in bestimmten Einheiten diese Einheiten einsatzunfähig zu machen. Kriegsdienstverweigerung bot sich deshalb als Mittel dieser Strategie an, da die Verweigerung für die Unzufriedenen in der Bw eine gewisse Attraktivität bedeutete hinsichtlich des Dienstes in der Bw -kein Waffendienst- und hinsichtlich eines absehbaren Endes des Dienstes, da weiterhin die Verweigerung, geboren meist aus emotionalen Anlaß, beste Ansätze bot zur Politisierung der Soldaten, da hier unmittelbare persönliche Interessen angesprochen wurden, da gerade durch die von den Kriegsdienstverweigerern in den Kasernen zu erleidenden Repressionen ihr Problembewußtsein geschaffen und ihnen die konkrete Konfliktsituation verdeutlicht werden konnte.

Diese mittels der Kriegsdienstverweigerung in den Kasernen zu verwirklichende Strategie war 1. relativ kurzfristig, da die Reaktion der Herrschenden auf diese für sie bedrohlich werdende Situation nicht genügend in Rechnung gestellt war, 2. nicht flexibel genug, damit wir auf lange Sicht die Initiative in der Konfrontation behalten könnten.

Diese Erkenntnis ergab sich sofort nach den Pogromreden Schröders und Zimmermanns vor den Bundestag und der Rede Zimmermanns Tage später vor dem verteidigungspolitischen Ausschuß der CDU/CSU in Hanau.

Die von den Herrschenden und ihren Militärlakaien unisono artikulierten "Warnungen" und offenen Drohungen verlangten eine neue Reflexion unserer Strategie im Kampf gegen die Bw.

Sicher ist, daß die Exekutive Maßnahmen gegen die relativen Erfolge unserer bisherigen Strategie ergreifen wird, mit denen sie die Attraktivität der Kriegsdienstverweigerung in den Kasernen zerschlagen will. Ihre Maßnahmen in kürzester Frist werden sein: 1. Verschärfung des de-Maiziére-Erlasses von 1.7.68: in dem Erlaß ist diese Möglichkeit unter Absatz 5 selbst schon angekündigt ("Ich behalte mir vor, die Vergünstigungen des waffenlosen Dienstes grundsätzlich aufzuheben..."), 2. Konzentrierung aller kriegsdienstverweigernden Soldaten in Spezialeinheiten, um damit ihre Wirkungsmöglichkeiten ("Infizierung") auf ihre Kameraden in ihren bisherigen Einheiten zu unterbinden, 3. Umstrukturierung des Ersatzdienstes in eine paramilitärische Organisation nach Vorbild des "Reichsarbeitsdienstes" oder der Baukompanien der NVA der DDR.

Unsere allein auf der Kriegsdienstverweigerung aufgebaute Strategie hat Erfolg nur unter den 2 damit aufgehobenen Bedingungen der relativen Attraktivität der Verweigerung für Soldaten und der durch die Verweigerung Einzelner geschaffenen Unruhe und des dadurch erreichten Initiationseffekts.

Aufgrund der neuen Situation nach den Pogromreden Schröders und Zimmermanns und der Militärbürokraten ergaben sich nach eingehender Diskussion folgende Aspekte einer Anti-Bw-Strategie:

A: hinsichtlich unserer Aktivitäten:

Es ist unbedingt notwendig, unsere Anti-Bw-Kampagne wesentlich zu verstärken, über das gesamte Bundesgebiet auszudehnen, zu systematisieren. Wir müssen eine Permanenz der Aktion erreichen, die bisher nur in Ansätzen verwirklicht wurde. Wir müssen unsere Aktivitäten koordinieren, was bisher nicht der Fall war. Wir müssen eine wesentlich größere Aktionsbasis schaffen, die wir allein aus dem Potential des VK nicht rekrutieren können.

B: hinsichtlich der Mittel:

Ebenso notwendig erwies sich, unsere Mittel über die Kriegsdienstverweigerung hinaus zu erweitern. Selbstverständlich soll Kriegsdienstverweigerung auch weiterhin Vehikel unserer Strategie sein, nur soll sie Teilvehikel sein. Hinzutreten muß unbedingt ein neuer Freiheitsspielraum, mit Hilfe dessen wir unser Ziel erreichen können. Dieser Freiheitsspielraum, der wiederum attraktiv für die Soldaten sein kann, der wieder Ansätze für die Politisierung bringen kann, der wieder - durch seine potentielle Einschränkung - eine entlarvende Funktion haben kann, ist gegeben durch eine wirksame Ausnutzung der Rechte der Soldaten nach WehrpflGes, SoldatenGes, ZDv's: wir müssen die Soldaten zu "Wehrrechtsexperten" machen! Dadurch erreichen wir, daß die Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten selbstsicherer werden, daß die autoritären Strukturen zumindest partiell zersetzt werden können, daß die Soldaten politisiert werden können, besonders dadurch, daß dieser Freiheitsspielraum, wird er effektiv und extensiv genutzt, auf jeden Fall eingeschränkt wird und verstärkte Repressionen auf die, die ihn nutzen wollen, ausgeübt werden. Dadurch erreichen wir, daß die Politisierten ein ständiger Unsicherheitsfaktor sind in bezug auf ihre unbedingte Verfügbarkeit und ihre Verlässlichkeit im Einsatz, dadurch daß sich Widerstand bilden kann, da hier wiederum persönlichste Interessen tangiert werden.

Kurzfristig können wir dadurch erreichen, daß sich der militärische Alltag ändern kann, langfristig, daß sich Widerstandsgruppen in der Bw selbst bilden für den Fall, daß sich der Alltag verschärfen wird, was sich für die Herrschenden als Notwendigkeit erweisen wird.

Die Tendenz in der Bw ist überdeutlich: sie versucht immer mehr, sich aufgrund ihrer undemokratischen Struktur und ihrer antidemokratischen Funktion gegen Freiheitsbereiche (z. B. Innere Führung, die nur eine die Realität verschleiende Funktion haben sollte) abzuschließen, Freiheitsbereiche innerhalb der Institution selbst einzuengen und schließlich ganz zu zerschlagen: die Faschisierungstendenzen gerade in der Bw sind augenfällig und werden in nicht allzu ferner Zukunft abgeschlossen und voll effektiv sein.

Die Notwendigkeit der Erweiterung unserer Mittel über die Kriegsdienstverweigerung hinaus ergibt sich auch dadurch, daß durch die Verweigerung zwar Unruhe in die Bw getragen wird, daß sie von innen gestört wird, daß partiell die Integrationsmechanismen durchbrochen, einzelne Einheiten temporär nicht einsatzfähig sind, das kritische Potential derer, die systemkritisch oder systemnegierend sind, vergrößert wird. Auch schon bisher Kriegsdienstverweigerer in den Kasernen isoliert werden konnten, dadurch daß sie alle nach einer bestimmten Zeit durch ihre Anerkennung aus den Kasernen entlassen wurden, war die durch die Verweigerung erzielte Effektivität immer beschränkt und bedroht. Dadurch daß die Verweigerungsmöglichkeit in der Bw aktuell eminent bedroht ist, ist es unerlässlich, schon jetzt neben die Arbeit zur Produktion von Kriegsdienstverweigerern die Akzente auf die Schaffung und Organisierung von Widerstandszellen zu legen, damit der Widerstand gegen die Bw in der Bw selbst erreicht werden kann. Wir werden damit in den Stand versetzt, in einer veränderten Situation für unsere Strategie weiter arbeiten zu können, wenn wir uns nicht einseitig auf die Kriegsdienstverweigerung fixieren.

C: Die Bedeutung der Sabotage:

Sabotage hat zweifellos einen Stellenwert in der langfristigen Strategie. Sie ist eines der Mittel zur Verhinderung eines effektiven Einsatzes

der Bw als Instrument der Konterrevolution gegen emanzipatorische Bewegungen. Sabotage ist notwendig in der konkreten Situation des "inneren Notstandes", den die Herrschenden gegen uns inszenieren werden, oder des "Spannungsfalles". Da sie nicht unbedingt - von Ausnahmen abgesehen - aus der momentanen Spontaneität erwachsen wird, muß sie schon jetzt als reale und in dem bestimmten Fall realisierbare Möglichkeit mit den kritischen Soldaten diskutiert und geplant werden. Unsere Aufgabe ist es, diesen Soldaten diese Möglichkeit nahezubringen, damit sie in den Kasernen in gewissen Kreisen erwogen und vorbereitet werden kann.

In der jetzigen Phase der Konfrontation darf Sabotage unserer Meinung nach nur in Erwägung gezogen werden z.B. für den Fall der Verunmöglichung der Verweigerung in den Kasernen, bei einem erneuten eklatanten Angriff auf Grundpositionen der Verfassung, um damit kritische Öffentlichkeit breiter Apo-Kreise zum massenhaften aktiven Widerstand zu mobilisieren.

Sonst meinen wir, daß in der jetzigen Situation, in der die Realität nahezu total verschleiert ist, der Bewußtseinsstand der Massen aufgrund der nahezu lückenlosen Manipulation enorm niedrig ist, wir nur geringe Möglichkeiten des Einwirkens auf die Abhängigen haben, Sabotage zwar die Wirkung haben könnte, bestimmte Öffentlichkeiten verstärkt auf das Problem Bw und Bedrohung des Grundrechts der Verweigerung hinzuweisen. Aber sie kann sich jetzt nur gegen die Saboteure und gegen die Avantgarde wenden; sie kann hier und heute nur kriminalisiert werden; durch sie kann hier und heute auf einfachste Weise eine Solidarisierung der Massen der Soldaten mit den vorgesetzten Masken gegen sie und uns erreicht werden, weswegen diese Art des Widerstandes im Augenblick von uns als gefährlich angesehen wird. Sie hat hier et nunc keinen realen politischen Stellenwert.

#### D: Kaderarbeit:

a) Unsere verstärkte Aufgabe muß es sein, von außen aus den Soldaten in den Kasernen Kader für die Agitation in den Kasernen zu rekrutieren, die dann Basisgruppen formieren. Außer in wenigen Ausnahmefällen wird es nicht möglich sein, daß sich Kadergruppen in den Kasernen von selbst bilden. Wichtig ist daher der Anstoß von außen und der permanente Kontakt nach außen. Die ständige Verbindung ist notwendig aus psychologischen Gründen ebenso wie aus dem Grund, alle Schritte mit Genossen, die Abstand von der konkreten Situation, die betriebsblind machen kann, haben zu diskutieren, kritisch-theoretisch zu reflektieren und gemeinsam die Umsetzung in die Praxis zu überlegen. Dadurch kann auch die Wahrscheinlichkeit einer schnellen, vorzeitigen Zerschlagung solcher Kadergruppen verringert werden. Aus bisheriger Erfahrung ergibt sich, daß Gruppen, die keinen Kontakt nach außen hatten, entweder nur philosophierten oder nur in blinden Aktivismus verfielen, was beides ineffektiv sein muß.

b) Gleichrangig müssen unsere Bemühungen sein, Kader aus den progressiven Gruppen der Apo zu rekrutieren, für ihre subversive Arbeit in den Kasernen zu schulen und sie möglichst massenhaft in die Bw zu infiltrieren. Wichtig ist diese Schulung, um eine optimale Effektivität zu erreichen, um gerade am Beginn der Arbeit in der Kaserne gerade taktische Fehler unter allen Umständen vermeiden oder auf ein Minimum reduzieren zu können.

Ansatzpunkt aller Arbeit vor und in den Kasernen ist die extensive Ausnutzung der Grundgesetzpositionen und der legalen Basis. Gerade durch das Ausnutzen der rechtlichen Möglichkeiten in der Bw kann ständig die Realität am pseudoliberalen Anspruch des Systems gemessen werden. Die permanenten Widersprüche zwischen Anspruch und Realität, sinnlich erfahren, können, bewußt gemacht, am ehesten zur Politisierung der Soldaten führen.

#### E: Stellenwert der VK-Strategie innerhalb der Strategie der Apo:

Es ist unbedingt notwendig zu beachten, daß unsere Strategie, ob mit oder ohne Zwischenglied und Vehikel Kriegsdienstverweigerung, hinsichtlich der Bw nur Teilstrategie innerhalb der Apo im Kampf gegen die

Konterrevolution ist und sein kann. Unsere Aufgabe ist es, die Konterrevolution einzudämmen, zu schwächen, ist destruktiv, nicht aber konstruktiv hinsichtlich einer neuen gesellschaftlichen Qualität, da sich die Bw nicht dazu eignet aufgrund ihrer Struktur, Doppelherrschaft zu errichten, an der Basis demokratische Gegenmodelle zu entwickeln. Demokratisierung der Bw ist nicht mehr als taktischer Vorwand und legalistischer Mantel unserer strategischen Arbeit: bewaffnete Streitkräfte können nicht demokratisiert, sondern nur zerstört werden: Demokratisierung der Armee ist gleichbedeutend mit Aufhebung der Armee. Dennoch gibt es für uns eine konstruktive Möglichkeit unserer Strategie: Schaffung antiautoritärer sozialistischer Kader, die nach ihrer Bw-Zeit als solche in den Produktionsprozeß zurückgehen, um hier die Arbeit fortzusetzen, die sie in den Kasernen begonnen haben. In Produktionsprozeß entscheidet sich der Kampf gegen das System!

TEIL 1b: Taktik unserer Anti-Bw-Kampagne:

Als Erweiterung unserer bisherigen Taktik (siehe Protokoll der 2. Klausurtagung des Rates) haben wir festgestellt:

I: hinsichtlich unserer Aktivitäten:

Während wir bisher unsere Aktivitäten auf alle Kasernen eines Großraumes ungewichtet ausgedehnt haben und so völlig unsystematisch und rein zufälligen Erwägungen nach vorgegangen sind, ist es unerläßlich, nach Wichtigkeitsstufen unsere Arbeit auszurichten.

Ausgehend von den vierteljährlichen Einberufungsaktionen, für die die Flugblattverteilung zur Herstellung von Kontakten zu möglichst allen Kasernen eines Großraums entscheidend ist, sollten in einer permanenten Kampagne in erster Linie Kasernen mit Grundausbildungseinheiten, mit Artillerie-(Raketen-, Panzer- und Feldartillerie-)Einheiten, mit Panzer- und Fernmeldeeinheiten erfaßt werden. Grundausbildungseinheiten sind relativ leicht anzusprechen wegen der besonderen, ungewohnt harten Situation für die meisten noch nicht angepaßten Rekruten. Hier ist die emotionale "Wehr-unwilligkeit" gut ausnutzbar, eine Politisierung dieser emotional Unwilligen leicht möglich.

Artillerie-, Panzer- und Fernmeldeeinheiten sind strategisch wichtige Einheiten. Da gerade in diesen Einheiten die Grundausbildung schon in den Stammeinheiten vorgenommen wird, schlagen wir hier zwei Fliegen mit einer Klappe. Wichtig für uns ist, daß diese Einheiten nach dem Crewprinzip aufgebaut sind, so daß bei Ausfall auch nur eines Crewmitglieds die gesamte Crew (Panzer oder Geschütz) für lange Zeit funktionsunfähig ist, nicht eingesetzt werden kann, besonders wenn der Ausfall nach der Spezialausbildung geschieht. Da die Crews auch eng zusammenarbeiten und -leben, ist der Einfluß eines "Abgesprengten" auf die anderen Mitglieder ganz erheblich.

Ein permanenter Beschuß ist notwendig, damit wir Verbindungen zu allen Kasernen und von da Querverbindungen zwischen den Kasernen bekommen und mittels dieser Kontakte 1. Informationen erhalten, mit Hilfe derer wir gute Aufhänger haben, die die Soldaten direkt ansprechen können, da sie praxisnahe und konkret aus ihrem Alltag gegriffen sind, damit wir 2. mit Hilfe dieser Kontaktleute Basisgruppen in den Kasernen errichten können.

Diese permanente Aktion vor bestimmten "Spezialkasernen" muß eingebettet sein in bestimmten, vielleicht vier- oder jährlichen Zeitabständen durchzuführenden Großraumaktionen, bei denen an einen Tag alle Kasernen eines Großraums, von einer Zentrale koordiniert, erfaßt werden. Dabei darf keine Kaserne vernachlässigt werden.

Diese Aktionen sind generell Aktionen, bei denen lediglich Flugblätter verteilt werden und die nichts Spektakuläres zu bieten haben.

Ungeheuer wichtig sind die "Briefaktionen", mit denen geschlossene Einheiten erreicht werden können und die Informationen bieten können, die sonst nicht zu bieten sind. Dazu benötigt man allerdings Kompanie- oder Batterielisten oder Listen anderer Formationen, die möglichst nicht von

kriegsdienstverweigernden oder anderen Soldaten, die sich exponieren, besorgt werden sollten.

Wichtig ist die koordinierte Aktion, der Austausch von Erfahrungen und ihre Auswertung, der ständige Kontakt zu anderen Gruppen, die auf demselben Gebiet arbeiten. (siehe Beschluß I Seite 1 dieses Protokolls)

Flugblattkampagnen und Massenaktionen schließen einander selbstverständlich nicht aus. Empfohlen werden Aktionen z.B. anlässlich von Manövern; entweder zu Beginn vor der Kaserne oder während des Ablaufs im Manövergebiet: hierzu fehlen allerdings bisher konkrete Erfahrungen. Unmittelbar wichtig sind die Kasernen nicht als Ziel massenhafter Aktionen außer an Tagen der "Offenen Tür". Empfehlenswert sind Massenaktionen z.B. bei öffentlichen Veranstaltungen und öffentlichen Vereidigungen der Bw.

Die nicht als Alternative zu verstehenden militanteren Aktionsformen müssen, wenn sie vor den Kasernen geschehen, unbedingt gekoppelt werden mit Briefaktionen, damit wir die Soldaten mit uns gegen ihre Vorgesetzten solidarisieren können.

2.) In kurzer Zeit wird ein sehr ausführliches Papier mit konkreten Beispielen erstellt, das sich mit dem Wehr- und Wehrstrafrecht befaßt. Dieses Papier ist als Schulungsmaterial sowohl für den VK als auch für alle an unserer Arbeit partizipierenden Gruppen gedacht, soll Grundlage für Arbeitskreise über Wehrrecht sein, soll Material für Soldatenkonferenzen sein, auf denen Soldaten u.a. zu Wehrrechtsexperten ausgebildet werden können, damit es in den Kasernen zu massenhaften Beschwerdeaktionen kommen kann.

b) Ein kurzgefaßtes Papier in Flugblattform zum selben Thema sollte an die Kasernen verteilt werden entweder über Briefaktionen oder als Beilage zu anderen Flugblättern.

Beide Papiere sollen von der Frankfurter Gruppe herausgegeben werden.

c) Ebenso sollen verschiedene Arbeitspapiere für die Agitation in und vor den Kasernen erstellt werden. Dazu gehört unbedingt ein Papier über die Arbeit der Kader in den Kasernen.

d) Die Ausarbeitung einer Kampagne, die nicht argumentativ, sondern allein mit Werbemethoden vorgeht, wurde der Frankfurter Projektgruppe Aktionen/Bw übertragen. Alle Gruppen sind aufgefordert zur Mitarbeit. Ein Papier über den politischen Stellenwert einer solchen Werbekampagne, über ihre Perspektiven und ihre praktische Realisierung wird vorgelegt.

3. Mobilisierung der Apo:

Da auch das Aktionspotential der progressiven und aktiven Gruppen des VK in bezug auf die notwendig zu leistende Arbeit in der Anti-Bw-Kampagne zu klein ist, da wir auch zumeist keine spektakulären Aktionen zu bieten haben - unsere Arbeit wie jede "subversive" Arbeit ist nicht von Spektakel gekennzeichnet -, da die Kasernen nicht unbedingt immer in den Städten oder Orten von VK-Gruppen liegen, ist eine wesentliche Verbreiterung unserer Aktionsbasis mehr als dringend, besonders unter dem Vorzeichen der verschärften Lage.

Die Mobilisierung der Apo kann erfolgen nicht durch Kontakte zwischen den ohnehin funktionslosen Bundesvorständen und anderer Spitzenorgane des VK und anderer Verbände, nicht durch Appelle zur Zusammenarbeit generell. Sie kann erfolgen - und wichtig ist allein die Kooperation zu bestimmten Aktionen, bei denen eine Aktionseinheit dringend ist - über die permanente Mitarbeit und Agitation von VK-Mitgliedern in den einzelnen lokalen Gruppen der Apo, dort über die unmittelbare Zusammenarbeit mit Einzelnen aus diesen Gruppen. Der persönliche Kontakt ist unerlässlich.

Unerheblich und erfolglos ist unserer Meinung nach die Aufforderung an die Apo-Gruppen, für die Aufgaben des VK zu arbeiten. Erheblich ist, daß in den Gruppen der Apo auf lokaler Ebene die Bedeutung der Anti-Bw-Kampagne artikuliert wird. Die Problematik des Militarismus muß durch per-

nanante Artikulation im Bewußtsein der einzelnen Gruppen praktisch werden.

Ein weiteres Ziel muß es sein, daß die Apo-Gruppen den VK als Projektgruppe Bw der Apo verstehen. Dazu ist erforderlich, daß das traditionallistische pazifistisch-unpolitische Image des VK durch die Aktivität des VK überwunden wird, was partiell schon geschehen ist.

Ein Papier zum politischen Stellenwert der Kriegsdienstverweigerung, zur Dringlichkeit der Anti-Bw-Kampagne und über die Möglichkeiten der Einschränkung des Grundrechts nach Artikel 4 Absatz 3 GG unter der Perspektive des Fortschreitens der Faschisierung dieser Gesellschaft und der Konterrevolution soll von der Frankfurter Gruppe erarbeitet werden. Dieses Papier will die SDS-Projektgruppe Bw für die Agitation in SDS verwenden und über die Studentenzeitungen an die Studenten herantragen.

Wichtig ist ebenfalls, die Schüler und Lehrlinge für unsere Arbeit zu gewinnen. Versucht werden soll, daß die schon politisierten Schüler und Lehrlinge die noch nicht politisierten zur politischen Kriegsdienstverweigerung bringen (Agitation auf Klassenbasis!), daß sie selbst aber sich als Kader für die "Untergrundarbeit" in den Kasernen ausbilden lassen und massenhaft in die Kasernen gehen, anstatt sich vor der Bw zu drücken oder vorher zu verweigern. Ansatz dafür, Schüler zu gewinnen, ist das mit unserer Arbeit anzusprechende persönliche ureigenste Interesse der Schüler und Berufsschüler.

Um breite Schülerschichten zu gewinnen, gibt es als Anreizmöglichkeiten militante Aktionsformen wie z.B. das Stürmen der Kreiswehrrersatzämter, das Stören von Erfassungen, Musterungen und Eignungsprüfungen, die Herstellung der Öffentlichkeit bei Prüfungsausschuß- und Prüfungskammerverhandlungen für KdV, das Unfunktionieren öffentlicher Veranstaltungen und Vereidigungen der Bw, das Verhindern von Propagandaveranstaltungen der Bw in Schulen etc.

Wir müssen es erreichen, daß die progressiven Schülervereinigungen, Lehrlingsgruppierungen, Studenten- und Lehrerverbände etc. Anti-Bw-Aktivitäten entwickeln in Zusammenarbeit mit und koordiniert durch den VK, konkret durch die vorläufige Koordinationszentrale für die Anti-Bw-Kampagne in der VK-Gruppe FEM.

4. Theoretische Arbeit:

Der theoretischen Arbeit kommt ein erheblicher Stellenwert zu. Es ist erforderlich, ständig unsere Strategie und Taktik zu überprüfen und weiterzuentwickeln, um stets flexibel sein zu können, damit uns die Herrschenden nicht in die Defensive drängen können, in der wir nur noch reagieren, nicht aber mehr initiativ sein können. Jeder Verschärfung der Situation seitens der Exekutive müssen wir sofort nicht nur antworten, sondern mit einer neuen Skala von Möglichkeiten begegnen können: wir müssen in der Offensive bleiben!

Um das zu ermöglichen, ist wissenschaftliche Arbeit zur Analyse der Bw notwendig. Folgende Fragenstellungen haben sich ergeben:

- I. Funktion der Bw, II. Historische Entwicklung, Organisation, Struktur,
- III. Innenpolitische Entwicklung: A. Entwicklung der innenpolitischen Bedeutung der Bw, B. Funktion aufgrund der NS-Gesetze, C. die Integrationsmechanismen: a. "Staatsbürger in Uniform" (Innere Führung), b. Einschränkung des GG für Soldaten, c. Befehlsstruktur, d. Antikommunismus, e. staatsbürgerlicher Unterricht, "Aktuelle Information" und das Schulungsmaterial der Bw, f. Wirkung der militärischen Ausbildung, g. Reservistenbetreuung und Reserveübungen, h. Zusammenwirken dieser Faktoren (a-g),
- IV. demokratiefeindliche Tendenzen in der Bw: A. Nazis in der Bw, B. NPD und Bw, V. Bw und Wirtschaft: ökonomische Funktion der Rüstungsindustrie und der bewaffneten Streitkräfte in Spätkapitalismus, Reaktion der Großindustrie auf die Renilitarisierung, Sanktion von Industriebranchen per Rüstung, innen- und außenpolitische Auswirkungen starker nationaler Kriegsindustrie und Arbeitsteilung der Rüstung in der NATO,
- VI. außenpolitische Funktion der Bw: A. Militärische Konzeptionen der Bw-Führung, B. Bw und NATO, C. NATO, D. außenpolitische Machtposition der BRD aufgrund der Bw, VII. Bw und "Öffentlichkeit": A. Bw-Werbung-

Presse, B.Bw und Kirchen, C.Bw-Wehrverbände-Gewerkschaften, D.Traditionalismus, E."Wehrgerechtigkeit", F.Sprach-make-up der Bw. Dieser Fragenkreis läßt sich erweitern. Die Bearbeitung dieser Fragen schien uns notwendig, damit wir eine fundierte Basis für unseren Kampf gegen die Bw erhalten.

## II. ZUR ZIVILKRITIK

Der offenkundigen derzeitigen Funktionslosigkeit von Zivil steht die Möglichkeit einer sinnvollen Gestaltung dieser Zeitung gegenüber. Zivil könnte die gewerkschaftliche Funktion des VK erfüllen, indem es für eine ständige Information der KDVer sorgt, in Bezug auf rechtliche Fragen wie auch in Bezug auf anerkennungstechnische Probleme. Zivil könnte außerdem eine koordinative Funktion haben, indem es über die konkreten VK-Aktivitäten berichtet und den Stand der Vorbereitungen überregionaler Projekte vermittelt. Zivil könnte Publikationsorgan der theoretischen Weiterentwicklung und Diskussion der VK-Strategie sein. Zivil könnte schließlich der theoretischen Analyse und Erarbeitung von VK-spezifischen Problemen dienen, sowie überhaupt wichtige tagespolitische Ereignisse unter besonderer Berücksichtigung des wissenschaftlichen sozioökonomischen Aspektes analysieren. Offensichtlich ist die Dezembernummer schon ein wesentliches Zugeständnis an unsere Vorstellungen. Aber es gilt nun diese momentanen Zugeständnisse zu institutionalisieren, um ihnen ihren momentanen Charakter zu nehmen.

Wir stellen daher fest:

Wir können es nicht länger mit unserem Gewissen vereinbaren, unseren neuen Mitgliedern dieses Zivil zu empfehlen und den alten Mitgliedern den weiteren Bezug zuzumuten. Deshalb fordern wir für den 25/26 Januar eine erweiterte Redaktionskonferenz nach Frankfurt einzuberufen, auf der die weitere Gestaltung von Zivil diskutiert und entschieden werden soll. An dieser Redaktionskonferenz müssen alle an diesem Problem interessierten VK-Mitglieder teilnehmen dürfen.

## III. DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DES VK

Seit ca. einem Jahr führt der VK, in erster Linie die VK-Gruppe Frankfurt, eine sich systematisierende und verschärfende Konfrontationskampagne gegen die Bw. Begründet in der generellen Unkenntnis der Soldaten von der Gültigkeit des RKV auch in Kasernen, dienten unsere Aktionen hauptsächlich der Aufhebung dieser Informationslücke. Die unerwartete Reaktion einerseits der Kasernenbürokratie, die zu grotesk wirkenden Repressionen und Gegenmaßnahmen griff, die in keinem Verhältnis zu unserem Vorgehen standen, andererseits aber auch der Rekruten, die ein erstaunliches Interesse an der KDV bekundeten, verdeutlichten uns die potentielle Schwäche des stärksten Machtinstrumentes der Herrschenden.

Mit der kritischen Reflexion unserer immer umfassenderen Bw-Aktivitäten war der Ansatzpunkt für die Entwicklung einer konkreten Anti-Bw-Strategie gegeben, die selbstverständlich nur als unmittelbares Teilstück einer generellen APO-Strategie verstanden werden konnte. Gleichzeitig arg ab sich aber auch, nachdem unser Kampf gegen die Bw quantitativ und qualitativ den Kinderschuhen entwachsen war, die Notwendigkeit einer überregionalen Systematisierung der Anti-Bw-Kampagne, die natürlich nicht von der VK-Gruppe Frankfurt allein geleistet werden konnte. Es galt die unregelmäßige, unsystematische Agitation vor einigen hessischen Kasernen zu einem planmäßigen, permanenten Kampf gegen die nationalen Streitkräfte überhaupt auszuweiten, der sich in ständigen Aktionen vor allen Bw-Kasernen, sowie bei allen Bw-Veranstaltungen konkretisieren mußte.

Die völlig unzureichende Reaktion des VK und erst recht der sonstigen APO auf die verschärften Reaktionen der Militärbürokratie, die sich in faschistischen Gewissensterror in den Kasernen ausdrücken, sowie auf die manifeste Bedrohung des Grundrechtes auf KDV für die Soldaten durch die Regierungselite ist nun die letzte Bestätigung für die relative Machtlosigkeit einer lediglich partiell geführten Konfrontationskampagne gegen die BV. Nur eine systematisch organisierte, das Potential aller VK-Gruppen ausnützende Agitation in und vor den Kasernen, die auch durch weitere Kreise der APO unterstützt werden müßte, kann eine wirkungsvolle Antwort auf die Bestrebungen der Herrschenden zu weiteren GG-Beschneidungen sein und ist in Grunde erst in der Lage, die Gesamtstreitkräfte wirklich über längere Distanz zu vermindern oder potentiell zu gefährden. Zum anderen verlangen unsere Aktivitäten in den Schulen und Berufsschulen, die Ersatzdienstarbeit sowie unsere Agitation in den einzelnen Institutionen überhaupt mehr nach einer bundesweiten zentralen Koordinationsstelle, die einen Erfahrungsaustausch gewährleistet, notwendige überregionale Aktionen plant, sowie inaktive VK-Gruppen reaktiviert.

Unter diesen politischen Aspekten ist die regionale und überregionale Organisationsfrage zu stellen. Diese Gründe machen in erster Linie den strategischen Stellenwert sowie allgemeine politische Relevanz der Organisationsproblematik aus. Die praktische Erfahrung lehrt nun die VK-Gruppe Frankfurt und andere progressive VK-Gruppen, daß die traditionelle VK-Organisationsstruktur die Verwirklichung unserer Strategie nicht einmal ansatzweise sicherstellen läßt. Der Erfahrungsaustausch wird blockiert, überregionale Aktivitäten boykottiert oder auf die lange Bank geschoben, jegliche Initiative auf irgendein Abstellgleis manövriert. Satzungsfetischisten sabotieren die praktische Arbeit, Dogmatiker lenken die politisch Aktiven von ihrer eigentlichen Aufgabe ab, Atmosphäriker und Opportunisten hemmen die Schaffung des notwendigen theoretischen Selbstverständnisses und die konkrete Kommunikation. Es ergibt sich damit für alle progressiven VK-Gruppen die Notwendigkeit einer organisatorischen Unfunktionalisierung des VK auf Bundesebene zwecks politischer Effektivierung unserer Arbeit.

Folgende Funktion müßte nun unserer Meinung nach eine überregionale Organisationsstruktur erfüllen:

- 1) Die Koordination sämtlicher lokaler und regionaler Aktivitäten muß gewährleistet werden; ein direkter Erfahrungsaustausch und eine systematische Planung überregionaler Aktionen muß erreicht werden.
- 2) Inaktive VK-Gruppen, zunal in strategisch wichtigen Regionen (z.B. in Gebieten mit vielen Kasernen) müssen reaktiviert werden, die Arbeit in schwachen Gruppen initiiert werden.
- 3) Es muß eine bundesweite kritische Reflexion und Diskussion der praktischen Aktivitäten gesichert werden. Die Strategie-Diskussion und die Erarbeitung eines VK-Selbstverständnisses unter den verschiedensten Aspekten muß auch überregional durchgeführt werden.

Koordination, Initiierung der praktischen Arbeit und strategische Diskussion bei Partziipierung aller Gruppen, dies drei Funktionen hätte eine überregionale Organisationsstruktur zu gewährleisten. Im Gegensatz zur bisherigen autoritären Organisationsform dürfte keinerlei disziplinarische Exekutivgewalt an irgendein zentrales Gremium delegiert werden. Verbürokratisierungstendenzen und Ver selbständigungsbestrebungen privilegierter Vorstandscliquen müßte schon organisationsstrukturell soweit wie möglich entgegengewirkt werden.

Generell muß die Entfaltung initiativer Arbeit gesichert und jegliche Dogmatisierung des Verbandsurses verhindert werden. Die Selbstbestimmung der Aktiven, umfassende Information durch ein dichtes Kommunikationsnetz, Willensbildung und Kontrolle von unten nach oben, diese Prinzipien sind unbedingt zu beachten. Die neue Organi-

sationsstruktur müßte dem Aufbau von Autoritäten entgegenstehen und bestehende Autoritäten tendenziell in Frage stellen.

Aufgrund des Vorher Gesagten empfiehlt sich etwa folgendes, in groben Zügen skizziertes Alternativmodell:

Die einzelnen Gruppen werden auf Landesebene in einem Landesrat zusammengefaßt, der die regionale Zusammenarbeit einzelner Gruppen regelt und für eine direkte Kommunikation zwischen den ihm angeschlossenen Gruppen sorgt. Auf Landesebene müßte auch schon die systematische theoretische Diskussion der VK-Strategie und -Taktik einsetzen, an der sich die Aktiven aller Gruppen zu beteiligen hätten. Aus Verkehrs- und finanztechnischen Gründen ist diese unmittelbare und häufige Kommunikation auf regionaler Basis natürlich leichter zu erreichen als für das gesamte Bundesgebiet. Unserer Meinung nach sind drei Landesräte für die Regionen Nord, Mitte und Süd zu institutionalisieren.

Die Bundesweite Koordination der VK-Arbeit muß wiederum in die verschiedenen Arbeitsbereiche untergliedert werden. Die großen und aktiven Gruppen sollten "Sekretariate" für einen der jeweiligen Arbeitsbereiche übernehmen, z.B. Frankfurt das Sekretariat für die Anti-BW-Kampagne etc. Diese "Sekretariate" stellen die bundesweite Initiierung, Planung und Koordination der auf diesbezüglichen Spezialbereich anliegenden Arbeit sicher. Delegierte der Landesräte und der Sekretariate schließen sich in einem Bundesrat zusammen, der die Gesamtkoordination zu übernehmen hat. Er muß wie die Gruppenräte, nur auf anderer Ebene, partikularistischen Verselbständigungstendenzen einzelner Glieder dieser Organisationskette entgegenwirken, indem er die VK-Arbeit auf den Teilbereichen in einen gesamtstrategischen Kontext setzt. Auf regelmäßigen Bundesseminaren ist dann unter Beteiligung aller Aktiven die Gesamtstrategie des VK weiterzuentwickeln und der Stellenwert der Arbeit in den Teilbereichen zu untersuchen. Vielleicht sollte der Bundesrat lokal mit der Bundesgeschäftsstelle zusammenfallen, einerseits um bürokratische Verselbständigungstendenzen zu verhindern, andererseits um doppelte Arbeit zu vermeiden. Das Problem des Bundesgeschäftsführers wurde zwar heiß diskutiert, aber nicht befriedigend gelöst. Klar aber ist, daß sich hier nicht eine cliquenbildende Mausehelstelle und Intrigierstelle oder eine Art VK-Abstellgeleis für VK-Initiativen entwickeln darf.

Indem man die Funktion des Bundesgeschäftsführers auf das technische Mindestmaß reduziert, jegliches Informationsmonopol in seiner Hand abbaut und ihn der direkten Kontrolle des Bundesrates und möglichst noch einer aktiven Gruppe unterzieht, läßt sich sicherlich auch hier eine Lösung finden.

Diese eben skizzierte organisatorische Alternative müßte auf dem Aktivistentreffen am 1. und 2.2.69 in Köln in den Grundzügen diskutiert und in den Details verfeinert und modifiziert werden. Selbstverständlich lassen sich nicht alle Schwierigkeiten auf dem Wege organisatorischer Umstrukturierung beheben. Besonders das Autoritätsproblem läßt sich sicher nicht rein technokratisch durch organisationsstrukturelle Veränderungen lösen. Andererseits aber ist es von brennender Aktualität, hängt doch hieran zumindest teilweise die Frage der Aktivierung potentiell politisierter oder politisierbarer Kreise, die sich aber nur als Apparatschiks verstehen können, da sie die theoretische Allgewalt einiger demagogischer Zauberkünstler zu geistiger Abstinenz treibt, was schließlich entweder zu unreflektierten Aktivismus oder zur frustrierten Lethargie führt.

Generell ist festzuhalten, daß die Organisationsfrage unter zwei Aspekten betrachtet werden muß; zum einen unter dem Gesichtspunkt, wie rein technisch eine möglichst effektive Arbeit des VK lokal, regional und überregional zu gewährleisten ist, zum anderen aber, ob und wie die "Revolutionierung der Revolutionäre" organisationsstrukturell vorangetrieben werden kann, wie also in einer autoritär fixierten und hierarchisch gegliederten Gesellschaft wenigstens partiell ihre Ne-

gation praktiziert werden kann. Dabei ist es uns klar, daß die von uns betriebene Umstrukturierung nicht schon schlechthin die Praktizierung und die Verwirklichung unserer Intentionen impliziert, sondern lediglich die Voraussetzung dazu bietet, sozusagen die potentielle Möglichkeit dafür schafft.

ANHANG

I. ZUR KRITIK DES RATES

Schon in seiner Grundkonzeption weist das Ratsmodell einige Schwächen auf. Es war zu technokratisch konzipiert. Es haftet ihm der latente Komplex an vereinsmeierlich introvertierte Strukturen an. Es fehlt ihm jede organisationsstrukturelle Dynamik. Das Ratsmodell setzte außerdem bewußtseinsmäßige und materielle Bedingungen voraus, die objektiv nicht vorhanden waren. Generell läßt sich auch sagen, daß die Erwartungen über die Auswirkungen organisatorischer Umstrukturierungen viel zu hoch geschraubt waren. Es gibt eine Anzahl von Problemen, die sich offensichtlich nicht organisationsmäßig lösen lassen. (z.B. das Autoritätsproblem).

Verkehrt ist daher auf alle Fälle ein unkritischer historisierender Ratsfetischismus. Die Glorifizierung des Rates als Allweltsheilmittel schadet der kritischen Reflexion der Vor- und Nachteile des Ratsmodelles. Der Versuch, das Frankfurter Ratsmodell als Plagiat der revolutionären Rätebewegung zu sehen und seine Funktion an der historischen Ratsstrukturen zu messen, ist gefährlich, da er die spezifische Bedeutung und Aufgabe des VK-Rates unbeachtet läßt. Zum anderen läßt sich die historische Ableitung des Frankfurter Gruppenrates aus der revolutionären Rätebewegung bei näherer Betrachtung kaum aufrecht erhalten. Es fehlen allein schon die revolutionären Massen als deren spontaner Ausdruck, als deren Organ sich die historischen Räte gebildet haben.

Das Frankfurter Ratsmodell verdankt seine Begrifflichkeit in der Hauptsache der Notwendigkeit, sich auch schon äußerlich klar von dem traditionellen Vorstandsmodell abzuheben, und den radikalen Bruch mit den vereinsmeierlichen, autoritären Strukturen zu unterstreichen. Zudem war die Bezeichnung "Rat" Ausdruck einer bestimmten Programmatik:

- Abbau irrationaler Autoritäten anstatt deren permanenten Verinnerlichung.
- Aufhebung der Trennung von Entscheidungs- und Ausführungsinstanz anstatt der Degradierung der Aktiven zu dienenden Marionetten des jeweiligen Vorstandes.
- Selbstbestimmung der Aktiven und Partizipation an der Diskussion und Entscheidung von Strategie und Taktik anstelle formaldemokratisch legitimierter Bevormundung.
- Dezentralisation der Arbeit anstelle autoritärer Fixierung auf einen Gruppenboß.

II. ZUR AUTORITÄTSPROBLEMATIK

Die Aktualisierung der Autoritätsfrage durch die Entwicklung des Ratsmodelles darf nicht vordergründig in der Annahme steckenbleiben, daß das Aufkommen der Autoritäten ebenfalls Produkt des Rates sei. Bewußtsein ist nichts anderes als bewußtes Sein. Wobei das Sein, in diesem Falle die Autorität, nicht als Resultat des veränderten Bewußtseins aufgefaßt werden darf. Dadurch, daß die traditionelle Vorstandsstruktur die Autoritätsfrage mit dem Hinweis auf irgendwelche formaldemokratische Legitimation von der Tagesordnung eliminierte, hat sie die Autoritätsproblematik verdrängt, nicht gelöst.

Zu den Implikationen ratsstruktureller Programmatik gehört nun in erster Linie die kritische Diskussion sämtlicher Probleme. Aufgrund der ziemlich wichtigen Rolle, die die Autoritätsfrage bei der Politisierung und Aktivierung der KdVer wie der Revolutionierung der Revolutionäre spielt, muß ihr ein gebührender Platz in der permanenten kriti-

ischen Reflexion eingeräumt werden. Bei der Diskussion um die Möglichkeiten des Abbaus der sich aufgrund ihres Wissens und Informationsvorsprungs sowie in allgemeinen ihrer größeren Aktivität entwickelten Autoritäten ergaben sich folgende Wege: 1) Man eliminiere die Autoritäten aus der Gruppe; 2) Man verdamme sie zur partiellen Abstinenz von theoretischer und praktischer Gruppenarbeit; 3) Man appelliere an die Vernunft der Autoritäten, sich doch gefälligst selbst abzubauen; 4) Man fordere die Ratskonsumenten auf, sich gegen die Autoritäten zu wehren und möglichst selbst zu Autoritäten zu werden; 5) Man dezentralisiere die Arbeit und schaffe damit Spezialisten in den einzelnen Teilbereichen, die sonst partiell den traditionellen Autoritäten an Wissen und Information überlegen sind. Wenn aber alle Aktiven partielle Autoritäten sind, wäre das die Lösung der Autoritätsproblematik zumindest auf Gruppenebene. Nun sind die einzelnen Möglichkeiten zwar nicht vom Rat, aber von anderen linken Gruppen bereits mit unterschiedlichen Erfolg praktiziert worden: Während 1) in allgemeinen zur gänzlichen Auflösung der Gruppe führt, 2) ebenfalls, bzw. zu gewaltiger Frustration bei den Autoritäten, 3) relativ erfolglos bleibt und 4) in allgemeinen überhaupt kein Ergebnis zeitigt, birgt 5) unter Umständen die Möglichkeit einer ansatzweisen Lösung des Autoritätsproblems in sich. Dadurch, daß man den Aktiven durch Dezentralisation der Arbeit Möglichkeiten einer Spezialisierung auf einzelne Teilbereiche gibt und ihn dadurch zur partiellen Autorität macht, baut man die traditionellen Autoritäten ab. Die Gefahr ist nun die, daß die Teilbereiche, in denen nicht die traditionellen Autoritäten arbeiten, verkümmern, oder daß sich nun in den einzelnen Spezialgebieten wiederum Autoritäten und Konsumenten entwickeln, was dann zu einer rein quantitativen Verbesserung nicht aber zur Lösung der Autoritätsproblematik führt. Denn es geht nicht darum, die Zahl der Autoritäten zu vergrößern, sondern darum, die Autoritäten überhaupt abzubauen.

Generell läßt sich zur Autoritätsfrage folgendes sagen: Die Autoritätsproblematik darf genauso wie die Organisationsfrage nicht isoliert von den gesamtgesellschaftlichen Kontext als verbands- und gruppenspezifisches Problem verstanden werden. Die Revolutionierung der Revolutionäre ist ein Prozeß, der sich nur im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Revolution definitiv durchführen läßt. Gesellschaftliche Verhältnisse und in ihnen lebende und produzierende Menschen sind dialektisch verknüpft. Weder lassen sich die Menschen ohne die Verhältnisse noch ungekehrt die Verhältnisse ohne die Menschen revolutionieren. Dabei ist die Verknüpfung nicht darstellbar als starre mathematische Formel, sondern ist vielmehr Ausdruck der inhaltlichen Abhängigkeit von Menschen und Verhältnissen. Die Autoritätsproblematik, die sichtlich der Notwendigkeit revolutionärer Tätigkeit in einer zwar revolutionsreifen, aber trotzdem staatsmonopolistisch geprägten Gesellschaftsordnung logischer Weise ergibt, wird daher kaum organisationstechnisch oder sonst irgendwie administrativ zu lösen sein. Sie ist vielmehr in Verbindung mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß und der Entwicklung der revolutionären Bewegung speziell zu betrachten und wird nur in diesem Rahmen eine definitive Lösung erfahren.

### III. ZUR TAKTIK DER PROGRESSIVEN VK-GRUPPEN AUF DEM AKTIVISTENTREFFEN IN KÖLN:

Es muß gesagt werden: Der Gedanke des Aktivistentreffens ist eine respektable Leistung des BV und grob gesehen auch seine erste und höchstwahrscheinlich auch seine einzige. Dieses Aktivistentreffen bedeutet einen klaren Bruch mit den formaldemokratischen vereinseinerlichen Verbandsstrukturen und, Gott sei Dank, einen Dolchstoß gegen die Satzung, von dem sie sich und hoffentlich auch die Satzungs fetischisten nie wieder erholen werden. Indes ergeben sich

einige Fragen, die einer inhaltlichen Klärung bedürfen. Die entscheidende ist wohl, wer sich denn als Aktivist verstehen darf. Es ist ausgesprochen schlecht, daß dieser Begriff von Bundesvorstand nicht näher umrissen worden ist. So besteht die Gefahr, daß die ganz alten Opas, die schon seit Jahren aktiv die Satzung verteidigen und auch noch vorhaben, dies bis zu ihrem Lebensende fortzuführen, die ganzen Traditionalisten, deren einzige Aktivität im jährlichen Besuch der JHVs b.z.w. der BKs besteht, das Aktivistentreffen als vorgezogenen BK auffassen und munter, fröhlich, unbeschwert auch hier die progressive Arbeit behindern und blockieren.

Auch müßte sichergestellt werden, daß dieses Treffen einzig und allein der Organisationsfrage des VK gewidmet ist und nicht von den ewigen Pazifisten als bundesweites Diskussionsforum über die Allgewalt des absoluten Pazifismus aufgefaßt werden kann oder vom seligen Theo - über dessen praktische VK-Aktivitäten uns bislang allerdings noch nichts bekannt geworden ist, sodaß wir nicht hoffen, daß er die Unverschämtheit besitzt, sich als Aktivist zu bezeichnen - als Plauderstündchen über seine soziale Verteidigung.

Es müßte verhindert werden, daß die Satzungsfans ein permanentes Gezeiter um die heilige Satzung anfangen und den Aktiven durch stundenlange juristische Satzungsdebatten eine inhaltliche Diskussion verunnöglichen.

Auch die "Zivil"-Diskussion sollte nicht auf den Treffen behandelt werden. Vielmehr müßte das Problem einer sinnvollen Ungestaltung von "Zivil" schon von der vorher stattfindenden erweiterten Redaktionskonferenz in Frankfurt gelöst werden.

Wir glauben auch, daß es notwendig ist, sich nicht gleich in Detailfragen zu verlieren, sondern sich erst einmal klar zu werden über die möglichen groben Strukturen für eine organisatorische Umänderung des Gesamtverbandes.

Auf der IV.Klausurtagung des Rates haben daher die anwesenden Mitglieder der verschiedenen progressiven Gruppen ein überregionales Organisationsmodell für den VK entworfen und diskutiert, das als Diskussionsgrundlage des Aktivistentreffens dienen kann. Wir sind dabei prinzipiell zur inhaltlichen Diskussion wie zur inhaltlich begründeten Modifikation dieses Organisationskonzeptes bereit. Für die Detailfragen, wie etwa die Finanzneuregelung oder das Geschäftsführerproblem haben wir gesonderte Gremien gebildet, die den Aktivistentreffen entsprechende Vorschläge unterbreiten werden.

Die Neustrukturierung des VK muß im Zeichen der Unfunktionierung des VK aus einen Paziklub in eine Kampforganisation stehen.

D I E S A T Z U N G I S T T O T !

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE KREGSDIENSTVERWEIGERUNG!

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

3. 5. 63 v VK Fim/Zi

24. 4. 63

6050 Offenbach, den 26. April 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

An den  
Bundesausschuss,  
den BA-Gruppen zur Kenntnisnahme

=====

Liebe Freunde,

im Auftrag des 1. Vorsitzenden, lade ich Sie zur nächsten  
BA-Sitzung, am Samstag, dem 11. Mai 1963, nach Stuttgart  
ein. Das genaue Tagungslokal wird Ihnen noch umgehend mit-  
geteilt. Der geschäftsführende Vorstand schlägt folgende  
Tagesordnung vor:

1. Bundeskongress 1963
2. Verbandszeitschrift ZIVIL
3. Friedensdienstfragen
  - a) Zusammenarbeit mit der Zentralstelle
  - b) Gesetzesänderungsvorschläge
  - c) D - Beschluß
4. Verschiedenes.

Wir können für die Sitzung nur den Zeitraum von  
10.00 bis 13.00 Uhr vorsehen und bitten deshalb alle BA-  
Mitglieder, um pünktliches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen!

*Klaus Vack*

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

~~Bü - Kongress!~~

~~Mai  
zum Verbleib!~~

Institut für

ED 718-3-149

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 18. Juli 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

19. 7. 63

An den  
Bundesausschuss  
den Vorsitzenden der BA-Gruppen zur Kenntnisnahme  
=====

Liebe Freunde,

der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 6./7. Juli 1964 beschlossen,  
dem Bundesausschuss zu empfehlen, den Bundeskongress 1964 für  
2./3. Mai 1964 nach Hamburg einzuberufen. Mit einem solchen Beschluß  
würde der BA einer Empfehlung des Bundeskongresses 1963 folgen.

Da die nächste BA-Sitzung erst im Herbst stattfinden wird und die  
Hamburger Freunde unbedingt die Saalfrage rechtzeitig klären  
müssen, werden wir den formell notwendigen BA-Beschluß schrift-  
lich herbeiführen. Wir bitten Sie deshalb, untenstehenden Stimm-  
zettel bis 5.8.1963 an die Verbandsgeschäftsstelle zurückzu-  
schicken. Abstimmungszettel, die bis zu diesem Termin nicht einge-  
gangen sind, gelten als Stimmenthaltung.

Für diese kleine Mühe herzlichen Dank.

Mit freundlichen Grüßen!

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

-----  
Termin: 5. August 1963

Als BA-Vertreter der Gruppe ----- gebe ich  
zur Einberufung des nächsten Bundeskongresses für 2./3. Mai 1964  
nach Hamburg folgende Stellungnahme ab:

Ja                       Nein                       Enthaltung

-----  
(Unterschrift)

ED 718-3-150

An  
Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 25. Sept. 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

An die  
Mitglieder des Bundesausschusses,  
den BA-Gruppenvorsitzenden zur Kenntnisnahme

=====

Liebe Freunde,

ich möchte Sie davon informieren, daß der geschäftsführende  
Vorstand für 7./8. Dezember 1963 eine BA-Sitzung im Raum  
Frankfurt (Main) vorgesehen hat, die gegen 15.00 Uhr  
am Samstag beginnen wird. Wir möchten Sie bitten, den  
Termin für diese Sitzung bereits heute vorzumerken.

Gruppen und BA-Mitglieder, die besondere Wünsche für die  
Tagesordnung dieser Sitzung haben, werden gebeten, diese der  
Verbandsgeschäftsstelle bis spätestens 30.10.1963 mit  
kurzer Begründung mitzuteilen. Am 31.10./1.11.1963 wird  
der geschäftsführende Bundesvorstand tagen und eine  
"endgültige vorläufige Tagesordnung" für die BA-Sitzung  
festlegen.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)  
Verbandsgeschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

6050 Offenbach, den 7. November 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

9.11.63 V.

An die  
Mitglieder des BA,  
den BA-Gruppen-Vorsitzenden zur Kenntnisnahme  
=====

Liebe Freunde,

im Auftrag des geschäftsführenden Vorstandes lade ich Sie zu einer  
BA-Sitzung am 7./8. Dezember 1963 im Naturfreundehaus Rosenhöhe,  
Offenbach, ein. Die BA-Sitzung beginnt am Samstag um 15.00 Uhr.

Der geschäftsführende Vorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Die Situation in den AdF-Verbänden
2. Schreiben des Deutschen Friedensrates
3. Kampagne für Abrüstung (Ostermarsch)
4. Arbeitsbericht des BV
5. Situationsberichte der BA-Gruppen
6. Zahlenentwicklung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer
7. Betreuung der dienstleistenden KDVer
8. Finanzielle Situation des Verbandes
9. Bundeskongress 1964
10. Verschiedenes

Da ich einige Wochen krank und anschließend einige Wochen nur teilweise arbeitsfähig war, kann ich Ihnen die notwendigen erläuternden Unterlagen zur Tagesordnung nicht so frühzeitig zustellen, wie durch einen D-Beschluß festgelegt. Ich werde mich dafür einsetzen, daß Ihnen alle Unterlagen bis spätestens 25.11.1963 zur Verfügung stehen. Haben Sie bitte Verständnis dafür, da für den geschäftsführenden Vorstand bei strikter Erfüllung des D-Beschlusses nur die Möglichkeit bestand, die BA-Sitzung zu verlegen.

Besonders hinweisen möchte ich heute schon auf den Tagesordnungspunkt 5, bei dem alle BA-Gruppenvertreter einen kurzen Situationsbericht über ihre Gruppenarbeit geben sollen. Hierbei kommt es uns weniger darauf an, über die letzten Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten der Gruppe informiert zu werden als vielmehr darauf, wie die Gesamtsituation in den Gruppen zur Zeit aussieht und welche zukünftige Entwicklung zu erwarten ist.

Am Samstagabend wollen wir gemeinsam das neue Programm des Frankfurter Kabarett "Die Schmiere" besuchen. Die Eintrittskarten kosten DM 3,--. Teilen Sie uns bitte auf unten stehendem Abschnitt mit, ob Sie an der BA-Sitzung und darüber hinaus an dem Schmiere-Besuch teilnehmen.

Institut

Archiv

Für die Freunde, die an früheren Sitzungen auf dem Naturfreunde-  
haus Rosenhöhe teilgenommen haben, sei erläutert, daß dieses  
einen völlig neuen, modern Eingerichteten Seitenbau erhalten hat,  
in dem die Sitzung stattfindet. Die Übernachtung erfolgt in eben-  
falls neuengerichteten 2 und für die Jüngeren von uns 6-Bett-  
Zimmern.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

-----  
Termin: 20.11.1963

An der BA-Sitzung am 7./8.12.1963 in Offenbach nehme ich für die  
Gruppe . . . . . teil.

Name: . . . . . Anschrift: . . . . .

Für den Besuch der "Schmiere" bestelle ich hiermit . . . . . Karten.

-----  
(Unterschrift)  
-----

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 3. Dez. 1963  
Waldstr. 99, Postfach 648

An die Mitglieder des BA,  
den BA-Gruppen-Vorsitzenden zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

noch einmal erinnere ich Sie an die BA-Sitzung, die am kommenden Wochenende, den 7./8. Dez. 1963 im Naturfreundehaus Rosenhöhe in Offenbach stattfindet. Die BA-Sitzung beginnt am Samstag um 15 Uhr.

Das Naturfreundehaus hat die Anschrift: Am Waldschwimmbad 30 und ist telefonisch unter der Nummer 8 24 51 zu erreichen. Sie erreichen es, wenn Sie vom Hauptbahnhof Offenbach mit der O-Buslinie Nr. 3 in Richtung 'Buchrainweiher' fahren und den Bus bei der Haltestelle 'Loos' verlassen. Von dort sind es noch ca. 10 Minuten zu Fuß durch die Schrebergärten. - Mit dem Pkw verlassen Sie die Autobahn bei der Ausfahrt Offenbach und fahren die Hauptzubringerstraße in Richtung Stadt. Sie passieren hierbei zwei Verkehrsampeln, die normalerweise für die Arbeiter, die in den dortigen Fabriken tätig sind, errichtet wurden. Ca. 200 bis 300 Meter hinter der zweiten Ampel biegen Sie rechts ab und gelangen ebenfalls durch die Schrebergärten zum Naturfreundehaus. (Markierung beachten!)

Der GV schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Die Situation in den ADF-Verbänden
2. Schreiben des Deutschen Friedensrates und Aktion in Ost-Berlin
3. Kampagne für Abrüstung (Ostermarsch)
- ✓ 4. Arbeitsbericht des BV
- ✓ 5. Situationsbericht der BA-Gruppen
- ✓ 6. Zahlenentwicklung der anerkannten KdVer
7. Betreuung der dienstleistenden KdVer
8. Finanzielle Situation des Verbandes
9. Bundeskongreß 1964
10. Verschiedenes

Leider mußte ich mich wegen meines Gesundheitszustandes in den letzten Wochen auf den außerhalb des VK üblichen 8-Studentag beschränken und kann Ihnen erst heute einige Unterlagen für die BA-Sitzung zugehen lassen. Ich hoffe, daß es Ihnen dennoch möglich ist, dieses Material aufmerksam zu studieren, sodaß wir eine ergebnisreiche Sitzung hinter uns bringen können.

Die Gruppenvertreter bitte ich, besonders auf den Tagesordnungspunkt 5 zu achten und hierfür einen kurzen Situationsbericht über die Gruppenarbeit vorzubereiten. Es kommt uns weniger darauf an, über die letzten Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten der Gruppe informiert zu werden, als vielmehr darauf, wie die Gesamtsituation in den Gruppen zur Zeit aussieht und welche zukünftige Entwicklung zu erwarten ist.

Noch einmal möchte ich darauf hinweisen, daß die Übernachtung in den neu eingerichteten 2 und 6 Bett-Zimmern im Naturfreundehaus erfolgt. Wer mit diesem Quartier nicht einverstanden ist, muß sich bei seiner Ankunft in Offenbach um ein Hotelzimmer bemühen.

Mit den besten Wünschen für eine gute Anreise, verbleibe ich

Ihr

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

P.S.: Ich weise darauf hin, daß von den Gruppen Köln, Mannheim, München und Wuppertal bisher keine Anmeldung vorliegt. Eine BA-Sitzung dürfte so wichtig sein, daß alle Gruppen vertreten sind, sodaß die Genannten sich noch umgehend um einen Teilnehmer an der BA-Sitzung bemühen sollten.

Abschrift des Schreibens vom Deutschen Friedensrat vom 29.8.63 an den Zentralen Ostermarschausschuß, als Anlage dem Schreiben an Herbert Stubenrauch beigelegt.

---

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben Ihnen kürzlich einige Korrespondenz zugeschickt, darunter unseren Brief an alle westdeutschen Friedensverbände.

Wir gingen dabei davon aus, daß Sie wie wir das Moskauer Abkommen über den teilweisen Stopp der Kernwaffenversuche begrüßt und als einen Erfolg der Bemühungen und Anstrengungen aller Friedensanhänger empfunden haben.

Wir haben auch die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß es gut wäre, wenn wir miteinander ins Gespräch kommen würden, um zu beraten, welcher deutsche Beitrag jetzt zur Abrüstung und Entspannung geleistet werden kann. Heute möchten wir Ihnen unser Anliegen in einer präziseren Form unterbreiten.

Wir schlagen Ihnen vor, gemeinsame Seminare in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik über Schritte zur Sicherung des Friedens in Deutschland zu veranstalten. Wir sind bereit, in der DDR ein solches Seminar vorzubereiten und Vertreter der westdeutschen Friedensverbände und Jugendorganisationen daran zu beteiligen, wenn es Ihnen möglich ist, ein gleiches Seminar in der Bundesrepublik zu organisieren, an dem Vertreter des Friedensrates und der Jugendorganisation der DDR teilnehmen und ihren Standpunkt zu den Fragen darlegen können.

Wir erklären uns weiterhin bereit, uns dafür einzusetzen, daß Vertreter Ihrer Bewegung im Deutschlandsender der DDR das Wort nehmen können, wenn es Ihnen gelingt, uns die Möglichkeit zu beschaffen, über einen der Sender in der Bundesrepublik zu den gleichen Fragen zur Bevölkerung zu sprechen.

Vertreter des Friedensrates und der Jugendorganisation der DDR sind bereit, zu Ihnen zu kommen, um über diese Vorschläge zu verhandeln und Vereinbarungen zu besprechen.

Wir glauben, daß dies Vorschläge sind, die auch der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten dienen können.

Wir sehen Ihrer geschätzten Stellungnahme entgegen und verbleiben

mit freundlichem Gruß

F r i e d e n s r a t  
der Deutschen Demokratischen Republik

gez. Heinz Willmann  
Generalsekretär

(Gedacht als "Offener Brief" zur Veröffentlichung in ZIVIL)

APPELL AN DEN FRIEDENSRAT DER DDR

Sehr geehrte Herren vom Deutschen Friedensrat!

Sie haben uns vor einiger Zeit einen freundlichen Brief geschrieben. Sie schlagen die Aufnahme von Kontakten vor und die Durchführung gemeinsamer Seminare.

Ihre Vorschläge und Anregungen können wir leider nicht annehmen. Das hat folgenden, einfachen Grund:

Wir haben in der Vergangenheit kein Anzeichen dafür finden können, daß Sie eine mit den aktiven Pazifisten und Antimilitaristen in der Bundesrepublik vergleichbare Zielsetzung oder Arbeit vorweisen können. Wenn wir mit Ihnen in eine nähere Zusammenarbeit eintreten würden, könnten wir ebensogut - und vielleicht wirkungsvoller - mit einem Ministerium der Regierung Ihres Staates zusammenarbeiten.

Offenbar leiten Sie das Wort 'Frieden' in dem Namen Ihrer Organisation aus der gleichen Quelle her, aus der die Politiker Ihres Staates die Politik, die sie betreiben, als 'Friedenspolitik' zu kennzeichnen versuchen.

In der Realität erscheint diese Politik jedoch als Aufrüstung und Militarismus. Gerade diese Realität ist es aber, die wir selbst auch schon in den geringsten Ansätzen in der Bundesrepublik leidenschaftlich und kompromißlos bekämpfen. Denn in unseren Augen ist diese Politik niemals dem Frieden dienlich - gleich von welcher ideologischen Zielsetzung sie abgeleitet wird, - sondern sie schafft Spannungen und Unrecht, konkretes menschliches Leid und die Bereitschaft zur Gewalt.

Bisher hat der 'Deutsche Friedensrat' noch nicht einmal zu dieser Art von Politik in der DDR Stellung genommen. Dafür beschäftigt er sich aber umso häufiger in seinen Erklärungen und Stellungnahmen mit der Politik und der Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Diesmal sehen wir uns - legitimiert durch unsere jahrelange Arbeit für den Frieden in der Bundesrepublik - dazu verpflichtet, einen Appell an den 'Deutschen Friedensrat' zu richten.

Wir fordern den 'Deutschen Friedensrat' und alle einseitigen Kräfte und Personen in der DDR auf, sich mit all ihren Mitteln öffentlich dafür einzusetzen, daß

- die weitere Aufrüstung in der DDR sofort gestoppt wird,
- die Militarisierung des öffentlichen Lebens und der Jugend eingestellt wird,
- die Schießbefehle an der Mauer in Berlin und in den anderen Grenzgebieten zurückgezogen werden,
- die Einschränkung elementarer Menschenrechte wie: Freizügigkeit, Redefreiheit, Gewissensfreiheit und Versammlungsfreiheit aufgehoben wird, und
- das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich garantiert wird.

In unseren Augen kann sich der 'Deutsche Friedensrat' nur dadurch legitimieren, daß er Unrecht, Unterdrückung, Haß und Totschlag bekämpft. Tut er das nicht, dann disqualifiziert er sich selbst und verhöhnt gleichzeitig das Wort 'Frieden'.

Wir werden uns freuen, bald von Ihnen die ersten Anzeichen einer aufrechten Friedensarbeit in Ihrem Staate zu erfahren und versichern Sie für diesen Fall unserer vollsten Sympathie, Unterstützung und Zusammenarbeit zum Wohle des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit in ganz Deutschland.

(Gedacht als Alternative zu dem "Offenen Brief" , der zur Veröffentlichung in ZIVIL vorgesehen ist. Wenn dieser Brief an den Deutschen Friedensrat gerichtet wird, muß auf den "Offenen Brief" verzichtet werden.)

---

Der Text des "Offenen Brief" wird in den ersten sieben Absätzen wörtlich übernommen.

..., einen Appell an den 'Deutschen Friedensrat' zu richten.

Wir fordern den 'Deutschen Friedensrat' auf, mit uns in eine Korrespondenz einzutreten und zu folgenden Fragen eine Stellungnahme abzugeben. Wie stehen Sie

- zu einer gesetzlichen Garantie der Gewissensfreiheit und damit des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR,
- zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, insbesondere der Jugend in der DDR und
- zur ständig steigenden militärischen Aufrüstung in der DDR?

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, auf Fragen, die Sie uns vorlegen ebenfalls unsere Stellungnahme abzugeben. Sollte die Korrespondenz in Ihrem wie in unserem Sinne einen zufriedenstellenden Verlauf nehmen, sind wir gerne bereit, die Möglichkeit von gemeinsamen Seminaren bzw. Gesprächen neu zu überdenken.

Wir freuen uns, bald von Ihnen zu hören usw.

ED 718-3-156

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Antrag der Gruppe Kiel an den Bundesausschuß

Der Bundesausschuß möge prüfen, ob und wie weit sich die Tätigkeit des Bundesvorstandsmitgliedes Rechtsanwalt Heinrich Hannover als Strafverteidiger in politischen Prozessen (Friedenskomitee der Bundesrepublik, "Blinkfüer"-Prozess) mit seiner Tätigkeit im Bundesvorstand vereinbaren läßt. Bejahendenfalls möge der Bundesausschuß erläutern, warum er keine Diskrepanz sieht.

Die Gruppe Kiel ist mit Sorge darüber erfüllt, daß sich diese Prozesse ungünstig auf das Ansehen des VK in der Öffentlichkeit auswirken könnten. Die Gruppe Kiel betont jedoch, daß mit diesem Antrag nicht der Verdacht geäußert wird, daß sich Rechtsanwalt Hannover mit der politischen Ansicht der von ihm vertretenen Parteien identifiziert.

Nach kurzer Diskussion  
im BA v. TIETZ zurückge-  
zogen...

HAMMER (+ Kiedel) / Hpt. sollte  
dagegensprechen bzw. mündl. sich  
enthalten...

Die Kriegsdienstverweigerung im Bundesgebiet  
Anteilsatz der Antragsteller auf Anerkennung noch unter 1 v.H.

Das Bundesministerium der Verteidigung teilt mit: In der Bundesrepublik Deutschland darf gem. Artl. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Diesem Grundsatz tragen die Bestimmungen der §§ 25 bis 27 des Wehrpflichtgesetzes Rechnung. Über die Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, wird auf Antrag entschieden. Die Entscheidung treffen besondere Ausschüsse (Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer), die für den Bezirk eines oder mehrerer Kreiswehrrersatzämter bei Kreiswehrrersatzämtern gebildet sind.

Seit Einführung der Wehrpflicht haben bis zum 31. August 1963 insgesamt 21 479 Wehrpflichtige bei den Geburtsjahrgängen 1937 (nur 2. Halbjahr) bis 1944 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Für die nahezu 2,4 Mill. Gemusterten dieser Geburtsjahrgänge liegt der Anteilsatz der Antragsteller somit im Durchschnitt noch unter 1 v.H. 12 042 Anträge sind rechtskräftig entschieden worden. In 9 619 der rechtskräftig entschiedenen Fälle sind die Antragsteller als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden. 4 525 Anträge sind zurückgenommen worden oder haben sich aus sonstigen Gründen erledigt - z.B. durch Tod oder Fortzug aus der Bundesrepublik. In fast 1 100 Fällen sind Entscheidungen noch nicht rechtskräftig. Bei den Prüfungsausschüssen und Prüfungskammern liegen noch 3 840 Anträge von Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1937 bis 1944 zur Bearbeitung vor. Die unerledigten Anträge von Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1937 bis 1941 sind erst in jüngerer Zeit gestellt worden und konnten daher noch nicht erledigt werden. Zum Teil handelt es sich dabei auch um Fälle, in denen der Tauglichkeitsgrad jetzt erst festgestellt wurde und darum auch erst jetzt in der Sache entschieden werden kann. Die Anträge von Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1942 und 1943 sind zum Teil nicht, wie vorgesehen bei der Musterung, sondern erst später anlässlich der Einberufung zum Grundwehrdienst gestellt worden. Ein Teil der Anträge konnte und kann auch deswegen noch nicht behandelt werden, weil die Antragsteller sich im Ausland oder auf See befinden.

Statistische Übersicht über die Kriegsdienstverweigerung im Bundesgebiet - Stand 31. August 1963 -

Geb. Jh. gang	Gemuster- te (mit "untaugl. a.")	Gest. Antr. a. Anerk. a. KdVer	dav. zur. gen. o. a. sonst. Grün- den erl.	Rechtskräftig entschieden anerk. abgol.	noch vor- liegende Anträge	
1937	183 506	2 224 +)	599	1 078	371	106
1938	403 594	3 885	961	2 115	640	64
1939	426 640	4 167	1 272	2 038	610	143
1940	386 547	3 257	678	1 620	405	399
1941	359 853	2 881	481	1 373	239	601
1942	301 042	2 380	322	878	107	846
1943	313 216	1 926	176	507	51	1 014
1944	-----	759	36	10	--	667
2 374 398		21 479	4 525	9 619	2 423	3 840

+ ) Davon 198 Anträge von Angehörigen nicht aufgerufener Geburtsjahrgänge  
(Aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13.11.1963)

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Betr.: Bezugsgebühren für ZIVIL

Zum 1. Jan. 1964 erhöhen sich die Zeitungszustell- und kassiergebühren erheblich.

Für den VK macht dies bei 4.000 Postbeziehern Mehrausgaben im Quartal von DM 2.000.-- aus.

Der GV hat bei seiner letzten Sitzung festgestellt, daß er diese Mehrausgaben keineswegs vollständig tragen kann.

In Zukunft werden von den Beziehern nur noch die Bezugsgebühren, aber keine Zustellgebühren mehr erhoben. Danach hätten die Bezieher ab 1.1.1964 nicht mehr wie üblich DM 6.09, sondern DM 6.-- zu zahlen. Der GV hat beschlossen, ab 1.1.1964 Bezugsgebühren von DM 6.15 im Quartal zu erheben, sodaß sich für jeden Bezieher eine Erhöhung von DM 0.02 monatlich ergibt.

Außerdem schlägt der GV dem BA zur Beschlußfassung vor, daß die Gruppenanteile ab 1.1.1964 von DM 2.10 im Quartal auf DM 2.-- im Quartal herabgesetzt werden.

Damit würden die Mehrkosten von DM 2.000.-- wie folgt aufgeteilt:  
zu Lasten der Bezieher DM 600.--; zu Lasten der Gruppen DM 400.--;  
zu Lasten des BV DM 1.000.--.

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

Stellungnahme zu den BK-Beschlüssen 1963

(Wir bitten das Protokoll des VK-Bundeskongresses 1963 mit zur BA-Sitzung zu bringen, da in dieser Zusammenstellung darauf verzichtet wird, die einzelnen Beschlüsse noch einmal wörtlich wiederzugeben).

Zu Beschluß 1 ist festzustellen, daß dem BV keine konkreten Aufgaben erteilt wurden. Der Tagesordnungspunkt 1 der BA-Sitzung wird im Zusammenhang mit dem Beschluß 1 des Bundeskongresses 1963 stehen.

Zu Beschluß 2 hat der GV ein ausführliches Schreiben verfasst, das der Zentralstelle, z.Hd. Herrn Oberkirchenrat Kloppenburg DD, zugesandt wurde. Zwischenzeitlich beschäftigt sich die Zentralstelle mit den Anregungen des VK. Eine endgültige Stellungnahme konnte in der Zentralstelle noch nicht erarbeitet werden.

Der Beschluß 3 richtet sich im wesentlichen an die Mitglieder und Gruppen. Er wurde in ZIVIL veröffentlicht und dürfte damit für den BV erledigt sein.

In Erledigung des Beschlusses 4 hat der BV eine Petition bei dem zuständigen Ausschuß des Bundestages eingebracht. Hierüber wurde ein Pressedienst herausgegeben. Außerdem wurde die Petition sämtlichen Abgeordneten des Petitionsausschusses und dem Bundesarbeitsministerium im vollen Wortlaut zugeleitet. Der Petitionsausschuß hat den Eingang der Petition bestätigt und eine sorgfältige Prüfung zugesagt.

Der Beschluß 5 richtet sich an die Mitglieder. Er wurde in ZIVIL veröffentlicht und dürfte damit erledigt sein.

Der Beschluß 6 beschäftigt sich mit der Frage der Werbung und fordert vom BV ein Schwerpunktprogramm für Werbeaktionen des VK. Der BV und der GV haben sich bereits mehrfach mit dieser Frage beschäftigt. Vorerst mußte, soweit die finanziellen Kräfte der Bundeskasse ausreichen, versucht werden, wieder genügend Werbematerial herzustellen, das den Gruppen zur Verfügung steht. Es ergab sich eine Neuauflage des Flugblattes Aktion 4/3 und der Broschüre "Warum wir den Kriegsdienst verweigern". Darüber hinaus wurde die Schrift von Dr. Ude und Rechtsanwalt Hannover "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der Gemeinschaft" gedruckt. Zur Zeit ist eine Neuauflage des Stahlhelmplakates in Druck. Ein weiteres Plakat "Ich bin stolz auf ihn, er ist Kriegsdienstverweigerer" wird vorbereitet. Weiterhin prüft eine Kommission die Möglichkeit einer Werbeaktion für unsere Verbandszeitschrift ZIVIL. Größere Anzeigen in Tageszeitungen oder gar Illustrierten können zur Zeit vom BV nicht aufgegeben werden, da die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten zur Deckung der Kosten fehlen. Es wurde allerdings mit dem Jugendherbergswerk verhandelt, um in der Zeitschrift "Die Jugendherberge" eine Anzeige aufzugeben. Das Ergebnis war, das man uns unsere Anzeige nicht abnahm, aber gleichzeitig versicherte, daß in Zukunft in "Die Jugendherberge" auch keine Anzeige der Bundeswehr mehr erscheint. Weitere Möglichkeiten von Schwerpunktwerbung sieht der BV darin, daß er kleine Werbeteams bildet, die beauftragt werden, in einer größeren Stadt, wo bisher keine VK-Gruppe existiert, eine Gruppe zu gründen.

Einen Beschluß für einen derartigen Test hat der BV bereits gefaßt und zwar handelt es sich um Gruppengründungen in Aschaffenburg und in Aachen.

Der BV hat sich bemüht, den Beschluß 7 durch die Veranstaltungen zum 'Tag der Gefangenen für den Frieden' in der Bundesrepublik und die Aktion in Ost-Berlin zu verwirklichen.

Zu Beschluß 8 hat der BA bereits schriftlich beschlossen, daß der nächste Bundeskongreß am 2./3. Mai 1964 in Hamburg stattfindet. Weitere Fragen hierzu sind in der BA-Sitzung zu klären.

Den Beschluß 9 hat der BV verwirklicht, indem er unserem Mitglied Sieglinde von Brockdorff einen Betrag von DM 200.-- zur Verwendung für die Weltfriedensbrigade überwiesen hat. Frau von Brockdorff wurde beauftragt, diesen Betrag Ende des Jahres durch Belege abzurechnen. Unter Berücksichtigung der vorgelegten Abrechnung wird sich der BV beraten, in wie weit er in den ersten beiden Quartalen 1964 weitere Zuwendungen zur Verfügung stellen kann.

Den Beschluß 10 bemüht sich der BV zu erfüllen, indem er, so weit es in diesem Rahmen möglich ist, in ZIVIL auf die Bestrebungen der UNO hinweist. Unser Auslandsreferent, Horst Maurer, steht im Kontakt zu den deutschen Stellen der Vereinten Nationen. An einer Tagung der "Weltparlamentarier" vor wenigen Wochen in Genf hat im Auftrag des VK unser ehemaliger Vorsitzender, Wilhelm Keller, teilgenommen. Ein Bericht über die Tagung erscheint in der Januar-Nummer von ZIVIL.

Zur Verwirklichung des Beschlusses 11 hat der BV der WRI eine Resolution vorgelegt. Über diese wurde nicht abgestimmt, da der Vorstand der WRI erklärte, daß dem Europaparlament bereits eine Petition der WRI in dem von uns gewünschten Sinne vorliege. Der BV hat außerdem im Sinne des Beschlusses 11 an alle Bundestagsabgeordneten geschrieben, die Mitglieder des Europäischen Parlamentes sind. Das Bundesaußenministerium wurde entsprechend verständigt.

Zu Beschluß 12 ist festzustellen, daß der Rechtsreferent in dieser Angelegenheit mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Korrespondenz steht und bemüht ist, dem BA eine Stellungnahme vorzulegen.

Der Beschluß 13 zum Ostermarsch der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung - wird vom BV bei seiner Arbeit beachtet. Er wurde in seiner wesentlichen Aussage in ZIVIL veröffentlicht. Nachdem Werner Böwing aus dem Zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung auschied, hat der BV das BV-Mitglied Hans-Joachim Arlt mit dieser Aufgabe betraut.

Der Beschluß 14 wurde in ZIVIL veröffentlicht und der Presse zur Verfügung gestellt. Die Aktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" in Ost-Berlin basiert auf diesem Beschluß.

Der Beschluß 15 wurde über den VK-Pressedienst und über ZIVIL publiziert. Der BV hat im Sinne des Beschlusses an den Bundestagspräsidenten, Dr. Gerstenmaier, den Volkskammerpräsidenten Dr. Dieckmann, das Ministerium für die Justiz in der Bundesrepublik und der DDR geschrieben.

Die Beschlüsse 16, 17 und 18 beschäftigen sich mit den geplanten Notstands- und Zivildienstgesetzen. Vom Referent für zentrale Aktionen wurde ein Flugblatt vorbereitet, zu dem noch Unterschriften prominenter Persönlichkeiten gesammelt werden. Das Flugblatt liegt dem Material zur BA-Sitzung bei. Im Auftrag des BV bemüht sich die Verbandsgeschäftsstelle seit Monaten um Gespräche mit SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten über die Notstandsgesetze. Am kommenden Donnerstag findet ein Gespräch mit FDP-Abgeordneten statt. Von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schäfer liegt bereits eine Zusage für ein Gespräch im Januar vor. In der ADF hat der BV angeregt, daß diese einen Kongreß der Friedensverbände gegen Notstands- und Zivildienstgesetze auf Bundesebene veranstaltet. Die Beratungen in der ADF um diesen Kongreß sind bisher nicht vorangekommen. In der Zeit vor der 2. Lesung der Notstandsgesetze wird sich der VK in ZIVIL und gegebenenfalls in einem Pressedienst noch einmal ausführlich und eindeutig äußern. Der Referent für zentrale Aktionen steht in Korrespondenz mit den Gruppen Hamburg, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München, um wenn irgend möglich, um die Zeit der 2. Lesung an diesen 5 zentralen Punkten Aktionen gegen die von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwürfe zu veranstalten.

Zu Beschluß 19 bemüht sich der zuständige Referent, Hans Hammer, die Bestrebungen in der Frage des gewaltlosen Widerstands zu koordinieren. In ZIVIL wurde eine Diskussion durch den Artikel von Freund Ebert eröffnet, die in der Dez.-Nummer durch vielseitige Beiträge Ausdruck findet. Die Vorbereitung und Herausgabe einer Broschüre wurde bereits mehrfach im BV diskutiert. Eine Konzeption für die Broschüre wurde bereits entwickelt. Als praktisches Handbuch hat der VK im Auftrag der WRI die Broschüre von Charles Walker hergestellt.

ED 718-3-16A

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 16. März 1964  
Postfach 648, Waldstr. 99 - Va./Ha.

17.3.64

An die Mitglieder des Bundesausschusses;  
den Vorsitzenden der BA-Gruppen zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

der Bundesvorstand hat sich auf seiner letzten Sitzung, die am 29.2./1.3.1964 in Frankfurt stattfand, gemäß einer Auflage des Bundesausschusses mit der Frage beschäftigt, in wie weit Gäste an Bundesausschuß-Sitzungen teilnehmen können.

Der Bundesvorstand hat beschlossen, daß nur er das Recht hat, Gäste zu Bundesausschuß-Sitzungen einzuladen. Soweit einzelne Bundesausschuß-Mitglieder oder Bundesausschuß-Gruppen daran interessiert sind, Gäste zu den Sitzungen mitzubringen, muß demgemäß eine Einladung durch den Bundesvorstand erfolgen, was bedeutet, daß der Bundesvorstand rechtzeitig von einem solchen Wunsch informiert wird.

Der Bundesvorstand hat außerdem beschlossen, für den 1. Mai 1964 nach Hamburg eine Bundesausschuß-Sitzung einzuladen. Die Bundesausschuß-Sitzung wird um 15 Uhr beginnen, den genauen Tagungs-ort teilen wir Ihnen noch mit.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte werden sein: Aktion Ost-Berlin; Kampagne für Abrüstung-Ostermarsch der Atomwaffengegner; Bundeskongreß 1964.

Um über die politische und organisatorische Entwicklung in der Kampagne für Abrüstung auf unterster Ebene grundsätzlich diskutieren zu können, ist es erforderlich, daß alle Bundesausschuß-Gruppen einen kurzen Bericht über die örtliche Situation vorlegen. Wir bitten darum, daß sich die Gruppenvertreter gut auf einen solchen Kurzbericht von ca. 5 Minuten vorbereiten, da wir dann wirklich eine in die breite gehende Diskussionsgrundlage zur Verfügung hätten.

Wir weisen noch darauf hin, daß die Reisekosten, die für eine Bundesausschuß-Sitzung anfallen, die anlässlich des Bundeskongresses stattfindet, von den Gruppen zu tragen sind. Der Bundesvorstand übernimmt lediglich für die Nacht vom 1. auf 2. Mai 64 und wenn notwendig auch für die vor der Sitzung liegende Nacht vom 30.4. bis 1.5.1964 die Übernachtungs- und Frühstückskosten.

Mit freundlichen Grüßen,

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

ED 718-3-162  
Archiv

6050 Offenbach, den 15. April 1964  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

16. 4. 64

An die  
Mitglieder des BA, die geladenen Gäste  
zur nächsten BA-Sitzung;  
den Vorsitzenden der BA-Gruppen zur  
Kenntnisnahme

=====

Betr.: BA-Sitzung am 1. Mai 1964 in Hamburg

Liebe Freunde,

der Bundesvorstand lädt Sie ein zur BA-Sitzung am 1.5.1964, 15.00 Uhr  
im Büro des Landesverbandes Hamburg; Große Bleichen 23/27, 1. Stock,  
Zimmer 163, Tel. 34 66 79. Wir schlagen Ihnen folgende Tagesordnung  
vor:

1. VK-Bundeskongress 1964
2. Auswertung der Ostberlin-Aktion zum  
"Tag der Gefangenen für den Frieden"
3. Kampagne für Abrüstung
4. Möglichkeiten der VK-Arbeit zur Ver-  
wirklichung des Beschlusses 19 vom Bundeskongress 1963  
(Gewaltlosigkeit)
5. Verschiedenes

Zu Tagesordnungspunkt 3 bitten wir die Gruppenvertreter um kurze Be-  
richte über die örtliche Situation in der politischen und organisa-  
torischen Entwicklung der Kampagne für Abrüstung. Wir werden unter  
diesem Punkt auch über die "Ostermarschbetrachtungen" und unsere  
ZIVIL-Sondernummer diskutieren.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Reisekosten, die für eine  
BA-Sitzung anfallen, die anlässlich des Bundeskongresses stattfindet,  
von den Gruppen zu tragen sind. Der BV übernimmt lediglich für die  
Nacht vom 1. auf 2. Mai 1964 und wenn notwendig für die vor der Sitzung  
liegenden Nacht die Übernachtungs- und Frühstückskosten. Die Gruppen-  
anteile, die jeweils mit DM 20,-- für eine BA-Sitzung zu zahlen sind,  
entfallen bei dieser Sitzung.

Wir bitten Sie rechtzeitig anzureisen, damit wir um 15.00 Uhr mit der  
Sitzung beginnen können.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

P.S. Nach § 18, Abs. 2 unserer Satzung konstituiert sich der BA im  
Anschluß an den Bundeskongress. Wir bitten Sie deshalb, dem  
Bundesvorstand bis spätestens zum Bundeskongress mitzuteilen,  
welche Person Ihre VK-Gruppe für das Arbeitsjahr 1964 im  
BA vertritt.

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 12. Juni 1964  
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

13. 6. 64

An den  
Bundesausschuss, den BA-Gruppenvorsitzenden zur Kenntnisnahme  
=====

Liebe Freunde,

außergewöhnliche Situationen bedingen außergewöhnliche Schritte. Bedingt durch einige Bundeskongress-Beschlüsse und durch einige Aktionen, die der Bundesvorstand plant, die jedoch von grundsätzlicher politischer Bedeutung sind und deshalb im Bundesausschuss ausdiskutiert werden sollten, ist es dringend erforderlich, daß der Bundesausschuss bald zu einer Sitzung zusammenkommt.

Ich bitte Sie, im Namen des Bundesvorsitzenden den 11./12. Juli 1964 für eine BA-Sitzung in Ihrem Terminkalender zu reservieren. Sollten Sie um diese Zeit in Urlaub sein, bemühen Sie sich bitte um einen geeigneten Vertreter in Ihrer Gruppe.

Wesentliche Punkte werden sein unser Bundeskongress-Beschluß, dem UN-Generalsekretär eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern anzubieten, unser taktisches Vorgehen zur Verwirklichung des Appells an die Volkskammer der DDR in Sachen Kriegsdienstverweigerung und der Plan des Bundesvorstandes, um den 1. September mit einer ausgesuchten Gruppe von ca. 50 Personen einen Veröhnungsmarsch nach Polen zu veranstalten.

Tagungsort, eine genaue Tagesordnung und Arbeitspapiere für diese Sitzung erhalten Sie bis spätestens 14 Tage vor dem Sitzungstermin.

Mit freundlichen Grüßen!

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Vertraulich

Vorlage für die BA-Sitzung am 11./12.7.1964

Betr.: Abschaffung des Verwaltungsvorverfahrens bei der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern

Der Bundeskongreß 1964 hat lt. Beschl. Nr. 24 den Bundesausschuß beauftragt, sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit ein Appell an den Deutschen Bundestag sinnvoll ist, daß er beschleunigt eine Änderung des Verfahrens zur Anerkennung der Berechtigung, gem. Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, herbeiführen möge. Dabei soll der BA prüfen, ob der VK sich die Auffassung zu eigen machen kann, daß bei einem Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, daß der Antragsteller eine Gewissensentscheidung im Sinne des Art. 4 Abs. 3 GG getroffen hat. Der BA soll diskutieren, inwieweit eine Änderung ihrer Besetzungen anzustreben ist.

Der Bundesvorstand hat um eine vorbereitende Information über die verschiedenen Stellungnahmen zu diesem Fragenkomplex einige Bundesvorstandsmitglieder beauftragt, ihre Mitteilung schriftlich festzulegen. Wir bitten Sie, dieses Material insofern vertraulich zu behandeln, daß es außenstehenden Personen nicht zur Kenntnis kommt, die es ggfs. in eine Polemik gegen uns verwenden könnten.

Stellungnahme von Heinrich Hannover

Ich befürworte eine Beibehaltung des bisherigen Verwaltungsvorverfahrens in Kriegsdienstverweigerersachen (Prüfungsausschuß und Prüfungskammer), und zwar auch in der Kompetenz des Bundesverteidigungsministeriums aus folgenden Gründen:

1. Das Verfahren zwingt den einzelnen Kriegsdienstverweigerer, sich mit der Materie zu beschäftigen und einschlägiges Schrifttum zu lesen. Uns würde ein wichtiger Ansatzpunkt für die Bewußtseinsbildung der jungen Kriegsdienstverweigerer verloren gehen, wenn dieser Zwang entfiel.
2. Ohne die Schwierigkeiten des Verwaltungsvorverfahrens würde sich mancher auf das Recht der Kriegsdienstverweigerung berufen, der in Wahrheit gar nicht zu uns gehört. Diese Leute würden aber gegenüber der Öffentlichkeit alle als Kriegsdienstverweigerer bewertet und das allgemeine Bild der Kriegsdienstverweigerung verschlechtern.
3. Bei Wegfall des Verwaltungsvorverfahrens würde auch die Notwendigkeit entfallen, bei einem Kriegsdienstverweigererverband Rat und Hilfe zu suchen. Auch verbandsegoistische Gründe sprechen also gegen eine Änderung des jetzigen Zustandes.

4. Das Verwaltungsvorverfahren in seiner jetzigen Form nötigt dazu, eine gewisse Anzahl zumeist politisch interessierter Staatsbürger als Beisitzer in Kriegsdienstverweigerersachen zu beschäftigen und sie dadurch allmählich mit dem Anliegen der Kriegsdienstverweigerer bekannt zu machen. Über diese Beisitzer, die häufig maßgebliche Funktionen in Gewerkschaften oder Parteien oder Stadt- und Länderparlamenten haben, dringt allmählich nicht nur das Vorhandensein, sondern auch ein grundsätzlich positives Bild von Kriegsdienstverweigerern in das öffentliche Bewußtsein ein. Mancherorts - z.B. in Bremen - haben sich über die Beisitzer auch gute Beziehungen zu Parteien und Gewerkschaften gebildet oder gefestigt. Jedenfalls haben wir hier einen dauernden zwangsläufigen Kontakt mit der Öffentlichkeit, der verloren gehen würde, wenn das Anerkennungsverfahren in der bisherigen Form durch einen anonymen Verwaltungsschematismus ersetzt werden sollte.

5. Die dem Verwaltungsvorverfahren nachfolgenden verwaltungsgerichtlichen Prozesse geben immer wieder Gelegenheit, die Kriegsdienstverweigerung durch Zeitungsberichte in die Öffentlichkeit zu tragen.

6. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes in Kriegsdienstverweigerersachen ist für uns außerordentlich günstig, so daß es in der Praxis kaum einen Kriegsdienstverweigerer geben dürfte, dem seine Anerkennung in letzter Instanz versagt geblieben ist. Vom Ergebnis her besteht daher auch keine Notwendigkeit, etwas am bisherigen Verfahren zu ändern.

7. Im verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist es für uns ein wichtiger taktischer Vorteil, daß wir auf die Parteilichkeit der Vorsitzenden des Verwaltungsvorverfahrens hinweisen können. Dieser taktische Vorteil würde entfallen, wenn der Vorsitz von einem Beamten geführt würde, der im höheren Maße als unparteiisch gelten könnte, als ein Beamter gerade des Verteidigungsministeriums oder des Bundesarbeitsministeriums mit den gleichen Vorurteilen gegen die Kriegsdienstverweigerung rechnen, wie bisher, ohne die bisherige taktisch vorteilhafte Optik zu haben.

8. Da bei der bisherigen Verfahrensweise Prozeßgegner im verwaltungsgerichtlichen Verfahren immer das Bundesverteidigungsministerium ist, ergibt sich hier die einzig richtige Möglichkeit, mit Beamten dieser Behörde vor einem Gericht über die richtige Form der Verteidigung des Staates und andere grundsätzliche Probleme zu streiten. Die Herren sind erfahrungsgemäß auch geneigt, die offizielle Verteidigungskonzeption immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu rücken und damit ein dankbares Objekt für angriffslustige Rechtsanwälte zu bieten. Ich persönlich wäre sehr traurig, wenn man mir diesen Spaß nehmen würde.

#### Stellungnahme von Hans Hammer

Zur Diskussion über eine Änderung des Verfahrens zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer schlage ich vor, daß der VK für eine Neufassung des § 26 WpflG einsetzt. Vorgeschlagen wird folgende Fassung:

x) Im übrigen müßten wir bei einem Konsistenten des Justiz-

§ 26  
Verfahren

- (1) Wer den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, hat dies gegenüber einem Kreiswehrrersatzamt zu erklären.
- (2) Die Erklärung ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreiswehrrersatzamt abzugeben. Die Erklärung eines ungedienten Wehrpflichtigen soll 14 Tage vor der Musterung abgegeben werden. Die Erklärung befreit nicht von der Pflicht, sich zur Erfassung zu melden und zur Musterung vorzustellen.

Begründung:

1. Wenn man das bisherige, in § 25 WehrpflG geregelte Anerkennungsverfahren beseitigen will, so bieten sich wohl nur zwei Wege an:
  - a) man fördert das allgemeine, in Verwaltungsstreiten nach der Verwaltungsgerichtsordnung sich ergebende Anfechtungsverfahren oder
  - b) man setzt sich für ein Verfahren ein, bei dem sich die Berechtigung der Kriegsdienstverweigerung ohne weiteres aus einer einseitigen Erklärung des Wehrpflichtigen ergibt.

2. Den unter a) angeführten Weg zu beschreiten, hat zunächst etwas Bestechendes. Dies zeigt nachfolgende Gegenüberstellung:

<u>Verfahren nach § 26 WehrpflG:</u>	<u>Verfahren nach der VwGO:</u>
1. Entscheidung durch den Prüfungsausschuß	1. Entscheidung durch das Kreiswehrrersatzamt
2. Widerspruchsentscheidung durch die Prüfungskammer	2. Widerspruchsentscheidung durch die Wehrrersatzbehörde
3. Urteil des Verwaltungsgerichts (1. Instanz)	3. Urteil des Verwaltungsgerichts (1. Instanz)
4. Gegebenenfalls: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Revisionsinstanz)	4. Gegebenenfalls: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (Revisionsinstanz)

Man gewänne also eine Instanz mehr. Diese zusätzliche Instanz wäre ein Gericht. Erfahrungsgemäß sind die Verwaltungsgerichte, wenigstens die höheren, grundgesetzfreundlicher als mit "gewöhnlichen Bürgern" besetzte Ausschüsse. Im Vorverfahren würden allerdings die Entscheidungen durch die Wehrbehörden, also "feindliche" Instanzen getroffen.

Die Schwierigkeit auf diesem Weg liegt aber darin, daß das Sonderverfahren in § 26 WehrpflG dem im gleichen Gesetz geregelten Musterungsverfahren gleichgeschaltet ist, in seinem Instanzenzug also das ganze Wehrpflichtgesetz beherrscht. Die Forderung auf Einführung des Anfechtungsverfahrens nach der VwGO müßte daher - wenn sie nur einigermaßen erfolgversprechend sein sollte - sich auch auf das Musterungsverfahren beziehen. Sie könnte dann nicht mit der speziellen Problematik der Gewissensprüfung begründet werden und hätte wohl wenig Aussichten.

3. Man sollte daher von vorneherein den unter 1.b) beschriebenen Weg beschreiten. Dieser Weg ist einfach und klar: Das ganze Verfahren der Gewissensprüfung soll weg. Dies ist dann nicht aussichtslos, wenn man sich bei dieser Forderung folgender Argumente bedient:

- a) Es bestreitet wohl niemand, daß die behördliche oder gerichtliche Feststellung, ob der Verweigerer Gewissensgründe hat oder nicht, höchst problematisch ist. Diese Problematik hat sich nun im Laufe von 7 Jahren in zahllosen Verfahren bestätigt. Man kann daher aussichtsreich das Argument verfechten, daß die Feststellung von Gewissensgründen nur schwer, wenn überhaupt, justitiabel ist.
- b) Jeder berechnigte Verweigerer muß den zivilen Ersatzdienst leisten. Dies ist ihm von vorneherein bekannt. Die Erfahrung lehrt, daß die Kriegsdienstverweigerung kein Ausweg für Drückeberger und Ohne-Michel ist. Zu letzteren zählen aber auch die in den bisherigen Verfahren Abgelehnten nicht. Sie sind mindestens subjektiv von ihrer Berechnigung überzeugt. Man kann füglich dafür eintreten, daß solche Fälle, die auf dem vorgeschlagenen Weg nur einseitiger Erklärung nicht ausgeschieden werden, von der Gesellschaft schadlos in Kauf genommen werden können.
- c) Es ist allgemein bekannt, daß für die Tätigkeiten in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, für die der Ersatzdienstpflichtige vorrangig eingesetzt wird, ein noch weit größerer Kräfterangel herrscht als bei der Bundeswehr. Die Gesellschaft muß daran interessiert sein, der Behebung dieses Mangels möglichst wenig vermeidbare Schwierigkeiten entgegenzusetzen.
- d) Die Kosten der Anerkennungsverfahren stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu den Differenzierungen, die diese Verfahren erbringen. Der oben vorgeschlagene Weg ist billig und wirtschaftlich.
- e) In der Regelung, die § 48 Nr. 5 für den Kriegsfall vorsieht, ist der vorgeschlagene Weg schon in gewisser Weise ins Auge gefaßt.

#### Stellungnahme von Hans H. Ploen

Bei der Frage, ob ein solcher Appell "sinnvoll" erscheint, wird davon auszugehen sein, daß unter dem Begriff "sinnvoll" nicht so sehr die Erfolgsaussichten verstanden werden sollen als vielmehr das legitime Interesse des Verbandes daran, die Öffentlichkeit auf die Fragwürdigkeit des Anerkennungsverfahrens schlechthin und die damit verbundenen Mängel insbesondere aufmerksam zu machen.

Wollte man den Sinngehalt eines solchen Appells nach den z.Zt. vorhandenen unmittelbaren Erfolgsaussichten beurteilen, so würde ich von den Appell abraten, weil ich unmittelbare Erfolgsaussichten, jedenfalls z.Zt., für nicht gegeben halte.

Dennoch bin ich für einen solchen Appell, weil ich glaube, daß eine Änderung des Anerkennungsverfahrens im Interesse aller potentiellen Kriegsdienstverweigerer erforderlich ist. Die Interessen aller Kriegsdienstverweigerer, unabhängig davon, ob sie Mitglied unseres Verbandes sind oder nicht, sind gemäß § 2 Ziff. 2. und 3 der Satzung Aufgabe unseres Verbandes. Draus ergibt sich, daß wir ggf. auch dann auf eine Änderung des Anerkennungsverfahrens hinzuwirken haben, wenn sich daraus unter Umständen Nachteile für unseren Mitgliederzuwachs ergeben sollten. Im übrigen bin ich nicht der Auffassung, daß ein solcher Mitgliederrückgang ernsthaft zu befürchten wäre, wenn das Anerkennungsverfahren verein-

facht oder ganz und gar entfallen würde, weil die Aufgaben unseres Verbandes sehr vielfältig und durchaus nicht nur auf die Mithilfe im Anerkennungsverfahren beschränkt sind.

Der Idealfall wäre die völlige Beseitigung des förmlichen Anerkennungsverfahrens. Es würde dann ausreichen, daß der Kriegsdienstverweigerer erklärt, er wolle von dem ihm gemäß Art. 4 Abs. 3 GG zustehenden Recht der Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen. Die Verwirklichung dieses Idealfalles ist z.Zt. mit Sicherheit nicht zu erwarten. Sie wäre jedoch ohne weiteres denkbar, wenn die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben und jedem Deutschen die Alternative zugestanden würde, entweder einen Waffendienst im Rahmen einer nationalen- oder besser noch einer übernationalen - Streitmacht (z.B. Uno-Exekutive) abzuleisten oder statt dessen, sich für die gleiche Zeitdauer für einen zivilen Dienst im Interesse des Allgemeinwohls (Friedensdienst) zur Verfügung zu stellen. Eine solche Regelung sollte nicht deshalb verworfen werden, weil sie im Augenblick keine Aussicht auf Erfolg verspricht. Sie ist als Fernziel durchaus denkbar und sollte deshalb durch den VK zur Kenntnis und Diskussion in der Öffentlichkeit gebracht werden.

Bis zur Verwirklichung des Idealfalles bleibt es Aufgabe des VK, sich dafür einzusetzen, daß kein potentieller Kriegsdienstverweigerer von der Wahrnehmung seines Rechtes dadurch angehalten wird, daß er mangelnde Objektivität der Prüfungsausschüsse- oder -kammern befürchtet. Deshalb ist es erforderlich, die Prüfungsausschüsse oder -kammern so zu besetzen, daß der Vorwurf mangelnder Objektivität nicht erhoben werden kann. Das von Freund Hannover gebrachte Argument, daß die Zugehörigkeit der Prüfungsausschüsse und -kammern zur Wehrverwaltung dem Kriegsdienstverweigerer im Falle des Streitverfahrens vor dem Verwaltungsgericht optisch eine bessere Position verschaffe, vermag ich nicht zu teilen. Ebenso wie die Vertreter in den zur Wehrverwaltung gehörenden Ausschüssen und Kammern "Partei" im Verwaltungsstreitverfahren sind, so würden es auch die Vertreter in den Ausschüssen und Kammern sein, wenn diese nicht der Wehrverwaltung unterständen. Der Kriegsdienstverweigerer klagt in jedem Fall gegen den Staat als "Partei", welche von ihm ein bestimmtes Handeln fordert. Die Erfolgsaussichten eines Verwaltungsstreitverfahrens können nicht dadurch gemindert werden, daß der Staat ggf. durch ein anderes Organ vertreten sein wird.

I. = Hammer:

+	%	E
11	6	3
X		

Institut für

ED 718-3-169

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 24. August 1964  
Waldstr. 99 - Postfach 648

25. 8. 64

An die Mitglieder des Bundesausschusses;  
dem Bundesvorstand zur Kenntnisnahme

bei der BA-Sitzung am 11./12. Juli 1964 in Offenbach hat Werner Böwing vorgeschlagen, daß ordentliche Bundeskongresse zukünftig nur noch alle zwei Jahre stattfinden sollten. Jeweils dazwischen soll eine zentrale Arbeitstagung sein, bei der keine Vorstandswahlen sind und nicht über Anträge beschlossen wird, die aber ausführlich, möglichst auch in Arbeitsgemeinschaften, über grundsätzliche Fragen diskutiert.

Der BA hat diese Frage nicht ausdiskutiert und es wurde festgelegt, daß alle BA-Gruppen bis Mitte Oktober zu diesem Fragenkomplex eine Stellungnahme an die Verbandsgeschäftsstelle senden sollten.

Ich möchte Sie alle noch einmal an diese Absprache erinnern, damit sich der Bundesvorstand weiter mit dieser Frage beschäftigen kann. Eine Änderung könnte selbstverständlich erst nach dem Bundeskongreß 1965 in Iserlohn erfolgen und müßte durch eine Satzungsänderung vollzogen werden.

Mit freundlichen Grüßen,

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack)  
Verbandsgeschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte

Archiv

ED 718-3-170

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 31. August 1964  
Waldstr. 99 - Postfach 648

2.9.64

An den VK-Bundesausschuß und die BA-Gruppenvorsitzenden

Liebe Freunde,

die IdK hat eine Schrift herausgebracht "Grundzüge der partei-  
und machtblockpolitischen Neutralität der IdK".

Wir haben auf Kosten des Bundesvorstandes einige Exemplare  
gekauft, die wir dem Bundesausschuß hiermit zur Verfügung  
stellen.

Soweit die BA - Gruppen an weiteren Exemplaren zur breiteren  
Information in den Gruppenvorständen Interesse haben, müssen  
diese direkt von den Gruppen bei der IdK bezogen und bezahlt  
werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack  
(Klaus Vack)  
Verbandsgeschäftsführer

ED 718-3-171

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 3. September 1964  
Waldstr. 99 - Postfach 648

An die Mitglieder des Bundesausschusses  
und die Vorsitzenden der BA-Gruppen

---

4.9.64

Liebe Freunde!

In der ZIVIL-Doppelnummer 7/8 - 1964 haben wir Wilhelm Kellers Referat "Sicherung des Weltfriedens ohne Gewalt?" abgedruckt und zur Diskussion gestellt. Wir haben um kritische und positive Stellungnahmen zu dem Artikel bis zum 10. September 1964 gebeten.

Leider sind bisher erst wenige Stellungnahmen eingegangen. Wir bitten deshalb noch einmal die BA-Mitglieder und die BA-Gruppen zu überlegen, ob sie uns noch einen Beitrag zusenden können.

Selbst auf die Gefahr hin, daß die Redaktion vor die unangenehme Aufgabe gestellt werden könnte, unter vielen Beiträgen eine Auswahl zu treffen, würden wir uns dennoch freuen, wenn uns möglichst viele Beiträge zgingen.

Da die Verbandsgeschäftsstelle in den nächsten Tagen wegen Urlaub geschlossen wird, bitten wir, die Stellungnahmen an die Adresse von Herbert Stubenrauch, 56 Wuppertal-Elberfeld, Ludwigstr. 29, zu senden.

Mit freundlichen Grüßen,

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack)  
Verbandsgeschäftsführer

605 Offenbach/M., 5.10.64  
Postfach 648  
Waldstr. 99

6.10.64

An die Mitglieder  
des VK - Bundesausschusses

---

Liebe Freunde,

in der BA-Sitzung am 11./12.7.64 in Offenbach haben wir uns unter Tagesordnungspunkt 1 mit Briefen des Deutschen Friedensrates an den VK beschäftigt. Der BA hat den Bundesvorstand beauftragt, diese Briefe zu beantworten und die Bereitschaft des VK mitzuteilen, Publikationsorgane des VK (keine Rundschreiben) gegen Publikationsorgane des Deutschen Friedensrates auszutauschen. Außerdem wurde der BV beauftragt, ggfs. zu einem späteren Zeitpunkt, einen Artikelaustausch mit dem Deutschen Friedensrat anzuregen.

Die Verbandsgeschäftsstelle hat am 6.8.64 im Sinne des ersten Beschlusses an den Deutschen Friedensrat geschrieben und einen Austausch von Publikationsorganen angeregt. In diesem Brief wurde u.a. sehr deutlich die VK-Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß, bedingt durch die sehr unterschiedlichen Vorstellungen von "Friedensarbeit" Ausgangspositionen für eine Zusammenarbeit zwischen Verband der Kriegsdienstverweigerer und dem Deutschen Friedensrat zur Zeit nicht gegeben sind.

Am 18.9.64 hat der Deutsche Friedensrat unseren Brief beantwortet und im wesentlichen folgendes mitgeteilt:

"Wir haben die Entscheidung Ihres Bundesausschusses zur Kenntnis genommen und den Vorschlag beraten, nach dem ein schriftlicher Meinungsaustausch in Form eines Publikationsaustausches vorgenommen werden soll. Diese Form halten auch wir für nützlich und sind gerne bereit, Ihnen von unseren Materialien die gewünschte Anzahl zu übersenden. Gleichfalls bitten wir Sie, uns nach den Ihnen gegebenen Möglichkeiten von Ihren Publikationen zu unserer Information regelmäßig zu übersenden. Sollten Sie Wert auf spezielle Veröffentlichungen legen, die von anderen Stellen der DDR vorgenommen wurden, so lassen Sie uns das wissen. Wir würden auch dann Ihren Wunsch erfüllen."

Nun ist die erste Sendung von Publikationen des Deutschen Friedensrates hier eingegangen. Die Verbandsgeschäftsstelle hatte jeweils 25 Exemplare bestellt, um diese an die Mitglieder des BA weiterleiten zu können.

Sie finden von den uns zugegangenen Schriften je 1 Exemplar. Wir bitten Sie darauf zu achten, daß dieses Rundschreiben und auch die Schriften des Deutschen Friedensrates nur zur persönlichen Information bestimmt sind. Sehen Sie deshalb davon ab, es an Dritte weiterzugeben. Es ist wohl zweckmäßig, wenn wir es jetzt einmal eine bestimmte Zeit bei dem derzeitigen Zustand im Verhältnis zum Deutschen Friedensrat belassen und uns nach Lektüre der hier eingehenden Publikationsmaterialien zu einem späteren Zeitpunkt wieder mit diesen Fragen beschäftigen.

Mit freundlichen Grüßen

*Klaus Vack*  
(Klaus Vack) Verbandsgeschäftsführer

ED 718-3-173

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach/M., 4, den 8.4.65  
Buchrainweg 161, Postfach 648

10. 4. 65

An die BA-Mitglieder,  
an die BA-Gruppen zur Kenntnisnahme.

---

Liebe Freunde,

vor dem diesjährigen Bundeskongreß, am 8./9. Mai 1965, findet, wie  
in den vergangenen Jahren, vorangehend eine Bundesausschußsitzung  
statt. Die Bundesausschußsitzung wird im gleichen Lokal, in dem  
auch der Bundeskongreß abgehalten wird, stattfinden. Ich bitte  
die BA-Mitglieder heute schon, sich darauf einzurichten, daß sie  
um 10.00 Uhr für die Bundesausschußsitzung in Iserlohn zur Ver-  
fügung stehen.

Nähere Angaben über Tagungslokal und Tagesordnung gehen Ihnen  
rechtzeitig zu.

Mit freundlichem Gruß

*Alfred Riedel*

(Alfred Riedel)  
Verbandsgeschäftsführer

ED 718-3-174

Verband der Kriegsdienstverweigerer  
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach/Main 4, den 29.4.65  
Postfach 648  
Buchrainweg 161

30.4.

An die Mitglieder  
des Bundesausschusses,  
den Vorsitzenden der BA-Gruppen zur Kenntnisnahme

---

Betr.: Bundesausschußsitzung am 8. Mai 1965 in Iserlohn

Liebe Freunde,

wie bereits mitgeteilt, soll dem Bundeskongreß eine Bundesausschußsitzung vorangehen. Diese Bundesausschußsitzung findet am

Samstag, dem 8.5.65, pünktlich 10.00 Uhr  
im großen Festsaal des "Graf Engelbert" in  
Iserlohn, Bahnhofsstraße

statt. Der Festsaal des "Graf Engelbert" befindet sich in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes.

Im Auftrag des Bundesvorsitzenden, Herbert Stubenrauch, schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

- 1) Bundeskongreß 1965
- 2) Sofortmaßnahmen zur Verbesserung für die Gruppenarbeit einschließlich Werbung

Da uns nur bis gegen 13.00 Uhr Zeit zur Verfügung steht, bitte ich die BA-Mitglieder, unbedingt so anzureisen, daß die BA-Sitzung pünktlich um 10.00 Uhr beginnen kann.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Reisekosten, die für eine BA-Sitzung anfallen, die anlässlich des Bundeskongresses stattfindet, von den Gruppen zu tragen sind. Der BV übernimmt lediglich für die Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1965 und wenn notwendig, für die vor der Sitzung liegende Nacht die Übernachtungs- und Frühstückskosten. Die Gruppenanteile, die jeweils mit DM 20,- für eine BA-Sitzung zu zahlen sind, er fallen bei dieser Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

Alfred R. del

(Alfred R. del)  
Verbandsgeschäftsführer